Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte

AKENS

September 1998

Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein

33/34

INFORMATIONEN zur Schleswig-Holsteinischen **ZEITGESCHICHTE**

Herausgegeben vom Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e. V. (AKENS). Begründet von Detlef Korte ✝

Sprecher: Eckhard Colmorgen, stellvertretende Sprecherin: Sabine Zeis

Redaktion:
Eckhard Colmorgen, Plöner Straße 27, 24148 Kiel, Tel. 0431 / 72 89 68
Sabine Zeis, Deutsch-Nienhof, 24259 Westensee, Tel. 04305 / 895
Kay Dohnke, Glashüttenstr. 22, 20357 Hamburg, Tel. 040 / 439 3211, Fax 439 3216
Redaktionsanschrift per e-mail: Akens eV@aol.com

Bezug:
Die Zeitschrift wird kostenlos an Mitglieder des AKENS, Bibliotheken, Archive, Forschungseinrichtungen etc. des In- und Auslandes versandt. Für Nichtmitglieder besteht die Möglichkeit eines Abonnements zum Preis von 30 DM pro Jahr (zwei Hefte). Beitrittserklärungen und Bestellungen der Zeitschrift sind bitte schriftlich an den Sprecher des Vereins zu richten.

Mitgliedschaft im AKENS:
Mitglieder des AKENS erhalten neben der Zeitschrift gratis die Mitgliederrundbriefe mit aktuellen Veranstaltungsankündigungen, Hinweise auf Aktivitäten des AKENS (z. B. Exkursionen), Informationen zu neuen Veröffentlichungen etc.

Mitgliedsbeiträge:
Verdienende 40 DM pro Jahr Mindestbeitrag; Arbeitslose, SchülerInnen, Studierende, Wehr- und Zivildienstleistende 20 DM. Spenden an den AKENS sind steuerlich absetzbar und werden auf Wunsch quittiert.

Bankverbindung:
Hartmut Kunkel, Friedenskamp 7, 24119 Kronshagen
Konto 219 537 - 206 bei der Postbank Hamburg (BLZ 200 100 20)

Einzelverkaufspreis: 25 DM

Auflage dieses Heftes:	500 Exemplare
Redaktionsschluß:	30. August 1998
Druck:	WDA, Brodersdorf

Für den Inhalt der Texte sind die Autorinnen bzw. Autoren allein verantwortlich.

Der Druck dieser Zeitschrift wurde ermöglicht durch einen finanziellen Zuschuß des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein.

AKENS im Internet: http://www.tp.cau.de/~starrost/akens.html

Anmerkung zur Titelseite: Familie Goldberg und eine Verwandte kurz vor deren Emigration nach Palästina, Kiel 1938. V.l.n.r.: Regina Goldberg, Paula Goldblatt, Jakob (hinten), Salo, David und Benjamin Goldberg (zum Beitrag von Bettina Goldberg)

Geschichte und Biografie

Jüdisches Leben, Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein

FASCHISMUS

Geschichte und Biografie

Jüdisches Leben, Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein

Festschrift für Erich Koch

Herausgegeben vom

Arbeitskreis zur Erforschung des
Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e.V.
(AKENS)

Kiel 1998

INHALT

Thomas Pusch / Eckhard Colmorgen:
Vorwort 7

Karin Ruppel-Diestel / Berthold Diestel:
Über Erich Koch 10

Bettina Reichert:
„... daß er keinen Ort wisse, wohin er sich begeben könne."
Juden in Leck 13

Falk Ritter:
Scharlatane, Heildiener und Parteigänger
Heilpraktiker und Mediziner im Kreis Schleswig (1889 - 1950) 23

Claus Heinrich Bill:
Organisation und Finanzierung der Landvolkbewegung
in Schleswig-Holstein 1928 - 1933 33

Ralf Mertens:
„... eine neue Machtposition für die Bewegung zu schaffen."
Preetz im Nationalsozialismus 53

Gerhard Paul:
„Von Judenangelegenheiten hatte er bis dahin keine Ahnung."
Herbert Hagen, der Judenreferent des SD aus Neumünster 63

Bernd Philipsen:
Tinte floß übers Hakenkreuz
Dr. Arnold Kalisch - ein verfolgter Pazifist und Jude 79

Felicitas Glade:
Rechtsanwalt Weber und die Moral der Rendsburger Kreisleitung 97

Björn Marnau:
„Transport nach Sachsenhausen"
Zur Aktion „Arbeitsscheu Reich" in Schleswig-Holstein (Juni 1938) 113

Bettina Goldberg:
Mit einem Kindertransport nach Großbritannien
Drei ehemalige Kieler erinnern sich 121

Stephan Linck:
Fahndung nach Kriegsverbrechern
Die Field Security Section (FSS) in Schleswig 141

Sigrun Jochims:
„Lübeck ist nur eine kurze Station auf dem jüdischen Wanderweg"
Die Situation der Juden in Schleswig-Holstein 1945 - 1950 im Spiegel der Zeitungen
Undzer Schtime, *Wochnblat* und *Jüdisches Gemeindeblatt* 153

Christoph Schaumann:
„Abgeblaßte Alpenveilchen", „Russenkinder" und „unsichere Kantonisten"
Aufschlußreicher Beifang eines Quellenstudiums
in Archiven der freien Wohlfahrtspflege 175

Thomas Pusch:
„... es tut mir leid um Deutschland!"
Die Entschädigungsakten als Quelle für die Exilforschung 189

Frauke Dettmer:
„Ich bin gesund und es geht mir gut."
Briefe aus Konzentrationslagern und Ghettos 213

Hendrike van Bergen / Alfred Ebeling / Christian Radtke:
Der Gesprächskreis Erzählte Geschichte in Schleswig
Erfahrungen und Ergebnisse aus der Arbeit einer lokalen Geschichtswerkstatt 219

Frank Omland:
Lexika und Chroniken zum Nationalsozialismus
Eine Vorstellung bekannter und wichtiger Bücher 227

Verzeichnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 239

Vorwort

Wer in Schleswig-Holstein zur Geschichte des Nationalsozialismus forscht, wird an einer Person wahrscheinlich nicht vorbeikommen: an Erich Koch. Er ist seit 1992 als Technischer Angestellter am Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) in Schleswig tätig. Nun gehört Erich Koch nicht zu denjenigen, die mit der Macht ihres Amtes Türen öffnen (oder schließen); seine „Unumgänglichkeit" ist eine zutiefst ideelle. Am 10. September 1998 wird Erich Koch 63 Jahre alt und tritt mit Ablauf des Monats in die „Ruhestand" genannte Lebensphase.

Es ist üblich, daß die Historikerzunft einen der ihren mit einer Festschrift ehrt. Verdiente Lehrstuhlinhaber oder -inhaberinnen des Faches bekommen zu einem runden Geburtstag oder dem Zeitpunkt ihrer Emeritierung aus dem Freundes- und KollegInnenkreis eine dicke Aufsatzsammlung überreicht. Zumeist wird damit eine Lebensleistung im Fachgebiet der historischen Forschung honoriert und kollegiale Verbundenheit bezeugt. Deshalb haben wir uns entschlossen, Erich Koch - der in einer einzigartigen Weise außerhalb des Rampenlichts gearbeitet hat - mit dieser Festschrift zu danken und deutlich zu machen, wer neben anderen hier im Lande unermüdlich die Grundlagen der Zeitgeschichte aufarbeitet.

Im Kreis der hier vertretenen AutorInnen dürfte unstrittig sein, welche Verdienste sich Erich Koch im und für das IZRG oder für die Zeitgeschichtsforschung in Schleswig-Holstein im allgemeinen erworben hat. Er gehört zu den Trägern der Arbeit im IZRG, er recherchiert für zahlreiche HistorikerInnen, ist Ansprechpartner für Anfragen von außen und steht durch seine Person für eine Weitergabe von Informationen und Quellen an die Stellen, an die sie gehören: „Aufklärung" statt „Elfenbeinturm" könnte der dahinterstehende Leitgedanke heißen. Wer immer auch zur schleswig-holsteinischen NS-Geschichte gearbeitet hat, wird festgestellt haben, daß Erich Koch nicht auf seinem Kenntnisstand sitzt und ihn eifersüchtelnd bewacht - eine Eigenschaft, in der er sich von manchen unserer KollegInnen radikal unterscheidet.

Vernetzung, Aufklärung und Selbstbefähigung sind denn auch die wesentlichen Merkmale seiner Arbeit. Eine besondere Dichte an Informationen kann er vor allem dann erbringen, wenn es um Biografien geht - aber keineswegs nur in diesem Bereich. Bis vor kurzem zierte er sich, sich selbst als Historiker zu bezeichnen; er habe nicht studiert und schreibe keine Bücher...

Erich Koch leistete einen wesentlichen Bestandteil der Aufgaben des IZRG. Er trat in den vergangenen Jahren, vor allem aber nach dem Tode von Detlef Korte, als Kontaktperson für viele NutzerInnen des Instituts in Erscheinung, beriet und lieferte zahllose Hinweise, und wer immer ihn fragte (und fragen wird), gewann den Eindruck, ein wesentliches Mehr an Informationen zur Verfügung zu haben, als es vorher der Fall war.

Darüber hinaus hat Erich Koch an folgenden Projekten mitgearbeitet und durch seine Recherchen das Zustandekommen einer Reihe von Publikationen ermöglicht: Die Sammelbiografie der schleswig-holsteinischen NSDAP-Kreisleiter in Zusammenarbeit mit Dr. Detlef Korte, den Datenpool von Mitarbeitern der Gestapo in Schleswig-Holstein im Projekt „Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein", geleitet von Prof. Dr. Gerhard Paul, sowie spätestens seit 1996 den Datenpool zur jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins und die Forschung im Rahmen des Projektes „Zur Sozialgeschichte des Terrors am Beispiel der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins 1933-1945" in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Gerhard Paul und Dr. Bettina Goldberg.

Am Beginn der Idee einer Festschrift für einen so verdienten und engagierten Mitarbeiter des Themenkomplexes „Aufklärung über den Nationalsozialismus" stand neben der freundschaftlichen und fachlichen Verbundenheit leider auch die nicht in allen Bereichen befriedigende Situation der Zeitgeschichtsforschung.

Im ersten Einladungsschreiben zu dieser Festschrift hieß es zur Idee einer Würdigung für Erich Koch: „Mit einer Torte und einer Flasche Sekt ist das nicht getan und ein Ständchen könnte bestenfalls eine Ergänzung zu dem hier Dargebotenen sein." Da nach gut unterrichteten Quellen vermutet werden kann, daß Erich ein Bundesverdienstkreuz nur als Grundblei zum Plattfischangeln verwenden würde, entstand der Plan zu einer Festschrift für eine Person, die nie im Mittelpunkt wissenschaftlicher Betriebes stand, obwohl sie das Fundament für die Ergebnisse liefert. Es galt also, ihm mit einem Sammelband unsere Verbundenheit und unseren Dank auszudrücken und vor allen anderen etablierten und hochdotierten WissenschaftlerInnen deutlich zu machen, daß es bisweilen ganz andere sind, die die Arbeit leisten. Außerdem - warum sollen nur ordentliche Professoren so eine Festschrift erhalten?

Zwischen der Idee der Festschrift im Spätsommer 1997 und dem Erscheinen lag ein Jahr; zwischen dem ersten konstituierenden Treffen am 14. Dezember in Schleswig - unter geradezu konspirativen Bedingungen - und dem Abgabetermin der Beiträge verstrichen aber nicht einmal fünf Monate. Für die Erstellung einer Festschrift eine kurze Zeit.

Es galt, Finanzierungsaspekte, den Herausgabemodus und die Frage der Beteiligten - insbesondere des IZRG als Institution - zu diskutieren. Die Entscheidung zur Umsetzung dieser Idee wurde dadurch ermöglicht, daß der Vorstand des AKENS - eines Vereins, der Erich Koch verbunden ist und dem er selbst als Mitglied angehört - diesem Projekt in den *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* eine editorische Heimat gab.

Die inhaltliche Ausgestaltung der Festschrift wurde pragmatisch gelöst, indem sie nur Erstveröffentlichungen aus Themenbereichen umfassen sollte, mit denen Erich Koch in seiner Arbeit beschäftigt oder Zuarbeiter war, vor allem der NS-Geschichte und dem „jüdischen Leben" in Schleswig-Holstein.

Es kristallisierte sich heraus, daß fast alle Beiträge dem Umfeld der Biografieforschung entstammen, was die - wie immer bei solchen Projekten - nicht ganz

einfache Titelfindung für diesen Band beeinflußte. Doch die einzelnen Aufsätze sind höchst unterschiedlich und präsentieren eine Bandbreite methodischer Annäherungen an die Geschichte.

Der Titel *Geschichte und Biografie* führt uns aber auch direkt zur Person Erich Koch. Im Gespräch äußerte er sich einmal über die inneren Beweggründe seines Engagements für eine Aufklärung über den Nationalsozialismus. Er berichtete über das Milieu der wohlhabenden, gesellschaftlich anerkannten vormaligen (ehemaligen wird nicht immer passen) NS-Funktionsträger, Juristen, Offiziere und anderen NS-Karrieristen in seiner Heimatstadt Schleswig. Von deren Funktionen, Tätigkeiten und Verantwortlichkeiten für die Greuel des Nationalsozialismus habe er damals als Jugendlicher nichts gewußt; was ihn deshalb später, als er schon einiges über die ehrenwerte Schleswiger Gesellschaft wußte, so aufbrachte, war der Umstand, daß er und seine Generation „so für dumm verkauft wurden". Das hat an ihm genagt, das hat ihn motiviert.

Erich ist wie etliche Mitglieder des AKENS und wie viele, die in diesem Land zeitgeschichtliche Forschung betreiben, kein studierter Historiker. Er gehört zu jenen historisch interessierten Laien, denen die ungelösten Fragen zur Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein keine Ruhe lassen. Da ist es auch kein Zufall, daß Erich als gelernter Tischler und ehemaliger Erzieher im Landesjugendheim gerade dem AKENS angehört.

Erich Koch beweist für uns als KollegInnen der Zeitgeschichtsforschung, welche Kreativität auch außerhalb der etablierten Wissenschaft vorhanden ist und auch maßgeblich zum Fortschritt der Wissenschaft beitragen kann und daß es zu den ursprünglichen menschlichen Bedürfnissen zählt, die eigene (historische) Umwelt zu erfahren und darüber mit der Gesellschaft in einen Dialog einzutreten.

Man kann über Erichs Charaktereigenschaften und Qualifikation viel sagen. Der BDI-Präsident würde sicherlich sein Verständnis von Arbeitszeit begrüßen, andere hingegen würden von seiner kolossalen Kenntnis des im Landesarchiv Schleswig (LAS) bereitgehaltenen Fundus an zeitgeschichtlichen Quellen schwärmen. Wenn Erich Koch besondere wissenschaftliche Befähigung bewiesen hat, dann im Aufbau von Gruppen- und Kollektivbiografien, im Finden immer neuer Möglichkeiten, Quellen vor Ort zu erschließen, und in einer überaus scharfen Quellenkritik.

Die Festschrift hat eine entscheidende Förderung dadurch erfahren, daß die Redaktion der *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* und Thomas Pusch als Vertreter des Freundeskreises von Erich Koch durch einige fleißige und kreative Hände (und Köpfe) bei der Realisierung unterstützt wurden. Mehrere Personen haben darüber hinaus in Form von Spenden, Zuschüssen, Auslagenerstattung und Festabnahmen dieser Zeitschriftenausgabe eine vielfältige Hilfestellung geleistet. Unserer besonderer Dank gilt aber natürlich den Autorinnen und Autoren.

Thomas Pusch Eckhard Colmorgen

Karin Ruppel-Diestel, Berthold Diestel

Über Erich Koch

Am 19. März 1998 erschien in der *Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung* auf der Regionalseite für Schleswig unter der Überschrift „Konzert fällt aus" folgende Notiz: „Das für morgen angekündigte Konzert, das als Abschiedskonzert für Martin Fellenz, Lürschau, gedacht war, fällt aus". Hinter dieser kargen Nachricht verbirgt sich, was Erich Koch als besonderen Menschen und ebenso in seiner Eigenschaft als Historiker kennzeichnet:

Er besitzt eine phänomenale Kenntnis der Zeitgeschichte speziell seiner unmittelbaren Umgebung. Das allein ist selten. Doch daß aus solcher Kenntnis ethische Verpflichtung und aus der Verpflichtung couragiertes Handeln erwächst, ist fast schon unwahrscheinlich. Erich Koch aber ist ein lebendiges Beispiel dafür, daß auch Unwahrscheinliches gelegentlich zutrifft.

Jener Artikel in der Zeitung, worin die beabsichtigte öffentliche Ehrung eines ehemaligen Kriegsverbrechers verkündet wurde, mochte anderen ebenfalls nicht entgangen sein. Nur einer jedoch wollte sich in das allgemein übliche Verschweigen und Verdecken nicht einreihen.

Durch Vorlage alter Zeitungsartikel und aus Berichten konnte Erich Koch kenntnisreich nachweisen, daß hier ein Mann geehrt werden sollte, bei dem er sich schon seit langem wunderte: „Warum der sich nicht vor der eigenen Scham so zu verstecken versucht, daß er sich sogar bei Nacht nicht vor die Tür traut?"

Der Einsatz von Erich Koch war nicht verfehlt, und deshalb zeigt die oben angeführte Zeitungsnotiz, daß ein Historiker nicht nur in Archiven, sondern auch im Leben wirken kann.

Vita

Erich Koch ist am 10. September 1935 als jüngstes Kind des Tischlermeisters Carl Koch und seiner Frau Johanne Christine Koch, geb. Seyfert, in Schleswig geboren worden. Schon mit 16 Jahren begann er in seiner Heimatstadt eine Tischlerlehre bei Friedrich Bartheidel. Als Geselle dann kehrte er Schleswig zunächst den Rücken; er zog nach St. Peter, dann weiter nach Harsefeld bei Buxtehude und schließlich noch sehr viel weiter - nach München, Lörrach in Baden und Basel in der Schweiz.

Mit den Erfahrungen, die er als junger Mensch in der Ferne und im Ausland machte, kam Erich 1956 zurück. Er wurde Schüler der Meisterschule für das gestaltende Handwerk in Flensburg. Der Tod seines Onkels forderte, daß er in den elterlichen Tischlerei-Betrieb einsteigen mußte. Er bestand die Meisterprüfung sei-

nes Handwerks und betrieb mit seinem Bruder Carl-Heinz die Firma G. Koch & Sohn KG in Hoheluft vor Schleswigs Toren.

1962 heiratete er „seine Karin", geb. Rabe. Zu jener Zeit half er neben der Arbeit in der Tischlerei noch ständig im Brennstoffhandel seines Schwiegervaters und im Kolonialwarenhandel seiner Schwiegermutter aus.

Als sich abzuzeichnen begann, daß die Tischlerei nicht weiterhin zwei Geschäftsinhaber zu tragen vermochte, folgte Erich Koch einer Neigung, die ihn ohnehin kennzeichnet: Mit großem sozialen Engagement begann er 1967 eine Tätigkeit im Landesjugendheim in Schleswig. Doch er mußte erkennen, daß die Verbindung zwischen seinen handwerklichen Kenntnissen und dem erzieherischen Anspruch dort nicht herzustellen war.

So kam es, daß er während einer zweijährigen Interimszeit in Flensburg als Berufsberater für Jugendliche sich auf den Entschluß vorbereiten konnte, auch noch die Ausbildung zum Erzieher auf sich zu nehmen. Er begann schließlich 1970 ein zweites Mal im Landesjugendheim, erwarb dort nebenher in Abendkursen und während einer praktischen Ausbildungszeit die geforderte Qualifikation und legte 1974 die Prüfung zum staatlich anerkannten Heimerzieher ab.

Schon im Jahre 1968 wurde Katrin geboren, die einzige Tochter der Kochs. Die Tischlerei in Hoheluft und auch die Geschäfte der Schwiegereltern wurden in den folgenden Jahren ganz aufgegeben. So kam es, daß die Familie 1973 von Schleswig nach Hoheluft zog und Erich Koch die Tischlerei nebenbei eigenhändig zu Wohnungen umbaute.

Als geborener Schleswiger gründete er in jenen Jahren den Schipper-Club-Schleswig (SCS), war Mitbegründer und Mitglied der Schleswiger Bootshausgemeinschaft am Ilensee und auch 1. Vorsitzender des SCS. Heute ist er ebenfalls Mitglied in mehreren Geschichtsvereinigungen Schleswig-Holsteins.

Wegen der Schließung des Landesjugendheimes 1992 ergab sich für Erich Koch wieder einmal die Notwendigkeit und Chance, sich ein neues Betätigungsfeld zu suchen.

Seine wechselvolle Lebensgeschichte hatte ihn schon lange gelehrt, stets genau hinzublicken, womit er befaßt war und mit wem er es zu tun hatte. Sein besonderes Interesse teilte er mit seinem Freund Detlef Korte - es galt der Zeit des Nationalsozialismus. Detlef nämlich war Historiker am Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte und wies nun auch Erich Koch den Weg dorthin. Durch die Einstellung im IZRG erhielt er die Gelegenheit, sich auch beruflich intensiv mit diesem braunen Kapitel der Geschichte zu befassen, die er z.T. schon bewußt miterlebt hatte. Für Erich Koch wurde - endlich - der Beruf zur Berufung. Wir wissen, daß er diese niemals aufgeben wird.

Heute

Wer schon einmal mit Erich Koch durch Schleswig gegangen ist, seine Stadt, die er liebt, deren Gestalten er kennt, deren Historie er kritisch erforscht, wird zustimmen, daß man selbst für einen kurzen Gang schon viel Zeit einplanen sollte.

Denn Erich kennt buchstäblich jeden, hat zu jeder Person und jedem Gebäude eine Geschichte und knüpft sofort wieder Zusammenhänge zu anderen Geschichten und anderen Menschen. Diese besondere Fähigkeit macht ihn zu einem Phänomen. Das zeichnet auch seine Arbeit im IZRG aus. Vielen ist er so im Laufe der Zeit als Mitarbeiter des Instituts ein überaus kompetenter und hilfreicher Informant geworden.

Wenn Erich Koch sich in diesem Jahr abermals ein neues Tätigkeitsfeld erschließt, so dürfen wir doch sicher sein, daß ihn die Forschung als Historiker weiter ausfüllen wird. Und einige werden gewiß auch seine Hilfe wiederum in Anspruch nehmen können. Diese Funktion des Vermittlers, von der schon so viele profitiert haben und ohne die einige Veröffentlichungen und Projekte nicht hätten entstehen können, ist eben auch ein Anlaß, dem Historiker Erich Koch diese Festschrift zu widmen.

Wir, die wir diese Vita schreiben, möchten ihn ebenfalls als Arbeitskollegen und Freund ehren. Seine Erfahrungen, seine Urteilskraft und seine konsequente Haltung, die er aus seinem bisherigen vielschichtigen Leben geschöpft hat, werden auch weiterhin für uns ein Vorbild sein.

Bettina Reichert

„...daß er keinen Ort wisse, wohin er sich begeben könne."

Juden in Leck[1]

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es in Leck, dem damaligen Hauptort der Karrharde im Amt Tondern (heute Kreis Nordfriesland), zeitweise einige jüdische Einwohner. Dies ist um so überraschender, als Juden die Ansiedlung in den Landdistrikten des Herzogtums Schleswig eigentlich grundsätzlich nicht gestattet war.[2] Daher soll hier anhand der einschlägigen Akten des Landesarchivs Schleswig-Holstein den Fragen nachgegangen werden: Wer waren diese Menschen, und wie kam es zu ihrer Niederlassung in Leck bzw. zu ihrer späteren Vertreibung?

In den Jahren 1803 bis 1854 stieg die Einwohnerzahl Lecks von 598 auf 937 Personen. In der Volkszählung von 1803 werden unter den Bewohnern noch keine Namen genannt, die auf eine jüdische Herkunft schließen lassen; auch in der nächsten Volkszählungsliste von 1835 werden keine solchen aufgeführt. In der Zwischenzeit hielten sich in Leck jedoch einige Juden auf, die sich auf Dauer niedergelassen oder dies zumindest beabsichtigt hatten. Sie unterschieden sich dadurch von den jüdischen Händlern, die sich - mit Pässen versehen - nur vorübergehend und damit legal v. a. zum Besuch der jeweiligen Märkte dort befanden. Auf das Schicksal dieser Menschen in bezug auf ihre Verbindung zu Leck wird im folgenden - soweit rekonstruierbar - eingegangen.

Hirsch Isaac aus Breslau

Bereits im Jahr 1812 bat der sich in Apenrade aufhaltende Händler Hirsch Isaac aus Breslau, sich in Leck, Lügumkloster oder Bredstedt niederlassen zu dürfen. Er reiste bereits seit über 20 Jahren durch Schleswig-Holstein und schien relativ vermögend zu sein, da er den Ankauf eines Hauses und die Stellung einer Kaution für diese Genehmigung anbieten konnte. Karrhardesvogt Müller[3], der örtliche Vertreter der Obrigkeit in Leck, lehnte in seinem zu diesem Gesuch abgestatteten Bericht an den Tonderner Amtmann v. Bertouch[4] eine Ansiedlung des Juden in Leck jedoch strikt ab, v. a. da er als direkte Folge ein Herumstreifen und Hausieren in der Umgegend fürchtete; generelle juristische - oder gar religiöse - Vorbehalte nannte er nicht. Der Amtmann schloß sich dieser Meinung an und so wurde die Bitte des jüdischen Händlers von der Deutschen Kanzlei als oberster Verwaltungsinstanz abgelehnt.

Isaak Levin gen. Itzig Gosch

Im gleichen Jahr wurde der Jude Isaak Levin genannt Itzig Gosch von den Behörden gesucht, um in Haft gesetzt werden, da er angeblich aus der „Sclaverey"[5] in Rendsburg entflohen und mutmaßlich an verschiedenen Diebstählen beteiligt war. Die Vermutung, er habe sich mit weiteren Verdächtigen in Leck häuslich niedergelassen, stimmte zwar laut Karrhardesvogt Müller nicht, tatsächlich wohnte er aber zuweilen in den Zeiten zwischen den Märkten dort und konnte daher auch am 4. Juli 1812 gefangengenommen und nach Tondern transportiert werden.

Gleichzeitig wurden alle weiteren sich gerade in Leck aufhaltenden Juden zum persönlichen Erscheinen in der Karrhardesvogtei aufgefordert. Es fanden sich neun Menschen ein, die teilweise von weit her stammten (z.B. aus Posen und Emden); da sie sich aber alle nur auf der Durchreise befanden, gültige Pässe besaßen und ausnahmslos angaben, nach Apenrade weiterreisen zu wollen, blieben sie ansonsten unbehelligt. Isaak Levin wurde jedoch schon am 24. Juli 1812 von Amtmann v. Bertouch wieder freigelassen, da er gemäß der eingeholten Auskunft der Rendsburger Kommandantur seine fünfjährige Strafe, zu der er im Amt Bredstedt verurteilt worden war, bereits 1800 vollständig verbüßt hatte. Für kurze Zeit kehrte Levin daraufhin nach Leck zurück.

Als das Gottorfer Obergericht den Amtmann im September 1812 überraschenderweise erneut anwies, den - immer noch gesuchten - Juden in Leck gefangennehmen zu lassen[6], wurde am 3. Oktober 1812 eine „allgemeine und genaue Haussuchung"[7] von dem eifrigen Kirchspielvogt Johannsen[8] durchgeführt. Es wurden diesmal drei jüdische Händler ermittelt, die aber alle gültige Pässe hatten und sich nur zum „Krammarkt"[9] in Leck aufhielten. Isaak Levin selbst war jetzt also nicht mehr dort; der Amtmann verbreitete daher im Oktober 1812 einen Steckbrief nach ihm, der eine wenig schmeichelhafte Beschreibung des Verdächtigen gibt: Er sei 49 Jahre alt und aus Holstein, etwas harthörig, lang von Statur, ziemlich blatternarbig, habe schwarze Haare und schwarze Augen, eine große dicke Nase und der eine Daumen sei völlig lahm. Isaak Levin wurde dann wenig später mit seiner Frau Hanna in Apenrade verhaftet.

Pincus Hirsch aus Friedrichstadt

Im Jahr 1819 suchte erneut ein Jude bei seinem Landesherrn um die Erlaubnis nach, sich auf Dauer in Leck niederlassen zu dürfen. Es handelte sich um den 26jährigen Pincus Hirsch, der dort die Schlachterei betreiben wollte. Er war ein Sohn des Friedrichstädter Schlachters Hirsch Elias und selbst Bürger und Schlachter in Friedrichstadt. P. Hirsch gab als Gründe für seine Bitte an, in Leck ein besseres Fortkommen finden zu können, da dort bisher nur ein einziger Schlachter vorhanden sei; zudem wäre er selbst in Leck und Umgegend bereits seit Jahren wohlbekannt, so daß seine Niederlassung sogar der Wunsch der dortigen Einwohner sei! Unterstützend stellte ihm die Stadt

Friedrichstadt ein sehr gutes Empfehlungszeugnis aus, das seinen untadelhaften und vorwurfsfreien Lebenswandel betont, und Hirsch appellierte ausdrücklich an die „Toleranz"[10] des dänischen Königs. Doch der zunächst von dem Tonderner Amtmann Matthiessen[11] um seine Ansicht zu diesem Gesuch gebetene Karrhardesvogt Müller reagierte unwillig: „In keinem Dorfe des Herzogthums Schleswig ward aber meines Wissens, bisher einem Bekenner der mosaischen Religion die Etablirung verstattet, und da mir von dem angeblichen Wunsche der mehresten Bewohner des Dorfes Leck und der Umgegend, daß sich Supplicant bey ihnen niederlasse, nicht das Mindeste bekannt geworden ist, so sehe ich keinen hinreichenden Grund ein, aus welchem [...] eine Ausnahme von der Regel gemacht werden dürfte".[12] Auch wenn die Antwort an den jüdischen Schlachter nicht überliefert scheint, ist wohl davon auszugehen, daß sich auch die anderen Instanzen der Ansicht des Karrhardesvogts angeschlossen haben und der Antrag abgelehnt wurde.

Jüdische Familien in Leck

Am 3. Juni 1830 erschien in der dänischsprachigen Zeitung *Fyens Stifts Adresse-Avis og Avertissementstidende* eine Anzeige der Stadtvogtei Faaborg vom 28. Mai 1830, nach welcher der Jude Levin Moses wegen Betrugs gesucht wird und nach Faaborg eingeliefert werden soll. Zum Erstaunen des neuen Tonderner Amtmanns v. Krogh[13] wurde als Wohnort des Juden das Dorf Leck angegeben! L. Moses wurde daraufhin auch tatsächlich dort angetroffen und von Hardesvogt Küster[14] am 23. Juni 1830 im Auftrag des Amtmanns inhaftiert. Vor dem Abtransport nach Fünen wurde er am 7. Juli im Tonderner Amthaus über sein Leben befragt und gab zu Protokoll: „Er heiße L. M., sey geboren in Baireuth und 37 bis 38 Jahr alt.[15] Sein Vater Moses Beer lebe noch und beziehe hier im Lande die Märkte. Seine Mutter Eva Marcus halte sich bey ihm auf. Seine Eltern seyen mit ihm als Kind hier ins Land gezogen und sey er wenigstens 27 bis 28 Jahr hier. Seine Eltern haben hier im Lande niemals einen festen Wohnort gehabt. Seit reichlich 14 Jahren sey er mit seiner jetzigen Frau Betty Levin verheirathet. Ungefähr 2 bis 3 Jahr vorher habe er sich von seinen Eltern getrennt und sich durch Treibung mechanischer Künste ernährt. Nach seiner Verheirathung sey

Abb. 1: Amtmann v. Krogh (1790 - 1867) führte die Entfernung der Juden aus Leck durch

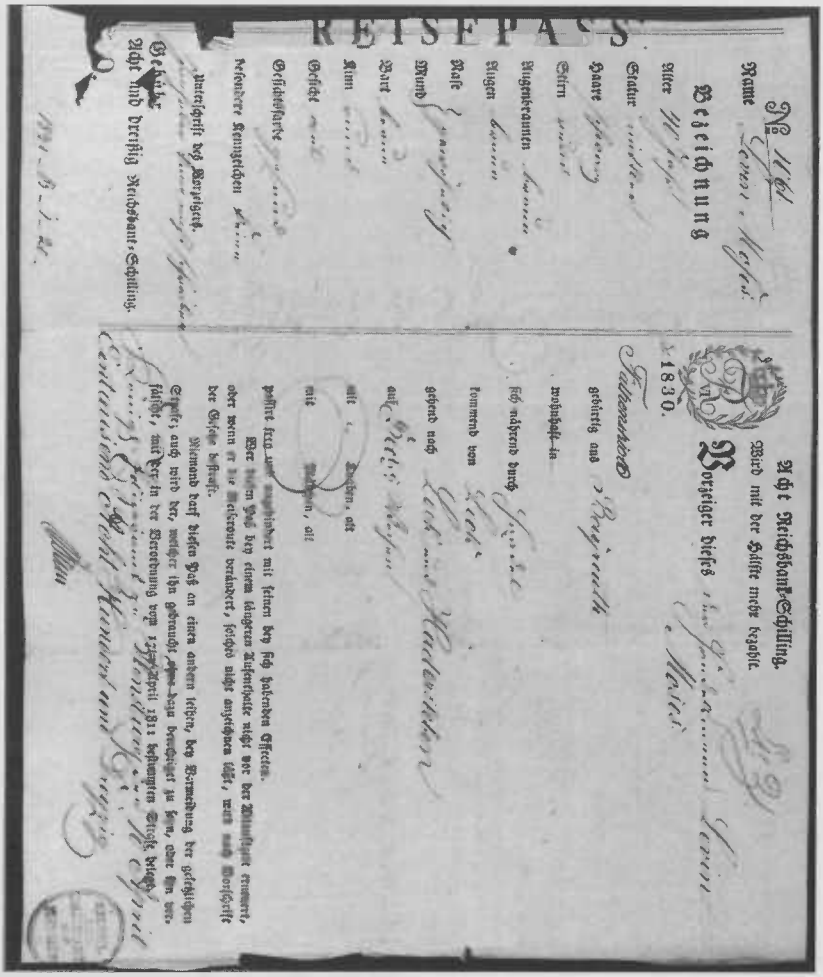

REISEPASS

Abb. 2: Paß des Levin Moses, Zeugnis seines mobilen Lebens als von Leck aus die Märkte bereisender Händler

er in den ersten Jahren gleichfalls umhergezogen." Er erwähnte außerdem eine Arreststrafe und Aufenthalte in Rantzau, Mölln, Süderbrarup und Lügumkloster; ein Jahr verbrachte er auch im Hannoverschen. In seiner eigenen Beschreibung heißt es weiter: Im Jahr 1818 „sey er mit ihr [seiner Frau] nach Leck gefahren. Ungefähr in den nächsten 2 Jahren habe er sich dann und wann, seitdem aber beständig in Leck aufgehalten. Zu der Zeit, als seine Tochter Lene geboren worden, habe er Leck zu seinem festen Aufenthaltsort gewählt und habe seine Familie, wenn er auch die Märkte bezogen, sich beständig [dort] aufgehalten [... und] habe zur Miethe an mehreren Stellen daselbst ge-

wohnt".[16] Er ergänzte seine Aussage einen Tag später dahingehend, daß ihm bisher niemals gesagt worden sei, daß er sich in Leck gar nicht aufhalten darf! L. Moses wird die nächsten zwei Jahre im Zuchthaus Odense bis zu seiner Entlassung nach Leck im November 1832 verbringen, während seine Familie weiter in Leck wohnte.

Im Auftrag des Amtmanns ermittelte Kirchspielvogt Johannsen am 19. August 1830 noch weitere in Leck anwesende Juden: Die Familie von Levin Moses, Jacob und seine Familie, Gabriel Salomon Tachau mit Ehefrau, Schwiegermutter und Mutter, Isack und seine Frau, Lewin Kalkar und Dessauer. Die meisten hielten sich bereits seit vielen Jahren - wohl kaum ohne jede Kenntnis von seiten der Behörden - in Leck auf. Übrigens wird dem immerhin gerade verhafteten Juden L. Moses im Bericht des Hardesvogts Küster vom 27. August 1830 ein gutes Zeugnis ausgestellt, dieser habe sich sogar bei einem großen Dorfbrand besonders bei der Löschung ausgezeichnet und dafür eine Belohnung erhalten.

Zunächst reagierte der Amtmann menschlich auf die Situation der seit langem in Leck wohnenden Juden und beantragte persönlich im November 1830, ihnen eine Wegzugsfrist bis Mai kommenden Jahres zu gestatten, da sie bei einer sofortigen Vertreibung wegen des bevorstehenden Winters in eine drückende Lage versetzt würden. Als er jedoch im Sommer 1831 feststellen mußte, daß die Familien Levin Moses und Gabriel Tachau immer noch da waren, befahl er ihnen im Juli 1831, sich nunmehr innerhalb von vier Wochen zu entfernen und erließ gleichzeitig ein vorsorgliches Mandat, wonach es jedem Bewohner Lecks streng verboten wird, Juden ohne vorschriftsmäßige „Nachtzettel" und andere Legitimationsdokumente zu beherbergen.[17]

Nachdem der anscheinend nicht ganz arme Händler Tachau, der auch Bürger in Friedrichstadt war, im August 1831 zunächst gegen Erlegung einer Geldsumme bei der Ortsarmenkasse Leck einen weiteren Aufschub bis Mai 1832 erreicht hatte, wurde seine Bitte um dauernden Aufenthalt - trotz Vorlage einer befürwortender Bescheinigung der anderen Einwohner - schließlich doch abgelehnt, woraufhin er Leck verließ, so daß im Herbst 1832 nur noch die Familie des L. Moses in Leck verblieben war.

Nachdem Levin Moses seine Zuchthausstrafe in Odense verbüßt hatte und zu seiner Familie zurückgekehrt war, bestätigte eine weitere Überprüfung seiner Lebensumstände im November 1832 erneut, daß er mit seiner Frau, acht Kindern, von denen übrigens vier in Leck geboren waren, und seiner über 90jährigen Mutter in kümmerlichsten Verhältnissen lebt und zwar zur Miete im Haus des Küsters Brodersen[18] in Leck. Der Amtmann erkannte nun, daß die Familie sich wohl „nicht gutwillig entfernen wird".[19] Er betonte in einem Bericht vom 8. Dezember 1832, daß sie trotz der langen Aufenthaltsdauer kein Heimatrecht in Leck erworben haben könnte, da - juristisch gesehen - aus einer unerlaubten Tatsache grundsätzlich keine Rechte entstehen können.[20]

Auf Geheiß des Gottorfer Obergerichts befragte der Amtmann L. Moses im Januar 1833, in welchem der erlaubten Orte er sich niederlassen wolle. Dieser erklärte schließlich, nach Friedrichstadt gehen zu wollen, bat aber gleichzeitig um Frist bis Mai 1833, da er dort

keine Wohnung erhalten und den Transport, der relativ teuer ist, da die kleinen Kinder und die Großmutter gefahren werden müssen, vorher auch gar nicht bezahlen könne. Bei einem Befehl zum sofortigen Verlassen Lecks sähe er keinen anderen Ausweg, als davonzugehen und seine Familie im Stich zu lassen.[21]

Der Amtmann gewährte ihm daraufhin eine weitere Frist bis Ostern 1833, drohte aber, ihn danach endgültig wegtransportieren zu lassen.[22] Auf Nachfrage des Amtmanns in Friedrichstadt, ob dem (Zwangs-)Transport der Familie dorthin etwas im Weg stünde, stellte sich heraus, daß sich die dortige jüdische Gemeinde weigerte, diese große und verarmte Familie aufzunehmen, da sie grundsätzlich der Ansicht war, daß aus der Tatsache, daß Juden nur an einigen wenigen Orten wohnen dürfen, kein Zwang für diese Orte abgeleitet werden könne, alle fremden Juden aufnehmen zu müssen. Außerdem verlange Friedrichstadt von jedem Niederlassungswilligen obrigkeitliche Zeugnisse des bisherigen Wohlverhaltens.

Die Gemeinde warf sogar dem Amt Tondern vor, fremde Juden aufgenommen und jahrelang in Leck geduldet zu haben, wodurch diesen überhaupt erst die Gelegenheit gegeben werde, sich - zum Nachteil der mosaischen Gemeinden - in Schleswig-Holstein einzubürgern. Da dies aber nun geschehen sei, so könne die Religionsverschiedenheit allein kein Grund sein, die daraus erwachsenen Heimatrechte abzulehnen. Die Gemeinde sei ohnehin bereits mit fremden Familien überfüllt, deren Mehrheit unvermögend oder verarmt ist.

Für die Friedrichstädter war L. Moses außerdem kein Unbekannter, der Älteste und die Vorsteher der Gemeinde schrieben ihm kein gutes Zeugnis aus: Eins der Kinder sei ein Krüppel und Taugenichts, der Vater und Mutter schlägt, ein zweiter begehe Diebereien, und die Familie suche sich mit Glücksspielen auf Märkten zu ernähren; insgesamt handele es sich bei Levin Moses um ein „augenscheinlich unwürdiges Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft".[23] Der Magistrat Friedrichstadt bat daher, den Transport nicht durchzuführen.

Das Gottorfer Obergericht rügte daraufhin seinerseits den Amtmann, er hätte die jüdische Familie einfach aus dem Amt Tondern wegschaffen und sich selbst überlassen sollen. Die Anfrage an Friedrichstadt hatte die Sache in den Augen der Behörde also nur kompliziert.

Amtmann v. Krogh stellte am 8. September 1833 für Friedrichstadt dann das verlangte Führungszeugnis über L. Moses aus; dieses Zeugnis, das sehr diplomatisch verfaßt ist - schließlich will der Amtmann die jüdische Familie ja loswerden -, reichte der Stadt jedoch aus mehr oder weniger formalen Gründen nicht aus. Nunmehr erkannte das Obergericht das Zögern aber nicht mehr an und verlangte entschieden den Transport der Familie, der schließlich 14 Tage vor Ostern 1834 durchgeführt wurde, allerdings ohne den Familienvater selbst, der gerade wieder auf einer Handelsreise war.

Schnell trat genau das ein, was die jüdische Gemeinde befürchtet hatte: die große Familie muß von ihr beherbergt und versorgt werden. In der Annahme, daß doch ein Heimatrecht in Leck bestehen müsse, erbat sie 1835 eine Kostenerstattung durch die Lecker Armenkasse. Der Amtmann von Tondern konnte sich jedoch mit der - von den Lecker Armenvorstehern selbstverständlich geteilten - Ansicht, daß durch den gesetz-

widrigen und verbotenen Aufenthalt in Leck keine Rechte erworben werden konnten, durchsetzen, so daß dieser Antrag ebenso von der Regierung abgelehnt wurde wie ein erneuter Versuch im Jahr 1836, die Erstattung durch eine Staatskasse zu erreichen.

Verbittert führte die jüdische Gemeinde Friedrichstadt die Familie Moses bei ihren späteren Bemühungen, zukünftig die für sie existenzbedrohende Niederlassung fremder armer Juden grundsätzlich zu beschränken, als negatives Beispiel an.

Der Streit um Michel Levin

Michel Levin war einer der Söhne des Levin Moses. Auch um ihn wurde eine längere Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Behörden geführt. Der als „Judenjunge"[24] bezeichnete M. Levin verunglückte im Januar 1832 als 16jähriger sehr schwer in der Mühle des Kirchspielvogts Johannsen bei Leck. Seine Stellung bei dem Mühlenbesitzer konnte nicht endgültig geklärt werden; nach Ansicht des Hardesvogts war Michel als Dienstbote bei Johannsen, was eigentlich nicht zulässig war. Der Kirchspielvogt selbst gab jedoch an, der Junge sei kein Dienstbote gewesen; er habe ihn lediglich auf Bitten der Mutter und aus Mitleid mit ihren ärmlichen Umständen bei sich aufgenommen. Um die Frage, wer letztlich für die Übernahme der hohen Kosten seiner chirurgischen Behandlung zuständig war, entspann sich ein jahrelanges Hin und Her. Obwohl auch Michel Levin kein Heimatrecht in Leck hatte und die Mühle eigentlich auf Boverstedter Grund lag, so gehörte letztere doch zur Lecker Armencommüne. Daher verfügte die Regierung 1835 zuletzt die Erstattung der zunächst von der Amtsanlagekasse vorgeschossenen Kosten durch die Armenkasse Leck - unter Vorbehalt des Regresses gegen den Kirchspielvogt. Diese Erstattung erfolgte durch die Armenkasse trotz Androhung von Zwangsmitteln schließlich erst im Dezember 1839.

Lewin Kalkar

Daß die Obrigkeit des Amtes Tondern in den folgenden Jahren ein besonders wachsames Auge auf die jeweils sich in Leck aufhaltenden Juden hatte - wohl um jede Ansiedlung von vornherein zu unterbinden - , zeigt folgender Vorfall: Am 1. April 1833 beherbergte der Krugwirt Jürgen Jürgensen Hjort[25] in Leck den Juden Lewin Kalkar[26] aus Kopenhagen für eine einzige Nacht. Auf eine entsprechende Anzeige des Hardesvogts Küster wurde er daraufhin sofort im Amthaus zu Tondern verhört. Da der Wirt zugeben mußte, weder den Paß des Juden gesehen, noch den vorgeschriebenen „Nachtzettel" verlangt zu haben, wurde er am 19. April 1833 wegen Verstoßes gegen das entsprechende Mandat des Amtmanns vom 24. Juli 1831 kurzerhand zu einer Geldstrafe verurteilt.

Die Umfrage der Deutschen Kanzlei 1834

Im Jahr 1834 interessierte sich die Deutsche Kanzlei im Rahmen der sich abzeichnenden Bemühungen zur Emanzipation generell für die in Schleswig-Holstein lebenden Juden. Amtmann v. Krogh aus Tondern berichtete daher auftragsgemäß über die „Verhältnisse der mosaischen Glaubensgenossen"[27] und brachte in Erinnerung, daß in Leck früher mehrere nichtkonzessionierte jüdische Familien, die sich hauptsächlich durch den „Schacherhandel"[28] ernährten, gewohnt hatten. Er habe jedoch die „Entfernung"[29] derselben veranlaßt, und dies sei jetzt (also 1834) bereits seit längerer Zeit erfolgt, so daß in Leck keine Juden mehr ansässig seien.

Mit dieser „Erfolgsmeldung" des Amtmanns ist ein Kapitel der Bevölkerungsgeschichte Lecks zunächst abgeschlossen. In den Listen der nächsten Volkszählung im Jahr 1835 konnte unter den 766 Einwohnern dann auch kein Name ermittelt werden, der auf eine jüdische Herkunft hinweist.

Als Fazit bleibt: Nachdem Juden also über längere Zeit offensichtlich unbehelligt in Leck hatten leben können (man erinnere sich z.B. an die mehrfach beigebrachten positiven Zeugnisse der Eingesessenen), gerieten sie - eher zufällig - in den Blick der obrigkeitlichen Verwaltung; dies führte schließlich zu ihrer Vertreibung aus dem inzwischen wohl als Heimat empfundenen Ort und vielleicht sogar zu ihrer endgültigen Verarmung.

Anmerkungen

Als Quellenmaterial wurden folgende Akten des Landesarchivs Schleswig-Holstein (LAS) benutzt: Abt. 49.11 (Schleswig-Holsteinische Regierung zu Gottorf) Nr. 157, Abt. 49.32 Nr. 63; Abt. 65.2 (Deutsche Kanzlei zu Kopenhagen) Nr. 440I, 440II, 1063III, 2791I; Abt. 161 (Amt Tondern) Nr. 1456, 2493, 2529; Abt. 412 (Volkszählungen) Nr. 43; Abt. 415 (Volkszählungen) Nr. 5404.

Aufgrund mangelnder Quellen kann von der historischen Einordnung der in diesem Beitrag erwähnten Personen als „jüdisch" kein Rückschluß auf ihre tatsächliche Religionszugehörigkeit oder auf ihr Selbstverständnis gezogen werden.

1. LAS Abt. 49.11 Nr. 157: Bericht des Karrhardesvogts vom 28.11.1832 über den Juden Levin Moses.
2. LAS Abt. 49.11 Nr. 157: Gemäß der Verfügung vom 13.6.1729 (durch Kanzleischreiben bestätigt und um den Ort Elmshorn ergänzt am 22.12.1818) durften sich Juden nur in Altona, Glückstadt, Rendsburg und Friedrichstadt häuslich niederlassen.
3. Georg Ludwig Müller, gest. 1844, Hardesvogt der Karrharde 1801-1825, danach Stadtsekretär in Altona, außerdem seit 1829 Besitzer des adligen Gutes Klixbüllhof bei Leck.
4. Ernst Albrecht v. Bertouch, 16.12.1745-17.12.1815, Amtmann von Tondern 1789 bis zu seinem Tod.
5. LAS Abt. 161 Nr. 2529: Schreiben des Gottorfer Obergerichts an den Amtmann vom 26.6.1812.
6. Anscheinend wurde er eigentlich wegen einer ganz anderen Karrenstrafe gesucht, zu der er 1801 im Gut Ludwigsburg verurteilt worden und aus der er ein halbes Jahr später geflohen war. I. Levin hatte also zunächst von der mangelnden Koordinierung und dem schlechten Informationsfluß zwischen den verschiedenen beteiligten Behörden profitieren können und so seine Entlassung nach der ersten Verhaftung in Leck erreicht.
7. LAS Abt. 161 Nr. 2529: Schreiben des Kirchspielvogts an den Hardesvogt vom 3.10.1812.
8. Johann Johannsen, langjähriger Kirchspielvogt - zeitweise suspendiert - des Kirchspiels Leck bis zu seinem Tod 1844.
9. LAS Abt. 161 Nr. 2529: Schreiben des Kirchspielvogts an den Hardesvogt vom 3.10.1812.
10. LAS Abt. 161 Nr. 2493: Gesuch vom 30.7.1813; dieses wurde von dem Friedrichstädter Advokaten Nicolaus Gülich (1770-1834) - im Auftrag des Supplikanten - aufgesetzt und eingereicht.
11. Peter Matthiessen, 19.3.1767 - 25.12.1829, Amtmann von Tondern 1816 bis zu seinem Tod.
12. LAS Abt. 161 Nr. 2493: Schreiben des Hardesvogts vom 14.2.1820.
13. Friedrich Christian v. Krogh, 13.4.1790 - 28.12.1867, Amtmann von Tondern 16.2.1830 - 28.4.1848 (abgesetzt von der Provisorischen Regierung).
14. Friedrich Otto Küster, geb. 1783, Hardesvogt der Karrharde 1826 - 1851.
15. Gemäß der Aussage seiner Frau vom 12.6.1834 kommt L.M.s Mutter aber aus Kopenhagen und er wurde nur auf der Durchreise in Bayreuth geboren

(LAS Abt. 49.11 Nr. 157: Auszug aus dem Friedrichstädter Polizeiprotokoll).
16. LAS Abt. 49.11 Nr. 157 Abschrift aus dem Verhörprotokoll des Amtes Tondern vom 7.7.1830 (gekürzt).
17. LAS Abt. 161 Nr. 2529: Mandat des Amtmanns vom 24.7.1831.
18. Christian Brodersen, 1762 - 1836, seit 1782 Küster in Leck.
19. LAS Abt. 49.11 Nr. 157: Schreiben des Amtmanns vom 8.12.1832.
20. Gem. Patent vom 23.12.1808 erwarb ein verarmter Hilfsbedürftiger durch mindestens dreijährigen Aufenthalt an einem Ort das Recht auf Armenunterstützung durch den jeweiligen Armendistrikt.
21. LAS Abt. 49.1 Nr. 157: Protokollauszug v. 15.1.1833.
22. Ebenda.
23. LAS Abt. 49.11 Nr. 157: Schreiben der Gemeinde vom 3.4.1833.
24. LAS Abt. 161 Nr. 2529 u.a. Schreiben des Amtmanns an den Kirchspielvogt vom 7.12.1832.
25. Jürgen Jürgensen Hjort, geb. 1788, besaß seit 1823 eine Konzession zur Krügerei in Leck.
26. Es stellte sich im Zuge der Untersuchungen interessanterweise heraus, daß L. Kalkar seit Herbst 1832 öfter nach Ladelund gekommen war, um dort im Haus des Krügers Peter Jürgen Bendixen den Sabbat zu feiern. Auch gehörte er zu den früher in Leck wohnenden Juden, die das Dorf hatten verlassen müssen.
27. LAS Abt. 65.2 Nr. 440 II: Bericht des Amtmanns vom 6.10.1834.
28. Ebenda.
29. Ebenda.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: „Amtmandsbogen" von Palle Rosenkrantz, S. 96 (Kopenhagen 1936).
Abb. 2: LAS Abt. 49.11 Nr. 157.

Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte Heft 33/34 vom September 1998

Hinweis zum Beitrag von Bettina Reichert, S. 20: Der Zusatz

Aufgrund mangelnder Quellen kann von der historischen Einordnung der in diesem Beitrag erwähnten Personen als „jüdisch" kein Rückschluß auf ihre tatsächliche Religionszugehörigkeit oder auf ihr Selbstverständnis gezogen werden.

stammt von der Redaktion, nicht aber von der Autorin des Aufsatzes

Falk Ritter

Scharlatane, Heildiener und Parteigänger

Heilpraktiker und Mediziner im Kreis Schleswig (1889-1950)

Zur Geschichte der „Randmedizin"

Im Mittelalter und der frühneuzeitlichen Gesellschaft mußte der Patient selbständig oder mit Laiensystem die Ursache seiner Krankheit finden. Die Heilung geschah durch Magie und Segenssprüche, ausgeübt durch Wunderheiler, Kräuterweiber und Scharfrichter.

Das 16. Jahrhundert brachte den Aufstieg der Scharlatane in den großen Städten. Sie betonten mit eindrucksvoller Sprache und Gebärde die unfehlbare Wirkung ihrer Salben oder Wässerchen. Diese Zeit markierte auch den Beginn der Kommerzialisierung des Heilgewerbes. Das Ende des 18. Jahrhunderts brachte dann den Übergang vom beruflichen Pluralismus zum Expertentum im Gesundheitswesen.[1]

In der Taxe für niedere Chirurgen (Barbiere), 1820 vom Schleswig-Holsteinischen Sanitätskollegium herausgegeben, wurde beispielsweise unter der Nr. 13[2] eine Behandlungsmethode aufgeführt, die heute fast in Vergessenheit geraten ist, aber damals in hohem Ansehen stand: Das Setzen einer Fontanelle.

Dies geschah folgendermaßen: Hatte beispielsweise eine Patientin Migräne, dann wurde ihr an der Stelle, wo die Schädelknochen beim Säugling noch nicht zusammengewachsen sind, also an der Fontanelle, ein kleines Feld Haare abrasiert. Darauf wurde ein Blasenpflaster (Cantharidin = Spanische Fliege) gelegt. Die Blase wurde nach ein paar Tagen abgetragen, die Haut unempfindlich gemacht und Salpeter aufgetragen, worauf sich ein Schorf bildete, der wieder abfiel. In den Wundtrichter wurde eine Erbse gelegt und neu verbunden. Die schlechten Körpersäfte (= Eiter), die den Kopfschmerz erzeugten, sollten in einer „kleinen Quelle" (= Fontanelle) „abgeleitet" werden.

Um die uns heute so fremde Therapieform zu verstehen, muß man wissen, daß die Medizin früher eine andere Vorstellung von der Entstehung der Krankheiten hatte. Seit dem Altertum glaubte man, daß ein Ungleichgewicht der vier Körpersäfte Blut (sanguis), Schleim (phlegma), gelbe Galle (chol-) und schwarze Galle (melancholie) Krankheiten hervorrufen würde. Wollte man einen Patienten heilen, so mußten die überschüssigen Säfte entfernt werden. Dies geschah beispielsweise durch Aderlaß, Schwitzen, harn- und stuhlgangregulierende Mittel.[3]

Der Beginn der modernen wissenschaftlichen Medizin ist verknüpft mit den Namen von Ignaz Semmelweis (1861), Louis Pasteur (1865) und Robert Koch (1876), die die grundlegenden Forschungen zur Bakteriologie betrieben haben.

Im Gegensatz dazu haben sich die nichtwissenschaftlichen medizinischen Methoden sehr gut behaupten können, für die insbesondere Hahnemann mit der Homöopathie (1796) und Mesmer mit seinen magnetischen Kuren (1814) eintraten. Ende des 19. Jahrhunderts wurde in Norddeutschland als Dritte die Methode „Schäfer-Ast" berühmt.[4] Dazu kamen noch Biochemie, Elektrizität, Handauflegen, Irisdiagnostik, Naturheilkunde und die Verwendung radioaktiver Substanzen (Radium). Wie der Tabelle zu entnehmen ist, gab es auch damals einige Ärzte, die nichtwissenschaftliche Heilmethoden anwandten.

Wir kennen heute rund 800 verschiedene Methoden der Randmedizin, deren größter gemeinsamer Nenner die in der Schulmedizin gut bekannte Placebowirkung bzw. Suggestion ist, welche in dem noch unzureichend erforschten Gebiet der Psychosomatik ihre Wirkung entfaltet.[5] Anthroposophische Medizin und Akupunktur wurden bis 1950 im Kreis Schleswig nicht öffentlich angeboten. Aber es gab skurrile Sonderformen: Der „biochemische Verein" in Arnis etwa bot 1922 (unter ärztlicher Leitung?) sogar „Medizin=Militarismus zum Wohl des Kranken" an.[6]

Heildiener und Heilgehülfen, Heilkundige und Heilpraktiker

Die Vorläufer der Heilpraktiker waren „kluge Schäfer", „kluge Frauen" und „Kräuterfrauen", welche auch „Pfuscher" genannt wurden und von denen es laut *Eiderstedter und Stapelholmer Wochenblatt* vom 8. Januar 1891 in Schleswig-Holstein 49 gab. Zu dieser Gruppe gehörten lt. Sander ursprünglich auch

- das den Ärzten nachgeordnete Heilpersonal
- fahrende Heiler
- Hirten, Klee- und Wasenmeister (Abdecker), Scharfrichter, Henker
- Laienpraktiker im eigentlichen Wortsinn, die nur gelegentliche medizinische Empfehlungen oder Dienste etwa im Verwandten- oder Freundeskreis gaben; auch die Selbstmedikation fällt darunter
- auch geprüfte Personen (z.B. Ärzte!), die ohne die Erlaubnis (Approbation) der Obrigkeit praktizierten, wurden so genannt.[7]

Am 21. Juni 1869 erließ der Norddeutsche Bund eine neue Gewerbeordnung, die einerseits große wirtschaftliche Freiheiten brachte, auf der anderen Seite aber die Privilegien von Zünften und Ämtern für null und nichtig erklärte. Das hatte weitreichende Auswirkungen auf die medizinische Versorgung, denn neben den staatlich geprüften Personen (Apotheker, Ärzte, Zahnärzte und Hebammen) durften jetzt auch ungeprüfte Personen Heilkunde betreiben. Bis 1952 mußte beispielsweise ein Dentist bzw. Zahntechniker - was damals dasselbe war - nur dann eine Prüfung (ab 1921) ablegen, wenn er eine Krankenkassenzulassung haben wollte. Am 1. Juli 1883 wurde in die Reichsgewerbeordnung eingefügt, daß Nichtapprobierten die Ausübung der Heilkunde im Umherziehen verwehrt ist.

Am 3. September 1872 erließ die Regierung zu Schleswig eine Verfügung zwecks „Ablegung der Prüfung behufs Erlangung des Befähigungs=Zeugnisses als geprüfter Heildiener". Nur wer sie erfolgreich absolvierte, durfte sich „geprüfter Heildiener" nennen. Interessant ist, daß im Punkt 5 der Prüfungsordnung darauf gedrungen wurde, „auf genügende Kenntnis des Lesens und des Schreibens zu achten". Am 18. Februar 1903 wurde die Prüfung des „Heilgehülfen" eingeführt, dem Nachfolger des Heildieners. Die Heildiener und Heilgehülfen arbeiteten überwiegend in den Krankenhäusern. Sie hatten nichts mit Heilpraktikern gemein. Heute würde man sie als Krankenpfleger bezeichnen.

Im Gegensatz zu den spezialisierenden Berufsbezeichnungen wie Homöopath und Magnetiseur war C. Hansen aus Hademarschen 1908 der erste einer ganzen Reihe von „Heilkundigen". Dieser viel benutzte allgemeine Titel wurde erst 1933 durch den „Heilpraktiker" (P. Wagner, Kappelholz) abgelöst. Ihre Leistungen boten diese im Bereich der „Randmedizin" Tätigen oft in Zeitungsannoncen an, die damals ein vertrauter Anblick waren. A. Stengel aus Buhs bei Kappeln war aber der einzige, der seine Anzeige mit einem Bild schmückte.

Abb. 1: Schleibote *vom 22.3.1920*

Die Ära des Nationalsozialismus

Mit Beginn der 20er Jahre hatten die „Kurpfuscher" einen enormen Zulauf an Patienten, was die Ärzteschaft beängstigte. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten wollte der Reichsärzteführer Dr. Wagner die Kurpfuscher und Naturheilärzte zusammen mit den naturwissenschaftlich geschulten Ärzten in eine „neue deutsche Heilkunde" integrieren. Dazu wurde 1933 der Einheitsverband der Heilpraktiker gegründet.

Die deutschen Ärzte, die sich den Raub an ihren jüdischen Kollegen gut haben munden lassen, wurden in ihrer Zufriedenheit jäh gestört. Der Naturheilpraktiker, der nun volle Gleichberechtigung erhielt, wurde ein wirtschaftlicher Konkurrent von ganz anderer Bedeutung als der jüdische Arzt. Die Hoffnung hinter der veränderten Berufsordnung, daß ein so erzogener Mitbürger Bagatellkrankheiten mit möglichst billigen (natürlichen) Mitteln behandeln und der Ärzteschaft möglichst wenig zur Last fallen würde. Die Ärzte sollten frei sein für die Behandlung lebenbedrohlicher Zustände, wie sie beispielsweise durch bewaffnete Auseinandersetzungen herbeigeführt werden.

Die größte Heilkräuterplantage Europas war im Konzentrationslager Dachau untergebracht, wo man hoffte, am preisgünstigsten produzieren zu können. Da aber weder die wissenschaftlich-theoretische Basis noch der praktisch-klinische Nutzen dieser Verfahren belegt werden konnte, vollzog sich Ende der 30er Jahre eine Abwendung von dieser Richtung. Am 17. Februar 1939 trat das Heilpraktikergesetz in Kraft, das eigentlich dazu dienen sollte, die „Barfußmedizin" auslaufen zu lassen, was aber 1957 durch ein Gerichtsurteil ins Gegenteil verkehrt wurde. Während den 10.000 Heilpraktikern 1939 (1997: 12.000) nur die Zahnheilkunde verwehrt war, sind ihnen heute darüber hinaus noch folgende Bereiche verboten worden: Geburtshilfe, Behandlung der Geschlechtsorgane, meldepflichtige Infektionskrankheiten, Röntgen, Totenscheine und verschreibungspflichtige Medikamente.[8]

Obwohl die Heilpraktiker vom Nationalsozialismus sechs Jahre lang stark gefördert wurden, engagierte sich im Kreis Schleswig doch keiner von ihnen für die NSDAP und auch nicht für eine andere Partei. Der Grund könnte darin liegen, daß das Kernstück der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik - die Erblehre - ein Teilgebiet der wissenschaftlichen Medizin ist. Umgekehrt kann es nicht verwundern, daß es in dieser Region Vertreter der akademischen Heilberufe gab, die sich als NS-Protagonisten profilierten. Zu ihnen zählten:

Dr. med. Ernst Paulsen

Paulsen wurde 1886 in Kiel geboren, wo er anfangs wohnte, studierte und arbeitete. In Schleswig hatte die NSDAP in den zwanziger Jahren einen schweren Stand. Paulsen war 1925 der Gründer der dortigen Ortsgruppe der Partei[9], die ihre (meist auswärtigen) Mitglieder in der „Höheren Lehranstalt für praktische Landwirte" rekrutierte. Paulsen arbeitete wie Straub an der Landes-Heil- und Pflegeanstalt. Er starb 1927.[10]

Abb. 2: Dr. Erich Straub

Dr. med. Erich Straub

Oberarzt an der Landesheilanstalt in Schleswig, war schon 1922 Mitglied der NSDAP in München. Seine Wahl zum Stadtverordneten 1929 markierte den Aufschwung der NSDAP in Schleswig.[11] 1933 stieg er zum Landesrat in Kiel auf, und von 1941 bis 1943 war er im Rahmen der „Aktion T4" Euthanasie-Gutachter in Berlin. Gegen Kriegsende kam er ums Leben.[12]

Apotheker Max Klauder

Der angestellte Apotheker Max Klauder kam 1928 nach Schleswig. Er war damals schon seit einem Jahr Mitglied der NSDAP und reaktivierte hier die etwas eingeschlafene Ortsgruppe. 1929 wurde er Schriftwart, Kassierer und Mitglied des SA-Sturmes 7. Gegen Ende des Krieges zog Klauder nach Rendsburg, um dort eine eigene Apotheke zu eröffnen.[13]

Dr. med. dent. Adolph Herting

Herting wurde 1896 in Schleswig geboren. Er war Soldat in beiden Weltkriegen. Herting war Zahnarzt, der seine Dissertation über Schulzahnuntersuchungen geschrieben hatte. Diese führte er 1936 auch selbst im Kreis Schleswig ein. 1929 wurde er Mitglied der NSDAP, 1930 Ortsgruppenleiter in Schleswig, 1932 Kreisleiter, 1933 Stadtrat und kommissarischer Bürgermeister. Seine Amtszeit währte nur vier Monate.[14] Herting war einer der aktivsten Protagonisten des Nationalsozialismus. Mit seinen „Nationalsozialistischen Gedanken, Teil 1-7", publiziert in den *Schleswiger Nachrichten* vom 23. März bis 7. April 1932, gab er tiefe Einblicke in seine Gedanken- und Gefühlswelt.

Herting setzte sich sehr für die Zwangssterilisation[15] ein und war in der sogenannten „Kampfzeit" (1930-1932) mit großem Abstand[17] der unangenehmste antisemitische Hetzer, wie zum Beispiel folgendes Zitat beweist: „Das, liebe Volksgenossen, ist die jüdische Fratze. Wenn wir an die Macht kommen, ist es Feierabend damit. Und das weiß der Jude."[18] Da er nur den „deutschblütigen in Deutschland das Recht auf Existenz"[19] zugestand, hat er damit allen „Nichtdeutschblütigen" in Deutschland mit der

Abb. 3: Dr. Adolph Herting

Vernichtung ihrer Existenz, wozu insbesondere das Leben gehört, gedroht. Diese Drohung im Verein mit seinen zahlreichen antisemitischen Äußerungen[20] belegen, daß Dr. Adolph Herting auch ein geistiger Wegbereiter des Holocausts an seinen Mitbürgern mosaischen Glaubens war, dem nach unserem derzeitigen Wissen mindestens 16 Schleswiger Bürger[13] wie zum Beispiel der Schuster Berk Zarnowski und sein Sohn Wolf[21] zum Opfer fielen.

Herting wurde nach dem Kriege im Entnazifizierungsverfahren[22] in die Kategorie 3 (Minderbelasteter) eingestuft. 1954 gründete er den Zahnärzteverein, dessen 1. Vorsitzender er für 19 Jahre wurde und von 1973 bis 1981 gründete er zusammen mit Prof. Meyerhoff im

Landeskrankenhaus Hesterberg die Zahnstation, wo Herting die geistig behinderten Kinder in Vollnarkose behandelte.[23]

Es gibt keinen Hinweis darauf, daß er damit irgendeine Wiedergutmachung betreiben wollte. Vermutlich gab diese Arbeit dem noch sehr rüstigen 77 Jahre alten Herrn die Möglichkeit, nach dem Ausscheiden aus der zusammen mit seinem ältesten Sohn geführten Gemeinschaftspraxis noch weitere neun Jahre zu arbeiten. Herting starb 1987.

Dr. med. vet. Georg Carstensen

Der Tierarzt Carstensen wurde 1930 in Leck Mitglied der NSDAP, wo er 1931 zum Ortsgruppenleiter aufstieg. 1933 avancierte er zum Kreisleiter von Südtondern und 1935 zum Kreisleiter des Kreises Schleswig. Mit einer Unterbrechung im Jahre 1936 hatte er dieses Amt bis 1945 inne. Zusammen mit dem Hauptschriftleiter der *Schleswiger Nachrichten* betrieb er 1935 eine bösartige öffentliche Hetze gegen den Schleswiger Bernhard B., der im selben Jahr von einem Sondergericht verurteilt wurde.

In Carstensens Entnazifizierungsakte fanden sich viele Anschuldigungen. Am 29. Juni 1948 wurde er als Mitglied des politischen Führungskorps wegen seiner Kenntnis der verbrecherischen Verwendung dieser Organisation zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt.[24]

Außer in der NSDAP waren mehrere Mediziner aus der Region bereits zuvor im Stahlhelm sehr aktiv gewesen. Genannt seien hier

- Dr. med. Titschak, Augenarzt in Schleswig; Ortsgruppenführer des Stahlhelms.[25]
- Dr. med. dent. Johannes Trahn; 1931/1932 Führer des Stahlhelms im Kreis Schleswig.[26]
- Dr. med. dent. Ernst Meyer in Kropp; letzter Kreisführer des Stahlhelms.[27]

Der jüdische Heilkundige Henry Gerald

Abb. 4: Henry Gerald

Unter den fast ausschließlich männlichen Heilpraktikern war Gerald zweifellos der prominenteste. Er wurde im Jahre 1900 geboren und begann seine Karriere 1924 als vielseitiger Zauberkünstler in einem Wander-Variete.[28] Ab 1926 arbeitete er als Heilkundiger. Er therapierte psychosomatische Erkrankungen erfolgreich mit Hypnose, wie in veröffentlichten Dankesschreiben seiner Patienten zu lesen ist, und kam zu Wohlstand, was seine Villa in der Rendsburger Königstraße 14 beweist. Seit 1926 kam er freitags und samstags (vermutlich) mit dem Zug von Rendsburg nach

Schleswig in die Mansteinstraße 2 und betrieb dort seine Praxis in stundenweise gemieteten Räumen. Abends fuhr er dann wieder nach Hause. Offiziell war er aber nie in Schleswig gemeldet.

Während der Plakataktion gegen das Judentum wurde er am 5. April 1933 in Schleswig „als Jude entlarvt". In seiner letzten Anzeige in den *Schleswiger Nachrichten* vom 8. Februar 1934 gab er an, bis zum 16. Februar verreisen zu wollen. Henry Gerald wanderte stattdessen über Kopenhagen nach Amerika aus und starb dort 1989 im hohen Alter, geehrt durch den Ehrentitel „Doktor honoris causa".[29] Erwähnt wurde er auch in der ZDF-Dokumentarsendung „Cäsar, Cäsar!".[30]

Anmerkungen

1. Jütte, Robert: Ärzte, Heiler und Patienten. München 1991, S. 225-228.
2. XXIV Patent betr. die Erlassung einer Taxe für die den Aerzten und Wundaerzten zu entrichtende Vergütung für ihre ärztlichen und chirurgischen Bemühungen in den Herzogtümern Schleswig und Holstein vom 1sten Decbr. 1820 (Chr.S.), Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Schleswig [künftig LAS] A9.
3. Ritter, Falk: Ateliers für künstliche Zähne. Schleswig: Selbstverlag 1996, S. 15-17; Federspiel, Krista und Herbst, Vera: Die Andere Medizin. Berlin: Stiftung Warentest 1996, S. 73-74.
4. Ebel, W.: Schäfer Ast. Winsen (Luhe): Ravens & Maack 1973. Ast schnitt Nackenhaare ab, betrachtete sie unter der Lupe und verordnete relativ harmlose Medikamente, was ihm täglich angeblich bis zu 1000 Patienten sicherte.
5. Kreyer, G.: Psychosomatische und somatopsychische Wirkungsmechanismen. In: Biologische Zahnmedizin (BZM) 13, 3 / 1997, S. 76-79.
6. Schleibote 21.11.1922.
7. Sander, Sabine: Handwerkschirurgen. Sozialgeschichte einer verdrängten Berufsgruppe. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1989. S. 50-51.
8. Ernst, E.: Außenseiter, Schulmedizin und nationalsozialistische Machtpolitik. In: Deutsches Ärzteblatt 1995; 92: A-104-107 (Heft 3).
9. Aus der Geschichte der NSDAP Ortsgruppe Schleswig, Schleswiger Nachrichten [künftig SN] 10.3.1934.
10. Paulsen, Ernst: Cholelithiasis beim Säugling. Med. Diss., Kiel 1912.
11. SN 17.12.1929; Aus der Geschichte der NSDAP Ortsgruppe Schleswig, SN 10.3.1934.
12. Auskunft von Erich Koch, Institut für Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig (IZRG-Datenpool).
13. SN 10.3.1934; LAS Abt. 320 Schleswig L. Nr. 130.
14. Herting, D.: Dr. Adolph Herting - nicht nur ein Schleswiger Leben. In: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 1997. S. 99 - 124.
15. Herting, A.: Nationalsozialistische Gedanken, Teil II, in: SN 24.3.1932.
16. Soweit andere Nationalsozialisten in Schleswig überhaupt Antisemitismus zeigten, war er doch relativ moderat. Dr. Straub: Volkszeitung 31.1.1930; auswärtige Redner, die alle von Herting begrüßt wurden: SN 3.2.1931, 15.1.1932, 22.2.1932, 18.3.1932; SA-Oberführer Jochen Meyer-Quade: SN 9.3.1931, 16.4.1932.
17. Herting, A.: Nationalsozialistische Gedanken, Teil III, in: SN 2.4.1932.
18. Vgl. Anm. 15.
19. SN 14.9.1931, 6.1.1932, 9.2. 1932, 11.3.1932, 23.3.1932, 2.4.1932, 5.4.1932, 22.4. 1932, 29.10.1932, 31.10.1932, 2.11.1932, 4.11.1932.
20. Vgl. Anm. 12
21. Skierka, J.: Juden in Schleswig - Einige Nachbemerkungen. In: Beiträge zur Schleswiger Stadtgeschichte 1991, S. 97-100.
22. LAS Abt. 460.1 Nr. 125. Entnazifizierungsakte von Herting.
23. Malender Zahnarzt wurde 90. In: SN 7.10.1986.
24. SN 20.7.1935; IZRG-Datenpool.
25. Kreis- und Stadtarchiv Schleswig [künftig KStA] XXIII 2.2.23.
26. SN 8.8.1931.
27. LAS Abt. 320 Schleswig L. Nr. 148 Stahlhelm.
28. Friedrichstädter Zeitung 12.12.1924.
29. Rendsburg Tagespost (Schleswig-Holsteinische Landeszeitung) 23.2.1989.
30. ZDF 5.3.1990, 22.10 Uhr; Auskunft des Einwohnermeldeamtes Schleswig vom 29.5.1997. - Weitere Informationen über Henry Gerald gibt es im „Dr. Bamberger-Haus" in Rendsburg, der ehemaligen Synagoge.

Abbildungsnachweis:
Abb. 1: Schleibote 22.3.1920.
Abb. 2: Dr. Adolph Herting, Schleswiger Nachrichten 24.10.1933.
Abb. 3: Dr. Erich Straub, Schleswiger Nachrichten 24.2.1934.
Abb. 4: Henry Gerald, aus Slg. O. Harck, Jüdisches Museum Rendsburg. Dank an Dr. Dettmer.

Tabelle der Heilpraktiker und nichtwissenschaftlich tätigen Ärzte,

die im alten Kreis Schleswig praktizierten.

Quellen: SN = Schleswiger Nachrichten, FZ = Friedrichstädter Zeitung, SB = Schleibote, LAS = Landesarchiv Schleswig
Zeitraum: sofern nicht die gesamte Tätigkeitsdauer bekannt ist, wird hier das nachweisbare Jahr angegeben.

Zeitraum	Name	Titel / Tätigkeit	Ort / Adresse	Quelle
1889-1909	Harbeck, Johs.	Institut für Reform-Heilkunst	Schleswig, Friedrichstadt, Rendsburg, Husum	SN 27.7.1909
1896	Müller, Dr.	homöopathischer + pract. Arzt	Schleswig, Stadtweg 59	SN 4.12.1896
1895	Brügmann, J.C.	Barbier (Methode Schäfer Ast)	Hollingstedt	FZ 5.9.1895
1900-1913		Verein für Naturheilkunde	Schleswig[1]	
1901-1916	Styrie	Homöopath	Schleswig, Lollfuß 63	SN 6.1.1901
1914	Hofer, Andreas	Heilpraktiker	Schleswig , Hotel Friedrichstr. 29	SN 31.3.1914
1919	Klemmer	Elektrogalvanische Heilbehandlung	Schleswig, Domziegelhof 2	SN vor 4.8.1919
1920	Stengel, A.	Okkultismus, Ohtstrahlung	Buhs / Kappeln	SB 22.3.1920
1920	Steinmeier, H.	Für Stotternde	Kappeln	SB 29.4.1920
1921	Müller, Carl	Psycho-Magnetiseur	Schleswig, Domziegelhof 9	SN 26.8.1921
1921	Voß, Willy	Naturheilkundiger, Hersteller des Labero-Elixiers	Süderlügum	SN 2.12.1921
1921	Schuh	Dipl. Homöopath, Augendiagnose	Schleswig, Lollfuß 59	SN 9.12.1921
1922-1933		Biochemischer Verein	Arnis	SN 15.7.1929
1922	Paulsen	Homöopath, Augendiagnostik	Süderlügum	SB 4.3.1922
1922	Tiedjens, Hinrich	Homöopath	Tolk	SN 18.7.1922
1922-1935	Schulz, Franz	Homöopathische Heilpraxis, Giftfreie Spezialbehandlung aller Geschlechtskrankheiten	Schleswig, Lollfuß 59	SN 15.7.1922
1923-1933	Petersen, Dr. (aus Fl.)	Biochemischer Verein	Schleswig	SN 12.3.1929
1923	Fricke, Ernst	Heilmagnetisierung	wandernd in Friedrichstadt (Dt. Haus)	FZ 19.10.1923
1924	Strehl, F.	Heilkundiger	Friedrichstadt	FZ 8.8.1924
1926	Teichmann, C.	Naturheilpraxis	Oersby /Scheggerott	SB 4.1.1926

1926-1935	Keßler, T.	Magnethopath und Heilkundiger	Schleswig, Bahnhofstr. 5	SN	23.3.1926
1926-1934	Gerald, Henry	Psychologisches Institut	Schleswig, Mansteinstr. 2	SN	7.10.1926
1926	Blumhardt, Arno	Institut für Hochfrequenz-Heilbehandlung	Schleswig, Busdorfer Str. 9	SN	30.11.1926
1926	Heinrich, Th.	Heilkundiger, Spezial-Heilverfahren	Schleswig, Karpfenteich 13	SN	16.12.1926
1927	Raub, W.	Heilkundiger	Schleswig, Michaelisstr. 6	SN	3.1.1927
1927	Nordmann, O.	praktischer Magnetopath	Friedrichstadt (aus Itzehoe)	FZ	21.2.1927
1928	Taschenberger, Fr.	Reform-Heilpraxis	Schleswig, Gallberg 15	SN	14.4.1928
1929	Weber, J.	elektro-galvan. Schwachstrom	Schleswig (Vortrag im Stadttheater)	SN	15.7.1929
1930-1934	Hesse, Bernhard	Homöopath	Schleswig, Friedrichstr. 32	SN	12.4.1930
1930	Detlefsen, Max	Strahlende Radium-Heilkompressen	Schleswig, Lollfuß 118	SN	18.12.1930
1932	Mißbach, Willy	Über Nacht gesund	Schleswig (Vortrag im Stadttheater)	SN	3.2.1932
1932	Mack	Homöopath	Kiel, Kappeln	SB	23.8.1932
1933	Töpfer, Paul	Darmentgasung	Schleswig (Vortrag)	SN	17.7.1933
1933	Mersch, Olga	Darmentgasung	Schleswig (Vortrag)	SN	13.5.1933 (?)
1933	NN	Homöopath	Schleswig, Lollfuß 79	SN	4.9.1933
1933	Wagner, P.	Heilpraktiker, Spezialbehandlung offener Wunden	Kappelholz	SB	19.12.1933
1933	Steinmayer, M.	Erdstrahlen Aetherwellen (reisend)	Friedrichstadt, „Zur Treene"	FZ	14.6.1933
1934	Schulz, Walter	Heilkundiger, gegen TBC	Schleswig[2]		
1935	Meyer, Adolf	Dr.rer.nat., Homöopath, Magnetiseur	Süderlügum	SB	12.5.1935
1935	Rödiger, Fritz	Radium-Präparate	Schleswig, Stadtweg 21[3]		
1936	Schult, Arnolt	Wünschelruten	Böklund (Vortrag verboten)[4]		
1936	Wulf, L.	homöopathische Praxis	Schleswig	SN	10.7.1936
1936-1954	Thoben, G. A.	Heilpraktiker, Homöopath, Naturh.	Schleswig, Lange Str. 17	SN	2.11.1936
1938	Winter, Fritz	Heilpraktiker, Homöopath	Schleswig, Lollfuß 100	SN	8.1.1938
1938-1950	Lorenzen, Wilhelm	Gliedersetzen	Schleswig, Gallberg 14	SN	22.1.1938
1940	Mark, M.	Heilpraktiker	Schleswig, Erdbeerenberg 6	SN	16.8.1940
1945-1950	Peters, Gustav	Heilpraktiker	Schleswig, Schubystr. 46	SN	18.7.1945
1948-1950	Wieberneit, Ernst	Heilpraktiker	Schleswig, Gallberg 14	SN	11.9.1948
1950	Petersen, Christian	Heilpraktiker	Schleswig, Herrenstall 7	Adreßbuch Sl	

Auswärtige

1866	v. Simesen, E.	Magnetisiren	Flensburg	LAS Abt. 309 Nr. 42
1889	Krohn, Anna	Überrathen mit der Hand	Alt-Büdelsdorf, an der Chaussee bei Herrn Gosch	SN 7.8.1889
1893	Mau, Dr.	Homöopath, Arzt	Husum	SN 14.10.1893
1894	Dittmar, Gustav	Magnetismus (Heiland)	Eimsbüttel/Hamburg	FZ 28.6.1894
1908	Hansen, C.	Heilkundiger	Hademarschen	SB 3.7.1908
1908	Krüger, Fr.	Elektro=Homöopathie	Altona	SB 1.8.1908
1912	Mathiesen, D. Fr.	Heilmagnetiseur	Rendsburg	SN 7.9.1912
1915	Andresen	Biochemisch=homöopath. Inst.	Flensburg	SB 24.12.1915
1919-1921	Mengeler	Heilkundiger, Radium	Gelting, Flensburg, Cafe Thomsen	SB 17.4.1919
1920	Brunk, J.	Homöopath	Husum	SB 8.7.1920
1920	Areos, Arno	Naturheilanstalt	Flensburg	SB 4.10.1920
1921	Christiansen, Peter	Homöopathie, Iridologie	Flensburg	SB 16.7.1921
1921	NN	Spezial-Behandlung, Syphilis, Naturheilkunde, Homöopathie	Rendsburg	SN 18.11.1921
1922-1925	Schröther, E.	Homöopath, Biochemie	Flensburg	SN 4.1.1922
1922	Grantz, P.	Homöopath, behandelt Syphilis, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Flechten, Lupus, TBC, Krebs etc.	Rendsburg	SN 11.9.1922
1923	Driver	Tierheilkundiger	Kellinghusen	FZ 4.4.1923
1925	Burmeister	Homöopath, magnet.	Kiel, Sophienblatt	SB 10.2.1925
1925	Kobel, Willy	Heilkundiger System Schäfer Ast	wandernd in Kårby, Gelting	SB 2.11.1925
1925	Schröther, E.	Institut für Biochemie	Flensburg	SB 3.9.1925
1926	Brandt	Augendiagnose	Flensburg	SB 27.8.1926

Zwei weitere Heilpraktiker-Anzeigen wurden aus dem Raum Braunschweig und Hannover registriert.

1. Kreis- und Stadtarchiv Schleswig [KStA] XXIII 2.1.118.
2. Akte der Polizeiverwaltung der Stadt Schleswig, KStA Tit. röm 11, 17, No. 2 1934-1939, XXIII. 9.5.7, 14.1934.
3. Akte der Polizeiverwaltung der Stadt Schleswig, KStA Tit. röm 11, 17, No. 2 1934-1939, XXIII. 9.5.7, 19.6.1935.
4. Akte der Polizeiverwaltung der Stadt Schleswig, KStA Tit. röm 11, 17, No. 2 1934-1939, XXIII. 9.5.7, 6.2.1936.

Claus Heinrich Bill

Organisation und Finanzierung der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein 1928 - 1933

1. Vorbemerkungen

Über die Landvolkbewegung existieren bereits eine ganze Reihe von Untersuchungen, die hauptsächlich ideengeschichtlich orientiert sind. Doch kaum findet sich ein Ansatz, der sich den Organisationsformen der Bewegung widmet. Daher sollen folgende Fragen beantwortet werden: welche Organisationen hatte die Bewegung, wie war deren Politik und wer gehörte zu den Funktionsträgern?

Anfänglich hatte die Landvolkbewegung absichtlich von einer Organisationsform der herkömmlichen Art abgesehen. Man wollte keinen Verband, keinen Bund, keinen Ring oder Verein haben, da die Verantwortlichen meinten, daß mit einer wie auch immer gearteten Vereinigung „das Bonzentum mehr oder minder eng verknüpft ist, daß der Zusammenschluß oft Selbstzweck geworden ist. Bedeutet nicht überhaupt jedes Einspannen einer Idee in ein Dogma schon die Vernichtung? [...] Festzustellen ist, daß unsere Gegner, die Feinde eines selbstbewußten deutschen Menschen, bei jeder Freiheitsbewegung sofort auf dem Plan erscheinen und stets wieder daraufhinarbeiten, daß die Bewegung sich in die Form einer Organisation kleidet", so beschrieb der Landvolkkämpfer Wilhelm Hönck die Idee der Landvolkbewegung im Jahre 1929.[1]

Auch wegen der illegalen Arbeit des Landvolks war es den im Hintergrund agierenden Organisatoren wichtig, ihre Strukturen zu verbergen und nicht öffentlich zu machen. Zusätzlich wurde der Bewegung dadurch eine mystische Kraft erhalten. Andererseits führte dieser Schutzmechanismus bei den gewalttätigen Anhängern zu einer erhöhten Radikalität, da eine Nachweisung von Verantwortung für Gewalttaten seitens der Behörden ohne das Bestehen einer festgefügten Struktur sehr erschwert war. Schließlich konnte auch kein Bund oder keine Ortsgruppe des Landvolks verboten werden, da es sie nicht gab.

Allein diese Widerwilligkeit gegen normale Formen des gemeinsamen Wollens kennzeichneten die Landvolkbewegung und unterschied sie von allen anderen politischen Gruppen ihrer Zeit. Die Landvolkkämpfer wollten nicht Postenfüller, sondern stets Aktive sein, wollten keine Schlupfwinkel für Versager und Ausgegrenzte, sondern völkischen Aktivismus. Das führte dazu, daß die Bewegung über Jahre nicht erlahmte und sich immer neue Männer fanden, die in die Lücke sprangen, wenn ein Teil der Landvolkmänner in Haft ging oder ihre Bestrebungen aufgaben. Ande-

Das Landvolk

— Kleine Ausgabe —

„Lewwer duad üs Slaav!"

Ueberparteiliche, unparteiische Zeitung für das Deutsche Volk in Land und Stadt

Vierteljährlich 1,55 RM. ohne Bestellgeld. Erscheint wöchentlich

1. Jahrgang Verlagsort Itzehoe, 9. Januar 1929 Nummer 2

Abb. 1: Das Landvolk, *Organ der Landvolkbewegung*

rerseits führte dieser Umstand auch zu einer geringen Kontinuität in der weltanschaulichen Richtung des Landvolks, da oft neue Männer an deren Spitze traten. Aber auch sie konnten nicht ohne Organisierung auskommen.

2. Organische Bewegung oder statische Organisation?

Ein Beispiel hierfür waren die zu erstrebende Ziele, die neben den wirtschaftlichen Forderungen und politischen Maximen auch auf die Formen der Organisiertheit Bezug nahmen: „Das Landvolk kämpft gegen das jüdisch-parlamentarische System mit seiner Korruption und seinem Kadavergehorsam, der Bruder- und Klassenkampf auslöst, kämpft gegen alle Verträge und Bindungen, die es wirtschaftlich vernichten und an das internationale Großkapital ausliefern. Das Landvolk bildet eine geschlossene Front deutscher Frauen und Männer, ohne organisatorische Bindung als Schicksalsgemeinschaft wie 1914, verweigert nach wie vor diesem System und seinen Handlangern jede Mitarbeit. Von ihm abgeschlossene Verträge erkennt es nicht an, lehnt den Einfluß von jüdischem Giftgeist über den Weg von Zeitung, Theater und Literatur ab und wird durch keine Handlung Juden geschäftlich unterstützen. Das Landvolk will den Staat auf nationaler Grundlage, der das deutsche Volkstum auf freiem deutschen Raum in freiem deutschen Besitz umfasst, will, daß sein Volkstum höher steht als alle staatlichen Gesetze, Verfassungen und Verträge, [...] will, dass die Wurzeln des Blutes und der Rasse, die deutsche Familie, als Trägerin der Kultur mit jedem Mittel geschützt wird und heimatverbunden bleiben kann. Dazu helfe uns Gott - Lewwer duad üs Slaav!"[2]

Trotz dieser Autarkie-Erklärungen aber kam auch die Landvolkbewegung nicht ohne Organisation aus. Die erste Zusammenkunft der Bewegung hatte Johannes Möller (Karolinenkoog) zusammen mit Otto Johannsen (Büsum)

einberufen, als sich die wirtschaftliche Lage der Bauern zu Anfang 1928 immer mehr verschlechterte. Der Aufruf verbreitete sich durch freundschaftliche, verwandtschaftliche und geschäftliche Beziehungen schnell über die ganze Provinz,[3] so daß am 28. Januar 1928 etwa 140.000 Bauern in den größeren Marktflecken und Städten wie Husum Niebüll, Neumünster, Plön, Heide, Flensburg, Eckernförde, Segeberg, Oldeloe, Ratzeburg, Itzehoe, Schleswig und anderswo teilweise zu Zehntausenden erschienen, flammende Reden hielten und bislang unbekannte Landwirte zu Sprachrohren der Bauernnot und damit zu Führern der entstehenden Landvolkbewegung wurden.

3. Die „Nothilfe" - Durchsetzungsmedium gegenüber den Behörden

Was zu dieser Zeit kein einziger rechter politischer Verband in der Provinz fertigbrachte, nämlich 140.000 Menschen gleichen Willens auf die Straße zu bringen, das hatte eine Gruppe von Männern erreicht, ohne eine Organisation im Rücken zu haben.

Rückhalte waren lediglich die persönlichen Verbindungen in der Region und die Versammlungen. Da dies schnell von den Behörden erkannt worden war, ergab sich hier der nächstliegende Ansatzpunkt für ein staatliches Einschreiten. Jetzt reagierten auch die Bauern und schufen sich einige Verbände und Vereine, die die Landvolkbewegung unterstützen sollten. So begründete man einheitlich unter der Organisation der Bewegung am 4. März 1929 die sogenannte „Nothilfe". An diesem Tage fanden zwölf Versammlungen statt, in der die ländliche Bevölkerung befragt werden sollte, „wie der wirtschaftlichen Not gesteuert werden sollte und wie man insbesondere den Pfändungen der Steuerbehörden wegen rückständiger Steuern begegnen könnte, um den Betrieben die nötigen Bargelder zu erhalten."[4]

Mit dieser Gründung ergriffen die Bauern ihre Selbstverwaltung. Alle derartigen Ausschüsse sollten eine Standesvertretung gegenüber Behörden und Geldinstituten, aber auch eine Art Nebenregierung zum verächtlich „Verwaltungsapparat" genannten Regierungssystem darstellen.

In acht Ausschüssen, die auf Kreisebene gewählt wurden, schlossen sich die Landvolkanhänger zusammen. So entstanden im März 1929 je eine Nothilfe in den Kreisen Husum mit Peter Ludwig Petersen (Oster-Ohrstedt), Südtondern mit Ernst Bossen (Neulandshof), Eiderstedt mit Wilhelm Hamkens (Tetenbüll), Rendsburg mit Markus Wulf (Eisendorf), Bordesholm mit Franz Schwarzloh (Neumünster), Steinburg mit Johannes Schade (Kathen), Fehmarn mit Hugo Beyer (Johannisberg) und Eckernförde mit P. J. Messer (Bühnsdorf) an der Spitze.

In den Versammlungen beschloß man, daß man sich Milchgelder nicht pfänden lassen wollte, wenn das doch geschehe, dann sollte gegen die pfändende Behörde Strafantrag gestellt werden. Falls dritte Personen wissentlich gepfändete Dinge aufkaufen sollten, dann wollte man deren Bild und Namen in der Zeitung *Das Landvolk* veröffentlichen, um sie der Öffentlichkeit bekannt zu machen.

Von den amtlichen Stellen erwartete man, daß Sie kein gepfändetes Gut veräußerten oder außer Landes brachten.

Abb. 2: Wilhelm Hamkens

Abb. 3: Guido Weschke

Ferner wollte die Nothilfe Steuerbescheide einsammeln und geballt an das Finanzamt zurücksenden. Neben der Ausführung dieser Beschlüsse richtete man Nothilfebüros ein, in denen sich Bauern beraten lassen konnten.[5]

Diese befanden sich für Südtondern bei dem Müller Johann Redlefsen in Niebüll, für Eiderstedt bei dem Gärtner Heinrich Plath in Garding, für Steinburg bei G. Weschke in Itzehoe und für Rendsburg bei M. Wulf in Eisendorf.

Teilweise wandten sich die Nothilfemitglieder mit phantastischen Aufrufen an die Bevölkerung, die Landräte, den Regierungs- und Oberpräsidenten, die Finanz- und Katasterämter, in denen deren vollkommene Fehleinschätzung der Machtverhältnisse offenbar wurde: „Am 4. März hat das notleidende Volk des Kreises Südtondern die Unterzeichneten als Nothilfe eingesetzt. Das notleidende Volk hat dadurch zum Ausdruck gebracht, dass die Nothilfe von jetzt an allein seine Interessen zu vertreten hat.

Wir geben Ihnen als Verwaltungsapparat der Provinz davon Kenntnis. Gestützt auf den Artikel 164 in der Reichsverfassung, wonach alle Gewalt vom Volke ausgeht, ordnen wir hiermit an, dass die Verwaltungsorgane sich an uns zu wenden haben, wenn sie irgendwelche Anordnungen treffen wollen. Im Namen des notleidenden Volkes des Kreises! gez. Ernst Boßen, Landwirt..."[6]

Auch vor persönlichen Angriffen schreckte man nicht zurück; so teilten sämtliche Kreisvorsitzenden der Nothilfe dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Heinrich Kürbis mit: „Ihnen sollte nach diesem klar geworden sein, dass nicht Sie das Vertrauen des Volkes besitzen, sondern wir als gewählte Volksvertreter.

Sollten Sie unserem Verlangen [nach Aufhebung des Versammlungsverbotes] nicht nachkommen, so werden wir sofort Ihre Amtsenthebung bei dem Verwaltungsapparat in Berlin verlangen. Sie als Nicht-Schleswig-Holsteiner haben in den letzten 10 Jahren zur Genüge bewiesen, dass Sie nicht mit uns fühlen können und wollen und durch Ihre falschen Massnahmen die Unruhe und Unzufriedenheit gesteigert haben."[7]

Aktionslos blieb lediglich die Nothilfe im Kreis Eckernförde, da sie außer in der Gründungsversammlung in Eckernförde niemals an die Öffentlichkeit trat. Am 4. März hatte nämlich ein Großteil der Versammlung realistischerweise erkannt, „daß sich die beschlossenen Maßnahmen nicht durchführen ließen und beteiligten sich deshalb auch nicht an der Beschlußfassung über die einzelnen auf die verlesenen Fragen eingegangenen Antworten."[8]

4. Vertrauensmänner - lokale Garanten der Bewegung

Ganz ohne Organisiertheit kam auch das Landvolk nicht aus, wollte es dauerhaft präsent sein und nicht nur durch spontane Massenversammlungen auffallen. Vor allem für die Information und die Motivation der Bauern vor Ort mußte in erster Linie gesorgt werden, wollte man die Bewegung so mächtig erhalten wie am 28. Januar 1928. Dazu wurden geheime Maßnahmen getroffen, um nach außen hin das Bild des geeinten und schlagkräftigen, aus sich selbst heraus sich stets erneuernden Landvolks als „Schicksalsgemeinschaft" zu schaffen. Daher wurden Männer mit dieser Aufgabe betraut, die in ihrem Ort und teilweise auch in ihrem Kreis die Landvolkideen systematisch verbreiteten, Aufrufe zu Versammlungen erließen, Spenden sammelten und für die Zeitung *Das Landvolk* warben.

Aus den genannten Gründen existierten im Landvolk darüber kaum schriftliche Aufzeichnungen, doch fiel der Kriminalpolizei eine solche geheime Liste durch Zufall in die Hände, ein Exemplar davon ist auch noch heute erhalten. So gibt die folgende Liste mit Stand von April 1930 einen Einblick in das provinzweit ausgeklügelte Netz von Vertrauensmännern. Genannt werden zuerst der Ort, dann der oder die dort zuständigen Vertrauensmänner. In Klammern steht hinter dem Namen gegebenenfalls der abweichende Wohnort des Vertrauensmannes:[9]

Achterwehr = Heinrich Meltens
Annenhof = Lorenz Lorenzen
Aufeld = Richard Harbeck
Beidenfleth-Riep = Albert Kühl und N. N. Kock
Bellig = O. v. Frank
Bilsen = Kolls
Bissee = Johannes Hamann
Bönebüttel = Cl. Wulff
Bordesholm = O. Horst, Land- und Gastwirt Cartens, Max Rathje
Bosbüll = Lorenzen
Brokenlande = Hermann Schröder
Brokstedt (auch Sarlhusen, Willenscharen, Fitzbek) = Landmann Prinke
Bünsdorf = J. P. Messer
Bünzen = Claus Harms
Büttel = Landmann Wilhelm Knudsen
Dätgen = Ernst Hingst und Heinrich Treu
Dutzhorn = N.N. Steckmeister

Ehndorf = Ch. Preine und Claus Schnoor
Eichtal = Ferdinand Kruse
Eidelstedt = Hans Timm junior
Eiderstedt = Wilhelm Hamkens (Tetenbüll)
Einfeld = N. N. Sander und Hans Röschmann
Eisendorf = Max Thun und Markus Wulf
Elmshorn = Otto Carstens
Eltersdorf = Hofbesitzer Johann Reimers
Fehrenbötel = Hans Dressenberg
Flederwurth = Paul Adam Ross
Flensburg = Nicolaisen
Glücksburg = Fr. Thielsen
Groß-Flintbek = Johannes Reese
Groß-Harrie = Johannes Sötje
Groß-Quern = J. Trammsen
Großenaspe = N. N. Stölting, Johannes Frantzen und Dietrich Moltmann
Grothusenkoog = H. Johannes Frauen
Haby = Dethlef Naeve
Helse = P. M. Nagel
Helser Deich = Hero Massen
Hemme = Hofbesitzer Johannes Möller (Karolinenkoog)
Hennstedt in Dithmarschen = v. d. Heide
Hingstheide = Landmann Otto Rehder
Hochwöhrden = Kurt Quasthoff
Hogelund = Max Petersen
Holsnis = Christian Petersen
Husberg = Johannes Biss und W. Danker
Husum = Landwirt Peter L. Petersen (Oster-Ohrstedt)
Innien = Fr. Sibbert
Jevenstedt = Kühl
Johannisberg auf Fehmarn = Hugo Beyer
Karolinenkoog = Johannes Möller
Kathen = N. N. Schade
Kellinghusen = Hofbesitzer Gustav Homfeldt[10]
Klein-Harrie = Wilhelm Bunte
Klixbüll = Jakobsen
Krempe = ?
Lockstedter Lager = Siedler Matthes
Lohbarbek = Landmann Fritz Bornhöft
Loop = Johannes Gehl
Lunden = Paul Adam Ross (Flederwurth)
Lundener-Koog = Claus Wallies
Meezen = N. N. Martens und Timm Boye
Meinersdorf = N. Beckmann
Mettenhof = Ernst Behr
Neulandshof = Ernst Bossen
Neumünster = Hermann Kröger und Otto Busdorf
Neunersdorf = J. Horn
Nordstrand = Paul Hasselmann
Ochsenweide = G. Kehrt
Olderup = Paul Jensen
Oster-Ohrstedt = Landwirt Peter L. Petersen
Plön = Ankermann
Padenstedt = Friedrich Mählmann
Podenstedt = Hans Blunck
Quarnstedt = Landmann Lemcke
Quickborn = Claus Harms
Raa = Dietrich Hell
Ramhusen = Johann Hinrich Schoof
Rave = Jans
Reher = Claus Lohse und Johann Hinrich Voss
Rumohr = Reese
Russee = Willy Dibbern und H. Grimm sowie H. Doose
Sande / Kr. Bordesholm = Claus Dyrsen
St. Annen = Gemeindevorsteher Schmidt
Schonbek = Johannes Deutschmann
Schönmoor = Hugo Freiherr v. Lamezan
Siebeneckskнöll = Johann Heinrich Lohse
Sieverstedt = Fr. Held und Ernst Meinke[11]
Sophienhamm-Oha = Jürgen Ohm
Stellau = Landmann Hinrich Schacht
Struvenhütten = Ludwig Koch
Süderbrarup = Pferdehändler G. Plambeck

Tastrup = N. N. Asmussen
Tetenbüll = Ferdinand Pauls
Wasbek = Gustav Rix und Th. Gladner
Wattenbek = Ch. Rixen
Weseby = Julius Rickertsen
Wiemersdorf = Schümann und Johannes Thies
Wilstermarsch = Landmann Johannes Schade
Wragaard = N. N. Petersen
Wrist = Hermann Uhl
Wulfsmoor = Landmann Theodor Böger

5. Geld macht nicht glücklich, ist aber hilfreich - die Quellen des Landvolks

Die hauptsächliche Finanzierung der Bewegung erfolgte über Spenden auf geheime oder verdeckte Konten, die in jedem Kreis unterschiedlich bezeichnet waren, im Kreis Segeberg konnte man beispielsweise auf ein Viehseuchenkonto einbezahlen. Im Kreis Husum flossen die Gelder auf das Konto des Rechtsanwalts Hass, der auch Mitglied im Stahlhelm war.[12] Regelmäßig wurden Eintrittsgelder auf den Versammlungen eingenommen. Vom Verein Volksmacht e.V. wurden mehrfach bedeutende Summen auf die Konten des Landvolks überwiesen, so im Dezember 1929 in Höhe von 40.000 RM.[13] Von den Vertrauensleuten wurden dafür Überweisungsaufträge verteilt, bei denen sich der Unterzeichnende verpflichtete, einen monatlichen Beitrag zu spenden. Auch wurden Geschäftsleute als Sponsoren gewonnen, so spendete der Altonaer Schokoladenfabrikant Ferdinand Rickel mehrfach 1.000 Reichsmark.[14]

Als Claus Heim im September 1929 verhaftet worden war, hatte die Bewegung einen willensstarken und intelligenten Führer verloren. Zugleich mußte sie sich neue Wege der Finanzierung erschließen. Nun bildeten seine freigebliebenen Anhänger drei Ausschüsse und eine Kampfgruppe, deren Tätigkeit eine Wiederbelebung der Attentatsversuche zum Ziel hatte und die Finanzierung sichern sollte:

* Führerausschuß: Bruno v. Salomon, Walter Bohm, Hauptmann und Sportlehrer a.D. Fritz Hofbauer (Heide), August Loy, Paul Adam Ross
* Finanzausschuß: Kfm. Lorenz Ewaldsen (Lunden), Bruno v. Salomon, Paul Adam Ross
* Werbeausschuß: Bruno v. Salomon, Lehrer a.D. Gröhn (St. Annen), August Loy, Detlef Hennings (Hofnachbar von Cl. Heim in St. Annen), Heinrich Wiborg, Willi Johannsen
* Kampfgruppe: Fr. Hofbauer

Geldsammlungen zugunsten dieses radikalen Flügels wurden gesondert auf einem unauffälligen Konto eingezahlt, hierfür hatte sich Fräulein Hanni Hohn (Lunden) mit ihrem Privatkonto zur Verfügung gestellt.[15] Wie populär die Gruppe auch nach der Ausschaltung des führenden Kopfes war, ließ sich an der Höhe der Spenden ablesen: im Juli 1930 hatte man einen Kassenstand von 14.000 RM erreicht.[16]

Die Gruppe war jedoch ansonsten gehemmt in ihrer Wirksamkeit wegen der unterschiedlichsten Auffassungen über die weitere Vorgehensweise. Ohne richtigen Führer begann die Gruppe bald zu zerfallen; Paul Adam Ross mußte sich wegen Nervenschwäche und übermäßi-

Abb. 4: Detlef Hennings

Abb. 5: Bruno v. Salomon

gem Alkoholgenuß sogar in ein mitteldeutsches Sanatorium begeben und fiel daher als Organisator gänzlich aus.[17]

Neben den genannten Möglichkeiten war aber eine andere Einnahmequelle die Zeitung *Das Landvolk*, die in Form der „Landvolk-GmbH" betrieben wurde. Gegründet am 2. April 1929 als Gesellschaftvertrag der Landvolkbewegung mit dem Zweck der Unterhaltung eines Verlages für ein Mitteilungsblatt wurde dieses gewerbliche Unternehmen auf die Federführung von Wilhelm Hamkens hin am 16. Mai 1929 in das Handelsregister des Amtsgerichtes in Itzehoe eingetragen. Als Stammkapital waren 40.000 RM vorhanden (sic!). Dieses Geld war trotz der wirtschaftlich schweren Lage ausschließlich von Bauern der Landvolkbewegung aufgebracht worden.

Die Gesellschafter der Landvolk-GmbH, welche sich im April 1929 zusammenfanden, konnten als Kern der Bewegung angesehen werden. Sie waren es, die sich im Gegensatz zu Claus Heim vom publizistischen Kampf gegen das Weimarer System die größte Wirkung erhofften, und sie wollten dem Kampf eine eindeutige weltanschauliche Richtung geben.

1929 waren zwanzig Gesellschafter an der Gründung der GmbH beteiligt, von denen Wilhelm Hamkens in den Gesellschafterversammlungen zunächst die absolute Stimmenmehrheit innehatte:

Als Gesellschafter mit einem Geschäftsanteil von je 1.000 RM fungierten Hofbesitzer Wilhelm Hönck (Harblek), Hofbesitzer Ernst Behr (Mettenhof), Gutspächter Max Petersen (Gut Hogelund), Hofbesitzer Max Soth (Lokstedt), Tierarzt August Cornils (Garding), Hofbesitzer Paul Jensen (Olderup),

Hofbesitzer Johannes Schade (Kathen), Hofbesitzer Markus Wulf (Eisendorf), Hofbesitzer Richard Harbeck (Bönebüttel), Hofbesitzer Detlef Naeve (Haby), Tierarzt Dr. Richard Möller (Wesselburen), Hofbesitzer Peter Ketels (Uelvesbüll), Hofbesitzer Claus Lohse (Reher), Hofbesitzer Nikolaus Jessen (Nahnsdorf), Hofbesitzer Hans Gröhn (Krempel), Landmann Georg Gröhn (Flehde), Hofbesitzer Paul Adam Ross (Flederwurth), Hofbesitzer Johannes Möller (Karolinenkoog), Hofbesitzer Hartwig Harrsen (Tetenbüll) und mit einem Geschäftsanteil von 19.000 RM (sic!) Hofbesitzer Wilhelm Hamkens (Tetenbüll).[18]

1930 jedoch zog Hamkens viele seiner Anteile zurück und neue finanzkräftige Gesellschafter kamen hinzu. Bemerkenswert war, daß sich trotz der Not der Landwirte immer noch genügend Geldgeber aus dem Bauernstand fanden, um den Kampf des Landvolkes finanziell großzügig zu unterstützen. In Ergänzung zu den ersten zwanzig Gesellschaftern traten im April 1930, als die Bewegung ihren Höhepunkt bereits überschritten hatte, noch weitere sechzehn Anteilseigner:[19]

Mit je 1.000 RM: Hofbesitzer Heinrich Nissen (Reminenhof), Kaufmann Erich Strunk (Heide), Kaufmann Piening (Heide), Hofbesitzer Otto Maack (Blankenmoor), Hofbesitzer Friedrich Friccius (Wesselburenerkoog), Hofbesitzer Wilhelm Petersen (Wragaard), Hofbesitzer Hero Maassen (Helserdeich), Hofbesitzer P. M. Nagel (Sophienkoog), Hofbesitzer Otto Borwiek

Abb. 6: Claus Heim

(Kronprinzenkoog), Meiereibesitzer Ludolf Stahmer (Bleckede), Hofbesitzer Otto Krohn (Kaiser-Wilhelm-Koog), Hofbesitzerin C. H. Claussen (Kronprinzenkoog), Gärtnereibesitzer H. Diener (Schülp), Hofbesitzer Rudolf Peters (Kaiser-Wilhelm-Koog), Hofbesitzer Friedrich Bley (Kronprinzenkoog) und mit 5.000 RM (sic!) Hofbesitzer Claus Heim (St. Annen-Österfeld).

Ebenfalls 1930 wurde der Gesellschaftervertrag durch die Einführung eines Aufsichtsrates verändert, dieser hatte aus mindestens fünf Mitgliedern zu bestehen, von denen mindesten zwei Mitglied des Vereins Volksmacht e.V. in Heide sein mußten.[20] Die Geschäftsführer der Landvolk-GmbH wechselten wegen innerer Streitigkeiten sehr oft:[21]

4/29 - 11/29 Wilhelm Hamkens (Tetenbüll), John Johnsen (Husum)
11/29 - 5/30 Wilhelm Hönck (Harblek), Hartwig Harrsen (Tetenbüll)
5/30 - 7/30 Wilhem Hönck (Harblek), Kaufmann Walter Bohm[22] (Altona)

7/30 - 12/30 Meiereibesitzer Ludolf Stahmer[23] (Bleckede), Hofbesitzer Johann Reimers (Eltersdorf)
12/30 - 4/31 Kaufmann Wilhelm Weber (Itzehoe), Johann Reimers (Eltersdorf)
4/31 - 7/31 Wilhelm Weber (Itzehoe), Hofbesitzer Hermann Rüter (Peißen)
7/31 - 9/32 Hofbesitzer Hans Schröder (Oldendorf), Hermann Rüter (Peißen)

Diese starke Fluktuation der Geschäftsführer verdeutlichte den Kampf der verschiedenen politischen Lager um die ideologische Führung der Zeitung. Im Juni 1930 kam es sogar zu einem Putschversuch, bei dem die Tannenbergbündler innerhalb der Bewegung den Hauptschriftleiter Kühl abgesetzt und den aus München herbeigeeilten führenden Ludendorffer Dr. Meltzer engagiert hatten.[24] Nach wenigen Tagen mußte das Ansinnen, die Zeitung vollkommen in die Gewalt des Tannenbergbundes zu bringen, jedoch fallengelassen werden und Kühl erhielt seinen Posten zurück.[25]

Neben diesen politischen Auseinandersetzungen hatte die Führung der Zeitung - nach Angaben der Kriminalpolizei - immer wieder unter Geldmangel durch Unterschlagung zu leiden. So versuchten einzelne Landwirte sich an der Bewegung und der Spendenfreudigkeit der Bauern zu bereichern, indem sie wie Claus Heim und Hans Nickels das von ihnen gesammelte Geld aus Anteilsscheinen der Zeitung für sich selbst verbrauchten.[26]

Der Geschäftsführer der GmbH und Hofbesitzer Johann Reimers (Eltersdorf) unterschlug 3800 RM an gesammelten Beträgen.[27] Als herauskam, daß Wilhelm Hönck zwischen September 1929 und März 1930 über 7900 RM an Spesen verbraucht hatte, wurde er sogar auf einer Gesellschafterversammlung ausgeschlossen.[28]

Diese und andere Querelen führten schließlich dazu, daß die Zeitung zunehmend in finanzielle Bedrängnis geriet, anstatt mit ihrer Publizistik neue Abonnenten zu werben und die Bewegung geldlich zu unterstützen.

Um hier Abhilfe zu schaffen, schuf man eine neue Organisation, den Verein „Volksmacht". Im Oktober 1929 als Satzung festgeschrieben, Ende Januar 1930 als eingetragener Verein in Heide beim Amtsgericht registriert, bezweckte der Verein „die Unterstützung aller Bestrebungen, die auf eine Förderung der politischen und wirtschaftlichen Belange der Bevölkerung des platten Landes hinzielen, insbesondere die Unterstützung der Presse, die solche Bestrebungen vertritt."[29]

Mit der Presse war allerdings ausschließlich die Zeitung *Das Landvolk* gemeint, denn der Verein war ganz Instrument zur Finanzierung des Periodikums. Entsprechend hoch waren auch die Beiträge: 50 RM oder ein vielfaches davon als einmalige Gebühr bei der Aufnahme eines neuen Mitglieds, jährlicher Beitrag mindestens 1,- RM.

Als Organe firmierten der aus dem Vorsitzenden Hofpächter Kurt Quasthoff (Hochwöhrden), dem stellvertretenden Vorsitzenden Hofbesitzer Hermann Johannsen (Kronprinzenkoog), dem Schriftführer Hofbesitzer Boy Jessen (Sophienkoog) und dem Kassenführer Hofbesitzer Hugo Hansen (Hochwöhrden) bestehenden Vorstand und der Mitgliederversammlung.

Auf dieser wurde mit Stimmenmehr-

Abb. 7: Johannes Kühl

Abb. 8: Hans Nickels

heit beschlossen. Wer ein doppeltes einmaliges Beitrittsgeld bezahlt hatte, hatte zwei Stimmen, wer 150 RM einbezahlt hatte, dessen Stimme galt dreifach. Nach oben war diesem System der Stimmenwertung keine Grenzen gesetzt. Die Bekanntmachungen des Vereins erfolgten durch *Das Landvolk*.

Schon im November 1929 hatte der Verein 150 Mitglieder und damit bereits ein Mindestgrundkapital von 7500 RM für *Das Landvolk* bereitgestellt.[30] Um den geschäftlich gewachsenen Aufgaben besser gerecht zu werden, wurde am 17. April 1930 ein Geschäftsführer eingestellt, das war Major a.D. Bohm (Altona-Othmarschen), als dessen Vertreter bestellte man Wilhelm Hönck (Harblek).[31]

Die Kosten für die Zeitung waren jedoch so enorm hoch, daß der Verein zusätzlich noch Anteilscheine herausgab, mit denen man geschäftliche Anteile an dem Periodikum erhalten konnte. Doch selbst dieser Einsatz konnte die Zeitung schließlich nicht mehr retten. Im August 1931 wurde wegen der Zahlungsunfähigkeit der GmbH das Konkursverfahren eröffnet, am 24. August erschien die letzte Ausgabe der Zeitung, das Verfahren mußte jedoch mangels Masse im April 1932 eingestellt werden.[32]

Die Landvolk-GmbH war aber bei weitem nicht die einzige Verband, der dem Landvolk entsprungen war, hierzu gehörte ferner die „Wachvereinigung Stadt und Land". Diese Selbstschutzorganisation, gegründet am 26. Oktober 1928 mit Sitz in Husum, war eine von der Bewegung getragene Vereinigung mit zweifachem Gesicht. Die Gründer, Polizeihauptmann a.D. Hans Nickels (Heide), Johann Friedrich Jebe (Ostenfeld), Landmann Paul Jensen (Olderup),

Landmann Siegfried Nissen (Hattstedter Marsch), Landmann Claus Hansen (Wittbek), Thomas H. Carstensen (Oster-Ohrstedt), Hans Christian Paulsen (Arlewatthof; Mitglied des Gemeindevorstandes) und Schmied Nikolaus Michaelsen (Husum) verfolgten mit ihrem Zusammenschluß vor allem das Ziel, sich, ihre Familien, ihren Hof und ihr Vaterland gegen „Übergriffe bolschewistischer Elemente" zu schützen. Dabei wurden sie von der Angst getrieben, in Schleswig-Holstein könne jederzeit eine bolschewistische Diktatur errichtet werden; sie waren außerdem der Überzeugung, das „augenblickliche Regierungssystem müsse zwangsläufig zur Inflation führen, was zur Folge habe, daß Kommunistenhorden das Land überschwemmten."[33]

Da bewaffneter Selbstschutz nicht erlaubt war, hatte sich die Organisation einen die Legalität wahrenden Zweck zur Gründung gesucht, und zwar den, „die Mitglieder in Stadt und Land durch geeignete Überwachungstätigkeit vor Schaden zu bewahren. Maßnahmen derart sind:

1) Verpflichtung von Schließern und Wächtern (Nachtwächtern) zur Verhütung von Feuersgefahr, Diebstahl in Haus, Hof und Feld, Flurschäden an Äckern und Wiesen

2) Kraftwagenschutz und Hilfe bei Unglücksfällen

3) Überprüfung der Einrichtungen in Haus, Hof und Feld gegen Unfallgefahr

4) Abhaltung von aufklärenden Vorträgen über die vorgenannten Gefahren."[34]

Bemerkenswert war die personelle Verflechtung der Wachvereinigung zu anderen rechten Verbänden: Michaelsen war Großmeister des Jungdeutschen Ordens gewesen und sympathisierte mit der NSDAP, ohne deren Mitglied zu sein. Wulf und Hamkens engagierten sich in der Landvolkbewegung und dem Tannenbergbund genauso wie Kühl, der zusätzlich noch in die Jungnordmarkwehr verstrickt war und in der Husumer Woldsenstraße 50 sowohl das Parteibüro der DNVP als auch die Geschäftsstelle der Wachvereinigung leitete. Auch Max Petersen hielt die Verbindung zum Landvolk, während Dr. Fröbe auch Mitglied des Bauernbundes war. Am erstaunlichsten war die Verbindung der Wachvereinigung zur konkurrierenden NSDAP: Oberleutnant a.D. Petersdorf rühmte sich seiner persönlichen Kontakte zu Hitler.[35]

Der regen Tätigkeit der Genannten war es zu verdanken, daß zahlreiche Bauern auf Zwangsversteigerungen von beschlagnahmten Vieh, welche zur Durchsetzung der finanzrechtlichen Bestimmungen anberaumt waren, lärmten und demonstrierten, Viehankäufer boykottierten und sie mit ihrer aus dicken Eichenstöcken bestehenden Bewaffnung bedrohten. Auch Sprengstoffanschläge galten als opportun, so z.B. beim Ortsvorsteher in Hollingstedt, bei dem allerdings nur die Haustür beschädigt worden war.

Die Gewaltbereitschaft der Vereinigung zeigte sich an verschiedenen Vorgängen: einer der durch die preußischen Provinzen in einem Fordwagen reisenden Agitatoren, der frühere Abenteurer Herbert Volck, hatte hierzu auf einer Rede in Emmelsbüll gesagt: „Meine Herren, ich erkläre es hier ganz offen, ich bin glühender Revolutionär, ja, ich bin Terrorist, und, meine Herren, wir wollen jetzt doch Taten sehen und ein Programm. Eine richtige Bewegung braucht gar kein Programm. Eine Ge-

Die Landvolkbewegung 1928 – 1932 Personelle Verbindungen zu anderen politischen Gruppierungen	Bohm, Walter	Hamkens, Wilhelm	Heim, Claus	Hönck, Wilhelm	Johnsen, John	Kühl, Johannes	Lamezan, Frhr. Hugo v.	Muthmann, Walter	Nickels, Hans	Petersen, Peter	Pramor, Ferdinand	Quasthoff, Kurt	Rademacher, Otfried	Rickel, Ferdinand	Salomon, Bruno v.	Soth, Max	Volck, Herbert	Weschke, Guido
Alldeutscher Verband						■											■	■
Bund der Nibelungen													■					
Deutschnationale Volkspartei		•				■			•							■		•
Deutschvölkische Freiheitsbewegung									■								■	
Ehrhardtkreis			•					■							■			
Jungnordmarkwehr			■							■						■		
Landbund						■				■							■	■
Landvolkbewegung	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■	■		■	■	■	■	■
Landvolk GmbH	■	■	■	■	■	■		■	■		■	■	■		■			■
NSDAP	■														■			
Niedersachsenring														■				
Ostelbienausschuß		•																
Preußenbund																		•
Stahlhelm						■	■											
Stahlhelm Gau Westküste		■	■						■			■					■	
Strasserkreis						•									•			
Tannenbergbund				■							■							
Wachvereinigung f. Stadt u. Land		■	■		•			■	■								■	
Wehrwolf						■								■				
Volksmacht e.V.												■						

■ = feste Verbindung zur jeweiligen Gruppierung
• = lose Verbindung zur jeweiligen Gruppierung

Quellen: LAS Abt. 301 Nr. 4703: Abschrift des Haussuchungsprotokolls in der Itzehoer Redaktion der Landvolk-Zeitungs-GmbH, S.56 (Brief des F.W. Heinz an Bruno von Salomon vom 22.5.1929), sowie Abt. 301 Nr. 4696: Graphische Darstellung über die Beziehungen der Landvolkführer zu anderen Organisationen (Nr. 1) als Anlage zum Schreiben des RegPr. an den ObPr. vom 30.9.1929.

Abb. 9: Die Verflechtung der Landvolkaktivisten in der zeitgenössischen politischen Szene

sundung unseres Wirtschaftslebens muß von dem gesunden Bauernstand des Nordens ausgehen, unten im Süden ist alles Mist."[36]

Obwohl diese Aussage nur auf Volck persönlich zutrifft, so zeigt sie doch die Tendenz der Vereinigung, zumal sich die Ortsgruppe Uphusum im Januar 1929 mit extra bestellten Gummiknüppeln bewaffnete[37] und in der Uphusumer Gastwirtschaft Jensen schwörte, „keine Gemeindesteuern mehr zu bezahlen, möge kommen, was da wolle."[38]

Sogar von Seiten der Regierung wurde der Wachvereinigung zum Teil unerwartete Unterstützung zuteil, so, als der der Volkskonservativen Vereinigung nahestehende Regierungsrat in der Präsidialabteilung des Regierungspräsidenten Friedrich v. Rappard aus Schleswig auf Anfrage angab, gemäß den gültigen waffenrechtlichen Bestimmungen könne er den reinen Besitz von Gummiknüppeln nicht verbieten und sehe keinen Grund, weshalb gegen die Wachvereinigung einzuschreiten sei.[39]

Organisiert war man in Provinzen, Kreis-, Bezirks- und Ortsgruppen, die von den beiden Organen Vorstand und Ausschuß geleitet wurden. Ersterer bestand aus dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter, beide wurden vom Ausschuß gewählt. Letzterer setzte sich zusammen aus den Abgeordneten der Kreise oder Bezirke, wobei stets der Vorsitzende den Vorstand führte; Ausschußmitglieder wurden auf eine Dauer von vier Jahren gewählt. Eine gewisse autoritäre Macht hatte der Vorsitzende noch dadurch, daß er alleine zur Einberufung oder Nichteinberufung der Ausschußsitzungen befugt war.[40]

Bei der Gründung hatte man angestrebt, sich über ganz Schleswig-Holstein und Nachbargebiete zu verteilen, was jedoch flächendeckend nicht gelang. Es bestanden etwa Mitte 1929 folgende aktenkundig gewordene Orts- und Kreisgruppen:

Delve	(Februar 1929 aufgelöst, Mitglieder gingen zur NSDAP)
Hattstedt	(lose Verbindung ohne Führer)
Humptrup	(Führer: Hofbesitzer Paul Thorlichen)
Südtondern	(Führer: Otto Lötzen aus Klanxbüll)
Tetenbüll	
Niebüll	(Führer: Ludolf Jessen aus Niebüll und Niko Jessen aus Nahnsdorf)[41]
Olderup	(Führer: Landmann Paul Jensen, 10 Mitglieder)
Ostenfeld	(lose Verbindung ohne Führer, „befindet sich in Auflösung")
Uphusum	(früher unter dem Namen „Wachvereinigung Bauernwehr", Führer: Nis Johnsen und Hans Carlsen)
Steenholdt	(Führer: Heinrich Petersen aus Kahlebüll)
Viöl	(lose Verbindung ohne Führer)
Wester-Ohrstedt	(Führer: Thomas Hagge, 12 Mitglieder)
Wittbek	(Führer: Landmann Claus Hansen, 12 Mitglieder)

Die Werbung neuer Mitglieder verlief sehr drastisch: „Bei der Werbung ist auf den Zweck der Wachvereinigung hinzuweisen und ferner darauf, daß nur mit einem durchschlagenden Erfolg zu rechnen ist, wenn alles geschlossen bei-

tritt mit der Parole ‚Alle für Einen - Einer für Alle'. Die Lauen und Spießer sind nochmals kurz zu belehren und im Weigerungsfalle ist darauf hinzuweisen, daß im Not- und Ernstfalle ihr Eigentum und Leben seitens der Wachvereinigung nicht geschützt wird, es muß dann vielmehr angenommen werden, daß sie gegen die Wachvereinigung arbeiten."[42]

Um dies dann auch kenntlich zu machen, brachte man an den Häusern der aktiven Mitglieder weiße, an denen der passiven Mitglieder blaue Schilder an. Öffentlich aktiv wurde die Wachvereinigung sonst nur selten.

6. Das Feuer der Jugend - Neubelebung der Bewegung?

Schließlich sei noch eine weitere oben schon angesprochene Organisation des Landvolks angesprochen, die „Jungnordmarkwehr". Diese Organisation war durch den früheren Lehrer und Landwirtschaftsrat der Dithmarscher Landschule Peter Petersen (Arenholz) und Hans Stoltenberg (Schönkirchen) begründet worden.[43] Sie war in ihrem Selbstverständnis nach eigenem Bekunden „eine Gruppe junger Bauern- und Mittelstandssöhne, die sich infolge des negativen Verlaufs des Aufmarsches [der Landvolkbewegung] vom 28. Januar 1928 zusammengeschlossen hatten, um von sich aus das durchzusetzen, was ihre Väter nicht hatten erreichen können."[44]

Als typische Landvolkanhänger wollten auch sie eine vollkommen neue Form des politischen Zusammenschlusses finden: „Nicht in Fesseln von Parteien, sondern frei von allen bestehenden politischen Organisationen, der Not des Landvolkes gehorchend, nicht in Standesunterschieden sich aufreibend, in zielklarer Kraft die national gesinnten jungen Leute des Landes vereinend, so muß die Nordmarkwehr aussehen."[45]

Beeindruckt von dem Umfang der großen Bauerndemonstrationen aus Anlaß von allgemein immer höherer Verschuldung, Hofversteigerungen und Auswanderungen nach Amerika sahen sich Petersen und Stoltenberg mit ihrer der Husumer Wachvereinigung Stadt und Land ähnlichen Idee als zwei der bedeutendsten Retter des schleswig-holsteinischen Bauernstandes.[46]

Nach eigenen Angaben betrieb Petersen völkische Arbeit, wandte sich gegen das Judentum, die deutsche Wehrlosigkeit und die Demokratie als Staatsform. Sich abgrenzend vom altnationalen und restaurativen Konservatismus behauptete er, das Kaiserreich sei untergegangen, weil es keine Führerpersönlichkeit wie Mussolini in Italien gehabt habe; dieser sei sein großes Vorbild.[47]

Seine Ablehnung von Parteiwirtschaft und unternehmerischem Streben nach wirtschaftlichem Gewinn waren auch Ziele der satzungslosen Jungnordmarkwehr: „Parlamentarismus und internationales Kapital sind die Totengräber der Bauern und des deutschen Volkes. Das heutige System ist faul. Es hat Bauer und Volk versklavt. Die Jungen wollen mit den heutigen Bauern- und Volksverderbern keine Kompromisse schließen. Das Landvolk muß entschlossen sein, sich selber zu helfen. Moskau rüstet in Deutschland offen zum Bürgerkrieg. Da darf sich das Landvolk nicht eines Tages von der ro-

Grüne Front

Frohe Weihnachten!

Kampfblatt der schleswig-holsteinischen Heimatwehrbewegung: Jungnordmarkwehr

Bezugspreis monatlich 1.— RM. Zu beziehen durch den Verlag: Kiel, Wehdemweg 55
Anzeigen: Die 4gespaltene mm-Zeile 8 Pf. bei einmaliger Aufnahme, bei Wiederholung be[illegible] Preise

1. Jahrgang Ausgabe: Itzehoe, 18. Dezember 1928 Nummer 4

Abb. 10: Das Kampfblatt Grüne Front *erschien Ende 1928 in wenigen Ausgaben*

ten Flut überrumpeln lassen [...] Wehrhaftes Landvolk, verbunden mit der vaterländischen Bewegung, wird Scholle und Heimat retten, wenn jeder Jungmann mitarbeitet und bereit ist, Opfer zu bringen." Zum offiziellen Gruß der Mitglieder wurde entsprechend der mystischen Symbolik die Maxime: „Land Heil!"[48]

Stoltenberg hingegen, früher drei Jahre Stahlhelmmitglied und - nach Angaben der Polizei - bekannt, immer einem Drang nach Gründung stets neuer Vereine nachgeben zu müssen, entwickelte solche Gedanken nicht und war nur in der Anfangsphase sehr aktiv, so gab er die Nr. 1 des Mitteilungsblattes *Die Grüne Front* heraus, Nr. 2 erschien allerdings schon wieder unter der Redaktion von Petersen, der mehr und mehr die Jungnordmarkwehr zu seinem Instrument zu machen wünschte. Er sei „eine starke Persönlichkeit, die sich in der Zukunftsrolle eines Mussolini gefällt, ohne jedoch genügende Führereigenschaften zu besitzen."[49] Aus diesem Grund hatte die Jungnordmarkwehr zwar anfangs starken Zulauf, verlor aber alsbald immer mehr Mitglieder an die NSDAP, die mehr Format zu besitzen schien als die beiden Führer der Wehr.

Wie sehr sich die Mitglieder nach einer starken Hand sehnten, sprach der Gauführer und Jungbauer Studt aus Bargholz aus: „Wir haben keinen Staat mehr, da seine Hoheitsrechte (Währung, Wehrmacht, Verwaltung, Steuern usw.) nicht mehr in unserer, sondern in Feindes Hand sind. Die durch Marxismus und Liberalismus aufgerichtete Parlamentsherrschaft läßt Freiheit und Wohlstand verkommen, aber aus dem Landvolk als Plattform wird einst ein Führer erstehen, der die Freiheitskämpfer zum Siege führt!

Un is de Not uk heel groot,
Wi sünd noch schlank un wiß to Been,
Un is uns ook nich schön to Moot,
Wi stoot to Hoop as wi Een!"[50]

Bemerkenswert war die Art der Mitgliederaufnahme; die Behörden stellten hierzu fest: „Die aufgenommenen Mitglieder müssen einen Eid auf unbedingten Gehorsam gegenüber der Führerschaft ablegen. Die Organisationen sind im militärischen Ordnungs- und

Gefolgschaftsgeiste aufgebaut, angeblich nach dem Muster der österreichischen ‚Heimatwehr', deren Grundcharakter die Idee des Faschismus ist. Wie dort soll auch hier bei den Ortsgruppen eine militärische Durch- und Ausbildung der Mitglieder vom 17. bis 32. Lebensjahr erfolgen."[51]

Um dies zu bewerkstelligen, veranstaltete Landeswehrwart Petersen in der Ostholsteinischen Bauern-Hochschule des Schlosses Bredeneek bei Preetz Bauernkurse, in denen die Jugendlichen national-völkisch unterrichtet und auf dem Schießstand des Bredeneeker Försters im Schußwaffengebrauch ausgebildet wurden. Bei der Abschlußveranstaltung des ersten Kurses Ende 1928, bei der die Schüler über verschiedene politische Themen referieren mußten, waren auch zahlreiche Honoratioren erschienen: die Grundbesitzer v. Bülow auf Wittmoldt und Graf Blome, vom Landbund Graf Kielmannsegg und Gattin, vom Konsistorium zu Kiel Konsistorialrat Christiansen und Dr. Kinder, welche als direkte Unterstützer gelten konnten, „zumal eine namhafte freiwillige Geldspende der anwesenden Gäste" als Dank an die von keiner Behörde und keiner Organisation unterstützten von der Jugend selbst geschaffenen Anstalt dies noch unterstrich.[52]

Von der Jungnordmarkwehr bestanden um 1929 mindestens folgende Kreis- und Ortsgruppen:

Bordesholm	(gegründet Oktober 1928 nach einer Versammlung im Bahnhofshotel Bordesholm mit 60 Zuhörern)
Dörpling	(Führer: Peters, ca. 20 Mitglieder)
Freudenthal	
Heide	(Führer: Milchkontrolleur Friedrich Hein aus Zennhusen, ca. 20 Mitglieder)
Norderdithmarschen	(20 Vertrauensleute; Orte nicht bekannt, Bezirkswehrführer war Claus Heim aus St. Annen-Österfeld, Ortswehrführer waren unter anderen die auch schon in den anderen Verbänden genannten Johannes Möller aus Karolinenhof und Hans Johannsen aus Neuenwisch)
Steinburg	(gegründet im Oktober 1928, Führer: Landmann Matthes aus Bücken)
Stenderupau	(Führer: Landwirt Friedrich Heldt aus Sieverstedt)

Die mindestens dreiköpfige Landesführerschaft setzte sich etwa zum gleichen Zeitpunkt zusammen aus dem 1. Landeswehrführer, Landwirt Rudolf Peters aus Dörpling, dem 2. Landeswehrführer MdR der DNVP Max Soth aus Lokstedt und schließlich dem Landeswehrwart Peter Petersen.

7. Resümee - Eine These vom entmystifizierten Landvolk

Gewiß hatte die gewaltige Demonstration von Ende Januar 1928, die wie ein Lauffeuer zugleich in vielen Städten Schleswig-Holsteins aufflackerte, etwas Unheimliches, etwas Unfaßbares an sich. Dieses Gefühl und diese Stimmung der spontanten gemeinsamen Stärke des Bauern, der sich von oben herab ver-

sklavt fühlten, wollte man so lange als möglich erhalten. Konventionelle Methoden der Erreichung von Zielen in Organisationen lehnte man daher immer ab. Nur zu gut standen den Bauern die Mißerfolge und die Zersplitterung der nationalen Verbände vor Augen, als daß sie sich für die gewöhnlichen Formen der Organisation hätten hergeben wollen.

Die gewünschte Kontinuität der Stärke war aber nur möglich, wenn man irgend eine Form der herkömmlichen Verbandswesens für sich benutzte, anders schien sich die Kraft des Landvolks nicht halten zu können. Als Indiz hierfür können die zahlreichen Gründungen von Vereinen gelten, die - wie oben anhand der Berufe und Namen vieler Funktionsträger festgestellt werden konnte - zum großen Teil in der Tat von den Bauern der Landvolkbewegung getragen wurden. Der oft proklamierte Anspruch, sich nicht binden zu wollen, um nicht faßbar zu sein, kollidierte mit der Zeit aber mit den nachlassenden Erfolgen der Bewegung, die man durch die Benutzung der Vereinsstrukturen nun auf die eine oder andere Weise doch wieder zu beleben versuchte. Zweifellos war der Bewegung 1928 etwas gelungen, was unwahrscheinlich war, erhalten aber konnte sich dieses Phänomen des spontanen Bauernaufstandes nicht, immer häufiger wurde nun doch auf alte Formen zurückgegriffen.

Damit teilte die Bewegung schließlich das Schicksal vieler ähnlicher Vereinigungen, sie zersplitterte ihre Kräfte, die sie außerdem durch den äußeren Druck der immer stärker werdenden Nationalsozialisten verlor. Damit war die „Landvolkbewegung" nur anfänglich eine wahre „Bewegung", zuletzt nur noch ein Konglomerat von Einzelkämpfern und Splittergruppen.

8. Anmerkungen

1. Zeitung *Das Landvolk*, Ausgabe Nr. 226 vom 20.12.1929, W. Hönck: Organisation tötet die Idee
2. Abschrift der Zielsetzungen des Landvolks im abschriftlichen Bericht über das Landesthing des Landvolks vom 10.11.1929 in Rendsburg, S. 6, Anlage zum Schreiben des PolPr. in Altona an den RegPr. in Schleswig vom 10.3.1930 in: Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv, Schleswig (künftig: LAS), Abt. 301 Nr. 4695.
3. Walter Luetgebrune: Neu-Preußens Bauernkrieg, Hamburg 1931, S. 183.
4. LAS Abt. 301 Nr. 4700: Urteilsschrift des Schöffengerichts Itzehoe vom 9.8.1930 gegen 26 Beschuldigte der Landvolkbewegung wegen Beleidigung, Amtsanmaßung und Vergehen gegen das Republikschutzgesetz sowie gegen die Verordnung des Reichspräsidenten wegen Anstachelung zum Steuerstreik, S. 10.
5. LAS Abt. 301 Nr. 4700: Urteilschrift des Schöffengerichts Itzehoe vom 9.8.1930, S. 23f., 26.
6. LAS Abt. 301 Nr. 4695: Nothilfe des Kreises Südtondern an den „Verwaltungsapparat der Provinz, Herrn Regierungspräsidenten Abegg" in Schleswig vom 13.3.1929 (Abschrift).
7. LAS Abt. 301 Nr. 4695: Wilhelm Hamkens, o.O., an ObPr. Kürbis in Kiel vom 11.3.1929.
8. LAS Abt. 301 Nr. 4700: Urteilsschrift des Schöffengerichts Itzehoe vom 9.8.1930, S. 25
9. Zusammenstellung aus LAS Abt. 301 Nr. 4697: Liste der Vertrauensmänner der Landvolkbewegung, Anlage zum Schreiben des RegPr. in Schleswig an den MdI in Berlin vom 25.3.1930, S. 3-5 sowie Nachtrag zur Vertrauensmännerliste der LVB sowie LAS 309 Nr. 22590 Nachtrag zur Liste der Vertrauensmänner der LVB von der Landeskriminalpolizeistelle Altona vom 3.4.1930.
10. Gleichzeitig Obmann der Vertrauensmänner von Lockstedter Lager, Wrist, Quarnstedt, Wulfsmoor, Hingstheide, Siebeneckskněll.
11. Er war Tischlermeister (*1869) in Sieverstedt und galt als politischer Querulant, was auch dadurch zum Ausdruck kam, daß er DNVP-Mitglied war, dann für die LVB gegen Geld von Wilhelm Hamkens und schließlich für die NSDAP als Redner unterwegs war. Auch sein Sohn, der Tischler Alfred (*1906), der eine schlechtgehende Werkstatt in Stolk gemietet hatte, agitierte für die Landvolkbewegung (LAS Abt. 301 Nr. 4697: PolPr. in Flensburg an PolPr. in Berlin vom 14.1.1930).
12. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht der Kriminalsekretäre Meyer und Stave vom 6.11.1929, S. 5.

13. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht des Kriminalsekretärs Meyer vom 8.1.1930, S. 3.
14. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht des Kriminalsekretärs Stave von der Landeskrim.Polizeistelle Altona, Abt. I A, vom 27.5.1930, S. 3.
15. Alle vorgenannten Angaben entstammen LAS Abt. 301 Nr. 4697: PolPr. in Flensburg an RegPr. in Schleswig vom 16.6.1929.
16. LAS Abt. 301 Nr. 4697: PolPr. in Flensburg an RegPr. in Schleswig vom 12.7.1930, S. 4.
17. LAS Abt. 301 Nr. 4697: RegPr. in Schleswig an ObPr. in Kiel vom 2.9.1930.
18. LAS Abt. 355 Itzehoe Nr. 911: Aufstellung der Gesellschafter der Landvolk GmbH, o.D., verfaßt von John Johnsen und Wilhelm Hamkens.
19. LAS Abt. 355 Itzehoe Nr. 911: Liste der Gesellschafter der Landvolk GmbH, Anlage zum Schreiben des Geschäftsführers Wilhelm Hönck an das Amtsgericht Itzehoe vom 1.4.1930.
20. LAS Abt. 355 Itzehoe Nr. 911: Notariatsregister No.197, Jahr 1930, S. 2f.
21. LAS Abt. 355 Itzehoe Nr. 911: Zeitungsausschnittsammlung des Deutschen Reichsanzeigers 1929-32.
22. Rittmeister a.D., Dipl.Landwirt.
23. Auch Mitglied des Tannenbergbundes.
24. Dieser war mit dem 1. Juli 1930 Nachfolger von Bruno v. Salomon geworden.
25. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht des Kriminalsekretärs Stave vom 21.7.1930, S. 1, 3.
26. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht des Kriminalsekretärs Meyer vom 8.1.1930, S. 4.
27. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht des Kriminalsekretärs Meyer vom 21.6.1930, S. 5.
28. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht der Landeskriminalpolizeistelle Altona vom 15.9.1930.
29. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Abschrift der Satzung des Vereins Volkswacht, § 1, Anlage zum Schreiben des Landrats in Heide an den ObPr. in Kiel vom 19.11.1929. Den §§ 5-8 und 11-12 sind auch die folgenden Angaben zur Organisation entnommen.
30. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht der Landeskriminalpolizeistelle Altona vom 6.11.1929, S. 6.
31. LAS Abt. 301 Nr. 4697: Bericht der Landeskriminalpolizeistelle Altona vom 10.5.1930, S. 2.
32. *Schleswig-Holsteinische Landeszeitung*, Ausgabe Nr. 98 vom 27.4.1932.
33. LAS Abt. 301 Nr. 4584: Bericht über eine Dienstreise des Kriminal-Bezirks-Sekretärs Kühn vom 20.-24. Dezember 1928 zwecks Ermittlung umstürzlerischer Bestrebungen innerhalb der schleswig-holsteinischen Bauernschaft, Berlin, 27.12.28, S. 4-5, Anlage zum Schreiben des Berliner Preußischen Minister des Innern an ObPr Schleswig-Holstein vom 13.1.1929.
34. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: Abschrift der Satzung (§1-3), Anlage zum Schreiben des Landrats in Husum an ObPr Schleswig-Holstein vom 8.11.1928.
35. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: Rundverfügung des RegPr. vom 2.1.1929, S. 2.
36. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: RegPr an den ObPr Schleswig-Holstein vom 12.2.1929.
37. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: Landeskriminalpolizeistelle Flensburg (geheim!) an RegPr vom 8.1.1929.
38. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: RegRat Krümmer in Schleswig an ObPr Schl.-Holst. vom 7.2.1929, S. 2.
39. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: RegRat v. Rappard in Schleswig an ObPr, o.D., vermutlich Januar 1929.
40. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: Abschrift der Satzung (§ 5,8,9,10), Anlage zum Schreiben des Landrats in Husum an den ObPr vom 8.11.1928.
41. Die zunächst in Aussicht genommenen Herren Kfm. Walter Bockelmann vom Stahlhelm und Boysen vom Jungdeutschen Orden lehnten den Vorsitz ab, um nicht zuviel Aufsehen zu erregen [LAS Abt.301 Nr. 4695: Abschrift der Ermittlungsergebnisse des PolPr. in Berlin, S. 6, Anlage zum Schreiben des RegPr. in Schleswig an den ObPr. in Kiel vom 9.1.1929].
42. LAS Abt. 301 ObPr Nr. 4589: Abschrift eines Werbeschreibens des provisorischen Vorstandes der Wachverenigung, unterzeichnet von E.Wilhelmi und Wilhelm Witt in Wesselburen, o.D.
43. 1929 auch Geschäftsführer des Kreislandbundes in Plön.
44. LAS Abt. 301 Nr. 4700: Abschrift der Abschrift der Anklageschrift des Oberstaatsanwalts in Altona gegen B. v. Salomon, J. Johnsen u.a. vom 29.10.1929, S. 34, Anlage zum Schreiben des RegPr. in Schlewig an den ObPr. in Kiel vom 1.4.1930.
45. LAS Abt. 301 Nr. 4584: Rede Petersens bei der Gründung der Kreisgruppe Heide der Jungnordmarkwehr, Heider Anzeiger Nr. 249 vom 22.10.1928.
46. LAS Abt. 301 Nr. 4584: Zeitungsartikel „Man schwört auf die Waffe!" in *Der Schleswiger* Nr. 239 vom 10.10.1928.
47. LAS Abt. 301 Nr. 4584: Bericht über die Teilnahme an der Schlußvorführung der Bauernhochschule Bredeneek und ein Gespräch mit P.Petersen durch den Berichtenden Wodtke vom 6.12.1928.
48. LAS Abt. 301 Nr. 4584: Zeitungsartikel „Gründung von Heimatwehren in Schleswig-Holstein" in den *Itzehoer Nachrichten* Nr. 240 vom 11.10.1928.
49. LAS Abt. 301 Nr. 4584: ObPr Schleswig-Holstein an RegPr in Schleswig vom 5.11.1928.
50. *Das Landvolk*, Ausgabe Nr. 12 vom 5.3.1929, Artikel: „Das kämpfende Landvolk hilft sich selbst", Rede des Jungbauern Studt auf der Landvolkversammlung vom 4.3.1929 in Itzehoe.
51. LAS Abt. 301 Nr. 4584: ObPr Schleswig-Holstein an RegPr in Schleswig vom 5.11.1928.
52. *Grüne Front*, Ausgabe Nr. 4 vom 18.12.1928.

9. Literatur

Zeitgenössische Darstellungen:

Schimmelreiter, Jürgen [d.i. Petersen, Peter]: Unter der schwarzen Bauernfahne. Die Landvolkbewegung im Kampf um Deutschlands Befreiung. München: J. F. Lehmanns Verlag 1929. [Reprint Bremen 1983]

Tönnies, Georg Ove: Die Auflehnung der Nordmarkbauern. Eine politische Heimatschrift. Flensburg: Küstenland-Verlag 1930.

Luetgebrune, Walter: Neu-Preußens Bauernkrieg. Entstehung und Kampf der Landvolkbewegung. Hamburg: Hanseatische Verlags-Anstalt 1931.

Karsthans [d.i. Blank, Herbert]: Die Bauern marschieren. Oldenburg: Stalling 1931.

Anonym: Bauernführer Klaus Heim. In: Die Fahne hoch! Heft 19. Hrg. v. H. Gerstmayer. Berlin: Neues Verlagshaus für Volksliteratur 1933.

Historische Darstellungen:

Beyer, Hans: Die Landvolkbewegungen Schleswig-Holsteins und Niedersachsens 1928-1932. In: Jahrbuch für Heimatgeschichte des Kreises Eckernförde 1957. S. 173 - 202.

Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im Schleswig-Holsteinischen Landvolk 1918 - 1933. Düsseldorf. Droste 1962.

Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1963.

Friedrich, Ehrenfried: Ursachen, Verlauf und agrarhistorische Bedeutung der Landvolkbewegung in Schleswig-Holstein von 1928 bis 1930. Leipzig: Phil. Diss. 1967.

Petersen, Peter: Fliegender Sand. Norderstedt: Nordland-Verlag 1985.

Le Bars, Michelle: Le mouvement paysan dans le Schleswig-Holstein 1928 - 1933. Bern, Frankfurt, New York: Peter Lang 1986.

Gondesen, Hans W.: 1930 und 1931. Niedergang der Landvolkbewegung, Aufstieg der NSDAP. In. Jahrbuch für die Schleswigsche Geest 1988. S. 155 - 176.

Thomsen, Johann Wilhelm: Landleben in der Weimarer Republik. Heide: Boyens & Co. 1989.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Zeitung *Das Landvolk*, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel.
Abb. 2 - 5, 7 - 8: LAS Abt. 309 Nr. 22784.
Abb. 6: aus Walter Luetgebrune, Neu-Preußens Bauernkrieg, Hamburg 1931, bei S. 32.
Abb. 9: Grafik von Claus Heinrich Bill nach Archivmaterialien.
Abb. 10: Zeitung *Grüne Front*, Privatbesitz.

Ralf Mertens

„... eine neue Machtposition für die Bewegung zu schaffen"

Preetz im Nationalsozialismus

1. Die Preetzer Stadtgeschichte: Quellen- und Forschungslage

Als die idyllische Stadt Preetz - Luftkurort und Schusterstadt - 1995 ihr 125jähriges Stadtjubiläum feierte, nahm die Zeit des Nationalsozialismus in dem ausgiebigen Jubiläumsprogramm nur wenig Raum ein. Zwar waren seitens der Stadt Schritte unternommen worden, dieses Thema nicht zu marginalisieren oder gar in Vergessenheit geraten zu lassen, dennoch mangelt es nach wie vor an einer umfassenden Studie bzw. Dokumentation über die Stadt Preetz während der NS-Diktatur. Mittlerweile gibt es drei Arbeiten, die sich mit Teilbereichen der Preetzer Stadtgeschichte während der NS-Zeit beschäftigen. Weitere Einzelaspekte sind jedoch noch nicht ausreichend untersucht worden.[1] Der folgende Beitrag soll helfen, Unbekanntes und Bekanntes zu verknüpfen, um so weitere Lücken in der Preetzer Stadtgeschichte schließen zu können.

Auf den ersten Blick läßt es sich in Preetz gut vermeiden, der dunklen NS-Vergangenheit ins Gesicht zu sehen. Schließlich wird man auf der Suche nach dem Gedächtnis der Stadt vor Ort kaum fündig: Fast alle Akten und relevanten Schriftstücke aus dem Rathaus, die aus den Jahren 1933 bis 1945 datierten, sind bei Kriegsende systematisch verbrannt worden.[2] Doch nicht alle lokalgeschichtlichen Quellen sind der gründlichen „Entsorgung" zum Opfer gefallen. So ist z. B. die 1828 gegründete *Preetzer Zeitung* eine unschätzbare Informationsquelle aus dieser Zeit. Ferner haben auch Zeitzeugen, Historiker und historisch Interessierte wertvolle Hinweise geben können, denen hiermit gedankt werden soll.

2. 1930-33: Propaganda und Polarisierung

Mit 5.291 Einwohnern im Jahre 1930 war Preetz die größte Stadt im Kreis Plön.[3] Zu jener Zeit gab es eine Volksschule, eine Mittelschule, eine Landwirtschaftsschule und eine gewerbliche Berufsschule. Ferner waren bereits zentrale Institutionen wie z. B. das Predigerseminar oder das Städtische Krankenhaus hier angesiedelt. Ein nicht geringer Teil der Bevölkerung ging dem Broterwerb auf den Werften des Kieler Ostufers nach. Das Kieler Arbeitsamt unterhielt in Preetz zeitweilig eine Außenstelle.

Bei Wahlen bekamen regelmäßig die

linken Parteien eine sichere Stimmenmehrheit - die Stadt galt als „rot". Obwohl bei der Reichstagswahl am 14. Oktober 1930 die NSDAP auch in Preetz zweitstärkste Partei wurde, erlitten die örtlichen Sozialdemokraten kaum spürbare Stimmenverluste; die Kommunisten konnten ihre Wähleranzahl gar verdoppeln. Der Wahlerfolg der NSDAP ging zu Lasten von DNVP, DVP und örtlicher Wirtschaftspartei.[4]

Seit dem 28. Januar 1930 waren die Preetzer Nationalsozialisten in einer Ortsgruppe organisiert, der zunächst 40 Personen aus Stadt und Umgebung beitraten.[5] Laut eines Berichtes der *Schleswig-Holsteinischen Tageszeitung* wuchs die junge Ortsgruppe schnell an. Nach einer Veranstaltung am 16. Februar 1930 traten 22 Personen in die NSDAP ein.[6] Der Kieler Student Karl Schalow, ein rednerisch begabter und forsch auftretender junger Mann, übernahm im Frühjahr 1930 die Leitung der Ortsgruppe. Schon wenige Wochen später siedelte Schalow nach Preetz über, wo er im Haus des praktischen Arztes Dr. Genzken ein Zimmer fand.[7] Da das Ehepaar Genzken zu dem frühen Kern der Preetzer Nationalsozialisten zählte[8], erfuhr Schalow bei seinen neuen Vermietern Hilfe und Rückendeckung. Noch im gleichen Jahr - gerade 23 Jahre jung - wurde er Kreisleiter.[9]

Daß es in den Monaten vor der Reichstagswahl im September 1930 bereits vereinzelt zu Unruhen bei NSDAP-Versammlungen gekommen war und diese nach der Wahl noch zunahmen, ist ein Indiz für die in Preetz überaus starke Polarisierung zwischen den politischen Lagern. Zu einer äußerst gewalttätigen Eskalation kam es am 25. November 1930 bei einer Veranstaltung der NSDAP im „Deutschen Haus", wo Gauleiter Lohse als Redner auftrat. Nachdem der sozialdemokratische Gegenredner Langebeck geendet hatte und der Kommunist Schmidt zu Wort kommen sollte, brach eine Schlägerei los und verwandelte den Saal in wenigen Minuten zu einem „wüsten Trümmerhaufen".[10] Über 25 Personen wurden verletzt und mußten von Sanitätern behandelt werden. Auch die Staatsanwaltschaft beschäftigte sich mit den Vorkommnissen und reiste nach Preetz, um hier Ermittlungen aufzunehmen.[11] Mehrere Personen wurden in Zusammenhang mit dieser ungewöhnlich heftigen Auseinandersetzung verhaftet. In neun Fällen verhängte man später gar Gefängnisstrafen.[12] Einige Tage später wurden zehn Anhänger der NSDAP in Preetz festgenommen, da sie geladene Schußwaffen mit sich führten und einen bewaffneten Haufen bildeten.[13] Die brutale Saalschlacht zeigte überdeutlich, wie sehr sich die Fronten verhärtet hatten.

Kreisleiter Schalow hat durch sein Auftreten diese Polarisierung und Radikalisierung erheblich angeheizt. Dies ist vermutlich der Grund, warum Versammlungen, bei denen er sprechen sollte, vorbeugend vom Regierungspräsidenten in Schleswig verboten wurden.[14] Trotz des zeitweiligen Redeverbotes ihres Ortsgruppenführers konnte die Preetzer NSDAP ihren Einfluß stetig vergrößern. Nachdem die Ortsgruppe straff organisiert war, trieb Schalow die Gründung von weiteren NSDAP-Ortsgruppen im Kreis Plön voran.[15]

Bei der Reichspräsidentenwahl am 10. April 1932 hatte sich in Preetz das Blatt gewendet. Mit 47% der für Hitler abgegebenen Stimmen lag die Stadt weit über dem Reichsdurchschnitt von

Preetzer Zeitung.

Die Preetzer Zeitung erscheint täglich (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Anzeigenannahme erfolgt bis zum Abend vor der Ausgabe.

104. Jahrgang

Preis für d. sechsgespalt. Petitzeile 0,25, ausw. 0,30, Reklame 1,20. Dist.-Geb. 0,30 RM. Postscheckkonto: Hamburg 349 87 unter J. M. Hansen.

Nr. 262 | Preetz, Montag, den 7. November | 1932

Reichstagswahl!

Bei der gestrigen Reichstagswahl wurden insgesamt 35379011 gegen 36882354 Stimmen bei der letzten Wahl abgegeben, damit sind 582 Abgeordnete gegen 608 Abgeordnete gewählt worden.

Vorläufiges Gesamtergebnis:

	6. November 1932		Reichstagswahl 31. Juli 1932	
	Stimmen	Sitze	Stimmen	Sitze
National-Sozialistische Deutsche Arbeiterpartei	11705256	195	13745781	230
Sozialdemokratische Partei	7231404	121	7959712	133
Kommunistische Partei	5970833	100	5282621	89
Zentrumspartei	4228322	70	4589335	75
Deutsch-Nationale Volkspartei	3061626	51	2177414	40
Bayer. Volkspartei	1081595	18	1192684	22
Deutsche Volkspartei	659705	11	436012	7
Staatspartei	337871	2	371799	4
Christlich-Soz. Volksdienst	412523	5	364542	3
Deutsch-Hannoversche Partei	63999	1	46929	—
Wirtschaftspartei	110117	2	146876	2
Deutsche Bauernpartei	148982	3	137133	2
Deutsches Landvolk	46486	—	90555	1
Volksrechtpartei	46068	—	40825	—
Sozialistische Arbeiterpartei	45036	—	72630	—
Weingärtner	105188	2	96851	—
Nationale Minderheiten	34510	—	34947	—
Thüringischer Landbund	60065	1	—	—

Wahlergebnis in Preetz.

Von 3924 Wahlberechtigten gaben 3854 ihre Stimme ab. Es erhielten: NSDAP. 1788, SPD. 1486, KPD. 208, Zentrum 10, DNVP. 243, Radikaler Mittelstand 2, DVP. 47, Staatspartei 17, Christl. Soz. Volksdienst 14, Reichspartei des deutschen Mittelstandes 2, Volksrechtpartei 1, Kleinrentner usw. 1, Nationale Freiheitspartei 3, Enteigneter Mittelstand 4.

Abb. 1: Örtliches Presseecho auf das Wahlergebnis vom November 1932

36%[16]. Bei Land- und Reichstagswahlen im Jahr 1932 erzielte die SPD in Preetz immer noch eine beachtliche, über dem Reichsdurchschnitt liegende Anzahl von Stimmen; ein immer größer werdender Teil in der Bevölkerung wählte jedoch die NSDAP.[17] Im Vergleich zur Kreisstadt Plön beispielsweise fanden in Preetz Übergriffe und Schlägereien zwischen den politischen Lagern nicht nur häufiger statt, sondern sie verliefen auch wesentlich heftiger.[18]

Die offenkundige Sympathie, die die *Preetzer Zeitung* schon früh für den Nationalsozialismus hegte, erleichterte es den Preetzer Nazis, für sich zu werben und ihre Gegner öffentlich zu attackieren. Schon in ihrer Anfangszeit konnte die NSDAP-Ortsgruppe eigene Artikel und Berichte veröffentlichen. Treffpunkt für Versammlungen der Nationalsozialisten und ihrer verschiede-

nen Organisationen waren vor allem das „Deutsche Haus" in der Kirchenstraße und „Drillers Gasthof". Hier traf sich auch die von Frau Genzken geleitete NS-Frauenschaft.[19]

Die Radikalisierung innerhalb bestimmter Teile der Preetzer Bevölkerung verschlimmerte sich auch durch die wachsende Arbeitslosigkeit. Am 1. Februar 1933 erhielten immerhin 50,8% der Preetzer Bürger öffentliche Geldhilfen.[20]

3. „... dank seines unbeirrbaren Glaubens an Führer und Bewegung...": Der Machtwechsel im Rathaus

Als eine Woche nach den Reichs- und Landtagswahlen am 5. März 1933 neue Stadtverordnete gewählt wurden, zeigte sich die politische Kräfteverschiebung zugunsten der Nazis auch im Rathaus: Eine Liste aus bürgerlichen Parteien und der NSDAP erhielt sieben, die SPD nur noch fünf Mandate. Damit war nicht nur der lange, traditionell sozialdemokratische Einfluß im Preetzer Rathaus gebrochen, sondern auch der Auftakt für die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Preetz gemacht. Die drei sozialdemokratischen Stadträte Peters, Brodthagen und Trepkau wurden von der NSDAP abgesetzt, da sie sich weigerten, ihren Dienst zu verrichten, solange auf dem Rathaus die Hakenkreuzfahne wehte.[21] Ende Mai 1933 löste sich die Preetzer SPD schließlich selbst auf, um dem Verbot durch die NSDAP zuvorzukommen.[22]

In den nächsten Monaten betrieben die Nazis systematisch den Ausbau ihrer Macht. Als sich Kreisleiter Schalow, mittlerweile nationalsozialistischer Kreistagsabgeordnete und Preetzer Stadtrat, am 8. Januar 1934 zum Bürgermeister „wählen" ließ, war die NS-Herrschaft in der Stadt vollends etabliert. Die *Preetzer Zeitung* berichtete über die Amtseinführung und zitierte dabei den Beigeordneten Uebel, der im Namen der Stadt die herzlichsten Glückwünsche überbrachte: „Ihm [Schalow] wurde die Aufgabe, den Kreis Plön und vor allem das rote Preetz vom Marxismus zu befreien und eine neue Machtposition für die Bewegung zu schaffen, [zuteil]. Das ihm gesetzte Ziel hat Bürgermeister Schalow dank seines unbeirrbaren Glaubens an Führer und Bewegung voll und ganz erreicht. [...] Darum habe auch kein anderer als unser Bürgermeister Schalow ein Anrecht auf den Posten als Oberhaupt unserer Stadt."[23]

Schalow mußte aber zum 31. März 1937 diese Funktion aufgeben, um sich besser seinen Aufgaben als Kreisleiter widmen zu können.[24] Daß er auch vor brutaler Gewalt nicht zurückschreckte, zeigte sein Entnazifizierungsverfahren. Hier wurde festgestellt, daß er während seiner Amtszeit als Kreisleiter „einen unglaublichen Roheitsakt gegen einen Lehrer" verübt hatte, so die *Schleswig-Holsteinische Volkszeitung*, die über das Verfahren berichtete: „Von dem Lehrer wurde behauptet, er betreibe politische Propaganda gegen den Staat. Als der Gau in dieser Angelegenheit nichts unternahm, wollte Schalow, wie er in der Verhandlung wörtlich sagte, ‚einmal ein Exempel statuieren und dem Lehrer einen Denkzettel verabreichen.'" In Begleitung von zwei Parteigenossen habe Schalow dann das Klassenzimmer betreten und den Lehrer mit einer Reit-

14. März 1933.

Offener Brief
an
Herrn Landrat Dr. Kiepert
Plön.

Am 5. und 12. März hat sich die Bevölkerung des Kreises Plön mit überzeugender Mehrheit für den Nationalsozialismus entschieden. Die NSDAP. verfügt im neuen Kreistag über die absolute Mehrheit. Damit wird zum Ausdruck gebracht, daß auch im Kreise Plön in Zukunft eine Politik betrieben werden soll, die den Zielen der NSDAP. und ihres Führers Adolf Hitler entspricht.

Wir haben Sie, Herr Landrat, in den vergangenen Jahren als einen systemtreuen Mann kennengelernt, der der NSDAP. feindlich gesonnen war und sich durch schikanöse Einzelmaßnahmen gegen ihre Führer und Anhänger auszeichnete. Wir werden es daher auch nicht dulden, daß Sie auf den Boden der gegebenen Tatsachen hinüberwechseln, um damit der Abrechnung zu entgehen. Vielmehr stellen wir die eindeutige Forderung, daß Sie die Konsequenzen ziehen und abtreten. Sollten Sie unserem Ersuchen nicht entsprechen, werden wir nicht nur im neuen Kreistag eine rücksichtslose Opposition gegen Sie betreiben, sondern auch selbst den Weg zum preußischen Innenministerium nicht scheuen, um Ihre Beurlaubung zu erwirken.

Schalow, Kreisleiter.

Abschrift dieses Schreibens geht der Regierung in Schleswig sowie der Gauleitung der NSDAP. zu. Gleichzeitig werde ich diesen Brief der Presse als offenen Brief überreichen.

Abb. 2: Preetzer Zeitung *15. März 1933*

Lokales und Provinzielles

Merktag für den 16. März.

Sonnenaufgang	6[12]	Mondaufgang	—
Sonnenuntergang	18[00]	Monduntergang	7[00]

1930: Der spanische General und Ministerpräsident Primo de Rivera gest.

Preetz, den 15. März 1933.

Die Säuberungsaktion beginnt. Auf Antrag der NSDAP. wurden die drei sozialdemokratischen Stadträte Peters, Brodthagen und Trepkau ihrer Aemter enthoben. Die Absetzung wird begründet mit der Tatsache, daß die Herren Stadträte ihren Dienst verweigerten, solange die Hakenkreuzfahne auf dem Rathaus wehe. Als kommissarische Stadträte wurden die Herren Stuhr, Plambeck und Schalow in Vorschlag gebracht.

Beurlaubung des Bürgermeisters Dr. Krug. Der Bürgermeister Dr. Krug-Preetz hat auf Veranlassung der NSDAP. den Regierungspräsidenten um Beurlaubung ersucht. Dem Urlaubsgesuch wurde stattgegeben. Als kommissarischer Bürgermeister ist Stadtrat Stuhr (NSDAP.) in Aussicht genommen worden.

Schändung von Kranzspenden. Bubenhände haben von den Kranzschleifen der N.-S.-Ortsgruppe und der SA. am Ehrenmal die Symbole der Bewegung entfernt.

Passionsandacht. Heute abend 8,15 Uhr findet im Gemeindesaal eine Passionsandacht statt.

Abb. 3: Preetzer Zeitung *15. März 1933*

peitsche verprügelt, während seine Helfer den Mann festhielten und die Kinder schreiend durch die Fenster entflohen. Der Lehrer habe damals Anzeige gegen Schalow erstattet - mit dem Erfolg, daß er selbst aus dem Schuldienst entlassen wurde.[25]

Dieses Beispiel läßt den Einfluß ermessen, den Schalow in seiner Funktion als Kreisleiter hatte. Offensichtlich waren seiner Machtstellung kaum Grenzen gesetzt. 1940 hat er sich freiwillig zum Kriegsdienst gemeldet, sein Nachfolger wurde Kreisleiter Jüppner.[26]

Wie die Ausgrenzung und Verfolgung der Juden im Kreis Plön genau verlief, ist bisher noch nicht beantwortet worden. Die einzige in Preetz lebende Jüdin Ella Hirsch überstand das „Dritte Reich" physisch unversehrt. Seit 1919 arbeitete sie in der Getreidefirma Brumm zunächst als Buchhalterin, dann als Prokuristin. Vor allem der Zivilcourage des Firmeninhabers Otto Brumm ist es zu verdanken, daß Ella Hirsch bleiben konnte - trotz Diskriminierungen und wirtschaftlicher Nachteile für die Firma. Vier Versuche, Ella Hirsch zu deportieren, konnten durch Mithilfe Preetzer Bürger rechtzeitig vereitelt werden. Nach dem Krieg heirateten Ella Hirsch und Otto Brumm.[27]

Nicht selten machte sich die Lokalzeitung zum Sprachrohr für die NS-Ideologie und trug entsprechende Inhalte in die Haushalte. So berichtete sie in der Regel ausführlich über die verschiedenen Veranstaltungen, bei denen der Antisemitismus zum Thema gemacht wurde oder bei denen die NSDAP-Mitglieder „geschult" wurden. Nach der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 zitierte die *Preetzer Zeitung* Kreisleiter Schalow mit den vieldeutigen Worten, daß die „Judenfrage mehr und mehr akut" werden würde.[28]

Als das Blatt den Film „Juden ohne Maske" ankündigt, der in Preetz gezeigt werden sollte, erfuhren die Leser, daß dieser Film wie kein zweites Argument geeignet wäre, „das Wirken der asiatischen Schmierfinken und Verbrecher in das richtige Licht zu setzen. Der ganze Sumpf des jüdischen Trieb- und Geisteslebens kommt durch die jämmerlichen Szenen zum Bewußtsein."[29]

Als ein besonders schlimmer Antisemit stellte sich der Plöner Professor Dr. Remane dar, etwa als er in „Drillers Gasthof" über den „Juden als Weltparasiten" referierte und die Juden als einen Stamm bezeichnete, der die Arbeit als Fluch ansehe und innerlich feig sei. Dr. Hinck, Leiter der Landwirtschaftsschule und Preetzer Ortsgruppenleiter, dankte ihm für den „interessanten Vortrag"[30], so die *Preetzer Zeitung* abschließend.

4. Biographische Stationen in Preetz: Nikolaus Maaßen und Karl Genzken

Als ein ebenso linientreuer und überzeugter Nationalsozialist trat der Preetzer Mittelschulrektor Nikolaus Maaßen auf.[31] Seine Aufgabe sah er darin, „das nationalsozialistische Gedankengut in der Mittelschulerziehung praktisch zu verwirklichen".[32] Für Maaßen bedeutete dies, wo immer er konnte, den Nationalsozialismus in die Schule hineinzutragen und zu fördern.

Der in Dithmarschen geborene Maaßen beschränkte sich dabei jedoch nicht nur auf die Preetzer Mittelschule; sein Wirken ging weit über die Stadtgrenzen hinaus. Maaßen kam im Oktober 1914 nach Preetz und wurde 1920 Rektor der Mittelschule. Zunächst engagierte er sich für den Turnsport, dessen Verband er von 1921 bis 1932 als „Gauvertreter" vorstand. Sein eigentliches Wirkungsfeld war jedoch die NS-Schulpolitik. Maaßen setzte sich dafür ein, daß die Mittelschule als eigenständige Schulform besonders gefördert wurde. Dabei stand für ihn die Durchdringung des Schulwesens mit der nationalsozialistischen Ideologie im Vordergrund. Bildungswahn, so Maaßen, sei der Volkstod. Folglich sei die Zurückbildung des „ausgeweiteten höheren Schulwesens eine eugenisch-biologische Notwendigkeit".[33] Immer wieder begründete er die Bedeutung der Mittelschule für die sog. Volksgemein-

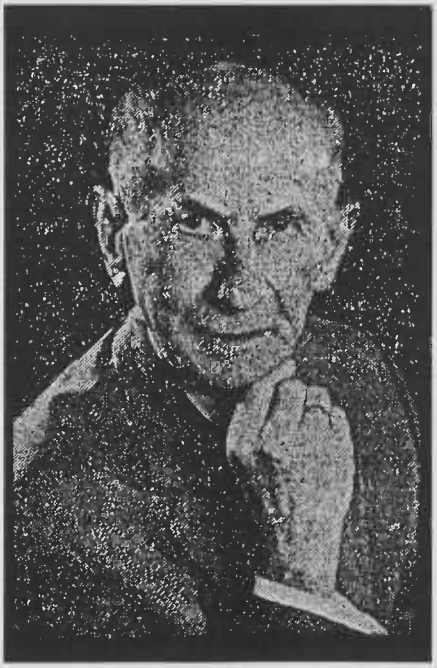


Abb. 4: Nikolaus Maaßen um 1963

schaft und trat für eine in jeder Hinsicht rassistisch ausgerichtete Pädagogik ein, die die „Erbgesundheit" in den Mittelpunkt rückte.

Als Verfasser mehrerer schulpolitischer Publikationen hatte sich der Preetzer Mittelschulrektor auch im NS-Lehrerbund einen Namen gemacht - und sein Engagement zahlte sich für ihn aus: Im Juli 1934 wurde Maaßen Reichsfachschaftsleiter für Mittelschulen.[34] Auch weiterhin publizierte Maaßen seine nationalsozialistische Überzeugung. In seinem 1935 erschienenen Buch „Planvolle Schulgestaltung - Beiträge zur Frage des Schulnetzes in der völkischen Schulreform" wies er eindringlich auf die Bedeutung der ländlichen Mittelschulen hin. Seine Argumentation fußte dabei u.a. auf dem angeblich schlechten und verderbbringenden Einfluß der Großstadt: „Die tiefste Ursache des völkischen Niedergangs liegt darin, daß wir uns von den Urkräften der Natur und den Grundgesetzen der völkischen Lebensordnung entfernt haben [...]. Auf dem schulorganisatorischen Gebiet fehlt noch der entsprechende Rasseerlaß, der den Schulaufbau planvoll so ordnet, daß er nicht nur von den rassezerstörenden Auswirkungen befreit, sondern voll in den Dienst der Rasse gestellt wird und so die Sicherung der Erbkraft und damit des Lebens und der Zukunft unseres Volkes voll verbürgt."[35]

Maaßen, der sich im „Dritten Reich" auch als Herausgeber von Schulbüchern hervortat, ebnete der menschenverachtenden NS-Ideologie den Weg in die Mittelschulen. Mit seiner tiefen Führerverehrung und seiner bedingungslosen Unterstützung des NS-Regimes - beides zieht sich wie ein roter Faden durch seine Veröffentlichungen - stellte der Pädagoge sich ganz in den Dienst der faschistischen Schulpolitik.

Nachdem Maaßen 16 Jahre in Preetz gearbeitet hatte, wechselte er im Oktober 1936 nach Frankfurt, wo er fortan die Position eines Magistratschulrates bekleidete und damit die Aufsicht über die Privat- und Mittelschulen führte. Auch weiterhin schwur er unermüdlich seine „Berufskameraden" auf den nationalsozialistischen Kurs ein. 1942 bezeichnete der Pädagoge Maaßen die Schule als „eine bedeutsame geistige und seelische Waffenschmiede".[36] Auch wenn Maaßen, wie er in einer autobiographischen Schrift behauptete, immer nur für die Mittelschule und deren Erhalt bzw. Stärkung kämpfte, so hat er dennoch an exponierter Stellung das NS-Regime unterstützt und Lehrerkollegen und Schüler hierfür instrumentalisiert.

Nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur blieb Maaßen in Frankfurt. Zwar von seinen Ämtern enthoben, genoß er dennoch viel Zuspruch und Anerkennung. Trotz seines langjährigen Dienstes für das NS-Regime fungierte er als Ehrenvorsitzender des Verbandes deutscher Real- und Mittelschullehrer.[37] Allem Anschein nach nahm niemand Anstoß daran, daß Maaßen einst die Schule für den Nationalsozialismus öffnete und den damaligen Lehrerstand zu unbedingter Regimetreue verpflichtete.[38]

Während Maaßen weiterhin in der Öffentlichkeit agieren und publizieren konnte, mußte sich ein anderer ehemaliger Preetzer Bürger auf der Anklagebank in Nürnberg verantworten: Dr. med. Karl Genzken. Der in Preetz geborene und aufgewachsene Genzken,

dessen Vater in der Stadt Pastor war, arbeitete nach seinem Medizinstudium als Arzt in der kaiserlichen Marine.[39] Von 1919 bis 1934 war er als praktischer Arzt in Preetz tätig. 1926 trat er der NSDAP bei. Mittlerweile auch Mitglied der SS, fungierte Genzken von 1933 bis 1934 als Kreisamtsleiter des NS-Ärztebundes. 1934 begann er dann im NS-Staat eine steile Karriere. Mit seiner Familie verließ er Preetz und zog nach Berlin.

Am 1. Februar 1937 wurde der mittlerweile dreifache Familienvater Genzken Führer der Sanitätsabteilung der SS-Totenkopfverbände. Nun erfolgte unter seiner Leitung der Aufbau des Sanitätswesens der Konzentrationslager. Als er am 1. April 1940 zum Chef des Sanitätsamtes im SS-Führungshauptamt aufstieg, war er für das Sanitätswesen der Konzentrationslager zuständig, überwachte das Sanitätspersonal und machte Inspektionsbesuche in den ihm unterstellten Lagern. In dieser Funktion hatte er auch Befehlsgewalt über die dort tätigen Ärzte, wie z.B. Herta Oberheuser in Ravensbrück.

Am 30. Januar 1943 beförderte ihn Hitler zum SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen SS. Im Nürnberger Ärzteprozeß wies man Genzken nach, daß er z.B. Kenntnis von dem Ausmaß der Fleckfieber-Versuche an KZ-Häftlingen in Buchenwald gehabt haben mußte. Dennoch hatte er als Mitverantwortlicher nichts unternommen, um diesem grausamen Treiben Einhalt zu gebieten. Wenngleich er bei den Vernehmungen seine Unwissenheit beteuerte, scheint dies sehr unglaubwürdig. Die jüngste Forschung auf diesem Gebiet hat gezeigt, daß Genzken sich regelmäßig detaillierte Berichte vorlegen ließ.[40]

Schließlich verurteilten die Nürnberger Richter den ehemaligen Preetzer Arzt wegen Kriegsverbrechen im engeren Sinne, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Organisationsverbrechen, d.h. wegen Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation, zu lebenslänglicher Haft. Später wurde Genzken dann begnadigt und im April 1954 aus der Haft entlassen[41] - drei Jahre später ist er verstorben.[42]

5. Die Nachkriegszeit: Bilanz und Perspektive

Der von den Nationalsozialisten entfesselte Zweite Weltkrieg kostete ca. 700 Preetzer Bürgern das Leben.[43] Ungeachtet dieser traurigen Bilanz und der zwölfjährigen Diktatur, die auch in Preetz ihre Spuren hinterließ, bemühte die *Preetzer Zeitung* eine fragwürdige Kontinuität. Am 1. November 1949 konnte das Blatt nach viereinhalbjähriger Pause wieder erscheinen. Die Redaktion begrüßte die Leser mit den Worten: „Möge unsere seit 121 Jahren bestehende Heimatzeitung wiederum das werden, was sie immer war: Ein kurzes übersichtliches Echo des Weltgeschehens, ein Spiegel der lokalen Ereignisse, ein Kraftquell der Heimatliebe, eine Brücke von Mensch zu Mensch. [...] Wir danken all denen, die ihre Treue zur Heimatzeitung bewahrten und bitten die neu hinzukommenden Leser um ihr Vertrauen."[44]

Zu den neu hinzugekommenen Preetzern gehörten auch die vielen Flüchtlinge, unter ihnen der hierher geflüchtete Maschinenfabrikant Epp. Seine

Vergangenheit führte zum KZ Stutthof, wo er eines der größten Häftlingskommandos beschäftigte. Hier produzierten KZ-Häftlinge in seiner Fabrik Munition. Um dem Vorrücken der Roten Armee zu entkommen, setzte sich Epp bei Kriegsende nach Schleswig-Holstein ab.[45] Eher zufällig geriet er nach Preetz, wo er Ende der fünfziger Jahre verstarb.[46]

Abschließend läßt sich feststellen, daß in Preetz vor allem das bürgerliche Establishment den Nationalsozialismus „einführte". Es waren zunächst die wenigen Akademiker am Orte, die die NS-Ideologie publik machten und nach außen vertraten. Ihr öffentliches Eintreten für die NS-Ideologie fand schnell Anhänger. Auf dieser Grundlage konnten die lokalen Organisationsstrukturen des NS-Staates in Preetz ausgebaut werden. Vor allem biographische Untersuchungen könnten die regionalgeschichtliche Forschung an dieser Stelle vervollständigen. Schließlich haben Personen wie Schalow, Genzken oder Maaßen entscheidende Jahre ihres Lebens in dieser Stadt verbracht.

Daß Preetz bisher noch keine umfassende Stadtgeschichte kennt, in der vor allem die jüngere Vergangenheit thematisiert wird, mag auch an der in der Bevölkerung häufig anzutreffenden Denkweise begründet sein, hier sei nichts Auffälliges, nichts Spektakuläres passiert. Diese vermeintliche Unauffälligkeit birgt jedoch zugleich die Gefahr der Verharmlosung und des Vergessens. Um so positiver ist es, daß unlängst nicht nur eine Straße nach der Jüdin Ella Brumm benannt wurde, sondern auch an einer Stadtgeschichte gearbeitet wird, die die Zeit von 1933 bis 1945 zum Gegenstand hat.[47]

6. Anmerkungen

1. Beate Klonikowski, „Die Anfänge des Nationalsozialismus in Preetz", Unveröffentlichte Staatsexamensarbeit, Kiel 1992; Peter Pauselius, Dokumentation über die Kriegsgefangenen, Fremd- und Ostarbeiter in Preetz 1939 - 1946, Großbarkau 1996; Ralf Mertens: „Das Eisenkreuz fest umklammert" - Pastor Kobold und der Kirchenkampf in Preetz. In: Schleswig-Holsteinsiche Landeszeitung 23.5.1998.
2. „Unterlagen nach Kriegsende verschwunden", Ostholsteiner Zeitung 28.1.1995.
3. Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd. IX: Provinz Schleswig-Holstein, Stand: 1. Oktober 1930, Berlin, Preußisches Statistisches Landesamt, S. 32.
4. Preetzer Zeitung (im folgenden PZ), 15.9.1930.
5. Klonikowski, S.6.
6. Schleswig-Holsteinische Tageszeitung, 16.2.1930.
7. Berlin Document Center (im folgenden BDC), Akte Schalow.
8. Dr. Genzken trat 1926 in die NSDAP ein, seine Frau war ebenfalls Parteigenossin. BDC, Akte Karl Genzken.
9. Klonikowski, S. 33.
10. PZ 26.11.1930.
11. Ebd.
12. Klonikowski, S. 26.
13. PZ 28.11.1930.
14. BDC, Akte Schalow.
15. Mündliche Auskunft, Schalow, 8.1.1993.
16. PZ 11.4.1932.
17. So z.B. bei der Landtagswahl am 24.4.1932, den Reichstagswahlen am 31.7.1932 und 7.11.1932. Dazu: PZ 25.4.1932; PZ 1.8.1932; PZ 7.11.1932.
18. Friedrich Stender/Hans-Joachim Freytag, Geschichte der Stadt Plön, Plön 1986, S. 264.
19. Frau Genzken leitete die Ortsgruppe ab Mai 1934. Dazu: PZ 17.5.1934.
20. Wilhelm Stölting, Preetz - Lebensbild einer holsteinischen Stadt, Preetz 1970, S. 77.
21. PZ 15.3.1933.
22. Jürgen Michalski, Ursprung einer Entwicklung: Geschichten aus der Geschichte um die Kiel-Plöner Sozialdemokraten, Preetz 1979, S. 83.
23. PZ 9.1.1934.
24. Stölting, S. 78.
25. Schleswig-Holsteinische Volkszeitung 26.4.1949.
26. Mündliche Auskunft, Schalow, 8.1.1993.
27. Der Reporter 9.7.1997.
28. PZ 22.11.1938.
29. PZ 21.11.1938.
30. PZ 7.2.1944.
31. Maaßen trat am 1.5.1933 in die NSDAP ein. BDC, Akte Maaßen.
32. Nikolaus Maaßen, Fachschaft III, in: Zehn Jahre

NSLB, München 1939, S. 44.
33. Nikolaus Maaßen, Der neue Schulaufbau mit besonderer Berücksichtigung des Mittelbaues, Halle 1934, S. 16.
34. Dazu auch Willi Fenten, Der nationalsozialistische Lehrerbund: Entwicklung und Organisation, Weinheim etc. 1981.
35. Nikolaus Maaßen, Planvolle Schulgestaltung - Beiträge zur Frage des Schulnetzes in der völkischen Schulreform, Halle 1935, S. 4.
36. Nikolaus Maaßen, 1942 - das eiserne Jahr in unserem Ringen auf Leben und Tod!, in: Die Mittelschule, Halle, 14.1.1942. S. 2.
37. Nikolaus Maaßen 75 Jahre alt, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 4.9.1963.
38. Dazu auch Wolfgang Keim, Reichspogromnacht und (bundes-)deutsche Erziehungswissenschaft, in: Pädagogik, Heft 10/Oktober 1988, S. 35ff.
39. Biographische Angaben sind entnommen aus: BDC, Akte Karl Genzken; Staatsarchiv Nürnberg, Ärzteprozeß, KV-Prozesse Fall 1 ZA-1, Urteilsbegründung Genzken.
40. Johannes Tuchel, Konzentrationslager: Organisationsgeschichte und Funktion der „Inspektion der Konzentrationslager", Boppard 1991, S. 285.
41. Thomas Alan Schwartz, „Die Begnadigung deutscher Kriegsverbrecher", in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 38, 1990, S. 406.
42. Antwortschreiben Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltung Ludwigsburg, 19.5.1995.
43. Reinhold Kuleisa/Peter Pauselius, Preetz, Plön [2]1987, S. 16.
44. PZ 1.11.1949.
45. Antwortschreiben „Muzeum-Stutthof", W Sztutowie, 22.8.1995.
46. Dazu auch: Hans J. Schneider, Die Kleinbahn hält noch immer im Stutthof „Waldlager", in: Frankfurter Rundschau, 6. Februar 1993.
47. Der Stadtarchivar Pauselius arbeitet zur Zeit an einer umfassenden Darstellung über die Stadt Preetz in den Jahren 1939 - 1945.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Preetzer Zeitung 7.11.1932
Abb. 2: Preetzer Zeitung 15.3.1933
Abb. 3: Preetzer Zeitung 15.3.1933
Abb. 4: Frankfurter Allgemeine Zeitung 4.9.1963

Gerhard Paul

„Von Judenangelegenheiten hatte er bis dahin keine Ahnung."

Herbert Hagen, der Judenreferent des SD aus Neumünster

Er war ein Vertreter jener jungen antisemitischen SS-Generation, die die „Lösung der Judenfrage" planten und maßgeblich an ihrer Realisierung mitwirkten.[1] Für ihn war die ‚Judenfrage' in erster Linie eine wissenschaftliche und administrative Angelegenheit, die emotionslos, kalt und sachlich gelöst werden sollte. Schließlich war er ein Prototyp jener Tätergeneration, die es nach 1945 im Westteil Deutschlands schnell wieder zu etwas gebracht hatte.

Herbert Martin Hagen wurde am 20. September 1913 als Sohn des damals 32jährigen Zollinspektors Hans Heinrich Hagen und dessen Frau Amanda in Neumünster geboren, wo 1919 auch seine Einschulung stattfand.[2] Im September 1920 verzog die Familie - bedingt durch den Beruf des Vaters - nach Bramstedt im Kreis Tondern[3], wo Hagen nun die kleine Dorfschule besuchte. Für kurze Zeit ging er anschließend im Grenzdorf Ellund zur Schule. 1923 wechselte er zur Mittelschule in Flensburg, 1925 dann zur dortigen Oberrealschule. Irgendwann in dieser Zeit verzog der Vater ins Mecklenburgische, wodurch der Junge nun de facto - wie so viele seiner Generation - vaterlos aufwuchs. 1925 stand ein erneuter Schulwechsel zur Oberrealschule II in Kiel an, wo Hagen Ostern 1932 das Abitur ablegte.

Intensive Freundschaften konnten angesichts dieses häufigen Schulwechsels kaum entstehen. Von Nachbarn wurde der Abiturient später als höflich und verschlossen bezeichnet; körperlich schien er von eher schwächlicher Konstitution gewesen zu sein. Die Aufnahme eines Studiums war ihm aus finanziellen Gründen nicht möglich; auch scheiterte der Versuch, die Offizierslaufbahn einzuschlagen. Aus Gründen des Gelderwerbs begann Hagen daher eine kaufmännische Lehre bei den Spirituosenwerken Fritz Lehment in Kiel, deren Chef ihm nach dem Kriege „tadellose Führung" bescheinigte. Im Mai 1934 brach der 20jährige seine Lehre ab. Die neuen braunen Herren winkten mit einer politischen Karriere.

Wie und wo Hagen mit dem Nationalsozialismus in Berührung kam, entzieht sich den Quellen. In jedem Fall trat er - fasziniert von dem neuen Regime - „aus wirtschaftlichen und ideellen Gründen", wie er angab, am 1. Oktober 1933 in die SS ein, die seinem Streben nach einer seiner schulischen Bildung entsprechenden Position in der Gesellschaft

ganz neue Möglichkeiten offerierte und in der er schon bald Freunde fand. Mit dem Parteiprogramm der NSDAP hatte er sich bereits früher vertraut gemacht. Seinen ersten ideologischen und militärischen Schliff erhielt er im Kieler SS-Sturm 3/40, wo es ihm gelang, seine Vorgesetzten von sich zu überzeugen.

Im Mai 1934 bot man ihm eine berufliche Position innerhalb des sich noch in der Aufbauphase befindlichen Sicherheitsdienstes (SD) des Reichsführers-SS (RFSS) in München an. Hagen hierzu: „Durch einen Vertreter des SD-Hauptamtes, der unseren SS-Sturm 1934 in Kiel besuchte, wurde uns die Möglichkeit geboten, hauptamtlich innerhalb der SS-Formation SD tätig zu werden."[4] Am 22. Mai 1934 trat er in Heydrichs SD ein, der zum Jahresende 1934 reichsweit gerade einmal über 820 Mitglieder verfügte, sich als interne Elite der SS begriff und noch keinen eigenständigen Platz innerhalb des polykratisch organisierten NS-Herrschaftssystems besaß.

Hagen verließ Kiel und begann nun eine steile Karriere im SD-Hauptamt, das sich noch in München befand, aber schon im September 1934 nach Berlin umsiedelte und im Prinz-Albrecht-Palais Quartier bezog.[5] Dort war er zunächst in der für Presse und Museen zuständigen Zentralabteilung I.3 tätig. 1936 wurde der Leiter der für „Gegnererforschung" zuständigen SD-Zentralabteilung II.1, der 28jährige Professor Dr. Franz Alfred Six[6], auf den jungen Mann aus Schleswig-Holstein aufmerksam. Trotz des nur geringen Altersunterschiedes entwickelte Six zu Hagen ein fast väterliches Verhältnis. Vermutlich durch Six inspiriert, belegte Hagen ab dem Sommersemester 1936 parallel zu seiner Tätigkeit beim SD Lehrveranstaltungen im Fach Zeitungswissenschaft an der Berliner Universität.

Hagen war nicht der einzige, der 1934 aus Kiel zum SD-Hauptamt rekrutiert worden war. Vielmehr scheint gleich eine ganze Gruppe von jungen radikalisierten Männern aus der Stadt an der Förde in die Führungsetage des SD aufgerückt zu sein. Da war zunächst der aus einem gutbürgerlichen Elternhaus stammende und nur wenige Monate ältere Werner Göttsch, der seit 1932 arbeitslos war und ein Betätigungsfeld suchte. Im April 1933 war Göttsch in Kiel an der Ermordung des jüdischen Rechtsanwalts Schumm beteiligt; im Februar 1935 gehörte der frisch rekrutierte SD-Mann zu einem Mordkommando des SD, das in der Tschechoslowakei den Rundfunkingenieur Rudolf Formis liquidierte, der dort als Mitarbeiter Otto Straßers einen schwarzen Sender zur Rundfunkpropaganda der ‚Schwarzen Front' gegen Hitler-Deutschland betrieb. 1937 avancierte Göttsch zum Leiter der Abteilung II.12 (Gegnerformen) im SD-Hauptamt; später war er Hauptabteilungsleiter im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) und Heydrichs Spezialist für besondere Einsätze gegen Regimekritiker im Ausland. Beim ‚Anschluß' Österreichs leitete er ein ‚Führerschutzbegleitkommando'; während des Krieges war er u.a. als SS-Obersturmbannführer in der Balkan-Abteilung des SD tätig.[7]

Demselben Jahrgang wie Göttsch gehörte auch Karl Haß an, der seine SD-Karriere in Six' Presseamt begann, später in die Position des Leiters der Abt. I.311 im SD-Hauptamt aufstieg und 1943 in Schellenbergs Amt IV wechselte. Im März 1944 war Haß an der Er-

schießung von 355 italienischen Geiseln in den Adreatinischen Höhlen bei Rom beteiligt, weswegen er 1997 von einem römischen Gericht zu zehn Jahren und acht Monaten Haft verurteilt wurde, die angesichts des hohen Alters allerdings zur Bewährung ausgesetzt wurden.[8]

Schließlich wäre Karl Döscher zu nennen, der nur wenige Wochen jünger als Hagen war, in Kiel bis zur Unterprima die Höhere Schule besucht hatte und anschließend wie Hagen eine kaufmännische Lehre absolviert hatte. Der NSDAP war er 1932, der SS 1934 beigetreten. Zunächst war Döscher in der Abteilung II.112 beim SD-Oberabschnitt Ost tätig, bevor Hagen ihn im Mai 1938 ins SD-Hauptamt nach Kiel holte.[9]

Die SD-Führung setzte sich 1936 aus Männern zusammen, die im Durchschnitt gerade einmal 30 Jahre alt waren und deren Lebensläufe erhebliche Parallelen aufwiesen.[10] Wie Reinhard Heydrich und Werner Best gehörten sie der ‚politischen Generation' der Kriegsjugend an, hatten ihre entscheidenden politischen Erfahrungen in den Wirren der Nachkriegszeit gesammelt und waren früh in kleinen elitären rechtsradikalen Bünden und Organisationen der völkischen Jugendbewegung sowie der ‚konservativen Revolution' tätig gewesen. Hier hatten sie ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein entwickelt, „das durch radikal-völkisches Denken, einen elitären, ‚massen'-feindlichen Idealismus und Mißtrauen gegen die ältere Generation der ‚nationalen' Politiker gekennzeichnet war. ‚Sachlichkeit', persönliche Kühle, betont ‚hartes' Auftreten einerseits, unbedingte Leistungsbereitschaft, akademischer Ehrgeiz sowie vor allem ein weltanschaulich fundierter Radikalismus andererseits"[11] waren die Kennzeichen des Selbstbildes jener SD-Führer, mit denen es Hagen zu tun hatte und deren Verhalten zunehmend auf ihn abfärbte.

Der NSDAP bzw. Massenorganisationen wie der SA standen diese Männer eher distanziert gegenüber; vielmehr begriffen sie sich als Hüter der ‚reinen Lehre' des Nationalsozialismus, den sie als weltanschauliches, nach rassischen und gesellschaftsbiologischen Kategorien geformtes Gesamtkonzept verstanden, nach dem die Welt zu gestalten war.

Das Klima im SD-Hauptamt entsprach denn auch eher einer modernen Denkfabrik als einer bürokratischen Dienststelle. „Die Mitarbeiter des SD-Hauptamtes taten ihre ‚Arbeit' aus Überzeugung und Phantasie, sie wurden dazu angehalten, eigene Vorschläge auszuarbeiten, Ideen und ‚Lösungen' zu entwickeln und zur ständigen Effizienzsteigerung des Apparates beizutragen."[12]

Mit der Umstrukturierung der von Six geleiteten Abteilung II.1 des SD-Hauptamtes im Frühjahr/Sommer 1937 wurde Hagen zum neuen Leiter des für Judenfragen zuständigen Referats II.112[13] berufen. Dort sollte er in den folgenden Jahren zum „eigentliche[n] Motor der SD-Judenpolitik" avancieren.[14] Durch seinen ideologischen Eifer und durch mannigfache Ghostwriter-Dienste hatte sich der „hungrige Streber" - so Hachmeister - bei Six unentbehrlich gemacht.[15]

In seiner neuen Funktion war Hagen Vorgesetzter von zwei Männern, die später zu maßgeblichen Organisatoren des Holocaust werden sollten: von Adolf Eichmann[16], der für das Sachgebiet ‚zionistische Fragen' zuständig war,

und von Theodor Dannecker[17], der das Sachgebiet ‚assimilierte Juden' betreute.

Mit den Veränderungen verfolgte Heydrich u.a. die Absicht, dem SD bei der Planung der Judenpolitik eine zentrale Rolle zu sichern. Nach Hagen hatte der Leitungswechsel zur Folge, „daß sofort von der theoretischen Bearbeitung des Judentums abgegangen und die praktische Arbeit aufgenommen" wurde. Die Zusammenarbeit mit der von Kurt Lischka geleiteten Dienststelle 4II.B 4 für Judenfragen beim Berliner Gestapa (Gestapo-Amt) sei nun intensiviert und die Erfassung und Bespitzelung der jüdischen Organisationen auf das Ausland ausgeweitet worden. Durch die regelmäßige Vorladung der leitenden Funktionäre der jüdischen Organisationen habe man versucht, „die gesamte Judenpolitik so auszurichten, daß die Auswanderung besonders unbemittelter Juden laufend gefördert und verstärkt wird. [...] Darüber hinaus wurde angefangen, durch die Verbindungsaufnahme mit den zuständigen Stellen im Innenministerium und dem Auswärtigen Amt, direkten Einfluß auf die praktische Durchführung der Auswanderung zu bekommen." Das Endziel sei die „Zentralisierung der gesamten Bearbeitung der Judenfrage in Deutschland bei SD und Gestapa" gewesen.[18]

Schon bald sollten Hagen und Eichmann die Judenpolitik des SD maßgeblich bestimmen.[19] Der Student aus Neumünster arbeitete sich schnell in das für ihn völlig fremde Aufgabengebiet ein. Er sei „ein kluger Mann mit weitem Horizont" gewesen, berichtete Eichmann später über ihn. Er „verfügte über ein gesundes Allgemeinwissen und hatte eine gute Gabe, auch die ihm bis dahin fremd gewesenen Angelegenheiten binnen kurzem in sich aufzunehmen. Von Judenangelegenheiten, von den Organisationen, deren Wollen und Zielen, hatte er bis dahin noch keine Ahnung. Sein erstes, als er kam, war, daß er sich mich vornahm und sich von mir über mein Sachgebiet erschöpfend Auskunft geben ließ. Er wollte alles so genau wissen, daß ich Mühe hatte, mein ganzes Wissen zusammenzukratzen. Mich pumpte er jedenfalls leer. Und das Erstaunliche: er behielt alles. Er wußte von diesem Augenblick an so gut Bescheid wie ich."[20]

Auch Six lobte den „besonderen Arbeitseifer" Hagens, der in der Zwischenzeit nun auch der NSDAP beigetreten war, seine „unermüdliche Bereitwilligkeit zu zusätzlichen Leistungen", seine „zuverlässige nationalsozialistische Haltung", seine „persönlich gerade und saubere Lebensführung". Vor allem seine „besonders schnelle Auffassungsgabe habe ihn bis heute allen Aufgaben gerecht werden lassen und auch bereits bei dem Chef des Sicherheitshauptamtes ausgezeichnet".[21] Eine SS-Beurteilung aus dem Jahr 1943 charakterisierte Hagen knapp und bündig als „frisch und elastisch, ein Führer über dem Durchschnitt".

Wie sein Ziehvater Six und sein Vorgänger Wisliceny war auch Hagen ein Vertreter jenes ‚Antisemitismus der Vernunft', der die Juden aus vermeintlich wissenschaftlichen Gründen bekämpfte.[22] In ihrem wahnhaften Denkmodell gingen diese Männer davon aus, daß das deutsche Volk in seiner „völkischen Substanz" durch die Vermischung mit anderen Völkern und Rassen und hier vornehmlich durch die Juden schwer geschädigt und daher der „Volkskörper" durch künstliche Einschnitte von all

seinen kränklichen und degenerativen Elementen zu „reinigen" sei. „Zielpunkt dieses akademischen Antisemitismus war die nach dem ‚Bluts- und Abstammungsprinzip' [...] durchgeführte radikale Dissimilation von ‚Juden' und ‚Deutschen'. In dieser Perspektive also war die Ablehnung der Juden kein Ausdruck von ‚Vorurteilen' oder gar individuellem Haß gegen Einzelpersonen, sondern Teil der ‚völkischen Weltanschauung'."[23]

In den gemeinsam von Wisliceny und Hagen verfaßten „Richtlinien und Forderungen an die (SD-)Oberabschnitte" vom April 1937 hieß es: „Die Bekämpfung des Judentums bildet von Anfang an ein Grundprinzip des Nationalsozialismus. Die Judenfrage ist für den Nationalsozialismus kein politisches oder religiöses Problem, sondern eine Rassenfrage. Damit ist die Möglichkeit eines Kompromisses von vornherein ausgeschlossen. Die Kampfstellung der NSDAP gegen das Judentum zieht sich durch das ganze Parteiprogramm. Das Judentum ist für den Nationalsozialismus der Gegner schlechthin."[24]

Antisemitische Greuelpropaganda, wie sie der *Stürmer* des fränkischen NSDAP-Gauleiters Julius Streicher praktizierte, und eingeschlagene Fensterscheiben waren nicht Sache dieser SD-Männer. In einer Aktennotiz hielt Hagen etwa fest, daß das von Parteidienststellen hochgelobte antisemitische Jugendbuch des *Stürmer* mit dem Titel *Der Giftpilz* schlicht jugendgefährdend und der Sache wenig förderlich sei.[25] Nach Höhne empfanden die „jungen Intellektuellen" in den Kommandoposten des SD geradezu einen „Horror vor den primitiven Rezepten des parteiamtlichen Haut-den-Juden-Kurses"[26], wiewohl sie Straßenterror und Pogrom als Mittel bei der Verschärfung des Vertreibungs- und Entrechtungsprozesses durchaus einkalkulierten.

Als radikale Form der Dissimilation favorisierten Hagen und seine Mitarbeiter zunächst die territoriale Lösung der ‚Judenfrage': die Förderung der jüdischen Auswanderung und die Zusammenarbeit mit den zionistischen Organisationen. In den „Richtlinien" Wislicenys und Hagens hieß es unmißverständlich: „Die Lösung der Judenfrage kann nur in einer völligen Entfernung der Juden aus Deutschland liegen." Nur durch die zionistische Auswanderung nach Palästina sei die „Entfernung der Juden aus Deutschland" denkbar.[27]

Zu diesem Zweck sollte ihnen das Leben in Deutschland durch gesellschaftliche Ausgrenzung und staatliche Entrechtlichung so schwer wie nur möglich gemacht werden. Deutschland müsse ein Land ohne Zukunft für die Juden werden. Als „Generallinie", so Hagen 1937, „für alle Arbeit bei II.112 gilt nach wie vor Zurückdrängung und Unschädlichmachung aller assimilatorischen Bestrebungen der Juden und Unterstützung jeder positiven zionistischen Arbeit zugunsten der Auswanderung".[28] Hierzu zählte auch die Förderung jener zionistischen Ausbildungsstätten, wie sie etwa auf dem Gut Jägerslust vor den Toren Flensburgs, auf dem Brüderhof bei Harksheide[29] oder auch in Kiel und Lübeck betrieben wurden, in denen zukünftige Auswanderer auf eine landwirtschaftliche bzw. handwerkliche Tätigkeit in Palästina vorbereitet wurden.

Parallel zur konzeptionellen Arbeit gingen Hagen und seine Mitarbeiter daran, die konkrete „Gegnererfassung" voranzutreiben. Nach einer Bespre-

chung mit Six am 7. Juni 1937 notierte er, seine Abteilung solle „mit sofortiger Wirkung" mit der Erfassung aller wichtigen Juden - „insbesondere der in der internationalen Wissenschaft tätigen" - in einer zentralen Judenkartei beginnen. Besonders wichtig erschien beiden im Vorfeld der expansiven Bestrebungen des NS-Staates „eine Erfassung der österreichischen Juden".[30] Bald schon sollten Hagens Ambitionen über Österreich hinausgehen.

Ende September 1937 unternahmen Hagen und Eichmann mit ausdrücklicher Genehmigung Heydrichs eine Dienstreise nach Palästina. Dieser Reise vorangegangen war der Besuch eines Abgesandten der zionistischen Geheimorganisation ‚Haganah' im Februar 1937 im Referat II.112, bei dem die beiderseitigen Vorstellungen und Möglichkeiten eines palästinensischen Judenstaates diskutiert wurden. Hagen allerdings stand dem Gedanken eines eigenen jüdischen Staates ablehnend gegenüber, weil, wie er glaubte, ein solches Gebilde als „Aktionszentrum der jüdischen Internationale" eine Gefahr für Deutschland und die übrige Welt darstelle.[31]

Anfang Oktober beabsichtigten Hagen und Eichmann die Gespräche in Palästina fortzusetzen, um selbst vor Ort die zionistische Kolonisationsarbeit zu studieren und Möglichkeiten der jüdischen Einwanderung nach Palästina zu sondieren. Eichmann gab sich als Schriftleiter des *Berliner Tageblatts* aus, sein Chef Hagen als ihn begleitender Student. Wegen der Verhängung eines Belagerungszustandes durch die britische Mandatsmacht gelang es beiden jedoch nicht, das Schiff in Haifa zu verlassen, so daß das Treffen mit dem ‚Haganah'-Vertreter kurzfristig nach Kairo verlegt werden mußte. In seiner Gesprächsnotiz hielt Hagen fest, daß man in nationaljüdischen Kreisen die deutsche Auswanderungspolitik sehr begrüße, „weil damit der Bestand der jüdischen Bevölkerung in Palästina so vermehrt werde, daß in absehbarer Zeit mit einer Mehrheit der Juden gegenüber den Arabern in Palästina gerechnet werden könne".[32]

Trotz der Unterstützung der Politik einer Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina durch Hitler seit Februar 1938[33] blieb die Judenpolitik des SD innerhalb der NSDAP umstritten. Vor allem die Hetztiraden Streichers durchkreuzten immer wieder die ‚Generallinie' Hagens. Dessen Versuch, den *Stürmer* von seinen dauernden antijüdischen Angriffen abzubringen, war kein Erfolg beschieden, so daß Heydrich schließlich anordnete, weitere Kontakte zwischen dem SD-Judenreferat und dem ‚Frankenführer' zu unterlassen.[34]

Durch eine rege Referententätigkeit versuchte Hagen Unterstützung für die Judenpolitik des SD einzuwerben. Allein im ersten Halbjahr 1938 hielt er 18 Vorträge vor hohen Partei- und SS-Funktionären, vor Polizeibeamten, vor Mitgliedern des Volksgerichtshofes sowie vor Wehrmachtsoffizieren. Eine besondere Genugtuung für ihn dürfte ein Referat über die ‚Judenfrage' vor Offizieren des Marine-Oberkommandos in Kiel gewesen sein, wo Hagen vor nicht einmal sechs Jahren sein Abitur abgelegt hatte.[35] Am 1. November 1938 referierte er auf einer gemeinsamen Tagung aller Judenreferenten von SD und Gestapo, auf der er beklagte, daß es dem SD „bisher an der großen Linie und dem Systematischen in der Arbeit"

gefehlt habe und er zugleich die Perspektiven der zukünftigen NS-Judenpolitik skizzierte.[36]

Trotz des Scheiterns ihrer Palästina-Reise hielten Himmler und Heydrich große Stücke auf Hagen und Eichmann, was schon bald deren Entsendung als Leiter eines SD-Sonderkommandos am 12. März 1938 nach Wien zeigte. Die Aufgabe dieses Kommandos bestand u.a. darin, nach vorbereiteten Listen Angehörige und Funktionäre jüdischer Organisationen, wie etwa der B'nai B'rith, verhaften zu lassen sowie Dokumente und Unterlagen jüdischer Verbände und wichtiger Privatpersonen zu beschlagnahmen und zur Auswertung nach Berlin zu bringen.[37] Darüber hinaus sollten Hagen und Eichmann die Auswanderung der österreichischen Juden in die Wege leiten. Mit Hagens Hilfe baute Eichmann eine Zweigstelle des Berliner Judenreferats in Wien auf, aus der im Herbst die ‚Zentralstelle für jüdische Auswanderung' hervorging.[38] Am 9. April legte Hagen seinem Amtschef „befehlsgemäß eine Aufstellung der auf Veranlassung von II.112 verhafteten Personen" vor.[39]

Mitte April kehrte Hagen nach Berlin zurück, um dort wieder die Leitung des SD-Judenreferats zu übernehmen. Im August 1938 inspizierte er die neugegründete ‚Zentralstelle' in Wien. In einem Bericht hierüber hob er hervor, daß durch die neue Dienststelle „die Gewähr für eine beschleunigte Erteilung der Auswanderungsdokumente an Juden gegeben" und die „Durchführungsmöglichkeit einer derartigen Maßnahme im alten Reichsgebiet zu erwägen" sei.[40]

Besonderen Gefallen fand er daran, daß die Juden nicht nur die Kosten der bürokratischen Abwicklung ihrer Vertreibung selbst zu bezahlen hatten, sondern zusätzlich auch einen Teil der Personal- und Sachkosten der ‚Zentralstelle' bestritten - ein Modell, das noch Schule machen sollte: „Eine Belastung für den Sicherheitsdienst bedeutet diese ‚Zentralstelle' weder in sachlicher noch finanzieller Hinsicht, da sie sich in das Referat II.112 einschließt und sich aus einer von jedem Juden zu bezahlenden Gebühr selber finanziert."[41]

Die ‚Erfolge' in Wien indes vermochten nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sich die antijüdische Politik des NS-Regimes seit der internationalen Konferenz von Evian-les-Bains am Genfer See vom Juli 1938, auf der es zu keiner Erhöhung der Einwanderungsquoten für Juden aus Deutschland in die potentiellen Zufluchtsländer gekommen war[42], in einer Sackgasse befand. In einem Bericht über die Konferenz befand Hagen, daß „die Periode einer ausschließlich durch die Initiative der deutschen Behörden bestimmten Auswanderungspolitik vorbei" sei und die zukünftigen Auswanderungsmöglichkeiten in einem hohen Maße Beschränkungen unterlägen. Völlig zu recht registrierte er eine zusehends „stärkere Abschliessung aller Immigrationsländer gegen Zuwanderung".[43]

Parallel führte auch die Politik einer forcierten Vertreibung, wie sie seit der ‚Reichskristallnacht' und der Einrichtung der Berliner ‚Reichszentrale für jüdische Auswanderung' betrieben wurde, nicht zu den von Hagen gewünschten Emigrationszahlen, wie er in seiner Denkschrift „Das Judentum in Deutschland" vom Juni 1939 eingestand. Über die „Ziele deutscher Judenpolitik" hieß es dort: „Mit allen Mitteln Auswande-

Abb. 1: Hausdurchsuchung in den Räumen der israelitischen Kultusgemeinde Wien am 18. März 1938 (li. Dr. Josef Löwenherz, re. Herbert Hagen)

Abb. 2: Herbert Hagen bei der Durchsuchung der israelitischen Kultusgemeinde Wien am 18. März 1938

rungen fördern. Einwanderung der Juden immer schwieriger. Alle Auswanderungspläne, wohin auch, fördern."[44]

Nach Anfangserfolgen scheiterten im Sommer 1939 auch die Auswanderungstransporte nach Palästina, die der SD hinter dem Rücken des Auswärtigen Amtes mit dem zionistischen Mossad vereinbart hatte, am Verhalten der britischen Mandatsmacht. Eine von Six, Hagen und Eichmann im Juni 1939 geplante Besprechung mit SS-Gruppenführer Heinrich Müller und Kurt Lischka von der Gestapo, bei der Six versuchen wollte, die Bearbeitung der ‚Judenfrage' zentral in seinem Zuständigkeitsbereich zu verankern, kam offenbar nicht mehr zustande. Der Kriegsbeginn bedeutete schließlich das Ende einer autonomen Judenpolitik des SD, die nun ganz in den Kompetenzbereich der Gestapo überging.

Diese Entwicklung hatte sich bereits im Januar 1939 mit der Ernennung des Leiters der für innenpolitische Angelegenheiten zuständigen Abt. II des Gestapa, Heinrich Müller, zum Geschäftsführer der künftigen ‚Reichszentrale' abgezeichnet, wodurch Hagens Referat II.112 de facto funktionslos geworden war. Im Mai hatten Hagen und Dannecker zwei ihrer Regionalleiter vorsorglich schon einmal gebeten, sich mit den im Ausland lebenden Juden zu beschäftigen und zu überlegen, was mit den polnischen Juden geschehen solle.[45] Noch vor der Einrichtung der Zentralstelle II P (Polen) des SD hatte sich Hagen Gedanken über „Verbindungsmöglichkeiten nach Polen" gemacht und notiert, „daß es darauf ankomme, in Polen Personen zu kennen, die genaue Auskünfte zu einer vollständigen Erfassung des Judentums in Polen geben können".[46]

Mit der Zusammenlegung von SD, Gestapo und Kriminalpolizei unter dem Dach des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) im September 1939 sowie der Bildung des nun von Adolf Eichmann geleiteten und mit weitreichenden Exekutivbefugnissen ausgestatteten zentralen Judenreferates der Gestapo wurde der in der Zwischenzeit zum SS-Sturmbannführer ernannte Hagen in das RSHA-Amt VI (Auslandsnachrichtendienst) versetzt und dort mit der Leitung der Dienststelle VI H 2 ‚Judenfragen und Antisemitismus' betraut.[47] Sein Nachfolger als SD-Judensachbearbeiter wurde - vermutlich auf Hagens Vorschlag - sein Kieler ‚Kamerad' Karl Döscher.[48] Bereits im Mai 1938 hatte ihn Hagen beim SD-Oberabschnitt Ost für seine Abteilung angefordert, um ihn dort zunächst bei der „Bearbeitung der sudetendeutschen Frage" einzusetzen.[49]

Im Februar 1940 absolvierte Hagen sein Diplom an der ‚Hochschule für Politik' mit der Note ‚gut'. Seine Examensarbeit befaßte sich mit dem Thema „Das Judentum in der Geschichte Englands". Teile davon wurden später in einer Schriftenreihe des Auswärtigen Amtes unter dem Titel „Britannien - Hinterland des Weltjudentums" veröffentlicht.

Der Krieg verstreute die ehemaligen Mitarbeiter des SD-Judenreferats in alle Himmelsrichtungen: Eichmann wurde nach Prag beordert; Dannecker ging zunächst nach Nisko in Polen, wo das RSHA ein zentrales Judenreservat plante; Hagen demgegenüber wurde, da er über gute französische Sprachkenntnisse verfügte, im Juni 1940 zu einem von seinem RSHA-Gruppenleiter, Dr. Helmut Knochen[50], geleiteten Sonderkommando nach Paris abkommandiert. Wie in Berlin war er auch hier zunächst wieder

für Judenangelegenheiten zuständig.[51]

Über die Tätigkeit des Sonderkommandos schrieb er: „Die Auswertung des in Deutschland, Österreich, CSR und Polen sichergestellten Materials ließ den Schluß zu, daß die Zentrale des Judentums für Europa und damit die Hauptverbindung nach den überseeischen Ländern in Frankreich zu suchen ist. Aus dieser Erkenntnis heraus wurden daher zunächst die bereits bekannten großen jüdischen Organisationen, wie Weltjudenkongreß [...] [es folgt eine Aufstellung der Organisationen; G.P.] durchsucht und versiegelt."[52] Zusammen mit dem 31jährigen Lischka zählte der 27jährige Hagen in Paris zu den engsten Vertrauten des in der Zwischenzeit zum Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) aufgestiegenen Knochen, der selbst erst 30 Jahre alt war.

Am 30. Juli 1940 wurde Hagen von Paris abberufen und zum Leiter einer der elf in Frankreich eingerichteten Außendienststellen des Beauftragten des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Bordeaux bestellt. Mit einem kleinen Stab überwachte er von dort aus in den beiden kommenden Jahren das Gebiet entlang die Atlantikküste von der spanischen Grenze bis zur Loire einschließlich des Hinterlandes. 1941 wurde sein Zuständigkeitsbereich um die Bretagne erweitert, wo nun ebenfalls Außenstellen der SIPO und des SD entstanden. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen dem Oberbefehlshaber des Heeres und dem RFSS hatten sich diese Dienststellen vor allem um die Erfassung und Überwachung von gegen das Reich gerichteten Aktivitäten der Juden, Emigranten, Kommunisten und Kirchen zu kümmern.

Hagen funktionierte, wie es die deutsche Besatzungsmacht von ihm erwartete: bei der Hinrichtung von 50 Geiseln am 24. Oktober 1941 im Lager Souges stellte er die Todesliste zusammen[53]; im Dezember 1941 schlug er die Errichtung eines Konzentrationslagers für die Juden der Region in Mérignac vor.[54]

Im Mai 1942 wurde er zurück nach Paris beordert, wo er jetzt die Funktion des persönlichen Referenten des im März 1942 von Himmler eingesetzten Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Carl Albrecht Oberg[55] übernahm. Beide kannten sich aus Münchener Tagen, wo Oberg in seiner damaligen Eigenschaft als Personalchef des SD-Hauptamtes Hagen 1934 eingestellt und ihn später mit nach Berlin genommen hatte.

In den folgenden Monaten avancierte der diplomierte Zeitungswissenschaftler zum ‚Vordenker' des einflußreichen HSSPF. Nach Ansicht des Generalsekretärs der Vichy-Regierung bei den deutschen Behörden in Paris sei Oberg, der weder die Mentalität der Franzosen kannte, noch französisch sprach, von Hagen regelrecht „beherrscht" worden. Dieser habe an allen wichtigen Verhandlungen mit den obersten französischen Regierungsstellen teilgenommen und bei Oberg gewissermaßen den Platz eines „mächtigen Stabschefs"[56] innegehabt. Zugleich leitete Hagen die Abteilung VI (Nachrichtendienst) beim BdS in Paris, die für die Sammlung und Auswertung von Nachrichten über die Tätigkeit der französischen Regierung und der politischen Polizei zuständig war.

Sowohl bei der Bekämpfung des politischen Widerstandes als auch bei der Deportation von Arbeitskräften und Juden aus Frankreich favorisierte Hagen eine Politik der Kollaboration mit der

französischen Polizei und dem Vichy-Regime.[57] Am 2. Juli 1942 war er Teilnehmer jener wichtigen Besprechung zwischen den Spitzen der SS und der Wehrmacht in Frankreich sowie dem Generalsekretär der französischen Polizei, René Bousquet, bei der sich dieser bereit erklärte, 40.000 in Frankreich lebende ausländische Juden festzunehmen und der deutschen Besatzungsmacht zur Deportation zu übergeben.[58]

Daß Hagen - anders als er 1947 angab - wußte, was mit den aus Frankreich deportierten Juden geschah, machte ein Aktenvermerk vom 4. September 1942 deutlich, in dem er über eine Besprechung mit Regierungschef Pierre Laval berichtete. Dieser habe darum gebeten eine verbindliche Sprachregelung zu treffen, was zu antworten sei, wenn er gefragt werde, was mit den an die deutschen Besatzungsbehörden übergebenen Juden geschehe. Hagen: „Es wurde vereinbart, daß Präsident Laval zukünftig auf derartige Anfragen mitteilt, daß die aus dem unbesetzten Gebiet an die Besatzungsbehörde übergebenen Juden zum Arbeitseinsatz in das Generalgouvernement abtransportiert werden."[59]

Nach den sorgfältigen Recherchen Serge Klarsfelds zählte Hagen zu den „deutschen Hauptverantwortlichen für die Deportation der Juden aus Frankreich".[60] Wie groß sein Einfluß beim HSSPF de facto war und wie tief er in die Politik der Judenvernichtung involviert war, zeigte sich 1942/43 u.a. daran, daß er im Auftrage Obergs wiederholt Verhandlungen mit Bousquet in Judenangelegenheiten führte. Unter Bezugnahme auf Hitler, der kurz zuvor öffentlich die „Ausrottung des Judentums in Europa" gefordert hatte, drängte er diesen so etwa im November 1942 zu einer „sofortigen Lösung der Judenfrage" in Frankreich.[61]

Am 12. Juni 1943 fand unter der Leitung Hagens eine Besprechung statt, bei der Einzelheiten der Erfassung der für den 24. und 25. Juni geplanten Deportation von rund 70.000 Juden abgestimmt wurden. Dabei vereinbarte man, Laval mitzuteilen, „daß diese Juden wegen der wiederholt festgestellten Mitbeteiligung an Terrorakten und aus militärischen Gründen sofort ins Reich überführt werden müssen".[62] Nach den erfolgten Deportationen verfaßte Hagen für seinen Chef ‚Erfolgstelegramme' an Himmler mit den Zahlenangaben der deportierten Juden.

Am 9. Juli 1943 heiratete Hagen eine Schreibkraft des BdS Paris. Im Juli 1944 stand sein Name zuoberst auf der Exekutionsliste der revoltierenden Militärs des 20. Juli in Frankreich. Zusammen mit Oberg und Knochen wurde er im Auftrage General von Stülpnagels von Wehrmachtsangehörigen festgenommen, die bereits konkrete Vorkehrungen für die Hinrichtungen der drei SS-Leute getroffen hatten. Nur das Scheitern des Putsches rettete Hagen vor der Erschießung.[63] Im September 1944 wurde er zum HSSPF Alpenland, Erwin Rösener, nach Kärnten versetzt, wo er mit der Führung des in der Bekämpfung jugoslawischer Partisanen tätigen ‚Einsatzkommandos bei der z.b.V. Gruppe Iltis' Verwendung fand; gegen Kriegsende war er im Verbindungsstab der Heeresgruppe Süd tätig.

Am 13. Mai 1945 geriet Hagen in Klagenfurt in britische Kriegsgefangenschaft, die er zunächst in verschiedenen Lagern in Italien, dann ab Mai 1946 in den britischen Internierungslagern Munsterlager und Sandbostel südlich von

Hamburg verbrachte. Im November 1946 wurde er von den Engländern an die französische Abwehr in Wildbad ausgeliefert, genau ein Jahr später nach Sandbostel rücküberstellt.

In den Vernehmungen beim ‚Öffentlichen Ankläger bei dem Spruchgericht Stade'[64] gestand Hagen zwar seine Beschäftigung beim SD ein, verschwieg aber konsequent seine Funktion als Leiter des dortigen Judenreferats. Auch seine konkrete Arbeit im RSHA umging er geschickt, indem er behauptete, im Referat ‚Vorderer Orient' des Amtes VI beschäftigt gewesen zu sein. Diese Strategie setzte er fort, als seine Tätigkeit in Frankreich zur Debatte stand. Dort, so bekundete er, habe seine Aufgabe lediglich im Aufbau eines politischen Nachrichtendienstes bestanden.

Bei seiner Vernehmung beteuerte er wahrheitswidrig: „Der mir soeben vorgehaltene Begriff ‚Endlösung der Judenfrage' ist mir bisher nicht geläufig gewesen." Die aus Frankreich deportierten Juden seien „mit Zustimmung der französischen Regierung zum Arbeitseinsatz nach Deutschland abtransportiert worden".[65] Angesprochen auf seine Reise 1937 in den Vorderen Orient gab er an, daß diese Reise das Ziel verfolgt habe, „die bereits bestehenden nachrichtendienstlichen Verbindungen in Palästina und Ägypten persönlich aufzunehmen und auf ihre Ausbaufähigkeit zu überprüfen". Zugleich habe diese Reise dem Zweck gedient, „die Möglichkeit einer Auswanderung von Juden im größeren Stil nach Palästina" zu prüfen. Sein Bericht an Heydrich sei dann zur Grundlage der von 1938 bis 1940 betriebenen Auswanderungspolitik gegenüber den Juden aus Deutschland geworden.[66]

Diverse Leumundszeugnisse schilderten Hagen als „höflich, fleißig und gutherzig". Die Anklageschrift der Spruchkammer in Stade warf ihm denn auch lediglich vor, durch seine Mitgliedschaft in SD, Reichsführung-SS und SS deren „vielfach verbrecherisches Tun und Handeln" unterstützt und dadurch beigetragen zu haben, „daß die Gebote der Menschlichkeit mißachtet und das Ansehen des deutschen Volkes in Verruf gebracht" worden sind.[67] Am 4. März 1948 wurde Hagen aus der Internierung zu seiner Frau ins niederrheinische Dinslaken entlassen.

Beschäftigung fand er zunächst als kaufmännischer Angestellter bei einer amerikanischen Firma, die mit Demontagearbeiten auf der Hamborner August Thyssen-Hütte beschäftigt war. Angesichts des hartnäckigen Verschweigens seiner Verstrickung in den Prozeß der ‚Endlösung' und der mangelnden Informiertheit des Gerichts überraschte das Urteil der Spruchkammer nicht.

Wegen Zugehörigkeit zu SS und SD wurde Hagen am 5. Mai 1948 zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, die allerdings durch die Internierung als verbüßt galten. In der Urteilsbegründung führte die Kammer aus: „Bei der Strafzumessung war strafmildernd zu berücksichtigen, daß der Angeklagte bisher unbestraft ist, daß er innerhalb des SD nur in der Nachrichtenauswertung und in der aktiven Spionage tätig war, sowie, daß er im wesentlichen geständig ist und dadurch zur Abkürzung der Ermittlungen beigetragen hat."[68]

Das Urteil der Stader Spruchkammer und die Tilgung der Strafe aus dem Strafregister als Folge des Straffreiheitsgesetzes von 1954 eröffneten Hagen einen beruflichen Neuanfang. Wie sein ehe-

maliger Chef, Franz Alfred Six, der in der Adenauer-Ära die Werbeabteilung der Porsche-Diesel-Motoren GmbH leitete, oder Kurt Lischka, der als Prokurist bei einem Kölner Unternehmen Beschäftigung gefunden hatte, machte auch Hagen in der Industrie eine neue Karriere. 1964 hatte er es zum Geschäftsführer einer angesehenen Apparatebau- und Gerätefirma in Warstein gebracht.

Es schien niemanden zu stören und am wenigsten Hagen selbst, daß er am 18. März 1955 vom Pariser Militärgericht in Abwesenheit zu lebenslanger Zwangsarbeit verurteilt worden war. Das Gericht hatte ihn für schuldig befunden, maßgeblich an der Deportation der Juden aus Frankreich beteiligt gewesen zu sein. Ohne behelligt zu werden, unternahm er auch weiterhin Urlaubsreisen an die Stätten seines ehemaligen Tuns.[69]

Vor dem Hintergrund der jahrelangen Recherchen Klarsfelds erhob der Staatsanwalt beim Landgericht Köln im Juli 1978 Anklage gegen Kurt Lischka, Herbert Hagen und Ernst Heinrichsohn. Klarsfeld selbst trat als Nebenkläger auf. Nach 15 Monaten Verhandlungsdauer verkündete die 15. große Strafkammer des Kölner Landgerichts am 11. Februar 1980 das Urteil. Wegen Beihilfe zum Mord von 73.000 Menschen wurde Hagen unter Anrechnung der Internierungshaft zu einer Freiheitsstrafe von 12 Jahren verurteilt. Nach Auffassung des Gerichts sei Hagen nicht nur über das Programm der ‚Endlösung' informiert gewesen, sondern habe selbst im Zentrum der Judenpolitik des Dritten Reiches gestanden. Von den drei Angeklagten habe Hagen - aus niedrigen Beweggründen handelnd - die längste Zeit an den Deportationsmaßnahmen aus Frankreich mitgewirkt.

Für das Kölner Landgericht stand außer Zweifel, daß Hagen „einverständlich" an den Deportationsmaßnahmen mitgewirkt habe, „weil er sich den antijüdischen Rassenhaß der NS-Führung zu eigen gemacht hatte und ihn teilte. Überdies war er bestrebt, die ihm innerhalb dieser Maßnahmen zugeteilte Rolle [...] nach besten Kräften auszufüllen. Aus diesen Gründen nahm er die Tötung zumindest eines Teils der jüdischen Menschen billigend in Kauf. In der Zeit, in der als persönlicher Referent des HSSPF der Sachbearbeiter der Judenfragen dieser Dienststelle war, gingen 70 Transporte mit 70 790 jüdischen Menschen in die Konzentrationslager im Osten, von denen mindestens 35 000 in den Gaskammern getötet wurden."[70]

Herbert Hagen verbüßte nicht einmal die Hälfte seiner Strafe. Nach vier Jahren öffneten sich für ihn bereits wieder die Gefängnistore. 1997 lebte er in einem Seniorenheim in der Nähe von Warstein.

Anmerkungen

1. Nach Lutz Hachmeister: Der Gegnerforscher. Die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six, München 1998, S. 22 und 168 habe Hagen zusammen mit anderen SD-Führern wie Adolf Eichmann und Helmut Knochen „eine tragende Rolle bei der Entrechtung und Ermordung der europäischen Juden gespielt," außerdem sei er einer der „führenden Konzeptionisten der SD-Judenpolitik" gewesen.

2. Die biographischen Daten sind entnommen diversen Lebensläufen Hagens aus dem ehemaligen Berlin Document Center, SS-Personalakten Rasse- und Siedlungshauptamt, Akte Herbert Hagen, sowie dem Urteil des Landgerichts Köln v. 11.2.1980 gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen (Ludwigsburg) (künftig ZSL): SA 568.

3. Auskunft Ordnungsamt der Stadt Neumünster. Für

Hilfen bei den biographischen Recherchen zu Hagen waren Herr Dr. Carsten Obst (Neumünster) vom Arbeitskreis Stadtgeschichte Neumünster, Pfarrer Harald Richter (Ladelund) und Herr Klaus Arweiler (Flensburg) behilflich, bei denen ich mich auf diesem Wege herzlich bedanken möchte.

4. Vernehmung Hagens am 8.12.1947 in Stade, Bundesarchiv Koblenz (BAK), Z 42 VIII/4031.

5. Zur Frühphase des SD, seinen Angehörigen sowie speziell zum SD-Hauptamt siehe jetzt George C. Browder: Hitler's Enforcers. The Gestapo and the SS Security Service in the Nazi Revolution, Oxford 1996, S. 131ff. u. 175ff.

6. Zu Six jetzt ausführlich Hachmeister: Der Gegnerforscher.

7. Zu Göttsch siehe Browder: Hitler's Enforcers, S. 188. Hachmeister: Die Gegnerforscher, S. 17, 162; Landesarchiv Schleswig, Abt. 352 Kiel / 4500f. Zur Ermordung von Formis siehe Hartmut Mehringer: Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. München-London-New York-Paris 1989, S. 82. 1957 lebte Göttsch wieder in Kiel, Alte Lübecker Chaussee, als kaufmännischer Angestellter.

8. Hachmeister: Der Gegnerforscher, S. 177, 223f., 372; zur Karriere von Haß siehe auch *Der Spiegel* Heft 4/1997, S. 70ff.

9. Hachmeister: Der Gegnerforscher, S. 370 Anm. 46.

10. Zum Führungspersonal des SD jetzt ausführlich Jens Banach: Heydrichs Elite. Das Führungskorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936 - 1945, Paderborn 1998.

11. Ulrich Herbert: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903 - 1989, Bonn 1996, S. 187.

12. Susanne Heim: „Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein". Die Zwangsemigration der Juden 1933 bis 1938, in: Arbeitsmigration und Flucht. Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 11), Berlin 1993, S. 53.

13. Zur Judenabteilung II.112 jetzt Claudia Steur: Theodor Dannecker. Ein Funktionär der „Endlösung", Essen 1997, S. 22ff.

14. Hachmeister: Der Gegnerforscher, S. 185.

15. Ebd., S. 168.

16. Adolf Eichmann, * 1906, seit 1934 im SD-Hauptamt, Gründer der Zentralstellen für jüdische Auswanderung in Wien, Prag und Berlin, seit 1939 Leiter des Judenreferates im RSHA, von März bis Dezember 1944 Leiter des Sondereinsatzkommandos Eichmann in Ungarn; Eichmann floh nach Kriegsende nach Argentinien, wo er 1960 vom israelischen Geheimdienst gefaßt und nach Israel gebracht wurde. Eichmann wurde dort zum Tod verurteilt und 1962 hingerichtet.

17. Zu Dannecker siehe Steur: Theodor Dannecker.

18. Zit. nach dem Urteil des Landgerichts Köln v. 11.2.1980, ZSL, SA 568.

19. Allgemein zur frühen Judenpolitik des SD sowie zur Politik Hagens siehe Heim: „Deutschland muß ihnen ein Land ohne Zukunft sein", S. 48 - 81, sowie Michael Wildt (Hrsg.): Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995.

20. Das Eichmann-Protokoll, Berlin 1982, S. 31.

21. Beurteilung Hagens durch Franz Alfred Six v. 7.12.1937, BDC, Personalakte Herbert Hagen; siehe auch Herbert: Best, S. 209, der schreibt, daß unter der Leitung von Six ab Sommer 1935 Hagen und die anderen Dezernatsleiter begannen, die Judenpolitik „auf eine systematischere, ‚wissenschaftliche' Grundlage zu stellen [...], um eine radikale antijüdische Politik nicht auf der Basis von Vorurteilen und Mythen, sondern aufgrund gesicherter ‚Erkenntnis über Wesen und Ziel des Judentums' zu konzipieren". Zur Charakterisierung der Tätigkeit Hagens als SD-Judenreferent siehe Serge Klarsfeld: Vichy - Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der „Endlösung der Judenfrage" in Frankreich, Nördlingen 1989, S. 49; zu weiteren Aspekten der Tätigkeit Hagens auch Volker Dahm: Kulturelles und geistiges Leben, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Juden in Deutschland 1933 - 1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 224f.

22. Siehe so etwa Heinz Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Augsburg 1995, S. 321, der über Hagen schrieb: „Die SD-Intellektuellen vom Schlage eines Herbert Hagen hatten wenigstens noch versucht, in der Judenfrage Nuancen zu sehen und eine Lösung anzusteuern, die nationalsozialistisches Dogma und ein gewisses Maß an Weltläufigkeit in Einklang brachte."

23. Siehe Herbert: Best, S. 205, der den „Antisemitismus der Vernunft" bislang am präzisesten herausgearbeitet hat.

24. BAK, R 58/544, hier zit. nach Wildt: Die Judenpolitik des SD, S. 110.

25. Günther Deschner: Reinhard Heydrich. Statthalter der Macht, Frankfurt a.M.-Berlin 1987, S. 161.

26. Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 301.

27. Zit. nach Wildt: Die Judenpolitik des SD, S. 112. Zur Auswanderungsoption des SD vor 1940 siehe auch Norbert Kampe: „Endlösung" durch Auswanderung? Zu den widersprüchlichen Zielvorstellungen antisemitischer Politik bis 1941, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen. Grundzüge. Forschungsbilanz, München 1989, S. 827 - 843; Deschner: Reinhard Heydrich, S. 162f.

28. Herbert Hagen: Die bisher vom Sicherheitsdienst auf dem Gebiete der Judenfrage geleistete Arbeit und die zukünftigen Aufgaben von II.112 (1.11.1937), zit. nach Wildt: Die Judenpolitik des SD, S. 126.

29. Siehe hierzu Bernd Philipsen: „Atempause auf der Flucht in ein Leben mit Zukunft." Das Kibbuz auf Gut ‚Jägerslust' bei Flensburg (1934-1938), in: Gerhard Paul/Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998), Neumünster 1998, sowie Sieghard Bußenius: Zionistische Erziehung im norddeutschen Moor. Die Ausbildungsstätte des Hechaluz auf dem Brüderhof bei Harksheide, ebd.

30. BAK, R 58/544.

31. Zum Widerspruch und Dilemma dieser Politik Hagens, einerseits die Auswanderung nach Palästina zu

forcieren, andererseits einen jüdischen Staats abzulehnen, siehe Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 308f., sowie Hachmeister: Der Gegnerforscher, S. 204.
32. Zit. nach Höhne: Der Orden unter dem Totenkopf, S. 310; zur Palästina-Reise Hagens und Eichmanns siehe Bericht über die Palästina-Ägyptenreise von SS-Hptscharf. Eichmann und SS-O'Scharf. Hagen v. 4.11.1937, BAK, R 58/954, Bl. 11ff., sowie den Tätigkeitsbericht v. 1.7.-15.12.1937, ebd. 991.
33. Uwe Dietrich Adam: Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972, S. 200.
34. Siehe Deschner: Reinhard Heydrich, S. 166f.
35. Tätigkeitsbericht v. 1.1.-30.6.1938, BAK, R 58/991, Bl. 3.
36. Ausführlich zu dieser Konferenz Wildt: Die Judenpolitik des SD, S. 46ff.; siehe dort auch den als Dokument abgedruckten Redetext Hagens, S. 124 - 128, sowie ein weiteres Referat Hagens über „Jüdisches Zeitungs- und Zeitschriftenwesen im In- und Ausland und seine Auswertungsmöglichkeiten für die SD-Arbeit", S. 155f.
37. Siehe Hans Safrian: Die Eichmann-Männer, Wien 1993, S. 36f.
38. Zur Tätigkeit Hagens in Wien ausführlich Wildt: Die Judenpolitik des SD, S. 52ff.
39. BAK, R 58/982.
40. Bericht Hagens über die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien vom November 1938, ebd., S. 193f.; zur ‚Zentralstelle' ausführlich Jonny Moser: Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung, in: Kurt Schmid / Robert Streibel (Hrsg.): Der Pogrom 1938, Wien 1990.
41. Bericht Hagens v. 12.9.1938, BAK, R 58/486, Bl. 7.
42. Ausführlich zu dieser Konferenz siehe Hans-Albert Walter: Deutsche Exilliteratur 1933-1950, Bd. 2: Europäisches Appeasement und überseeische Asylpraxis, Stuttgart 1984, S. 63ff.
43. Bericht Hagens v. 29.7.1938, zit. nach Wildt: Die Judenpolitik des SD, S. 57.
44. BAK, R 58/623, Bl. 67ff. Zu der von Hagen für Six verfaßten Denkschrift „Das internationale Judentum" vom Januar 1939 siehe Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933 - 1939,. München 1998, S. 336f.
45. Steur: Theodor Dannecker, S. 27f.
46. Bundesarchiv-Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, DOK/P 15658.
47. Urteil Landgericht Köln v. 11.2.1980, ZSL, SA 568.
48. Hachmeister: Der Gegnerforscher, S. 370 Anm. 46. Aus der Feder von Döscher stammt ein aufschlußreicher, für Six bestimmter Vermerk über die ‚Endlösung des deutschen Judenproblems' vom Dezember 1939, in dem dieser u.a. die Einrichtung eines Judenreservats in Polen als außenpolitisches Druckmittel gegen die Westmächte vorschlägt; siehe BAK, R 58/544.
49. Aktennotiz Hagens v. 10.5.1938, BAK, R 58/612.
50. Zu Knochen ausführlich Klarsfeld: Vichy - Auschwitz, S. 47f.
51. Zum Sonderkommando Paris und seinen Tätigkeiten siehe Jacques Delarue: Geschichte der Gestapo, Königstein i. Ts. 1979, S. 206ff.
52. Nürnberger Prozeß VII, S. 42.
53. Klarsfeld: Vichy - Auschwitz, S. 49f.; Delarue: Geschichte der Gestapo, S. 210f.
54. Siehe Abschrift des Schreibens von Hagen v. 8.12.1941, in: Urteil des Landgerichts Köln v. 11.2.1980, S. 197ff., ZSL, SA 568.
55. Zu Oberg siehe Ruth Bettina Birn: Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986, S. 252ff., 341.
56. De Brinon, zit. nach Klarsfeld: Vichy - Auschwitz, S. 50; ähnlich auch Safrian: Die Eichmann-Männer, S. 205, der zu dem Schluß gelangt: „Obwohl Knochen und Hagen dem HSSPF unterstanden, bestimmten sie und nicht Oberg, der über keinerlei Erfahrung mit der Besatzungs- und Innenpolitik Frankreichs verfügte und überdies die französische Sprache nicht beherrschte, weitgehend die Politik der SS in Frankreich."
57. Ausführlich zur deutschen Besatzungsherrschaft in Frankreich und der dortigen Judenpolitik Herbert: Best, S. 251ff., sowie Bernd Kasten: „Gute Franzosen". Die französische Polizei und die deutsche Besatzungsmacht im besetzten Frankreich 1940 - 1944, Sigmaringen 1993.
58. Aufzeichnung Hagens v. 4.7.1942, siehe Klarsfeld: Vichy - Auschwitz, S. 396; zu dieser Besprechung und den nun folgenden Verhaftungsaktionen im besetzten wie im unbesetzten Teil Frankreichs siehe auch Safrian: Die Eichmann-Männer, S. 206f.
59. Aktenvermerk Hagens v. 4.9.1942, in: Klarsfeld: Vichy - Auschwitz, S. 454.
60. Ebd., S. 11.
61. Ebd., S. 186f., 475.
62. Von Hagen unterzeichnetes Besprechungsprotokoll v. 14.6.1943, zit. nach ebd., S. 535.
63. Ebd., S. 309; siehe hierzu auch Wilhelm von Schramm: Der 20. Juli in Paris, Bad Wörishofen 1953.
64. BAK, Z 42 VIII/4031.
65. Vernehmung Hagens v. 6.1.1948, ebd.
66. Dto. v. 24.2.1948, ebd.
67. Anklageschrift der Spruchkammer Stade v. 21.1.1948, ebd.
68. Urteil der 10. Spruchkammer des Spruchgerichts Stade v. 5.5.1948, ebd.
69. Urteil Landgericht Köln v. 11.2.1980, ZSL, SA 568.
70. Urteil des Landgerichts Köln v. 11.2.1980, S. 202f., ZSL, SA 568; zum Prozeß gegen Lischka, Hagen und Heinrichsohn siehe auch Jörg Friedrich: Die kalte Amnestie. NS-Täter in der Bundesrepublik, erw. und überarb. Neuausgabe München 1994, S. 410f.

Abbildungsnachweise:
Abb. 1, 2: Herbert Hagen in Wien 1938, in:
Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien 1993, nach S. 176.

Bernd Philipsen

Tinte floß übers Hakenkreuz

Dr. Arnold Kalisch - ein verfolgter Pazifist und Jude

Der Jurist, Publizist und Sprachlehrer Dr. Arnold Kalisch - eine der bedeutsamsten Persönlichkeiten der deutschen Friedensbewegung vor 1933 - war demonstrativen Gesten offensichtlich nicht abgeneigt: „Fredshjem", also „Friedensheim", nannte er sein oberhalb der dänischen Küste der Flensburger Förde gelegenes Häuschen, in das er sich schon bald nach der Machtergreifung Hitlers vor den Nationalsozialisten geflüchtet hatte. Bei der symbolträchtigen Namensgebung spielten sicherlich auch eine Portion Trotz und die Enttäuschung darüber eine Rolle, daß seinen Mahnungen vor den dramatischen politischen Entwicklungen in Deutschland keine Beachtung geschenkt worden war.

Kalisch war während des NS-Regimes gleich in zweifacher Weise stigmatisiert - als überzeugter Pazifist und als Jude. Sein langjähriger Freund und Weggefährte, der Lehrer und Schulreformer Johann Ohrtmann[1], mit dem er in der Friedensbewegung und publizistisch eng zusammenarbeitete, hatte sich über die plötzliche Emigration Kalischs zunächst gewundert, wie dieser in seinen nach dem Kriege niedergeschriebenen Lebenserinnerungen[2] einräumt, aber doch bald erkennt, „daß es für ihn als einen Deutschen jüdischer Abstammung [...] eine Rettung nur in der Flucht gab". Von seinem Exilstandort Rönshoved (Randershof) aus blickte der Emigrant über die dort nur etwa vier Kilometer breite Wassergrenze auf die deutsche Seite, auf der inzwischen Intoleranz und Unfreiheit herrschten und Chauvinisten, Rassisten und Kriegstreiber das Sagen hatten.

Das denkwürdigste und berühmteste Grab auf dem Alten jüdischen Friedhof in Prag ist das des großen Gelehrten und Lehrers Rabbi Jehuda Löw ben Bezalel aus dem Jahre 1609. Der um 1525 wahrscheinlich in Posen[3] geborene Löw, dem die Legende die Erschaffung eines künstlichen Menschen, des Golem, zuschreibt, war ein enger Vertrauter des dänischen Astronomen Tycho Brahe[4] und an dessen Beobachtungen und Erfindungen außerordentlich interessiert. Dieser bedeutende „Hohe Rabbi", an dessem stattlichen Grabmal Friedhofsbesucher aus aller Welt Zettelchen mit Wünschen oder Danksagungen niederlegen, gehört zu den Vorfahren von Arnold Kalisch, der - am 22. Januar 1882 in Berlin geboren - einem deutsch-jüdischen Elternhaus entstammte.[5] Nach der am Görlitzer Gymnasium bestandenen Abiturprüfung „führt ihn sein Studium in Berlin, in Freiburg i. Br., in Kopenhagen und Leipzig ebenso sehr in die neueren Sprachen wie in die Rechtswissenschaft".[6]

Sein Studium der Rechtswissenschaft

Abb. 1: Ernst Wilhelm Arnold Kalisch (Foto aus seinem Reisepaß, um 1938)

und Philologie schloß Kalisch mit einer rechts- und staatswissenschaftlichen Arbeit über „Die Landtage und die Instruierung der Bundesbevollmächtigten" ab, mit der er am 12. Juli 1914 an der Universität Leipzig zum „Dr. jur. mit Staatsrecht" promoviert wurde.[7] Nur kurze Zeit war er in Berlin als Rechtsanwalt tätig, dann mußte er erkennen, daß das nicht sein eigentliches Metier war. Dazu merkte Ohrtmann später in einer Kalisch gewidmeten Gratulationsadresse an: „Mit der Juristerei ist es nichts Rechtes, man kann sich bei diesem Juristen [...] nicht recht vorstellen, daß er die Sache Müller contra Schulze so wichtig nimmt, daß er der obsiegenden oder der unterliegenden Partei deshalb noch Geld abnehmen könnte. Aber selbstverständlich ist, daß er auch auf den Gedanken kommt, wer denn in den Streitereien der Völker, deren Menschen und deren Sprachen er liebt, denn eigentlich recht haben möge."[8]

Ein „Skandinavien-Schwärmer"

Der rede- und schreibgewandte Kalisch, der sechs Fremdsprachen beherrschte, darunter auch die skandinavischen, war ein „Nordland-Mensch", seine „Skandinavien-Schwärmerei" im Kreise seiner Freunde bald schon sprichwörtlich.[9] Er mischte sich noch zu seiner Studentenzeit publizistisch in die Diskussion um die aus dänischer Sicht außerordentlich repressiven „Köller-Politik"[10] der preußischen Provinzialverwaltung ein und nahm als genereller Verfechter von Minderheitenrechten vehement Partei für die dänische Bevölkerung in dem nach dem deutsch-dänischen Krieg von 1864 von Preußen einverleibten Nordschleswig.

Von 1911 bis 1914 lebte er in Kopenhagen, erkundete von dort aus die dänischen Regionen, unternahm zahlreiche Reisen durch Norwegen und Schweden und fand sich zunehmend angezogen von der skandinavischen Lebensform und Kultur. Im Gegenzug verstärkten sich seine Vorbehalte gegen den engstirnigen Nationalismus und Chauvinismus. Er empfand sich als Weltbürger - offen für fremde Kulturen. Dabei kam ihm seine Sprachbegabung besonders zustatten: „Fremde Sprachen führen sein Interesse zu fremden Menschen."[11]

Alle Bestrebungen um Befriedung und Ausgleich zwischen Deutschland und seinen Nachbarn wurden mit einem Schlage zunichte gemacht, als am 1. August 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach und Soldaten ins Feld zogen, um für das Großmachtstreben Deutschlands

zu kämpfen. Kalisch wurde an die Westfront geschickt und kam in Frankreich und Belgien zum Einsatz. Schließlich wurde er nach Berlin abkommandiert, um dort im Kriegspresseamt als Dolmetscher tätig zu sein.

Körperlich zwar unversehrt, aber durchdrungen von der Erkenntnis, daß die „Ehrfurcht vor der Heiligkeit des menschlichen Lebens"[12] absolute Priorität habe, überstand er den ersten großen Waffengang dieses Jahrhunderts und sah von nun an seine Lebensaufgabe darin, den Krieg zu bekämpfen, egal, welchen Zwecken er auch diente. Er beschwor die absolute Gewaltfreiheit und engagierte sich mit aller Kraft in der Friedensbewegung, in der seine Stimme zunehmend an Bedeutung gewann.

Dr. Hans Wehberg[13], Professor des Völkerrechts in Genf und Herausgeber der pazifistischen Zeitschrift *Die Friedens-Warte*, würdigte Kalisch später als einen „der aktivsten deutschen Pazifisten" und „verdienten Vorkämpfer [...] im Dienste der Friedensbewegung".[14] Zwar beanspruchte sein - natürlich ehrenamtlicher - Friedenseinsatz fast seine ganze Kraft, so daß viele Arbeiten dafür in die Abend- und Nachstunden fielen, seinen Lebensunterhalt bestritt er als freier Schriftsteller und als Redakteur der *Textil-Zeitung* in Berlin. Diese soziale Absicherung erlaubte es ihm, eine Familie zu gründen: Am 9. September 1922 schloß er die Ehe mit Erna Schröder, geb. am 26. Mai 1889 in Berlin. Am 21. Juli 1925 wurde ihre Tochter Helga geboren.

Unklar ist das Verhältnis der Kalischs zum Judentum. Vermutlich gehörten sie keiner jüdischen Gemeinde an. Zumindest werden sie im „Jüdischen Adressbuch für Gross-Berlin"[15] von 1931, das sich wohl auf Material von jüdischer Seite stützt, nicht erwähnt. Oder sie waren - wie es bei überzeugten Pazifisten häufiger der Fall war - konfessionslos. Auch eine parteipolitische Zuordnung ist nicht eindeutig möglich. Arnold Kalischs Präferenzen lagen - bei aller Distanz zu Parteiorganisationen überhaupt - im linken Spektrum, vor allem bei den Sozialdemokraten. Denn „ohne weiteres ist klar, daß die Parteien der Rechten" für den Anhänger der Friedensbewegung „nicht existieren".[16] Rassistischem Gedankengut hielt er entgegen: „Der Mensch entstammt keinem Gestüt."[17] Der Ausdruck „Rasse" im Zusammenhang mit Menschen war ihm zuwider.

SPD - „Schmerzenskind" der Pazifisten

Die SPD galt ihm als „Schmerzenskind" der Pazifisten: „Unter allen Parteien ist für den Pazifisten die Sozialdemokratische Partei das Schmerzenskind. Welch schöne Anlagen hatte nicht dies Kind! Welche Taten versprach nicht der Jüngling, um dann unter energischer Ueberspringung des Mannesalters rasch zu vergreisen! Diese Partei, die im Kaiserreich jeden Militäretat ablehnte, nimmt jetzt jeden Militäretat an; denn sie kämpft nicht gegen, sondern ‚um' die Reichswehr. Sie will sie also erhalten. Sie ist eine Militärpartei geworden. Jedoch für den, der nach staatspolitischer Orientierung verlangt, indem er davon ausgeht, daß in den nächsten vier Jahren im Reichstage über Weltanschauungen nicht entschieden wird, sondern über dringliche politische Tagesfragen - für ihn sei

gesagt, daß die Partei stets ehrlich und anständig um die Völkerversöhnung bemüht ist, und daß sie nebst ihrem Anhängsel dem Reichsbanner innerhalb des immer schärfer in Deutschland hervortretenden Gegensatzes zwischen faschistischen und antifaschistischen Kräften vielleicht der einzige kompakte Block ist, an dem die Wogen einer faschistischen Sturmflut zerschellen können."[18]

Die von ihm selbst in der *Friedensfront* gestellte Frage „Wen wählen wir zum Reichstag?" beantwortete er für sich mit einem Bekenntnis zur Sozialdemokratie: „Ich werde [bei der Reichstagswahl vom 14.9.1930; d. Verf.] SPD wählen."[19] Für die Feststellung des deutschen Konsulats in Apenrade vom 29. März 1939 im Zusammenhang mit dem Ausbürgerungsverfahren gegen den Dänemark-Emigranten, Kalisch sei „früher preußischer S.P.D.=Abgeordneter"[20] gewesen, ließ sich keine Bestätigung finden.[21]

Die Politik der Kommunisten sei für wahre Pazifisten nicht akzeptabel, konstatierte Kalisch in seiner „Parteienkritik" weiter und lieferte dafür eine differenzierte Begründung: „Den einen gelten sie als Pazifisten, den anderen als Militaristen. Nämlich ihr Endziel ist ein pazifistisches: der befriedete Weltstaat. Aber sie streben dahin durch das Mittel des Militarismus, und es ist Glaubenssache, also durch Zureden unbeeinflußbar, ob man es für möglich oder unmöglich hält, daß ein Ziel durch ihm wesensungleiche Mittel tatsächlich jemals wird erreicht werden können. Die Kriegsdienstverweigerung ist das rote - Verzeihung! - das weiße Tuch für den echten Kommunisten. Denn sie wollen den Krieg nicht verhindern, sondern ihn in den Bürgerkrieg überführen, also ihn verdoppeln. Auch werden nirgends in der Welt die Kriegsdienstgegner so schmählich unterdrückt, wie in Sowjetrußland. Das bloße Endziel wird allmählich ein sehr dünner Pazisfismus."[22]

Unterstützt von seiner Ehefrau, die selbst aktiv in der Friedensbewegung mitarbeitete[23], entfaltete Arnold Kalisch eine Vielzahl von öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten, wobei er sich vor allem der Verbreitung des Gedankens der Kriegsdienstverweigerung widmete. In Berlin organisierte er mit dem nach dem Ersten Weltkrieg von linksrepublikanischen Intellektuellen gegründeten antimilitaristischen „Friedensbund der Kriegsteilnehmer" (FdK), in dem sich ehemalige Kriegsteilnehmer ohne Unterschied der parteipolitischen Zugehörigkeit und des Dienstgrades als Protagonisten des Weltfriedensgedankens zusammenfanden, große öffentliche Aufklärungsveranstaltungen.[24]

Von 1922 bis 1933 prägte er als Vorstandsmitglied wesentlich die Arbeit der Berliner Ortsgruppe der „Deutschen Friedensgesellschaft" (DFG), vor allem in Jahren der Weimarer Republik die mitgliederstärkste und damit bedeutendste pazifistische Organisation in Deutschland.[25] Den „Bund der Kriegsdienstgegner" (BdK), eine Vereinigung jener radikalen Pazifisten, die jeden direkten und indirekten Kriegsdienst ablehnten und bekämpften[26], vertrat Kalisch im „Deutschen Friedenskartell" (DFK), dem im Jahre 1928 22 Verbände mit zusammen etwa 100.000 Mitgliedern angeschlossen waren.[27] An der DFK-Spitze stand zeitweilig der Historiker, liberale Politiker und Friedens-Nobelpreisträger von 1927, Ludwig Quidde[28], mit dem Kalisch eng zusammenarbeitete.

Publizistisch vertrat Arnold Kalisch

Die Brücke

Herausgeber: Deutsche Friedensgesellschaft Flensburg

Nr. 1 Juni 1924 Jahrg. 1

Abb. 2: Die Brücke, *das Blatt der Deutschen Friedensgesellschaft Flensburg*

die Thesen der Friedensbewegung und der Kriegsdienstverweigerer offensiv in zahlreichen einschlägigen Blättern - etwa in der *Kulturwehr*, dem Organ des „Verbandes der nationalen Minderheiten Deutschlands", in der Zeitung *Das Andere Deutschland* (Untertitel: „Für entschiedene republikanische Politik / Keiner Partei dienstbar"), in der *Friedens-Warte* („Blätter für internationale Verständigung und zwischenstaatliche Organisation") und in der *Deutschen Zukunft*.

Diese „Halbmonatszeitschrift der norddeutschen Friedensbewegung" (1925) war im Juni 1924 von der Flensburger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft mit dem programmatischen Titel *Die Brücke* gegründet worden. Mit ihr wollte die örtliche Friedensbewegung eine „Brücke [...] schlagen zwischen Deutschland und Dänemark-Skandinavien"[29] und zur Aussöhnung zwischen Deutschen und Dänen im Grenzgebiet beitragen, dessen Klima durch den Abstimmungskampf von 1920 nachhaltig vergiftet worden war.

Doch stieß die Flensburger DFG-Ortsgruppe mit ihrem ambitionierten Zeitungsprojekt bald an die Grenzen ihrer Möglichkeiten, wie Johann Ohrtmann, Mitinitiator dieses Blattes und seit 1927 Schriftleiter des inhaltlich und optisch aufgewerteten Nachfolgezeitung *Deutsche Zukunft*, später einräumte: „Dieser Titel [‚Die Brücke'] stammte noch von mir - Schleswig als Brücke zwischen Deutschland und dem Norden war damals ein neuer Begriff, heute ist er eine Selbstverständlichkeit und eigentlich schon eine Banalität geworden. Die Zeitschrift wurde in einer kleinen Druckerei [Joh. Hoops in Flensburg, Südermarkt 5; d. Verf.] hergestellt, doch sie war ein ganz dürftiges Blättchen geworden - inhaltlich uninteres-

7. Jahrg. Nummer 10. Deutsche Heide, 15. Mai 1930

Zukunft

Halbmonatsschrift

Pflichtorgan in der Norddeutschen Arbeitsgemeinschaft der Friedensgesellschaft. Organ des Bundes der Kriegsdienstgegner

Bezugspreis: Einzelnummer 20 Pf. Durch die Post 1.50 RM. vierteljährlich, dazu Bestellgeld. Vom Verlag: 1.75 RM. vierteljährlich per Kreuzband

Mit der Beilage: „DIE FRIEDENSFRONT"

Fernruf: Heide Nr. 108 Postscheck: Hamburg 56702

Inseratenpreis: Die 7gespaltene Petitzeile 0,20 RM. Verantwortl. Redakteur Karl Meitze, Heide. Druck und Verlag: Paul Riechert, Heide

Abb. 3: Deutsche Zukunft, *erschienen von 1927 - 1933 in Heide/Holstein*

sant und ungeschickt redigiert. [...] Die Flensburger DFG konnte das Blatt [...] weder materiell noch geistig tragen, und [der Kieler Arzt, Politiker und Publizist Dr. Johannes] Leonhart versuchte nun, etwas daraus zu machen."[30]

Unter der Regie von Leonhart, der zunächst noch an dem alten Titel *Die Brücke*[31] festhielt, bekam das Blatt zwar einen professionelleren Anstrich, doch inhaltlich genügte es nicht völlig den Ansprüchen fortschrittlicher Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Schleswig-Holstein der Friedensbewegung, deren offizielles Organ die Zeitung mit dem Wechsel nach Kiel geworden war. Zu den Kritikern gehörte auch Ohrtmann, der daraufhin von Leonhart gebeten wurde, selbst die Redaktionsleitung zu übernehmen. „Nach einigen Bedenken" sagte er unter einem Vorbehalt zu: „Ich wollte nicht ausdrücklich als Schriftleiter genannt werden."[32]

Als neuen Verleger und Drucker konnten Leonhart und Ohrtmann den Heider Druckereibesitzer Paul Riechert[33] gewinnen, der selbst „engagiert links eingestellt und nicht in erster Linie darauf bedacht [war], einen Gewinn aus diesem Druckauftrag zu ziehen".[34] Die wirtschaftliche Extistenzgrundlage des Unternehmens bildeten in erster Linie Akzidenz-Druckaufträge von Privat- und Geschäftskunden aus Heide und der Umgebung.[35] In der Ausgabe der *Deutschen Zukunft* (DZ) vom 1. Oktober 1927 wurde den „werten Abonnenten und Mitgliedern" mitgeteilt, daß „mit der heutigen Nummer [...] der Verlag der DZ in die Hände unseres Gesinnungsfreundes Paul Riechert in Heide in Holstein über[geht]. Der neue Verlag wird es als seine erste Aufgabe betrachten, den idealen Gedanken der Völkerversöhnung zu hegen und zu pflegen, die Kriegstreibereien erzreaktionärer Nationalisten und Militaristen jedoch mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und das wahre Gesicht der Kriegsfurie der Menschheit zu enthüllen."[36] Zu dem Mitarbeiterstamm gehörten angesehene Publizisten wie Friedrich Bloh, Richard N. Graf von Coudenhove-Kalergi, Berthold von Deimling, Franz Carl Endres, Wilhelm Julius Foerster, Richard Grelling, Lilli Jannasch, Heinrich Kanner, Johannes Leonhart, Erich Lüth, Ludwig Quidde, Heinrich Prinz zu Schoenaich-Carolath, Hans Schwann und Arnold Kalisch.

DIE FRIEDENSFRONT

2. JAHRGANG :: Organ des Bundes der Kriegsdienstgegner :: Deutscher Zweig der War Resisters International NR. 17

Beilage der „Deutschen Zukunft". :: Schriftleitung: Dr. Arnold Kalisch, Berlin-Hermsdorf. :: Heidel. Holst., den 1. Septbr. 1930

Wen wählen wir zum Reichstag?

Von Dr. Arnold Kalisch.

Die Frage, wie sich der Kriegsdienstgegner bei der Reichstagswahl verhalten soll, ist nicht leicht zu beantworten. Denn es kann nicht eine einzige Partei aus vollem Herzen für die Stimmabgabe empfohlen werden. Das ist nichts Neues. Könnte man das nämlich, so brauchte es ja garkeinen Bund der Kriegsdienstgegner zu geben. Viele Anhänger unserer Bewegung werden daraus die Folgerung ziehen, sich überhaupt nicht an der Wahl zu beteiligen. Soweit das einer sorgfältigen, auf Gründen beruhenden Ueberlegung entspringt, etwa

fühlen sind. Die Pazifisten unter den Demokraten waren zwar oft im Pazifismus, aber niemals in der demokratischen Partei führend. Das Programm der Demokraten tritt für die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht ein, und von der Genfer Völkerbundpolitik der Regierung verlangte im Reichstag ein Antrag der Partei das Gleiche. Die Gerechtigkeit gebietet jedoch anzuerkennen, daß trotz fehlender pazifistischer Gesinnung die Demokraten stets ehrlich und anständig für die Völkerversöhnung eingetreten sind.

Jetzt existiert die Demokratische Partei nicht mehr. Die

sie nebst ihrem Anhängsel dem Reichsbanner innerhalb des immer schärfer in Deutschland hervortretenden Gegensatzes zwischen faschistischen und antifaschistischen Kräften vielleicht der einzige kompakte Block ist, an dem die Wogen einer faschistischen Sturmflut zerschellen können.

Was sagen wir zu den Kommunisten? Den einen gelten sie als Pazifisten, den anderen als Militaristen. Natürlich ist Kadyzel ist ein pazifistisches: der befriedete Weltstaat. Aber sie streben dahin durch das Mittel des Militarismus, und es ist Glaubenssache, also durch Zureden unbeeinflußbar, ob man es für möglich oder un-

Abb. 4: Die Friedensfront, *von Arnold Kalisch redigierte Beilage der* Deutschen Zukunft

Kalischs Sprachrohr: *Die Friedensfront*

Kalisch konnte bald sein eigenes publizistisches Feld bestellen: Mit der sechsten Ausgabe vom 15. Dezember 1929 übernahm er die Schriftleitung der *Friedensfront*, einem eigenständigen Beiblatt von Ohrtmanns *Deutscher Zukunft*. Diese Zeitung - offizielles Organ des „Bundes der Kriegsdienstgegner / Deutscher Zweig der War Resisters International" - sah ihre Hauptaufgabe darin, den Gedanken der Kriegsdienstverweigerung als eine politische und moralische Notwendigkeit zu propagieren.[37] Ihre Intention war, „die vorhandenen Streiter zu stärken, anzufeuern, zusammenzuhalten und in nützlicher Weise auszurüsten, Unentschiedene zu gewinnen, Gegner zu überzeugen, zur Mehrung und Festigung der Reihen".[38]

Die Zusammenarbeit zwischen beiden - ehrenamtlich tätigen - Redaktionsleitern „entwickelte sich gut; wir tauschten oft Manuskripte aus und haben uns auch gegenseitig in Berlin-Hermsdorf und [...] in Lägerdorf besucht".[39] Auch Kalisch scharte eine Reihe von gleichgesinnten Autoren aus dem In- und Ausland um sich, darunter Franz Rona (Österreich), Wilfried Wellock (England), William Pickens (USA), Pierre Doyen (Frankreich), Marcel van Dienst (Belgien), Eugen Relgis (Rumänien), Edvin Stenwall (Finnland), Mathias Sörensen (Dänemark), Carl Lindhagen (Schweden), Leonhard Ragaz (Schweiz) und Bernard Szarlitt (Polen) sowie Walter Fabian, Otto Lehmann-Rußbüldt, Theodor Lessing, John Otto Reinemann, Magnus Schwantje, Karl Heinz Spalt, Oskar Stillich und Helene Stöcker aus Deutschland.

Viele Leitartikel stammen aus Kalischs Feder selbst. Dabei plädierte er vehement für eine Politik der Abrüstung und des Ausgleichs der Weimarer Republik und setzte sich nachdrücklich für die Rechte von nationalen Minderheiten ein, in seinen Augen primär eine Angelegenheit der jeweiligen Innenpolitik: „Die Frage der nationalen Minderheiten geht den Pazifismus sehr nahe an, weil es äußerst wichtig ist, ob die große Masse derjenigen Menschen, die durch ihr Schicksal mit zwei Kulturkreisen - den ihrer Sprache und den ihrer Staatszugehörigkeit - in Verbindung stehen,

ein Bindemittel sind, das die Völker zusammenführt, oder ein Sprengstoff, der explosivbereit ist. Es gibt in Europa etwa 30 Millionen solcher Menschen, was beinahe an die Einwohnerzahl eines so großen Staates wie Polen heranreicht. Wir ziehen daraus die Lehre, daß die Völkerversöhnung nicht nur zwischen den Staaten, sondern sehr oft auch zwischen den verschiedenen Völkern eines Staates erstrebt werden muß, und zwar gleichzeitig aus Gründen des inneren und äußeren Friedens. [...]

Unser Interesse an den nationalen Minderheiten ist ein doppeltes; einmal wegen der zahlreichen Deutschen in anderen Staaten und zum anderen Male wegen der anderssprachigen Staatsbürger unseres Landes. Das stellt uns vor die Frage, ob wir unsere völkerversöhnende Aufgabe innerhalb unserer sprachlichen Volksgemeinschaft oder innerhalb unserer Staatszugehörigkeit oder in beiden Kreisen zu erfüllen haben. Die Antwort lautet: Wenn wir nicht heillose Verwirrung anrichten wollen, müssen wir die Minderheitenfragen als innerpolitische und nicht als außerpolitische auffassen."[40] In der „heutigen Staatenwelt" seien die Minderheitenfragen nicht lösbar, sondern nur in einer „höheren politischen Form": „Das können aber nur die Vereinigten Staaten von Europa sein."

Mit Blick auf die deutsch-dänische Grenzziehung von 1920 warnte er vor revisionistischen Bestrebungen („Auf beiden Seiten dieser Grenze gibt es Nationalisten, die wegen einer geringfügigen Verschiebung der Grenzpfähle es in den Kauf nehmen würden, daß die Welt noch einmal in Brand gerät") und würdigte als beispielhaft eine Übereinkunft deutscher und dänischer Sozialdemokraten, die sich gegenseitig dazu verpflichtet hätten, „jederzeit, sei es als regierende Partei, sei es als Opposition, unverbrüchlich daran [festzuhalten], daß die Grenze so bleibt, wie sie einmal ist, gleichzeitig aber dafür einzutreten, daß in jedem der beiden Länder die nationale Minderheit volle Freiheit in kulturellen Angelegenheiten erhält".[41]

Arnold Kalisch beschränkte sich nicht nur auf seine publizistischen Aktivitäten, sondern entwickelte auch konkrete Initiativen, die seinem besonderen Anliegen - der deutsch-dänischen Aussöhnung - dienten, oder beteiligte sich daran. So nimmt es nicht Wunder, daß er nicht nur dem an alle Friedensfreunde ergangenen Appell, zum „Dänisch-deutschen Friedenstag" am 28./29. Mai 1930 nach Kopenhagen zu reisen[42], wie selbstverständlich folgte, sondern auch bereit war, an der Konferenz als Referent und Diskussionspartner aktiv mitzuwirken. Wie Ohrtmann später in seinem Bericht über die Tagung, an der „etwa 80 - 100 pazifistische Kämpfer" teilnahmen, hervorhob, seien die meisten Reden auf Deutsch gehalten worden; daher habe „unser Freund Kalisch" mit seinem tadellosen Dänisch stark beeindruckt.[43]

Die in Kopenhagen versammelten Friedenskämpfer setzten vor allem auf die Jugend und loteten Möglichkeiten eines deutsch-dänischen Kinderaustausches und der Bildungsarbeit an den Schulen im Dienste der Völkerverständigung aus. Konkret vereinbart wurde noch für das Jahr 1930 der Austausch von „etwa 350 Kindern von jeder Seite".

Der in die Zukunft gerichteten Friedensarbeit diente auch ein großes Jugendlager, das vom 25. Juli bis zum 3. August 1932 auf der in der Flensburger Förde auf dänischer Seite gelegenen

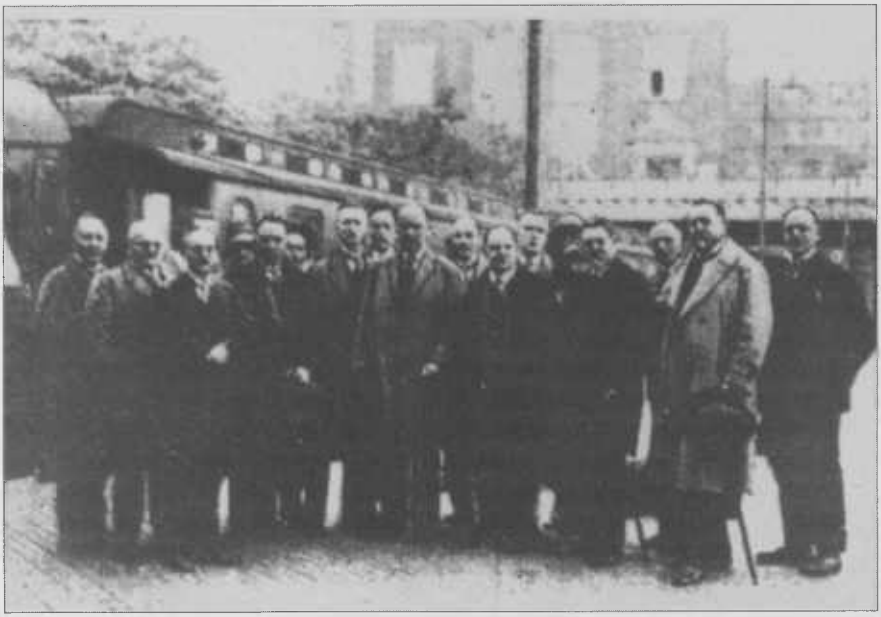


Abb. 5: Arnold Kalisch (1. Reihe 3. v. r.) zusammen mit weiteren Pazifisten auf dem deutsch-dänischen Friedenstag am 28./29. Mai 1930 in Kopenhagen

Kleinen Ochseninsel stattfand. Vorträge und Diskussionen über Fragen des Pazifismus und über die Rolle von nationalen Minderheiten standen dabei im Vordergrund. Kalisch, der vor den jungen Leuten aus vielen Ländern über das Thema „Weshalb Kriegsdienstgegner?" referierte, „bewegte sich auf einem Boden, der den aktiv in der [Friedens-]Bewegung Stehenden vertraut war, den Neulingen jedoch erwünschte Klarheit schaffte über die religiösen, ethischen und politischen Untergründe [sic] der Kriegsdienstverweigerung sowie über die verschiedenen äußeren Erscheinungsformen, die diese in der Welt angenommen hat".[44]

Zu diesem Zeitpunkt hatten Kalisch angesichts der fortschreitenden Militarisierung bereits starke Zweifel am ehrlichen Friedenswillen Deutschlands erfüllt. „Wir wollen nicht Leichen auf Urlaub sein!"[45] betitelte er einen Leitartikel, der in Form eines an den SPD-Reichstagsabgeordneten Heinrich Ströbel[46] gerichteten Offenen Briefes abgefaßt war. Das nächste Jahr - 1932 - stelle „unser Land und die ganze Welt vor eine Schicksalswende". Denn der für den Dezember 1932 geplanten Internationalen Abrüstungskonferenz in Genf werde es beschieden sein, „den unerträglichen Spannungen der neuen Vorkriegszeit ein Ende zu setzen". Werde Genf einen Mißerfolg bringen, „so sind wir alle Leichen auf Urlaub".

Die Zeichen standen schlecht. Deutschland fühlte sich wieder erstarkt: „Man will wieder die alte Militär- und Kolonialmacht, und zwar, soweit es angeht, in den alten Grenzen werden."[47] Nachdem der neue Reichskanzler Franz

von Papen sein Kabinett der Rechtskoalition vorgestellt und die Auflösung des Reichstages beantragt hatte, sah Kalisch deutlich das Ende der Weimarer Republik und den Anfang einer Nazi-Diktatur vor Augen: „Ich bin pessimistischer als das Gros der Leute, indem ich eine Naziregierung nicht als vorübergehend, sondern als Barbarisierung von 3 Generationen betrachte", schrieb er am 3. Juni 1932 seinem Freund und Mitstreiter Johann Ohrtmann.[48]

Etwa ein halbes Jahr später hatte Hitler die Macht in Deutschland übernommen, was bei Kalisch zu „einer Art Lähmung" führte.[49] Wie er Ohrtmann weiter mitteilte, habe er sich am nördlichen Ufer der Flensburger Förde, in unmittelbarer Nähe der Ochseninsel, auf der sich einst Friedensfreunde aus aller Herren Länder zum Meinungsaustausch getroffen hatten, eine „Liliputklitsche" gekauft - „teils Sommerlust, teils Alterssitz, teils Hitlerflucht. Na, wir werden sehen."

Die Flucht nach Dänemark

Dieses Häuschen in Rönshoved sollte schon bald zum „Flüchtlingsheim" werden. Doch zunächst zauderte Kalisch noch. Wahrscheinlich war es eine polizeiliche Haussuchung in seiner Vier-Zimmer-Wohnung in Berlin-Schmargendorf - die Familie war in der Zwischenzeit in die Hundekehlstraße 13 umgezogen - , die zur überstürzten Flucht nach Dänemark führte. Sie ließ Möbel, Geschirr und Bücher zurück und reiste mit nur wenigen Koffern Anfang April 1933[50] mit der Eisenbahn[51] zunächst nach Flensburg.

Offenbar aus Furcht, auf der Fahndungsliste der Gestapo zu stehen, entschied sich Kalisch zum illegalen Grenzübertritt. Der Fischer und Nazi-Gegner Paul Andresen (genannt „Schrober")[52] fand sich bereit, „den von der Gestapo gesuchten jüdischen Sprachwissenschaftler Dr. Kalisch mit Frau und Tochter"[53] an Bord seines kleinen Kutters zu nehmen, um sie nach dem Einbruch der Dunkelheit an den auf der Förde patroullierenden Kontrollbooten vorbei nach Dänemark zu bringen.

Der Start verzögerte sich, da Andresen mit seinem Schiff bei dem Anlegemanöver an einem privaten Bootssteg zwischen Fahrensodde und Solitüde bei niedrigem Wasserstand auf Grund lief. Dennoch gelang es den Flüchtlingen, an Bord zu gehen, und dem Fluchthelfer nach mehreren Versuchen, das Fahrzeug freizubekommen. Das - schließlich geglückte - Fluchtunternehmen blieb für den Fischer nicht ohne Folgen, auch wenn Grenzpolizei und Gestapo ihm eine direkte Beteiligung daran nicht nachweisen konnten. Nach Angaben seines Sohnes Axel Andresen hat die SA den Kutter so stark demoliert, daß sein Vater eine Zeitlang nicht mehr zum Fischen herausfahren konnte und wieder in seinem alten Beruf als Segelmacher arbeiten mußte.[54]

Reihenweise wurden von den neuen Machthabern oppositionelle Zeitungen verboten. Am 23. Mai 1933 kam auch für die *Deutsche Zukunft* nebst Beiblatt *Die Friedensfront* das endgültige Aus in Form eines vom Regierungspräsidenten in Schleswig verfügten Verbots, das sich auf die - wie es in dem amtlichen Schreiben heißt - „Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28.2.1933"

Abb. 6: Das ehemalige „Friedensheim" der Kalischs in Rönshoved am Nordufer der Flensburger Förde, Anfang der siebziger Jahre stark umgebaut

stützte.[55] Noch in der Ausgabe vom 15. Februar 1933 der *Deutschen Zukunft* hatte Ohrtmann den gerade an die Macht gekommenen Adolf Hitler heftig angegriffen, indem er in seinem Artikel „Könnte es ihm gelingen?" zu folgendem Resümee gelangte:

„Kann man einem solchen Menschen das deutsche Volk anvertrauen? Ein verantwortungsbewußter Deutscher *darf* es nicht. Er müßte vielmehr seine letzte Kraft daran wenden, sein Volk vor jener Katastrophe zu bewahren, die *unweigerlich* bei dem Zusammenprall Hitlerscher Ansichten mit der Wirklichkeit entstehen wird. Jener Wirklichkeit, die sich nicht hängen und köpfen läßt, die aber als blindes Geschick jene Völker vernichtet, die sie nicht meistern können, weil sie sie nicht erkennen und verstehen *dürfen*."[56]

Der Emigrant Kalisch - seiner wirtschaftlichen Existenzgrundlage als zwar mäßig, aber dennoch regelmäßig entlohnter Redakteur der *Textilzeitung* beraubt - lebte fortan immer in schwierigen finanziellen Verhältnissen. Aus privatem Sprachunterricht, den er entweder in einem im nahegelegenen Graasten (Gravenstein) angemieteten Zimmer oder in seinem neuen Zuhause in Ranshöved erteilte, bezog er nur „ein geringes Einkommen".[57]

In seiner Not wandte er sich hilfesuchend an ehemalige Mitstreiter aus der Friedensbewegung und fand von dieser Seite auch wiederholt Unterstützung. Am 1. Oktober 1938 offenbarte er dem in Genf lebenden Friedens-Nobelpreisträger Ludwig Quidde, finanziell völlig am Ende zu sein: „Den Oktober über bin ich einfach blank; im Moment

sitzen wir mit ca. Kr. 4,00 (vier null null) da, und nach allen Seiten hin muß alles Mögliche bezahlt werden."[58]

Selbst von seinem Exil aus mußte Kalisch - formell bis zu seiner Ausbürgerung am 14. November 1939 ein sogenannter Auslandsdeutscher - Auseinandersetzungen mit deutschen Behörden führen. Als im Reichsgesetzblatt vom 18. August 1938 die „Zweite Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Änderung von Familiennamen und Vornamen" veröffentlicht worden war und die Presse über den entsprechenden Runderlaß vom 23. August 1938[59] berichtet hatte, empörte sich der jüdische Flüchtling in einem Brief an das „Deutsche Konsulat in Aabenraa" (Apenrade):

„Ich betrachte es als nicht der Würde meines Volkes angemessen, dass ehrwürdige Namen unserer nationalen Geschichte wie Israel und Sara nach Art eines Viehstempels massenweise ausgestellt werden. Sollte es in Ausführung des Gesetzes beabsichtigt sein, mir und meinen Angehörigen ausser den innerhalb der Familie selbst gegebenen Namen zusätzliche Namen in die Pässe einzutragen, so werde ich solche Dokumente als für mich und die Meinigen ungültig ablehnen und sie mit dem Ersuchen um Richtigstellung zurücksenden."[60]

Mit der Handhabung dieses neuen antisemitischen Gesetzes hatte - aus ganz anderen Gründen - auch das deutsche Konsulat in Apenrade seine Probleme, das im Auswärtigen Amt in Berlin nachfragte, ob die Vorschrift über die Zwangsnamen auch bei der Ausstellung von Pässen anzuwenden sei. Zugleich setzte es sich mit der Gestapo in Verbindung, um die Frage einer Ausbürgerung der Kalischs überprüfen zu lassen, „da die Eheleute K. sich in der pazifistischen Bewegung an führenden Stellen betätigt haben".[61] Die Pässe des Ehepaars wurden am 29. Oktober 1938 auf Empfehlung der Gestapo befristet auf sechs Monate verlängert - ohne die als diskriminierend empfundenen Ergänzungen der Vornamen.

Offenbar wollte Kalisch die deutschen Behörden provozieren, um das Ausbürgerungsverfahren gegen sich und seine Ehefrau noch zu beschleunigen, als er vor Ablauf dieser Frist eine erneute Paßverlängerung beantragte und Dokumente einreichte, die in den Augen des Konsulats gezielt „besudelt" worden waren: „In beiden Pässen ist auf dem Umschlag das Hoheitszeichen mit Tinte überschmiert, so daß das Hakenkreuz unsichtbar geworden ist. Ferner ist in beiden Pässen auf der ersten Seite das ‚J' und das Hoheitszeichen mit Tinte übergossen. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass dies von Kalisch mit voller Absicht unternommen ist, um seinem Hass gegen Deutschland Ausdruck zu verleihen. Ein Zufall durch Umfallen eines Tintenfasses ist ausgeschlossen, da die Beschmutzung in beiden Pässen an gleicher Stelle geschehen ist. [...] Durch die Besudelung sind [...] die Pässe ungültig geworden."[62]

Von den Apenrader Diplomaten um eine Stellungnahme ersucht, versicherte Kalisch, die Tintenflecke seien auf einen „Schreibtischunfall" zurückzuführen. Die Aufforderung des Konsulats an das Auswärtige Amt, das gegen die Eheleute eingeleitete Ausbürgerungsverfahren auch auf die Tochter Helga auszudehnen, wurde untermauert mit einem Spitzelbericht der Gestapo, offiziell bezeichnet als „Auskunft eines Ver-

Abb. 7: Der mit Tinte bearbeitete Reisepaß von Arnold Kalisch

trauensmanns": „Er [Kalisch] ist hier als eine üble Erscheinung allerschlimmster Sorte bekannt. Er soll gleich nach der Machtergreifung 1933 aus Deutschland ausgerückt sein und er hat auch wohl Ursache dazu gehabt. Schon im Jahre 1932 hat er auf einem internationalen sozialistischen Treffen auf der Ochseninsel in der Flensburger Förde Reden gehalten und dabei Deutschland heruntergemacht. [...] Weiter weiß ich, daß amtliche deutsche Stellen nach ihm fahnden aus verschiedenen Gründen. Er bewohnt ein kleines Sommerhäuschen in Randershof, erhält oder hat erhalten Zuschüsse vom dänischen Zionistenfonds. In Grafenstein erteilt er Sprachunterricht in deutsch, englisch, französisch u.s.w. Er soll aber nur 2 Schüler haben."[63]

Am 14. November 1939 ließ der Reichsminister des Inneren im *Deutschen Reichsanzeiger und Preußischen Staatsanzeiger* Nr. 167 eine Liste mit 166 Namen veröffentlichen - allesamt Personen, denen „auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933"[64] die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen worden war, darunter auch Dr. Arnold und Erna Kalisch sowie ihre Tochter Helga. Die Aberkennung der Staatsbürgerschaft wurde mit dieser Veröffentlichung wirksam. Die Kalischs waren auf diese Weise zu Staatenlosen geworden.

Angesichts der Kriegsgebärden Nazi-Deutschlands hatte Kopenhagen wohl in erster Linie den Schutz der deutschen Emigranten im Blick, als die dänischen Behörden diesen Personenkreis aufforderten, den grenznahen Raum zu verlassen und sich weiter im Binnenland ein neues Quartier zu suchen.[65] Die Familie Kalisch fand in Vejle eine Wohnung. Am 9. April 1940 wurden die Flüchtlinge von den deutschen Truppen, die Dänemark trotz des bestehenden Nichtangriffspakts zwischen beiden Staaten handstreichartig besetzten, wieder eingeholt. Die militärischen Übermacht der Besatzer realistisch einschätzend, stellte sich die damals sozialdemokratisch geführte dänische Regierung auf eine Zusammenarbeit mit der deutschen Seite ein. Auf diesem Wege gelang es Kopenhagen auch, daß manche Festnahme revidiert und mancher Flüchtling freigelassen wurde.

Im Februar 1943 wurde Dr. Kalisch auf Betreiben der deutschen Besatzer und in Anwesenheit der Gestapo von einem dänischen Kriminalpolizisten in Vejle verhaftet. „In der Haft war er mein bester Freund, hat mir bedeutende Vergünstigungen verschafft und meinem Verteidiger und mir bedeutende Tips gegeben", würdigte Kalisch später die Doppelrolle dieses dänischen Polizisten.[66] Berlin hatte eigens einen Gestapomann nach Kopenhagen geschickt, um dort, in der Polizeistation, Kalisch stundenlang zu verhören, wobei der dem Verhafteten zugetane dänische Beamte „überwachte, dass der dänische Justizstandard gewahrt blieb". Genau 276 Tage verbrachte Kalisch in der Haft, bis ihm ebenso wie seiner Ehefrau und der Tochter im Zusammenhang mit der großen Rettungsaktion für die Juden in Dänemark Anfang Oktober 1943 die Flucht nach Schweden glückte. Innerhalb weniger Tage gelang es couragierten Dänen, ihre gefährdeten Landsleute und zahlreiche weitere Juden, die - wie Kalisch - nach 1933 vor Hitler aus Deutschland nach Dänemark geflüchtet

Abb. 8: Die Grabstätte von Dr. Arnold und Erna Kalisch in Kopenhagen

waren und dort im Exil lebten, über den Öresund ins neutrale Schweden und damit vor der drohenden Deportation in Sicherheit zu bringen.[67]

Nach dem Kriege kehrten Arnold und Erna Kalisch nach Dänemark zurück. Ihre Tochter - sie war von Beruf Krankenschwester - hatte am 24. Februar 1945 in Stockholm den Dänen Erik Christensen, der ebenfalls vor den Nazis geflüchtet war, geheiratet und in Schweden eine eigene Familie gegründet. Die Eltern bezogen wieder ihr „Fredshjem" an der Flensburger Förde mit freiem Blick auf die Kleine Ochseninsel, auf der einst auf internationalen pazifistischen Treffen der Weltfriede beschworen worden war. Jetzt aber lag ganz Europa in Trümmern.

Das Schreckensbild, das Kalisch 1931 gezeichnet hatte für den Fall, daß - wie schließlich geschehen - die für 1932 eingerufene Genfer Abrüstungskonferenz scheitern würde, war grausame Wirklichkeit geworden. Barer Unsinn sei es, „zu planen, zu sparen, zu siedeln, Kinder großzuziehen, weil das alles ja doch zerstört werden wird, ehe es noch recht leben darf".[68]

Verarmt und vergessen starb Dr. Arnold Kalisch im Alter von 75 Jahren am 29. Oktober 1957 im Krankenhaus von Sonderburg. Er wurde am 1. November 1957 in Kopenhagen auf dem neuen jüdischen Friedhof mit der Bezeichnung „Mosaisk Vestre Kirkegard" bestattet.[69] Neben seinem Grab wurde auch die Urne seiner am 4. Oktober 1961 in Kopenhagen verstorbenen Frau beigesetzt.

Das Ehepaar Kalisch hat einen gemeinsamen Grabstein; er ist eher klein, besteht aus braun-rotem Granit und trägt im oberen Bereich einen eingemeisselten Davidstern.[70] Die bescheidene Grabstätte wird von der jüdischen Gemeinde betreut.

Anmerkungen

1. Johann Ohrtmann wurde am 18.3.1898 in Flensburg geboren. 1933 wurde er verhaftet und aus dem Schuldienst entlassen. Nach dem Kriege war er als Regierungs- und Schulrat der schleswig-holsteinischen Landesregierung tätig. Er starb am 27.5.1978 in Kiel.
2. Johann Ohrtmann: „Sind Kriege notwendig?", Kiel 1995 (= Veröffentlichungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Band 15), S. 191.
3. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Neues Lexikon des Judentums, Gütersloh/München 1992, S. 295.
4. Tycho Brahe wurde am 14.12.1546 in Knudstrup (Schonen) geboren; er starb am 24.10.1601 in Benatky bei Prag.
5. Ohrtmann in seinen Lebenserinnerungen, S. 191: „Er [Kalisch; d. Verf.] hatte in seinem Stammbaum den aus der ‚Golem-Sage' bekannten Prager Rabbi Löw."
6. J.O. (d.i. Johann Ohrtmann): Arnold Kalisch - 22. Januar 1932 50 Jahre alt, in: Deutsche Zukunft, Heide 1932.
7. Helmut Donat: Arnold Kalisch - Ein führender Vertreter der historischen Friedensbewegung, in: Grenzfriedenshefte, Flensburg, 4/1983, S. 245.
8. Ohrtmann: Kalisch.
9. Ohrtmann: Kalisch.
10. Benannt nach dem Schleswiger Oberpräsidenten Ernst Matthias von Köller, der in seiner Amtszeit (1897-1901) versucht hatte, mit Zwangsmitteln das Nationalitätenproblem zu lösen.
11. Ohrtmann: Kalisch.
12. Arnold Kalisch: Die mehreren Kriegsdienstverweigerungen, in: Die Friedensfront, Heide, 15.2.1930.
13. Der international hochangesehene Völkerrechtler und erfolgreiche akademische Lehrer Hans Wehberg wurde am 15.12.1885 in Düsseldorf geboren; er starb am 29.5.1962 in Genf.
14. Hans Wehberg: Dr. Arnold Kalisch 50 Jahre alt, in: Die Friedens-Warte, Schweidnitz in Schlesien, XXXII. Jg. 1932, S. 20.
15. Jüdisches Adressbuch für Gross-Berlin, Berlin 1931 (Reprint Berlin 1994).
16. Arnold Kalisch: Wen wählen wir zum Reichstag?, in: Die Friedensfront, Heide, 1.9.1930.
17. Arnold Kalisch: Negergeruch?, in: Die Friedensfront, Heide, 1.2.1932.
18. Arnold Kalisch: Wen wählen wir zum Reichstag?
19. Die SPD kam bei den Wahlen zum 5. Reichstag vom 15.9.1930 auf 24,5 Prozent der Wählerstimmen und errang 143 Mandate, gefolgt von der stark aufkommenden NSDAP, die bereits 18,3 Prozent und 107 Sitze erringen konnte.
20. Schreiben des deutschen Konsulats Apenrade vom 29.3.1939 an das Auswärtige Amt in Berlin, PAAA Inland II A/B 83-76, R 99823.
21. Auch in dem Handbuch „Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933" (Düsseldorf 1995), herausgegeben von Wilhelm Heinz Schröder, wird Dr. Arnold Kalisch nicht erwähnt.
22. Arnold Kalisch: Wen wählen wir zum Reichstag?
23. Erna Kalisch leitete von 1924 bis 1927 und in den Jahren vor 1933 das Sekretariat des „Bundes der Kriegsdienstgegner" (BdK); es befand sich in der Privatwohnung der Familie Kalisch in Berlin.
24. Helmut Donat/Karl Holl (Hrsg.): Die Friedensbewegung - Organisierter Pazifismus in Deutschland, Österreich und in der Schweiz, Düsseldorf 1983, S. 138.
25. Helmut Donat/Karl Holl: Die Friedensbewegung, S. 72.
26. Helmut Donat/Karl Holl: Die Friedensbewegung, S 60.
27. Helmut Donat/Karl Holl: Die Friedensbewegung, S 86.
28. Ludwig Quidde wurde am 23.3.1858 in Bremen geboren. Seit 1901 leitete er die deutsche Delegation auf den Weltfriedenskonferenzen. 1933 flüchtete er vor den Nazis in die Schweiz. Er starb am 5.3.1941 in Genf.
29. Andreas Andersen: Zur Grenzfrage, in: Die Brücke, Flensburg, 1924, erste Oktober-Nummer, Nr. 6.
30. Johann Ohrtmann: „Sind Kriege notwendig?", S. 161f.
31. Mit der ersten Januar-Ausgabe 1925 wurde die Zeitung umbenannt in „Deutsche Zukunft - Halbmonatsschrift der Norddeutschen Friedensbewegung". Redaktion und Geschäftsstelle befanden sich in Kiel, Rosenfelder Straße 5.
32. Johann Ohrtmann: „Sind Kriege notwendig?", S 162.
33. Paul Riechert wurde am 21.12.1874 in Neuhardenberg/Brandenburg geboren. Seine Erlebnisse während des Ersten Weltkrieges machten ihn zum überzeugten Pazifisten. Er starb am 12.7.1951 in Kolding/Dänemark.
34. Johann Ohrtmann: „Sind Kriege notwendig?", S. 164.
35. Gespräch des Verfassers mit Martin Riechert (Kappeln-Ellenberg), einem Sohn Paul Riecherts, am 12.5. 1998.
36. Deutsche Zukunft, Heide 1.10.1927.
37. Helmut Donat/Karl Holl: Die Friedensbewegung, S 145.
38. Warum Friedensfront?, in: Die Friedensfront, Heide 1.11.1929.
39. Johann Ohrtmann: „Sind Kriege notwendig?", S. 164.
40. Arnold Kalisch: Pazifisten und nationale Minderheiten, in: Die Friedensfront, Heide 1.11.1929.
41. Arnold Kalisch: Grenzen, in: Die Friedensfront, Heide 1.12.1929.
42. Dr. Johannes Leonhart (Kiel) wandte sich in der *Deutschen Zukunft* vom 15.5.1930 an „Alle, die guten Willens sind, an Alle, welche wissen, daß Völkerverständigung und Völkerfreundschaft zu pflegen die wichtigsten Aufgaben sind für jeden, der sein Vaterland liebt", und rief sie dazu auf, sich in großer Zahl an dem deutsch-dänischen Friedenstag 1930 in Kopenhagen zu beteiligen.
43. O. (d.i. Johann Ohrtmann): Vom dänisch-deutschen Friedenstag in Kopenhagen, 28. und 29. Mai 1930, in: Deutsche Zukunft, Heide 15.6.1930.
44. Harold F. Bing: Auf der Kleinen Ochseninsel, in: Die Friedensfront, Heide 15.9.1932.

45. Arnold Kalisch: Wir wollen nicht Leichen auf Urlaub sein!, in: Die Friedensfront, Heide 1.5.1931.
46. Heinrich Ströbel, geb. am 7.6.1869 in Bad Nauheim, war Mitglied der „Deutschen Friedensgesellschaft" und emigrierte nach der Machtübernahme Hitlers 1933 in die Schweiz. Er starb am 11.1.1944 in Zürich.
47. Arnold Kalisch: Warum haben wir noch keinen Krieg?, in: Die Friedensfront, Heide 15.6.1931.
48. Brief von Dr. Arnold Kalisch an Johann Ohrtmann vom 3.6.1932, Privatarchiv K. Rudat (Heide), zitiert nach: Helmut Donat: Arnold Kalisch, S. 247.
49. Brief von Dr. Arnold Kalisch an Johann Ohrtmann vom 27.2.1933, Privatarchiv K. Rudat (Heide), zitiert nach: Helmut Donat: Arnold Kalisch, S. 257.
50. Über den genauen Zeitpunkt der Flucht der Familie herrscht noch Unklarheit. Während Johann Ohrtmann in seinen Lebenserinnerungen („Sind Kriege notwendig?") berichtet, Anfang Februar 1933 von Kalisch eine Postkarte aus Dänemark mit der Information erhalten zu haben, daß er emigriert sei, nennen die deutschen Behörden im Zusammenhang mit dem nach dem Kriege angestrengten Entschädigungsverfahren den 1.4.1933 als Fluchttag. Eine dritte Version stammt von Gerhard Moltsen, der in seinem Buch „Die Geschichte der Ochseninseln" (Schleswig 1982) schreibt, die dreiköpfige Familie sei in der Nacht zum 10.7.1933 von einem Flensburger Fischkutter über die Förde nach Dänemark gebracht worden. Gegen den von Moltsen erwähnten und von Irene Dittrich (Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 - 1945 / Schleswig-Holstein I, Frankfurt/Main 1993) übernommenen Termin spricht der Hinweis von Martin Riechert, daß er nach seinem Grenzübertritt (mit Hilfe eines vom Flensburger Polizeipräsidiums ausgestellten sogenannten „Groschenpasses" für den deutsch-dänischen Ausflugsverkehr) am 28.6.1933 zunächst im Kalisch-Haus unterkommen wollte, es aber bereits besetzt vorfand - von der Familie Kalisch selbst und seinem Vater Karl Riechert. Martin Riechert übernachtete daraufhin beim dänischen Grenzgendarm (Gespräch des Verfassers mit Martin Riechert am 12.5. 1998).
51. Information von Maria von Borries (Bremen) vom 29.4.1998.
52. Gespräch des Verfassers mit Axel Andresen (Flensburg), dem Sohn Paul Andresens, am 26.1.1995.
53. Gerhard Moltsen: Die Geschichte der Ochseninseln, Schleswig 1982, S. 78.
54. Gespräch des Verfassers mit Axel Andresen.
55. Maria von Borries: Der Verleger und Pazifist Paul Riechert, in: Mitteilungen des Beirats für Geschichte der Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein, Kiel 1991, Nr. 13, S. 9.
56. Johann Ohrtmann: Könnte es ihm gelingen?, in: Deutsche Zukunft, Heide 15.2.1933.
57. Entschädigungsamt Berlin in seinem Bescheid Nr. 81084 vom 27.1.1956. Im Besitz des Verfassers. Ich danke Martin Riechert (Kappeln) ausdrücklich dafür, daß er mir schriftliches Material zu Kalisch überlassen hat. Martin Riecherts Schwester Emmy Daetz (Flensburg) war mit Kalisch befreundet und dessen Bevollmächtigte in Fragen der Entschädigung.
58. Schreiben von Dr. Arnold Kalisch an Prof. Ludwig Quidde vom 1.10.1938, BAK, Nachlaß Quidde/32, zitiert nach: Helmut Donat: Arnold Kalisch, S. 264.
59. Flensburger Nachrichten vom 24.8.1938: „Soweit Juden zur Zeit Vornamen führen, die nicht in den Richtlinien verzeichnet sind, müssen sie vom 1. Januar 1939 ab zusätzlich einen weiteren Vornamen annehmen, und zwar männliche Personen den Vornamen Israel, weibliche Personen den Vornamen Sara."
60. Schreiben von Dr. Arnold Kalisch an das deutsche Konsulat in Apenrade vom 10.9.1938, PAAA Inland II A/B 83-76, R 99823.
61. Schreiben des deutschen Konsulats in Apenrade an das Auswärtige Amt in Berlin vom 12.9.1938, PAAA Inland II A/B 83-76, R 99823.
62. Schreiben des deutschen Konsulats in Apenrade an die Geheime Staatspolizei in Berlin vom 22.3.1939, PAAA Inland II A/B 83-76, R 99823.
63. Schreiben des deutschen Konsulats in Apenrade an das Auswärtige Amt in Berlin vom 29.3.1939, PAAA Inland II A/B 83-76, R 99823.
64. In § 2 dieses Gesetzes heißt es u.a.: „Reichsangehörige, die sich im Ausland aufhalten, können der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt werden, sofern sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt zu haben." RGBl. 1933 I, S. 540
65. Information von Martin Riechert.
66. Brief von Dr. Arnold Kalisch an Emmy Daetz (Flensburg) vom 22.7.1951. Im Besitz des Verfassers.
67. Rasmus Kreth/Michael Mogensen: Flugten til Sverige, Kopenhagen 1995.
68. Arnold Kalisch: Wir wollen nicht Leichen auf Urlaub sein!, in: Die Friedensfront, Heide 1.5.1931.
69. Schreiben des Oberrabbinats Kopenhagen an den Verfasser vom 6.2.1996.
70. Information von Erik Henriques Bing (Kopenhagen) vom 22.7.1998.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 7: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Inland II A/B, 83-76, R 99823.
Abb. 2, 3, 4: Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek, Kiel
Abb. 5: *Deutsche Zukunft* (Heide) 15.6.1930.
Abb. 6: Foto Bernd Philipsen
Abb. 8: Foto Erik Henriques Bing, Kopenhagen.

Felicitas Glade

Rechtsanwalt Weber und die Moral der Rendsburger Kreisleitung

Zweifelsohne besaß Christian Weber ein ungewöhnliches Maß an Zivilcourage. In einer Zeit, in der andere sich anpaßten, einfügten und schwiegen, um ihre Familien und sich selbst nicht zu gefährden, ließ er sich nicht schrecken, sondern machte den Mund auf und prangerte Mißstände an. Der mutige Rechtsanwalt und Notar aus Rendsburg wurde zum Ärgernis der gerade etablierten nationalsozialistischen Führung in Schleswig-Holstein. In seinen Schriftstücken und Eingaben äußerte er scharfe Kritik an behördlichen Maßnahmen und deckte gravierende Fehler in Sache und Form auf. Außerdem hatte Weber dem seit Ende September 1933 verbotenen und aufgelösten „Tannenbergbund" angehört und übernahm nun die Verteidigung ehemaliger Mitglieder, die sich zumeist wegen abfälliger Äußerungen über das NS-Regime vor dem Sondergericht verantworten mußten.[1]

Schließlich verfügte er aufgrund seiner langjährigen beruflichen und politischen Tätigkeit über intime Kenntnisse, was für die Parteiprominenz seiner Umgebung zumindest ein Risiko bedeutete. Mit diesem gefährlichen Wissen, seinem couragierten Handeln und einer geradezu aufreizenden Respektlosigkeit vor den neuen Machthabern zog sich Christian Weber besonders die Feindschaft seines Berufskollegen Wilhelm Hamkens zu, Kreisleiter der NSDAP, und seit April 1933 Landrat des Kreises Rendsburg.

Beide kannten einander gut. Während sich Hamkens 1919 in Hohenwestedt als Rechtsanwalt und Notar niedergelassen hatte, war Weber 1921 nach Rendsburg gekommen. Er stammte aus Broacker in Nordschleswig, für das später sein neuer Heimatort die Patenschaft übernahm. Seine Herkunft war als Sohn eines Kaufmanns und Fabrikbesitzers gutbürgerlich.[2] Am 6. Oktober 1886 geboren, besuchte Christian Weber zuerst eine Privatschule und ab 1896 das Gymnasium in Flensburg. Er wechselte dann nach Eutin, wo er 1908 sein Abitur machte.

Nach fünf Semestern an der Universität Tübingen unterbrach Weber 1911 sein Jurastudium, um seinen Wehrdienst als Einjährig-Freiwilliger zu leisten. Dann kehrte er an die Universität zurück, dieses Mal nach Kiel, legte die erste Juristische Staatsprüfung ab und wurde im Dezember 1912 zum Referendar ernannt, im August 1920 zum Assessor. Im Februar 1921 erhielt er die Zulassung als Rechtsanwalt beim Amtsgericht Rendsburg, drei Monate später die Bestellung zum Notar. Viereinhalb Jahre war Christian Weber Soldat gewesen, Frontkämpfer, mit dem Verwundeten-Abzeichen und dem Ei-

Abb. 1: Christian Weber Ende der vierziger Jahre

sernen Kreuz 2. Klasse ausgezeichnet, und als Leutnant der Reserve entlassen. Kurz nach Kriegsausbruch hatte er Luise Götze geheiratet. Die beiden Töchter aus der Ehe, Gisela und Roswinda, wurden 1918 und 1923 geboren.

Christian Weber war Deutscher von Geburt und stolz darauf. Um so schmerzlicher empfand er es, daß seine Heimat durch die nach dem Versailler Friedensvertrag verordnete Abstimmung am 10. Februar 1921 an Dänemark fiel. Während seine Geschwister dort blieben, entschied er sich für Deutschland, und das in einer radikalen Weise, die seinem Charakter entsprach. Anfang 1920 wurde Weber Mitglied der Deutschsozialistischen Partei, dann der Deutschvölkischen Freiheitspartei.[3]

Beide extrem rechtsgerichteten Organisationen, die erstgenannte eine frühe norddeutsche Variante der NSDAP[4], propagierten die deutsche Volksgemeinschaft von gleicher Kultur und von gleichem Blut. Juden konnten ihr nicht angehören, da sie nach der Diktion der völkischen Parteien eine Rasse mit international agierender Macht darstellten, die Politik und Wirtschaft beherrschte.[5] Die antisemitische Hetze diffamierte den neuen deutschen Staat als eine von außen gesteuerte „Judenrepublik".

Ein weiteres Anliegen der Völkischen war die „Wehrhaftmachung der Deutschen", der sich Christian Weber im besonderen verschrieb. „Der Wehrwolf sammelt alle deutschen wehrfähigen Männer", schrieb er in einer Zeitungsanzeige, in der er am 9. November 1923 zur Gründung einer Ortsgruppe in Rendsburg aufrief.[6] Der „Wehrwolf" war im Januar jenes Jahres von dem Studienrat und Hauptmann der Reserve Fritz Kloppe in Halle gegründet worden. Der Verband hatte sich die Verteidigung Deutschlands gegen den äußeren Feind zum Ziel gesetzt, den Kampf gegen die Kriegsschuldlüge und die Erziehung zu „Manneszucht und Verantwortung".[7] Die uniformierte „Bundeskleidung" sah feldgrauen Rock oder Windjacke vor und Kniehose mit Gamaschen oder hohen Stiefeln. Die beiden Kokarden an der Mütze zeigten den Totenkopf mit einem „W" darunter und die alten Reichsfarben schwarz-weiß-rot. Überhaupt war die wesentliche Basis des militanten Kampfverbandes das gemeinsame Erlebnis des Frontsoldatentums im 1. Weltkrieg.[8]

Aufmerksam gemacht durch die Anzeige, verfügten die Behörden eine Durchsuchung der Räume von Rechtsanwalt Weber in der Königstraße in Rendsburg, bei der am 1. Dezember 1923

Der Wehrwolf
sammelt
alle wehrfähigen deutschen Männer
jeden Standes zum Schutze der staatlichen Ordnung gegen innere und äußere Feinde. Er ist kein Geheimbund, deutschvölkisch und streng parteilos.
Sofortige Anmeldungen erwünscht bei
Rechtsanwalt Weber, Königstraße 4.

Abb. 2: Rendsburger Tageblatt *vom 9.11.1923*

Flugblätter und Schriften des „Wehrwolfs" sichergestellt wurden. Im Bericht der Polizeiverwaltung hieß es, daß Weber dabei wäre, die Ortsgruppe Rendsburg mit ihm als 1. Vorsitzenden zu gründen. Weitere Vorstandsmitglieder seien Arbeiter Boye Deertz, Regierungsbaumeister Bernhard Wendehorst und Ingenieur Petersen. Weber hätte die Bestrebungen des „Wehrwolf" als völlig unpolitisch dargestellt und versichert, daß ihm Politik überhaupt verboten sei.[9]

Anstandslos wurde der Rendsburger Ortsgruppe die Erlaubnis erteilt, am 29. März 1924 einen „Deutschen Abend" mit Fahnenweihe zu veranstalten.[10] Nur elf Tage später konnten die Polizeibeamten der Zeitung entnehmen, daß die angebliche politische Enthaltsamkeit Webers glatte Lüge war. Bei den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung am 4. Mai kandidierte er auf Platz drei der Liste des Völkisch-sozialen Blocks (VSB).[11]

Fruchtbarer Boden für völkische Ideologie

Die Rendsburger aber blieben im bürgerlichen Lager, wenn sie auch bei der gleichzeitig stattfindenden Reichstagswahl dem VSB-Wahlbündnis einen hohen Stimmenanteil verschafften. Als Hochburg der Völkischen erwies sich jedoch Hohenwestedt mit den umliegenden Landgemeinden im Süden des Kreises Rendsburg, in denen sie zum Teil weit über 50 Prozent für sich verbuchen konnten.[12] Wesentlich beigetragen zu diesem Ergebnis hatte die mit der Wahlpropaganda verbundene Werbung für den „Wehrwolf", bei der Christian Weber als Führer im Gau Mittelholstein zweifellos eine tragende Rolle zukam.

Der Boden erwies sich als äußerst fruchtbar. In kürzester Zeit entstanden im Laufe des April 1924 Ortsgruppen in Hohenwestedt, Nindorf, Osterstedt, Wapelfeld und Tappendorf mit bis zu vierzig Gründungsmitgliedern, „deutschvölkisch denkende Männer", wie es hieß.[13] In Hohenwestedt und der angrenzenden kleinen Gemeinde Vaasbüttel wurden im August 1924 und im April 1925 „Nordmarkthings" mit Tausenden von Uniformierten veranstaltet, die im Parademarsch an ehemaligen hohen Militärs vorbeizogen.

Allerdings hatte es vor der letztgenannten Veranstaltung erheblichen Ärger gegeben. Der anfangs den „Wehrwolf" fördernde Hohenwestedter Kriegerverein, ein „vaterländischer Verband", dem alle wichtigen Honoratioren des Ortes angehörten, ging auf Distanz. Streitpunkt war eine im Chinakrieg von 1900 erbeutete Kanone, die im Garten des Offizierskasinos in Kiel-Wik gestanden hatte und bei den Revolutionswirren in die Obhut des Feldwebels

Eugen Speer gegeben worden war. Der Gastwirt aus Vaasbüttel, der das „Café Vaterland" betrieb, stellte nun das Geschütz dem „Wehrwolf" für ein Denkmal zur Verfügung, das seinen Platz am Ehrenmal für die Gefallenen des Kirchspiels erhalten sollte. Der Sockel war schon gemauert, und als Termin für die Weihe stand die Reichsgründungsfeier am 18. Januar 1925 fest, als eine Anfrage des Standortältesten aus Kiel nach den Eigentumsrechten bei der Gemeindeverwaltung eintraf. Dem Vorstand des Kriegervereins wurde die Sache zu dubios. Kurzentschlossen sagte er am 15. Januar seine Teilnahme ab und ließ den Sockel entfernen.[14] Damit waren die Planungen zunichte gemacht.

Für die Verantwortlichen der Großveranstaltung, zu denen auch Gauführer Christian Weber gehörte, bedeuteten diese Maßnahmen einen Affront und zugleich eine Blamage ohnegleichen, denn die eingeladenen Gäste befanden sich bei den damaligen Verkehrsbedingungen überwiegend schon auf dem Weg und konnten nicht mehr rechtzeitig informiert werden. Schließlich wurde schon deshalb eine Feier abgehalten, natürlich aber mit verkürztem Programm. Auch für das „Wehrwolf"-Denkmal fand sich bald darauf eine Lösung, da der Vaasbütteler Gemeindevorsteher Wilhelm Thun einen sogar repräsentativen Platz an einer Kreuzung am Ortseingang zur Verfügung stellte. Die feierliche Weihe ging dann mit verhältnismäßig wenig Verzögerung am Ostersonnabend, in Anwesenheit von zwei Generälen a. D. und Bundesführer Fritz Kloppe sowie Abordnungen des Stahlhelms, des Frontkämpferbundes Westküste und des Jungdeutschen Ordens vonstatten.[15]

Diese Demonstration der Stärke wurde von den Hohenwestedtern als Gewaltakt empfunden, mit dem der „Wehrwolf" in diesem Umfeld erheblich an Freunden und Einfluß verlor. Zwar bestanden noch einige Zeit kleinere Ortsgruppen, die aber dann in der SA aufgingen.[16] Darüber hinaus erwuchs aus diesen Auseinandersetzungen die erbitterte Feindschaft zwischen Christian Weber und Wilhelm Hamkens. Der Hohenwestedter Berufskollege hatte nämlich die bewußte Information an den Kieler Standortältesten gegeben und die Entscheidung des Kriegervereins mit dem Argument veranlaßt, die in der Revolution ihrer Bestimmung entrissene Kanone sei Erinnerung an schmachvolle Tage deutscher Geschichte.[17] Seine Autorität in diesen Dingen stand außer Frage. Hamkens war Hauptmann der Reserve, Träger des Hohenzollern-Hausordens sowie von EK I und II.

In der folgenden Zeit wirkte Weber weiterhin an führender Stelle des „Wehrwolf". Die Organisation eines „Landesthings" in Rendsburg am 6. April 1930 unterstrich noch die Bedeutung seiner Tätigkeit, doch der immer stärker aufkommende Nationalsozialismus führte zu einen zunehmenden Mitgliederschwund.[18] Immerhin gab es für den völkischen Rechtsanwalt einen ganz persönlichen Erfolg. Er zog durch die Wahl vom 17. November 1929 in die Rendsburger Stadtverordnetenversammlung ein und wurde aus ihrer Mitte am 20. Dezember in den sechsköpfigen Magistrat gewählt.[19] Christian Weber übte nun ein sehr angesehenes Ehrenamt aus und trug den Titel Senator. Allerdings hatte es auch Wilhelm Hamkens inzwischen in der Politik weit gebracht. Er war am 1. September 1929 der NSDAP beigetreten, wurde sofort

Spitzenkandidat für die Kreistagswahl, bei der die Partei vier Abgeordnetenmandate errang, und zog in den Kreisausschuß ein.[20] Mit Wirkung vom 1. April 1930 erhielt Hamkens das Amt des NSDAP-Kreisleiters übertragen. Am 9. und 10. August war er dann Gastgeber von Adolf Hitler, der zwischen zwei Versammlungen in Rendsburg und Kiel in Hamkens Hohenwestedter Villa übernachtete. Gauleiter Hinrich Lohse hatte Hitler während seines kurzen Aufenthalts in Schleswig-Holstein sicher und angemessen unterbringen wollen.[21]

Gläubiger Anhänger des Ehepaares Ludendorff

Vermutlich übertrug Christian Weber die anhaltende Animosität gegen Wilhelm Hamkens auf die durch ihn verkörperte Nationalsozialistische Partei, die sich inzwischen auf einem unaufhaltsamen Vormarsch in der Provinz Schleswig-Holstein befand. Anfang 1932 entschied er sich, in den „Tannenbergbund" einzutreten, gewissermaßen eine Konkurrenz der NSDAP, der es allerdings nie auf die Mobilisierung der Massen angekommen war, und die Terror und Gewalt ablehnte.[22]

Schirmherr der als Dachverband völkischer Gruppen im September 1925 gegründeten Organisation war General a. D. Erich Ludendorff, neben Hindenburg Held der Siege von Tannenberg und den Masurischen Seen. Nach Kriegsende befeindete er die Republik, nahm 1923 am erfolglosen Hitler-Putsch in München teil und kandidierte vergeblich für die Reichspräsidentenwahl 1925.[23] Das Ziel des „Tannenbergbundes", die „wehrwillige und wehrhafte Volkseinheit der Deutschen, beruhend auf der Einheit von Blut, Glaube, Kultur und Wirtschaft", war seit jeher Anliegen der Völkischen gewesen. Für Ludendorff selbst jedoch hatte der Kampf gegen die „überstaatlichen Mächte" Vorrang. Juden, Jesuiten und Freimaurern unterstellte er eine „Weltverschwörung", um Deutschland absichtlich ins Verderben zu führen.[24]

Eng verbunden mit dieser Weltanschauung war der „Deutsche Gottglaube" der Mathilde Ludendorff, der zweiten Frau des Generals. Die Nervenärztin und Leiterin eines privaten Kurheims hatte eine Lehre von der „Gotterkenntnis" entwickelt, die den Menschen als Höhepunkt der naturgeschichtlichen Entwicklung sah, als „Bewußtsein Gottes". Um sein Daseinsziel zu erreichen, müsse der Mensch alles „Knechtisch-Jüdische" abstreifen, alle traditionellen Wertvorstellungen christlicher Moral und Ethik. Nach der Vorstellung Mathilde Ludendorffs erwuchs die Möglichkeit, zur „Gotterkenntnis" zu gelangen, aus dem deutschen „Rasseerbgut" und der überlieferten altgermanischen Religiosität.[25] Sie und ihr Mann verbreiteten ihre Ideologie durch eine eigene Wochenzeitschrift und eine rege Vortragstätigkeit, mit der sie auch in Schleswig-Holstein zahlreiche Anhänger gewannen.

Doch nicht nur das prominente Ehepaar war werbend unterwegs. Landesweit gab es fast in jedem kleinsten Dorf Informationsabende, bei denen bekannte Redner des „Tannenbergbundes" wie Friedrich von Bodungen oder Markus Wulf aus Eisendorf sprachen, der gleichzeitig führendes Mitglied der „Landvolkbewegung" war und Bürgermeister seiner Gemeinde. Dort im Raum um

Nortorf mit dem Zentrum Krogaspe befand sich die Hochburg der Ludendorff-Anhänger. Zur Abwehr weiterer Kirchenaustritte in den umliegenden Dörfern empfahl die Rendsburger Propsteisynode dem zuständigen Pastor Reinhardt, mehr Gemeindeabende abzuhalten.[26] Tatsächlich handelte es sich zunehmend um eine Art Glaubensbewegung, der zwar nie viele Menschen angehörten, die sich jedoch bis in die Gegenwart als haltbares Netz erwies, von der christlichen Umgebung stillschweigend geduldet. Auch Christian Weber war mit seiner Familie aus der Kirche ausgetreten und bezeichnete sich nun im formellen Umgang mit Behörden als „deutschgottgläubig".[27]

Imtimfeind Hamkens NS-Landrat in Rendsburg

Am 30. Januar 1933 ernannte Präsident Hindenburg Adolf Hitler zum Reichskanzler. Er bildete eine Koalitionsregierung, der nur zwei Nationalsozialisten angehörten, verlangte aber eine Bestätigung durch das Volk. Daraufhin wurde der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März verfügt. Das Preußische Staatsministerium ordnete am 4. Februar an, daß Provinziallandtag, Kreistage und Gemeindevertretungen am 12. März neu zu wählen waren.

Der Reichstagsbrand lieferte den Vorwand für die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat" vom 28. Februar 1933, die nicht nur zentrale Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft setzte, sondern auch als Instrument zur Ausschaltung politischer Gegner durch die sogenannte „Schutzhaft" diente.[28] Als erste davon betroffen waren die Kommunisten. In Rendsburg kam es Anfang März zu Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen, bei denen SA, SS und Stahlhelm als Hilfspolizei mitwirkten.[29]

Bei den Reichstagswahlen am 5. März erreichte die NSDAP in ganz Deutschland zwar nur 43,9 Prozent der Stimmen, besaß aber mit den acht Prozent ihres deutschnationalen Partners die absolute Mehrheit und konnte ihre Macht weiter ausbauen. In Schleswig-Holstein war das Votum für Hitler und die NSDAP mit 53,3 Prozent noch eindeutiger ausgefallen.[30] Die Resultate vom 12. März gaben der Partei im Land dann endgültig den Weg frei, was von Berlin aus noch forciert wurde, um schnellstens klare Verhältnisse im Interesse des Nationalsozialismus zu schaffen.

Am 25. März 1933 erfolgte die Berufung von Gauleiter Hinrich Lohse zum Oberpräsidenten der Provinz. Am 5. April erhielt der Regierungspräsident in Schleswig ein Telegramm des Preußischen Innenministeriums mit dem Auftrag, sofort sechs Landräte zu beurlauben, darunter auch Theodor Steltzer in Rendsburg.[31] Als Nachfolger wurde Rechtsanwalt Wilhelm Hamkens aus Hohenwestedt eingesetzt, der nun zusammen mit seiner Funktion als Kreisleiter im wörtlichen Sinn die Gewalt über diesen Verwaltungsbezirk innehatte.

Obwohl der neue Landrat bei seiner offiziellen Amtseinführung am 21. April als Leitspruch die Anfangszeile des Glockenspiels der Potsdamer Garnisonskirche gewählt hatte: „Üb' immer Treu und Redlichkeit...", galt diese Maxime nur innerhalb des von der NSDAP bestimmten Rahmens. Hamkens gab

knapp zwei Monate später vor dem Kreistag die Erklärung ab, er habe vom Recht der „Schutzhaft" für politische Gegner, die eventuell gegen den neuen Staat arbeiten würden, keinen übertrieben großen Gebrauch gemacht.[32] Immerhin ließ das Schlüsse auf entsprechende Maßnahmen zu, ebenso wie seine Kampfansage gegen die abzulösenden Gemeinde- und Amtsvorsteher, die dem neuen Deutschland den Platz räumen müßten.[33]

Bald darauf hatten die Nationalsozialisten in der Tat das politische Feld für sich. Gewerkschaften und SPD wurden verboten, die bürgerlichen Parteien zur Selbstauflösung gezwungen, Verbände und Organisationen „überführt". Durch das neue Gemeindeverfassungsgesetz vom 15. Dezember 1933, das die Kommunalverwaltung nach dem Führerprinzip regelte, erhielt Landrat Hamkens noch mehr Macht.[34] Als persönlichen Erfolg konnte er die Berufung des Rendsburger Ortsgruppenleiters Franz Krabbes zum Bürgermeister der Stadt verbuchen.[35]

Die Herrschaft von Hamkens wurde von der Bevölkerung des Kreises Rendsburg weitgehend akzeptiert. Er selbst galt schon vor seinem Eintritt in die Partei als natürliche Führungspersönlichkeit, mit dem Hintergrund einer großbürgerlichen Herkunft von einem Gut in Eiderstedt, einer Frau aus Hannoveraner Uradel, als hochdekorierter Kriegsheld und als angesehener Rechtsanwalt und Notar.[36] Zwischen ihm und Gauleiter Lohse bestand zu dieser Zeit eine freundschaftliche Beziehung. Beide hatten gemeinsam das begehrte Jagdrevier von Königshügel gepachtet und

Abb. 3: Wilhelm Hamkens als Gaujägermeister (um 1936)

pflegten privaten Kontakt.[37] Hamkens verdankte seine Ernennung zum Gaujägermeister im Jahr 1934 mit Sicherheit auch der Unterstützung dieses Jagdfreundes. Daneben umgab ihn die besondere Gloriole vom Besuch Adolf Hitlers, die ihn als „Betreuer des Führers" in eine Ausnahmestellung hob.[38]

Wilhelm Hamkens hielt seine Hand schützend über den jüdischen Arzt Dr. Ernst Bamberger, der in Rendsburg eine äußerst angesehene chirurgische Privatklinik betrieb, und dem er seit langem menschlich verbunden war. Bis zur staatlich verordneten Entziehung der Approbation zum 30. September 1938 blieb Dr. Bamberger weitgehend unbehelligt und konnte sogar der Jagd weiter nachgehen, was der ausdrücklichen Genehmigung des Gaujägermeisters bedurfte.[39]

„Unerhörte Ausfälle gegenüber der NSDAP"

Gegen jemanden mit dieser Machtfülle und diesen Beziehungen aufzutreten, ihn zu reizen und sogar herauszufordern, sprach zwar für Christian Webers Mut, war jedoch angesichts der Umstände eher tollkühn. Schließlich wußte gerade er als Rechtsanwalt, welche Konsequenzen sich aus einem solchen Verhalten ergeben konnten. Als ehemaliges prominentes Mitglied des verbotenen und aufgelösten „Tannenbergbundes" und als unbeirrt gläubiger Anhänger der Ludendorffer „Gotterkenntnis" hatte er mit Sicherheit von den Gewaltmaßnahmen erfahren, denen zahlreiche Gesinnungsfreunde ausgesetzt waren. So ließ die Polizeiverwaltung Nortorf am 5. Mai 1933 Friedrich Vollmers, Ernst Plambeck, Markus Wulf und Hermann Hemme in zweitägige „Schutzhaft" nehmen, die sie im Neumünsteraner Zentralgefängnis verbrachten.[40] Der Schlachter Friedrich Elsner aus Nortorf unterschrieb nach Entlassung aus längerer Haft eine Erklärung, daß ihm das Verbot des „Tannenbergbundes" behördlicherseits mitgeteilt worden sei.

Andere ehemalige „Tannenbergbündler" mußten sich nach der „Schutzhaft" vor dem Schleswig-Holsteinischen Sondergericht in Altona wegen Äußerungen und Verhaltensweisen verantworten, die nun Straftatbestand waren. So wurde Alfred B. aus Hohenwestedt zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt, weil er in einer Gaststätte die Frau von Propagandaminister Goebbels als Jüdin bezeichnet hatte. Er wollte diese Information einer „Ludendorff-Zeitung" entnommen haben.[41] Das stellte ein Vergehen dar laut der Verordnung des Reichspräsidenten zur Abwehr gegen heimtückische Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung vom 21. März 1933.

Hans-Heinrich S. aus Heinkenborstel, ebenfalls „Tannenbergbündler", erhielt aufgrund dieser Verordnung eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Er hatte Hitler Wortbruch vorgeworfen.[42] Emil P. aus Westerrönfeld, als Heilkundiger tätig, machte ausgerechnet vor der Schwester des Ortspropagandaleiters von Büdelsdorf abfällige Äußerungen über Adolf Hitler. Marga H., die im Bücherschrank auch noch Ludendorff-Literatur entdeckte, informierte ihren Bruder. Das Urteil lautete auf zwei Monate Gefängnis.[43]

Dagegen legte Christian Weber, den P. um die Übernahme seiner Verteidigung gebeten hatte, Beschwerde ein, der aber nicht stattgegeben wurde. In einer Eingabe an das Rendsburger Landratsamt in dieser Sache gebrauchte Weber dann so scharfe Formulierungen, daß sie bei einem Disziplinarverfahren gegen ihn verwendet werden konnten.[44]

Zu diesem Zeitpunkt, Mitte des Jahres 1934, war die Auseinandersetzung zwischen ihm und seinem alten Feind Wilhelm Hamkens schon voll entfacht. Den Anlaß hatte vor allem die einwöchige Haft des Frisörs Willy N. aus Innien gegeben. Er war, wie Weber schrieb, nach schweren Mißhandlungen festgenommen worden. N. hatte den Amtsvorsteher und Ortsgruppenleiter Hinrich B. aus Bünzen der Hehlerei beschuldigt.[45] Die Beschwerde des Rendsburger Rechtsanwalts gegen die Schutzhaftanordnung des Landrats beim Regierungspräsidenten wurde zwar zurückgewiesen, wegen B. aber nachgefragt.

Hamkens, der für die Ernennung B.s verantwortlich war, wies auf die Verjährung hin und bekräftigte den einwandfreien Ruf des „bewährten Kämpfers der nationalen Revolution".[46] Daß die Angelegenheit Kreise bis zum Oberpräsidenten und Gauleiter gezogen hatte, verstärkte naturgemäß die vorhandene Abneigung gegenüber Weber, wobei dieser jedoch ihm in nichts nachstand.

Zur Eskalation zwischen den Kontrahenten kam es am 21. Februar 1936 auf der Treppe des Kreishauses in der Königinstraße. Landrat Hamkens rief Christian Weber zu, daß er den „Deutschen Gruß" zu erweisen habe. Der reagierte jedoch nicht, sondern betrat ein Bürozimmer der Steuerabteilung, wo er wiederum nicht vorschriftsmäßig grüßte. Nach dem Erlaß vom 18. Dezember 1933 war in allen staatlichen Dienstgebäuden Preußens mit Erheben des rechten Arms zu grüßen. Dabei konnte, aber mußte nicht „Heil" oder „Heil Hitler" gesagt werden.[47] Jedenfalls nahm Hamkens die Verweigerung Webers zum Anlaß, ihn aus dem Hause zu weisen, und untersagte ihm noch am gleichen Tag per Einschreiben, jemals wieder das Landratsamt zu betreten.[48]

Regierungspräsident Anton Wallroth wies die Beschwerde Christian Webers am 5. März 1936 als unbegründet und unangemessen im Ton zurück und riet ihm, sein Verhalten gegenüber Behörden zu ändern, da er sich andernfalls zu Maßnahmen genötigt sehen würde.

Am 6. Mai 1936 wurde gegen Christian Weber vor der Dienststrafkammer Anklage wegen Verletzung seiner Dienstpflichten erhoben. Am 29. August entzog ihm der Oberlandesgerichtspräsident in Kiel vorläufig das Notariat. Der aufsichtsführende Richter Lehment beim Amtsgericht Rendsburg schickte daraufhin Justizwachtmeister Plähn in Webers Kanzlei in der Nienstadtstraße, um ihm die Siegel abnehmen zu lassen.[49] Christian Weber vermutete, daß Wilhelm Hamkens als Drahtzieher hinter dieser Maßnahme stand, und er hatte damit auch recht.

Schon im Juni 1935 war der Rendsburger Landrat auf dem offiziellen Dienstweg an den Oberpräsidenten herangetreten, um sich über Webers „unerhörte Ausfälle gegenüber der NSDAP" zu beschweren. Seine Tätigkeit sei eine fortgesetzte Agitation gegen Staat und Volk, dabei bekleide er das öffentliche Amt eines Notars.[50] Hamkens stellte auch die Unterlagen zusammen, die Lohse Anfang 1936 an den Oberlandesgerichtspräsidenten weiterleitete, der aufgrund dieses Materials die vorläufige Enthebung vom Notariat anordnete.[51]

Rachefeldzug mit einem Scheidungsurteil

Gegen diese Entscheidung, die herbe Einkommensverluste nach sich zog, hatte Christian Weber sofort Beschwerde beim Reichsgericht eingelegt. Da er die Stillegung seines Notariats als direkten Angriff auf seine Existenz und die seiner Familie sah, ging er zur massiven Gegenwehr über. Es wäre für ihn ein leichtes gewesen, mit seinem Wissen dem Widersacher Hamkens zu schaden. Schließlich war Rendsburg eine Kleinstadt, in der nichts verborgen bleiben konnte, schon gar nicht, wenn es das Privatleben der örtlichen Prominenz betraf. Die besondere Vorliebe von Wilhelm Hamkens für Frauen hatte allge-

Abb. 4: Rendsburger NS-Prominenz und Reichswehr auf dem Balkon des ehemaligen Gewerkschaftshauses am Paradeplatz
(Im Hintergrund Wilhelm Hamkens in Kreisleiteruniform, vor ihm seine Frau Ella. Vorn Kreispropagandaleiter Herbert Puhlmann, der interessiert den Ausführungen von Bürgermeister und Ortsgruppenleiter Franz Krabbes folgt)

meinen Bekanntheitsgrad, was manche auf Distanz zu ihm gehen ließ. Die Nachbarschaft seiner Dienstvilla am Kanalufer zur Kolonialen Frauenschule machte für ihn vieles bequemer.[52] Dann gab es noch den unehelichen Sohn seines Hausmädchens, der genau ein Dreivierteljahr nach der „Machtübernahme" geboren und gleich danach zu seinen Großeltern nach Remmels gegeben worden war.[53]

Auch sonst hatte sich Hamkens häufig über die sogenannten guten Sitten hinweggesetzt. Über die Exzesse in Volltrunkenheit war sogar in den „Deutschland-Berichten" der Exil-SPD in Prag zu lesen gewesen.[54] Seine Ablösung als Kreisleiter zum 31. Dezember 1935, angeblich wegen Arbeitsüberlastung, hing damit sicherlich zusammen.

Doch angesichts des unveränderten Wohlwollens, das Freund Hinrich Lohse weiterhin gegenüber Wilhelm Hamkens zeigte, hielt es Christian Weber für klüger, ein anderes Angriffsziel zu wählen, das ihm nicht derart gefährlich erschien. Auch in diesem Fall handelte es sich um moralische Verfehlungen, die bei Publikwerden dem Ansehen der NSDAP schaden konnten, und damit indirekt seinem Intimfeind. Ins Visier nahm er den neuen Kreisleiter Heinrich Carl, bis dahin Geschäftsführer im

„Adolf-Hitler-Haus" in der Bahnhofstraße und seit langen Jahren die rechte Hand von Hamkens.[55] Beide hatten sich im 1. Weltkrieg bei den Garde-Schützen kennengelernt. Durch Carls Empfehlung, sich dort als Rechtsanwalt und Notar niederzulassen, war Wilhelm Hamkens nach Hohenwestedt gekommen. Dieser setzte seinen Bürovorsteher im April 1933 gewissermaßen als Statthalter in der Kreisleitung ein, was den Übergang dann reibungslos machte. Allerdings geriet Carl durch die führende Stellung mehr in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Weber kam auf diese Weise an Informationen, die er sich für seine Zwecke zunutze machen wollte.

Heinrich Carl hatte 1920 eine Hohenwestedterin geheiratet und mit ihr eine Tochter bekommen. Die Ehe verlief jedoch unglücklich. Seit 1927 betrieb Carl die Scheidung, doch seine Frau weigerte sich. In zwei Prozessen, die durch die Instanzen bis zum Oberlandesgericht führten, war er jeweils als schuldiger Teil zur Herstellung der Gemeinschaft verurteilt worden. Stattdessen lebte er in Rendsburg mit Paula G. in „wilder Ehe"; seine Frau wohnte inzwischen in Uetersen.

Auf Anraten von Wilhelm Hamkens ließ Carl sie durch einen Ermittlungslungsbeamten der Kieler Gauleitung beobachten und erhielt so die Beweise, die schließlich beim dritten Verfahren zur Scheidung im Mai 1935 führten.[56] Mitte Oktober 1936 bekam die ehemalige Frau des Kreisleiters Carl einen Brief von Rechtsanwalt Weber, der um ein Treffen und um die Überlassung ihres Scheidungsurteils bat. Im Wartesaal des Elmshorner Bahnhofs gab sie ihm tatsächlich die Akte. Sie unterstützte nur zu gern sein Vorhaben, den jahrelangen unmoralischen Lebenswandel ihres geschiedenen Mannes offen anzuprangern.[57]

Am 31. Oktober 1936 erfuhr der Rendsburger Bürgermeister Franz Krabbes durch eine vertrauliche Mitteilung aus dem Postamt, daß dort ein an Christian Weber adressiertes Päckchen eingetroffen war.[58] Am nächsten Morgen informierte er Landrat Hamkens darüber, der sofort Oberpräsident Lohse anrief und mit ihm die polizeiliche Beschlagnahme und Öffnung der Sendung absprach. In ihr befanden sich zehn Abschriften des Scheidungsurteils des Ehepaares Carl, angefertigt von einer Kaufmännischen Privatschule in Kiel.

Der telefonisch davon unterrichtete Lohse ordnete am Apparat mündlich die „Schutzhaft" an. Am Mittag dieses 1. November, einem Sonntag, erschien um 14 Uhr die Polizei bei Christian Weber, um ihn festzunehmen. Bevor er ins Rendsburger Gerichtsgefängnis gebracht wurde, konnte er noch seinen Rechtsanwaltskollegen Ernst N. informieren und ihn bitten, sich um Frau und Kinder zu kümmern.[59] Immerhin wurde 1936 noch der Schein des Rechts gewahrt. Hamkens drängte den Oberpräsidenten, ihm unverzüglich die schriftliche Ausfertigung des Schutzhaftbefehls zukommen zu lassen, da er am selben Tag zugestellt werden müsse.[60]

Noch bevor der angeforderte Schnellbrief aus Kiel in Rendsburg eintraf, wurde Christian Weber vernommen. Er habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt, um sich gegen die Stillegung seines Notariats zu wehren, erklärte der inhaftierte Rechtsanwalt. Deshalb wollte er bei verschiedenen Amtsstellen wie Anwaltskammer und Oberlandesgerichtspräsident ausführlich

darstellen, warum er diesen kritischen Standpunkt gegen einige Träger des neuen Staatswesens einnähme. So würde das Scheidungsurteil den Lebenswandel von Kreisleiter Carl kennzeichnen. Da er nur über eine Schreibkraft verfüge, habe er die Verfielfältigungen in Kiel in Auftrag gegeben und dort um strengstes Stillschweigen gebeten.[61] Nach dieser Aussage erhielt Christian Weber den Schutzhaftbefehl ausgehändigt, gegen den er noch vor Ort Beschwerde einlegte. Tags darauf wurde er nach Kiel in das Gefängnis des Polizeipräsidiums in der Gartenstraße verlegt und in Einzelhaft gehalten.[62]

Es gab für ihn keine Sprecherlaubnis. Doch das bedeutete keine spezielle Schikane, sondern galt für alle. Der stellvertretende Kieler Gestapo-Leiter Dr. Heinz Gräfe vertrat in einem Bericht an das Preußische Geheime Staatspolizeiamt in Berlin die Ansicht, daß gerade Weber keine bessere Behandlung als andere „Schutzhäftlinge" erhalten dürfe, geschweige denn besondere Vergünstigungen. Er sei nicht nur ein „unheilsamer Querulant", sondern ein Staatsgegner, der immer wieder versuche, Behörden und Stellen der Bewegung Knüppel zwischen die Beine zu werfen und angebliche Mißstände hervorzuzerren. Das stehe ihm in keiner Weise zu. Ob Kreisleiter Carl wirklich so unmoralisch gehandelt habe, daß er auf seinem Posten nicht mehr tragbar sei, entscheide allein die Partei. Das sei auch die Auffassung des Oberpräsidenten, der gleichzeitig bitte, die Überführung Webers in ein KZ anzuordnen. Er schließe sich dem an.[63]

Gräfe bezog sich in seinem Schreiben auf die Beschwerden, die der inhaftierte Rendsburger Rechtsanwalt an den Reichsminister des Innern und an den Inspekteur der Geheimen Staatspolizei in Berlin gerichtet hatte, also an die Adresse des Reichsführers-SS Heinrich Himmler.[64] Natürlich waren die Briefe durch die Kieler Gestapo-Kontrolle gegangen und an Lohse weitergereicht worden. Doch es gab noch einen anderen Weg nach Berlin. Wie Weber später berichtete, fuhr seine Frau in die Reichshauptstadt und konnte dort den Sachverhalt Dr. Werner Best vortragen, dem Personalchef des Geheimen Staatspolizeiamtes.[65]

Ihre mutige Mission hatte Erfolg. Als der dänische Schwager Christian Webers Anfang Dezember 1936 bei Lohse vorsprach, war diesem kurz vorher vom Kieler Gestapo-Leiter Dr. Hans-Ulrich Geschke ein Telegramm aus Berlin vorgelegt worden. Christian Weber sei wegen Haftunfähigkeit zu entlassen. Ungläubig fragte Hinrich Lohse noch einmal nach, bevor er diese Entscheidung akzeptieren mußte. Schließlich hatte ihm doch der Leiter des Geheimen Staatspolizeiamtes, SS-Gruppenführer Reinhard Heydrich, persönlich zugesagt, den renitenten Rendsburger Rechtsanwalt in ein KZ zu bringen.[66]

Einen Tag vor Weihnachten war Christian Weber wieder auf freiem Fuß und wurde weitgehend in Ruhe gelassen. Allerdings begann nun eine „wirtschaftliche Durststrecke" für ihn, in deren Verlauf er sich genötigt sah, zwei Grundstücke zu verkaufen, um den Unterhalt seiner Familie zu sichern. Die NSDAP tat alles, um Klienten abzuhalten. Doch einige standen auch zu ihm. Vor allem durch die Zeugenaussage des oben erwähnten Rechtsanwaltskollegen N. wurde Weber im Disziplinarverfahren von allen Dienstpflichtverletzungen freige-

sprochen und am 15. Juni 1938 wieder in sein Amt als Notar eingesetzt.[67]

Die 300 RM Geldstrafe, zu der er am 5. September 1938 vom Ehrengericht der Rechtsanwaltskammer in Kiel verurteilt wurde, konnte er verschmerzen. Er hatte Wilhelm Hamkens beleidigt, der mittlerweile zum Regierungspräsidenten in Schleswig avanciert war.[68] Heinrich Carl, der inzwischen seine Lebenspartnerin geheiratet hatte, wurde im August 1939 in die Gauamtsleitung in Kiel berufen. Im September 1941 forderte ihn Hinrich Lohse an, der neuernannte „Reichskommissar für das Ostland". Bis zum Juni 1944 verwaltete Carl dann das Gebiet von Sluzk in Weißruthenien.[69]

Die Maßstäbe von Recht und Gerechtigkeit

Der 54jährige Rechtsanwalt Christian Weber wurde am 1. Dezember 1940 zur Wehrmacht eingezogen und nach einem Umschulungslehrgang als Ordonnanz-Offizier und Kolonnenführer in Norwegen und Finnland eingesetzt. Ende 1944 fand er in Dänemark als Dolmetscher Verwendung und nutzte seine Sprachkenntnisse auch im Internierungslager, aus dem er am 31. Juli 1945 nach Rendsburg entlassen wurde. Fünf Monate später erteilte ihm die Britische Militärregierung die Zulassung als Rechtsanwalt und Notar.[70]

Gesundheitlich ging es ihm nicht gut, und er hatte in seinem Alter in der schwierigen Nachkriegszeit große Probleme, in seinem Beruf wieder Fuß zu fassen. Um so mehr empörte es Christian Weber, als der Entnazifizierungs-Hauptausschuß Schleswig Wilhelm Hamkens am 5. August 1948 nur in die Kategorie IV (Mitläufer) einstufte und ihm 25 Prozent seines Ruhegehaltes als Regierungspräsident zusprach.[71]

In altgewohnt kämpferischer Manier wandte sich Weber an Karl Feldmann, den Sonderbeauftragten der Landesregierung für Entnazifizierung, und stellte ihm reichhaltiges Belastungsmaterial aus seiner Verfolgungszeit zu, der es an den Öffentlichen Kläger beim Entnazifizierungsausschuß in Schleswig mit der Aufforderung weitergab, die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Hamkens einzuleiten.[72] Nach den üblichen Aufrufen in verschiedenen Zeitungen und Amtsblättern gingen etliche Zeugenaussagen ein, wobei sich Be- und Entlastung in etwa die Waage hielten.

Am 4. Januar 1949 beschloß der Entnazifizierungs-Hauptausschuß des Kreises Schleswig, es bestehe keine Veranlassung, eine Wiederaufnahme des Verfahrens vorzunehmen. Dann gelang es Wilhelm Hamkens noch, 1952 unter Berufung auf § 8 Abs. 3 des Gesetzes zur Beendigung der Entnazifizierung vor dem Dienststrafhof in Schleswig die volle Pension als Landrat einzuklagen.[73] In der Urteilsbegründung hieß es, er habe die fachliche Eignung für dieses Amt gehabt, die Beförderung zum Regierungspräsidenten sei allerdings aufgrund seiner Verbindung zum Nationalsozialismus erwachsen.

Christian Weber hatte weniger Erfolg. Nach einer Bearbeitungsdauer von fast drei Jahren war ihm vom Sonderhilfsausschuß des Kreises Rendsburg 1950 eine Haftentschädigung von 150 DM zuerkannt worden.[74] Anträge an das Land Schleswig-Holstein nach dem Haftentschädigungsgesetz vom 4. Juli 1949

und nach dem Bundesergänzungsgesetz für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung vom 18. September 1953 wurden vom Entschädigungsamt abgewiesen, ebenso wie Webers Klage vor der 2. Entschädigungskammer des Landgerichts in Kiel. Er sei nicht aus Gründen politischer Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus verfolgt worden. Die Ludendorff-Bewegung habe im Kern die gleiche Ideologie, daher könne von einem erkennbaren Gegensatz nicht gesprochen werden. Besonderer Einklang bestehe in der Rassenfrage mit der gemeinsamen Unrechtshaltung gegenüber dem Judentum. In den „Kampfzielen" Ludendorffs sei der Ausschluß der deutschen Staatsbürgerrechte für die Juden ausdrücklich gefordert worden mit den Begründung ihres „minderwertigen Blutes".[75] Weber gab dennoch nicht auf, sondern legte gegen das Urteil Berufung ein, was am 24. Februar 1960 zu einem Vergleich über 2000 DM führte.

Christian Weber stand damals im 74. Lebensjahr. Seine Frau Luise war 1953 gestorben, und seine beiden Töchter hatten schon lange Rendsburg verlassen. Vielleicht machten ihm noch einmal heftige Gefühle zu schaffen, als er vom Tod Wilhelm Hamkens' im Oktober 1962 erfuhr, der die letzte Zeit seines Lebens krank und fast blind in Husum verbracht hatte.[76]

Weber selbst wurde zu seinem 80. Geburtstag durch Glückwünsche des Schleswig-Holsteinischen Justizministers noch eine letzte Ehrung zuteil, in Anerkennung seiner jahrzehntelangen pflichtbewußten Tätigkeit als Notar. Christian Weber starb am 14. Juni 1967. Wie es seinem Charakter entsprach, war er bis zum Ende der „Gotterkenntnis" der Mathilde Ludendorff treu geblieben.

Anmerkungen

1. Verordnung des Preußischen Innenministeriums zur Auflösung des Tannenbergbundes v. 23.9.1933; Landesarchiv Schleswig (LAS) 301, 4552.
2. Personalakte Christian Weber des Schleswig-Holsteinischen Justizministeriums, LAS 786, 1660, auch für die folgenden Ausführungen.
3. Vernehmungsprotokoll Webers durch die Rendsburger Polizei v. 2.11.1936, LAS 301, 4512.
4. Rudolf Rietzler, „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919 - 1928). Neumünster 1982, S. 158 (= Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins Bd. 4).
5. Wolfgang Benz/Hermann Graml/Hermann Weiß (Hrsg.), Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 1997, S. 532.
6. Rendsburger Tageblatt Nr. 262 v. 9.11.1923.
7. Information des Oberpräsidenten in Kiel an die Landräte v. 3.3.1923, LAS 309, 22786.
8. Claus Heinrich Bill, „Unser Hauptziel: Das Dritte Reich!" Der Wehrwolf in Schleswig-Holstein 1923-1933. In: Informationen zur Schleswig - Holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 31, Kiel 1997, S. 44ff.
9. Bericht der Polizeiverwaltung Rendsburg v. 3.12.1923, LAS 309, 22786.
10. Polizeiverwaltung Rendsburg an den Regierungspräsidenten in Schleswig v. 22.3.1924, LAS 309, 22786.
11. Rendsburger Tageblatt Nr. 85 v. 9.4.1924.
12. Rendsburger Tageblatt Nr. 106 v. 5.5.1924.
13. Rendsburger Tageblatt Nr. 83 v. 6.4.1924; Rendsburger Tageblatt Nr. 102 v. 1.5.1924.
14. Vorstandssitzung v. 15.1.1925, Protokollbuch des Hohenwestedter Kriegervereins 1915-1930, Hohenwestedter Museumsarchiv.
15. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 87 v. 15.4.1925.
16. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 230 v. 2.10.1933.
17. Leserbrief in der Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung Nr. 19 v. 23.1.1925.
18. Bill, S. 52.
19. Edward Hoop, Geschichte der Stadt Rendsburg, Rendsburg 1989, S. 529.
20. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 271 v. 18.11.1933.
21. Bericht v. 13.8.1930, LAS 301, 4558.
22. Claus-Heinrich Bill, Der Tannenbergbund in Schleswig-Holstein 1925-1933. In: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 28, Kiel 1995, S. 8ff.
23. Friedemann Bedürftig, Lexikon Drittes Reich, München 1997, S. 217.

24. Deutsche Wochenschau/Völkische Feldpost Nr. 22 v. 27.5.1928; Benz/Graml/Weiß, S. 756.
25. Neue Deutsche Biographie, Bd. 15, Berlin 1987, S. 290; Hans Gasper/Joachim Müller/Friederike Valentin, Lexikon der Sondergruppen und Weltanschauungen. Fakten, Hintergründe, Klärungen, Freiburg 1990, S. 726.
26. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 32 v. 7.2.1933.
27. Meldekarte Chistian Weber, Auskunft durch H. Hartwig vom Ordnungs- und Meldeamt der Stadt Rendsburg v. 21.4.1998.
28. Gerhard Paul, Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein, Hamburg 1996, S. 201 (= IZRG-Schriftenreihe Bd. 1).
29. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 53 v. 3.3.1933 und Nr. 54 4.3.1933; LAS 309, 22930.
30. Alexander Scharff/Manfred Jessen-Klingenberg, Geschichte Schleswig-Holsteins, 5. Aufl., Freiburg/Würzburg 1991, S. 94.
31. Geheimes Staatsarchiv(GStA) Rep 90, 1053; Rep 77, 5469.
32. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 138 v. 16.6.1933.
33. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 118 v. 22.5.1933.
34. Ministerial-Blatt für die Preußische innere Verwaltung v. 27.12.1933, S. 1493f.
35. Preußischer Minister des Innern an Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten v. 5.7.1934, LAS 301, 5014.
36. LAS 309, 37280; LAS 615, 1170.
37. LAS 320 Rendsburg, Bd. 12, 59.
38. Adele Steltzer v. 10.1.1949, LAS 460.1, 83.
39. Rundschreiben des Reichsjägermeisters v. 5.10.1936, LAS 320 Rendsburg, Bd. 15, 5.
40. Kostenrechnung v. 16.5.1933, Vereins- und Versammlungsrecht Stadtarchiv Nortorf 127.1; auch für die folgenden Ausführungen.
41. LAS 358, 8259.
42. LAS 358, 7819.
43. LAS 358, 7972.
44. Weber an den Öffentlichen Kläger beim Entnazifizierungsausschuß Schleswig v. 3.11.1948, LAS 460.1, 83.
45. wie Anm. 42.
46. Regierungspräsident an Oberpräsident v. 16.1.1934 und 28.5.1934, LAS 301, 4508 und LAS 301, 4509.
47. Oberpräsident v. 4.1.1934, LAS 301, 4407.
48. LAS 309, 37820, auch f. d. folgenden Ausführungen.
49. Vorgang v. 7.9.1936, LAS 761, 14522.
50. Landrat Hamkens an Oberpräsident Lohse v. 18.6.1935, LAS 301, 4512.
51. Oberlandesgerichtspräsident an Oberpräsident v. 1.9.1936, LAS 302, 4512.
52. Gespräch mit Frau Wahlberg v. 8.9.1997.
53. Meldeprotokoll für die Gemeinde Remmels 1923-1954, Archiv des Amtes Hohenwestedt-Land.
54. Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934-1940, 2. Jg. 1935, 3. Aufl. 1980, S. 502; Bestätigung durch Oswald Krabbes v. 2.6.1997.
55. Schleswig-Holsteinische Landeszeitung Nr. 2 v. 3.1.1936.
56. Scheidungsurteil des Oberlandesgerichts Kiel v. 7.5.1935, LAS 301, 4512.
57. Vernehmung durch die Ortspolizeibehörde Uetersen v. 3.11.1936, LAS 301, 4512.
58. Bericht des Bürgermeisters Franz Krabbes v. 2.11.1936, LAS 301, 4512.
59. Schreiben v. 14.6.1947, LAS 761, 15422.
60. Landrat Hamkens an Oberpräsident Lohse v. 2.11.1936, LAS 301, 4512.
61. Protokoll von Kriminalsekretär Johannes Christiansen v. 2.11.1936, LAS 301, 4512.
62. Angabe im Fragebogen v. 14.2.1946, LAS 786, 1660.
63. Geheime Staatspolizei, Staatspolizeistelle Kiel, an Preußisches Geheimes Staatspolizeiamt Berlin v. 10.11.1936, LAS 301, 4512.
64. Paul, S. 32.
65. Christian Weber v. 3.11.1948, LAS 460.1, 83.
66. Vermerk von Oberpräsident Lohse v. 26.12.1936, LAS 301, 4512.
67. Erklärung v. 14.6.1947, LAS 761, 15422.
68. Urteil der 2. Entschädigungskammer des Landgerichts Kiel v. 20.3.1959, LAS 761, 15422.
69. Spruchgerichtsakte Heinrich Carl, Bundesarchiv Koblenz Z 42 III, 3339.; Kreisleiterdokumentation IZRG, Schleswig
70. Anordnung v. 31.12.1945, LAS 786, 1660.
71. LAS 611, 1905.
72. Feldmann v. 30.9.1948, LAS 460.1, 83.
73. Urteil v. 12.8.1952, LAS 611, 5371.
74. Bescheid v. 28.1.1950, LAS 761, 15422.
75. Aus der Urteilsbegründung v. 20.3.1959, LAS 761, 15422.
76. Tod von Wilhelm Hamkens am 4.10.1962, LAS 611, 1905.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Landesarchiv Schleswig, LAS 786, 1660
Abb. 2: *Rendsburger Tageblatt* Nr. 262 vom 9.11.1923.
Abb. 3, 4: Stadtarchiv Rendsburg

Björn Marnau

„Transport nach Sachsenhausen"

Zur Aktion „Arbeitsscheu Reich" in Schleswig-Holstein (Juni 1938)

Am Mittwoch, den 22. Juni 1938, hatte die 56. Kieler Woche gerade ihren Zenit erreicht. Für den dritten Tag des segelsportlichen Ereignisses sah das Programm einen sportlichen Ruhetag vor. Dieser sollte den Teilnehmern die Möglichkeit geben, neue Kräfte für die beiden noch folgenden Wettkampftage zu schöpfen, gegebenenfalls an den Booten aufgetretene Schäden in Ruhe zu beheben und „freundschaftliche Bande zu knüpfen". Für den Abend hatte der Yachtclub von Deutschland alle Segler zu einem festlichen Ball eingeladen.[1]

Während sich die Sportler in den frühen Abendstunden beim Tanz vergnügten, verließ um 20.45 Uhr ein Häftlingstransport die Fördestadt. Sein Ziel: das bei Berlin gelegene Konzentrationslager Sachsenhausen. Wer waren diese Menschen, die an jenem Abend aus Schleswig-Holstein in das brandenburgische KZ verschleppt wurden, was war der Grund für ihre Deportation in eines der größten und berüchtigsten Konzentrationslager?

Sommer 1938: Arbeitskräfte fehlen

Im Sommer 1938 befand sich die Arbeitslosigkeit in Deutschland auf ihrem niedrigsten Stand seit 1929. Obgleich noch immer Hunderttausende ohne Beschäftigung waren, wurden in bestimmten Branchen und Regionen Arbeitskräfte gesucht. „Starke Nachfrage nach Arbeitskräften in Kiel" titelten am 15. Juni 1938 die *Kieler Neuesten Nachrichten* und schrieben zu dem Thema unter anderem: „Der Monat Mai brachte eine weitere Belebung des Arbeitseinsatzes. Rund 10.000 Vermittlungen wurden vorgenommen. 2.600 gemeldete offene Stellen konnten nicht besetzt werden."

Auch die aus dieser Situation gezogenen Konsequenzen nannte die Zeitung: „Zur Erreichung der Ziele des zweiten Vierjahresplanes wird der Einsatz aller Kräfte gefordert. In verschiedenen landwirtschaftlichen Bezirken des Arbeitsamts Kiel sind bereits die letzten Reserven restlos in Arbeit gebracht worden". Die „letzten Reserven": hierzu zählte das Regime auch diejenigen, denen es unterstellte, sich nach Möglichkeit jeder produktiven Tätigkeit zu entziehen - die „Asozialen", die Bettler, Landstreicher und „Arbeitsscheuen". Zwei große Festnahmeaktionen gegen Menschen, die die Nationalsozialisten unter die genannten Kategorien subsumierte, fanden im Jahre 1938 statt.

Verschärfung der Verfolgung von „Asozialen"

Nachdem das Reichspropagandaministerium wenige Monate nach der Machtübernahme im September 1933 eine reichsweite Bettlerrazzia durchgeführt hatte[2], war das Vorgehen gegen „Asoziale" in den folgenden vier Jahren weitgehend in den Händen lokaler und regionaler Körperschaften geblieben.[3] Dies änderte sich durch den am 14. Dezember 1937 von Reichsinnenminister Wilhelm Frick unterzeichneten Erlaß über die „Vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei". Auf seiner Grundlage sollten vor allem „Berufs- und Gewohnheitsverbrecher" und Personen, die keine oder falsche Angaben über ihre Personalien machten, in Vorbeugungshaft genommen werden, zusätzlich aber auch, „wer, ohne Berufs- oder Gewohnheitsverbrecher zu sein, durch sein asoziales Verhalten die Allgemeinheit gefährdet".[4]

Obwohl die kriminalpolizeiliche Vorbeugungshaft gegen „Asoziale" auf der Grundlage dieses Erlasses seit Dezember 1937 möglich war, ging Heinrich Himmler durch einen Erlaß vom 26. Januar 1938 zunächst mit der Gestapo gegen „Arbeitsscheue" vor. Bei dieser Verhaftungsaktion, die am 21. April begann, wurden in Kiel innerhalb von vier Tagen 44 Menschen festgenommen und zunächst vom Polizeigefängnis in das dortige Gerichtsgefängnis überführt.[5] Dann wurden die Männer, von denen zwei Drittel obdachlos waren, in die „vorbeugende Schutzhaft" verlegt: damit gehören sie sehr wahrscheinlich zu den knapp 2000 „Arbeitsscheuen", die im Rahmen dieser Aktion in das KZ Buchenwald bei Weimar verschleppt wurden.[6]

Noch vor Abschluß der Verhaftungen der Gestapo legte das Reichskriminalpolizeiamt am 4. April 1938 den Kriminalpolizeiabteilungen ausführliche Durchführungsrichtlinien zum „Grunderlaß Vorbeugende Verbrechensbekämpfung" vor. Die Gruppe der zu erfassenden „Asozialen" wird dort wie folgt beschrieben: „Als asozial gilt, wer durch gemeinschaftswidriges, wenn auch nicht verbrecherisches, Verhalten zeigt, daß er sich nicht in die Gemeinschaft einfügen will. Demnach sind z.B. asozial: a) Personen, die durch geringfügige, aber sich immer wiederholende Gesetzesübertretungen sich der in einem nationalsozialistischen Staat selbstverständlichen Ordnung nicht fügen wollen (z.B. Bettler, Landstreicher (Zigeuner), Dirnen, Trunksüchtige, mit ansteckenden Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten, behaftete Personen, die sich den Maßnahmen der Gesundheitsbehörden entziehen); b) Personen, ohne Rücksicht auf etwaige Vorstrafen, die sich der Pflicht zur Arbeit entziehen und die Sorge für ihren Unterhalt der Allgemeinheit überlassen (z.B. Arbeitsscheue, Arbeitsverweigerer, Trunksüchtige). In erster Linie sind bei der Anwendung der polizeilichen Vorbeugungshaft Asoziale ohne festen Wohnsitz zu berücksichtigen. Politische Gesichtspunkte dürfen bei der Prüfung, ob eine Person als asozial zu bezeichnen ist, in keinem Falle Platz greifen. Dieses Gebiet bleibt nach wie vor der Geheimen Staatspolizei vorbehalten (Schutzhaft)."[7]

Die Aktion „Arbeitsscheu Reich" vom 13. bis 18. Juni 1938

Nach Erlaß dieser Richtlinien dauerte es nur noch einige Wochen, bis in großem Umfang kriminalpolizeiliche Vorbeugungshaft gegen „Asoziale" verhängt wurde. Mit Datum vom 1. Juni 1938 verschickte das Reichskriminalpolizeiamt einen von Reinhard Heydrich unterzeichneten und als „streng vertraulich" gekennzeichneten Schnellbrief an die Kriminalpolizeileitstellen. Darin bestimmte Heydrich die zu verhaftenden Personengruppen:

„Ohne Rücksicht auf die bereits vom Geheimen Staatspolizeiamt im März d. J. durchgeführte Sonderaktion gegen Asoziale sind unter schärfster Anwendung des Erlasses vom 14. Dezember 1937 in der Woche vom 13. bis 18. Juni 1938 aus dem dortigen Kriminalpolizeileitstellenbezirk mindestens 200 männliche arbeitsfähige Personen (asoziale) in polizeiliche Vorbeugungshaft zu nehmen."[8] Neben Landstreichern ohne feste Arbeit, Bettlern - auch mit festem Wohnsitz - , Zuhältern, gegen die schon einmal ein Strafverfahren gelaufen war - selbst wenn dieses mit einem Freispruch geendet hatte - und Personen, die häufig wegen Körperverletzungsdelikten und verwandten Straftaten vor Gericht gestanden hatten, sollten auch Zigeuner oder „nach Zigeunerart umherziehende Personen" berücksichtigt werden, sofern sie keiner geregelten Arbeit nachgingen oder straffällig geworden waren. Schon bei dieser Aktion ein knappes Vierteljahr vor dem Pogrom des 9. November 1938 sollten auch Juden festgenommen werden, sofern sie mit mindestens einer Gefängnisstrafe von mehr als einem Monat vorbestraft waren. Während es bei der Gestapoaktion zwei Monate zuvor offiziell in erster Linie um seßhafte Fürsorgeempfänger gegangen war - die Kieler Fälle zeigen allerdings ein anderes Bild - , zielte die „Juniaktion" der Kriminalpolizei von vornherein in hohem Maße auf wohnungslose Personen.

In den Morgenstunden des 13. Juni begannen Kriminalpolizeibeamte wie im gesamten Reich so auch in Schleswig-Holstein mit der Verhaftung von „Asozialen". Offensichtlich existieren jedoch im Norden nur noch für die Stadt Kiel Gefangenenbücher, die Auskunft über die Verhafteten jener Aktion „Arbeitsscheu Reich" geben. Um 7 Uhr morgens wurde der in Hamburg gebürtige, wohnsitzlose 25jährige Gerhard S. verhaftet. Seiner Festnahme folgten an jenem Tag 19 weitere, bis zum offiziellen Ende der Aktion am 18. Juni sollten es insgesamt 72 werden. Dreizehn der Inhaftierten wurden nach einigen Stunden, häufig schon mittags, in der Regel jedoch spätestens am Abend des Festnahmetages wieder freigelassen. Die übrigen wurden in das Kieler Gerichtsgefängnis verlegt.

Die Festgenommenen

Alle Festgenommenen waren laut Gefangenenbuch wegen „Arbeitsscheu" erfaßt worden - Zuhälter, „Zigeuner" oder wegen wiederholt begangener Körperverletzung auffällig gewordene Personen befanden sich offensichtlich nicht unter den Opfern der Aktion. Mehr als die Hälfte der Männer waren offen-

sichtlich un- oder angelernte Arbeiter, die übrigen waren - bis auf wenige Ausnahmen - Arbeiter mit einer Ausbildung oder Handwerker.[9] Nur 20 von ihnen waren gebürtige Schleswig-Holsteiner, davon alleine sechs Kieler. Die meisten von ihnen, nämlich 59, hatten keinen festen Wohnsitz.

Während wir für die Mehrzahl der Betroffenen nur die im Gefangenenbuch notierten Angaben zur Person kennen, liegen für vier Männer Akten aus Wiedergutmachungsverfahren aus der Nachkriegszeit vor. Diese Dokumente umfassen allerdings jeweils nur wenige Seiten.

So wissen wir Näheres über zwei Männer aus Neumünster, die von der Kripo Kiel offensichtlich an ihrem Wohnort festgenommen und von dort nach Kiel transportiert worden sind - dafür spricht, daß am 16. Juni um 10 Uhr ein Dutzend Männer im Kieler Polizeigefängnis eingeliefert wurden, von denen sieben aus der Textilstadt Neumünster stammten.

Einer von ihnen war der schon 57jährige Schuhmacher Friedrich M., der bis zum September 1932 bei der Bahnmeisterei in Neumünster beschäftigt gewesen war.[10] Auf dem Höhepunkt der Weimarer Wirtschaftskrise wurde er dann „wegen Mangel an Tagewerken und wegen Arbeitsmangel" gekündigt. Es kann nur vermutet werden, daß der 52jährige in den folgenden Jahren aufgrund seines Alters und seiner Konstitution keine Anstellung mehr gefunden hat. Er selber vermutete Mitte der 1950er Jahre, „er sei auf Veranlassung der Partei verhaftet worden, weil er keinen Posten annehmen wollte und bei Haussammlungen nicht gespendet habe."

Das Landesentschädigungsamt hingegen urteilte im April 1956, daß die Verhaftung des M. „auf einem bedauerlichen Mißgriff der damaligen Polizeibehörde, deren Opfer der Antragsteller wurde", beruht habe. „Da der Antragsteller körperlich nicht voll leistungsfähig war, entstand damals der Eindruck, daß er sich vor der Arbeit drücke", schrieb das Landesentschädigungsamt. Der Fall des Friedrich M. unterstützt die Vermutung des Historikers Ayaß, daß viele Verhaftete nicht arbeitsfähig waren, obgleich nur Arbeitsfähige hatten verhaftet werden sollen.[11]

Der 32jährige Kraftfahrer Hans H. aus Neumünster, der von 1933 bis 1935 Mitglied der NSDAP gewesen war, bevor er aufgrund „abfällige[r] Redensarten" über die Partei ausgeschlossen wurde, war zum Zeitpunkt seiner Verhaftung noch nicht einmal arbeitslos, sondern als Zivilkraftfahrer beim Arbeitsdienst in Neumünster tätig.[12] Dennoch hatte ihn die Kripo Kiel „als Asoziale[n] und Arbeitsscheue[n]" festgenommen, „weil er in den letzten Jahren wiederholt von Arbeitgebern wegen öfteren Fehlens und Faulheit entlassen" worden war. H. hatte nach Auskunft des Landgerichts Kiel, vor dem die Scheidung des H. von seiner Frau während seiner KZ-Haft 1939 verhandelt wurde, angeblich selbst „zugegeben [...], daß er in mehreren Fällen die öffentliche Unterstützung durch sein Verhalten verschuldet hätte".

In Kiel wurde am späten Vormittag des 17. Juni der gelernte Schmied August W. inhaftiert. Der 33jährige, der keinen festen Wohnsitz hatte, arbeitete „unständig am Hafen" der Fördestadt. Auslöser für seine Festnahme als „Arbeitsscheuer" war offensichtlich seine Wohnsitzlosigkeit - so will es zumin-

dest das schleswig-holsteinische Entschädigungsamt 31 Jahre später wissen. Einziger nachgewiesener Jude unter den im Juni Festgenommenen war der 52jährige Kieler Kaufmann W. H., der offiziell aber auch als „arbeitsscheu" bezeichnet wurde.

Die Zahlen der Verhafteten übertrafen reichsweit bei weitem die Vorgaben von 200 Festnahmen pro Leitstellenbezirk, wie sie Heydrich gefordert hatte. Während in den 14 Leitstellenbezirken der Kriminalpolizei bei gerade ausreichender Befolgung weniger als 3.000 Menschen hätten verhaftet werden müssen, gab der Amtschef der Dienststelle Vierjahresplan im persönlichen Stab des Reichsführers-SS, SS-Oberführer Greifelt, in einem Vortrag vor SS-Führern die Gesamtzahl der Verhafteten mit „weit über 10.000" an. Die Zahl erscheine, so Ayaß, durchaus glaubwürdig bei Berücksichtigung der vorliegenden Teilzahlen.[13]

Im Kriminalpolizeileitstellenbezirk Hamburg, der die Kriminalpolizeistellen Hamburg, Kiel und Flensburg umfaßte, verhaftete die Polizei 700 Personen, wovon 300 auf das Gebiet der Hansestadt Hamburg entfielen.[14] Von den 400 Personen, die rechnerisch für die Kriminalpolizeistellen Kiel und Flensburg verbleiben, führt das Kieler Gefangenenbuch 59 auf.

Deportation in die Konzentrationslager

Vermutlich sind alle Festgenommenen am Abend des 22. Juni mit einem Transport nach Sachsenhausen deportiert worden. In 15 Fällen vermerkt das Buch explizit den „Transport nach Sachsenhausen", doch auch die vier Männer, deren Entschädigungsakten vorliegen, waren definitiv in dem Brandenburger Konzentrationslager, obgleich ihr Gefangenenbucheintrag hierzu keine Angaben macht.

Mit den Razzien des Jahres 1938 nahm die KZ-Unterbringung von „Asozialen" Massenumfang an. Innerhalb weniger Wochen kamen in großen Schüben mehrere tausend Verhaftete einer bis dahin nicht bekannten Häftlingskategorie in die Konzentrationslager. Die Lager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen stießen dadurch an ihre bisherige Kapazitätsgrenze. Die bis dahin dominierenden politischen Häftlinge wurden nun zu einer Minderheit. So wurden ins KZ Sachsenhausen, wo zum Jahresbeginn 1938 die Häftlingszahl noch bei 2.500 gelegen hatte, im Sommer 1938 über 6.000 sog. „Asoziale" verschleppt.[15]

Innerhalb der von der SS bewußt geförderten Häftlingshierarchie rangierten die „Asozialen" ganz unten - allerdings wohl noch vor den Juden und Homosexuellen.[16] Als Zweck der KZ-Inhaftierung wurde August W. erklärt, „er müsse an einer Umschulung für etwa 6 Wochen teilnehmen, um den Nationalsozialismus kennenzulernen". Ungeachtet der inzwischen hinreichend bekannten Zustände in den KZ im allgemeinen und in Sachsenhausen im besonderen gab Friedrich M. an, während seiner Haftzeit nicht mißhandelt worden zu sein. Nichtsdestotrotz erlitt er während seiner Inhaftierung einen schweren Gesundheitsschaden: Eine im Dezember 1938 bei der Arbeit im Lager zugezogene Wunde entzündete sich und hatte eine Blutvergiftung zur Folge, die

schließlich zu einer Verkrüppelung seiner linken Hand führte.

Nachdem die Kieler Polizeigefangenen zunächst nach Sachsenhausen verbracht worden waren, wurden vier Männer, die zwei Wochen nach offiziellem Abschluß der Aktion „Arbeitsscheu Reich" am 1. August in Kiel als „Arbeitsscheue" festgenommen worden waren, nach Buchenwald verschleppt. In diesem bei Weimar gelegenen KZ wurden im August 1938 von den knapp 8.000 Häftlingen etwa 4.600 als „Arbeitsscheue" geführt. Ihre Zahl sank aber in den folgenden Monaten durch Todesfälle, Verlegungen in andere Lager und durch Entlassungen kontinuierlich. Mithäftlinge berichteten, daß die Haftbedingungen der „Arbeitsscheuen" noch übler waren als die anderer Häftlinge.[17]

Die ersten Häftlinge der „Juniaktion" wurden im Zuge einer Amnestie anläßlich von Hitlers 50. Geburtstag am 20. April 1939 entlassen. Zu den Amnestierten gehörte Friedrich M. Nach eineinhalb Jahren Haft wurde am 16. Dezember 1939 auch Hans H. aus Sachsenhausen entlassen. Ebenfalls im Laufe des Jahres 1939 erhielt der jüdische Kaufmann H. seine Freiheit wieder. H. heiratete kurz darauf seine Cousine, mit der er noch im selben Jahr nach Shanghai emigrierte. Als im Juni 1940 nach zweijähriger Haft für die Verhafteten der „Juniaktion" der erste reguläre Haftprüfungstermin anstand, fand August W. keine Berücksichtigung. W., der interessanterweise nur ein halbes Jahr lang den braunen Winkel der „Asozialen" getragen und danach den roten Winkel der „Politischen" erhalten hatte, wurde erst nach zweieinhalbjähriger KZ-Haft Ende 1940 entlassen.

Bekannt ist auch das Entlassungsdatum für den 42jährigen Kieler Alfred F., der im selben Jahr eine Woche vor Weihnachten das Brandenburger KZ verlassen durfte.[18]

Keine Wiedergutmachung

Wer als „Asozialer" in ein Konzentrationslager verschleppt worden war, erhielt nach 1945 grundsätzlich keine Entschädigung.[19] Entsprechend urteilte das Landesverwaltungsgericht Schleswig im Herbst 1951, daß eine Anerkennung als Opfer des Nationalsozialismus ausgeschlossen sei, wenn die Überführung in ein Konzentrationslager „wegen Arbeitsscheu auf Grund der sog. ‚Asoaktion'" erfolgt sei.[20]

Die Erfahrungen von Ayaß, daß seines Wissens alle Anträge, die von als „Asozialen" verfolgten Menschen gestellt wurden, bis in die 1980er Jahre abgelehnt worden sind[21], finden ihre Bestätigung in den wenigen bekannten schleswig-holsteinischen Fällen. „Dem Entschädigungsantrag konnte nicht entsprochen werden", urteilte im April 1954 das Landesentschädigungsamt Schleswig-Holstein über den Antrag des Schuhmachers Friedrich M. auf Anerkennung als politisch Verfolgter und fuhr fort: „Sämtliche Entschädigungsansprüche setzen voraus, daß der Antragsteller wegen einer gegen den Nationalsozialismus gerichteten politischen Überzeugung verfolgt worden ist und hierdurch Schaden erlitten hat. Der Antragsteller muß also von der verfolgenden Stelle als politischer Gegner erkannt worden sein. Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor, denn der An-

tragsteller hat nie einer politischen Partei angehört und sich auch sonst politisch passiv verhalten. Wie die Ermittlungen ergeben haben, geschah die Verhaftung des Antragstellers im Rahmen der Aktion gegen arbeitsscheue Elemente. Die Verhaftung des Antragstellers beruhte auf einem bedauerlichen Mißgriff der damaligen Polizeibehörde, deren Opfer der Antragsteller wurde. Da der Antragsteller körperlich nicht voll leistungsfähig war, entstand damals der Eindruck, daß er sich vor der Arbeit drücke. Der Antragsteller ist damit also ohne eigenes Verschulden irrtümlich als asozial angesehen und verhaftet worden. Allein aus diesen Gründen ist der Antragsteller auch schon nach seiner Haftentlassung mehrere Jahre vom Wohlfahrtsamt betreut worden.

Für eine irrtümliche politische Verfolgung gewährt das BEG jedoch nach gefestigter Rechtsprechung (zuletzt noch Urteil des BGH vom 7.3.56 - IV ZR 304/55 -) keinen Entschädigungsanspruch."[22]

Doch auch in Fällen, in denen die Festnahme nicht „irrtümlich" erfolgt war, wurde nicht entschädigt. „[...] es steht fest, daß er nicht aus den Voraussetzungen des § 1 BEG verfolgt und seiner Freiheit beraubt worden ist, sondern aus Gründen, die in seiner Person und seinem Verhalten liegen," befand das Entschädigungsamt im Falle von Hans H.[23]

Auch der Sonderhilfs-Ausschuß der Stadt Kiel lehnte eine Unterstützung der Betroffenen ab. Der 48jährige Heizer Friedrich A., der zunächst - so seine eigenen Angaben - acht Monate in Sachsenhausen inhaftiert war und während des Krieges von 1943 bis 1945 im Konzentrationslager Flossenbürg festgehalten worden war, wurde als „für eine Betreuung nicht in Frage" kommend eingestuft. Eine Stützung mag diese Entscheidung durch den Umstand erfahren haben, daß A. zwei Tage zuvor „wegen Erpressung und schweren Diebstahls festgenommen" worden war und nun im Kieler Polizeigefängnis einsaß.[24] Eine Anerkennung als Hilfsberechtigter hätte er jedoch vor dem Hintergrund des damaligen Entschädigungsprozederes auch ohne seine mutmaßliche Delinquenz nicht erfahren.

Ohne Entschädigung blieb im übrigen ebenfalls der Kieler Jude W. H.: „Wenn auch anerkannt wird, daß H. schwerste Schädigungen durch den Nat[ional] Soz[ialismus] erlitten hat, so bestehen z. Zt. doch keine gesetzlichen Grundlagen, die irgendwelche Wiedergutmachungsleistungen an H. rechtfertigen können. Das M[inisterium] d[es] I[nneren] bedauert es ausserordentlich, diesen abschlägigen Bescheid erteilen zu müssen."[25]

Anmerkungen

1. Vgl. Kieler Woche 1938, in: Kieler Neueste Nachrichten vom 18./19.06.1938.
2. Vgl. (mit regionalen Beispielen) Björn Marnau, Von „Speckjägern", „Tippelbrüdern" und „Rittern der Landstraße". Die Verfolgung von Bettlern und Landstreichern im Nationalsozialismus. In: Steinburger Jahrbuch 1996, Itzehoe 1995, S. 28-48.
3. Vgl. Wolfgang Ayaß, „Asoziale" im Nationalsozialismus. Stuttgart 1995, S. 138.
4. Reichssicherheitshauptamt - Amt V - (Hrsg.), Vorbeugende Verbrechensbekämpfung - Erlaßsammlung. Bearbeitet von SS-Hauptsturmführer Kriminalrat Richrath im Reichssicherheitshauptamt, o. O., o. J., (Berlin 1943) s. 42, zit. n. Ayaß (1995), S. 139.
5. Vgl. LAS Abt. 623, Nr. 10 (Gefangenenbuch A, Kiel).
6. Vgl. Ayaß (1995), S. 143.
7. Erlaßsammlung Vorbeugende Verbrechensbekämp-

fung, S. 71, zit. n. Ayaß (1995), S. 147f.
8. Ebenda, S. 81, zit. n. Ayaß (1995), S. 149f.
9. Neben 39 Arbeitern waren unter den Festgenommenen Bergmänner (2), ein Buchbinder, ein Crogmann, Dreher (2), ein Gärtner, Heizer (4), Kraftwagenfahrer (2), ein Kremmer, ein Lehrling, ein Maler, Maurer (2), ein Mechaniker, Melker (2), ein Sattler, ein Schleifer, Schlosser (2), Schmiede (2), ein Schneider, Schuhmacher (2) und Tischler (3).
10. Vgl. LAS Abt. 761, Nr. 13322.
11. Vgl. Ayaß (1995), S. 163.
12. Vgl. LAS Abt. 761, Nr. 5266.
13. Vgl. Ayaß (1995), S. 156.
14. Vgl. Ayaß (1995), S. 155.
15. Vgl. Ayaß (1995), S. 165f.
16. Vgl. Ayaß (1995), S. 169.
17. Vgl. Ayaß (1995), S. 166.
18. Vgl. StA Kiel Nr. 49090.
19. Vgl. Ayaß (1995), S. 214.
20. Urt. LVG Schleswig v. 14.08.1951 = St. L. II 323/50, zit. n. Hartmann, Das schleswig-holsteinische Wiedergutmachungsrecht, S. 59, in: Schleswig-Holsteinische Anzeigen, April 1952, S. 57-60.
21. Vgl. Ayaß (1995), S. 212.
22. LAS Abt. 761, Nr. 13322.
23. LAS Abt. 761, Nr. 5266.
24. StA Kiel Nr. 49080.
25. StA Kiel Nr. 49229.

Bettina Goldberg

Mit einem Kindertransport nach Großbritannien

Drei ehemalige Kieler erinnern sich

In Großbritannien fanden infolge der restriktiven britischen Einwanderungspolitik in den ersten Jahren der NS-Herrschaft nur wenige Flüchtlinge aus Deutschland Aufnahme. Dies änderte sich allerdings nach dem Novemberpogrom, als die Behörden unter dem Druck der Öffentlichkeit die Einreise erleichterten. Hatten bis dahin dort etwa 11.000 Menschen Asyl erhalten, so erhöhte sich deren Zahl bis Kriegsausbruch um annähernd 40.000.[1]

Von besonderer Bedeutung war der Beschluß der britischen Regierung vom 16. November 1938, etwa 10.000 Kindern im Alter bis zu 18 Jahren im Königreich zeitweilig Zuflucht zu gewähren, wenn Hilfsorganisationen und Privatleute deren Unterbringung und Unterhalt garantierten. Dieser Beschluß bildete die Grundlage für die ‚Kindertransporte', eine groß angelegte Rettungsaktion, durch die zwischen Dezember 1938 und November 1939 annähernd 11.000 meist jüdische Kinder und Jugendliche aus Deutschland, Österreich und der Tschechoslowakei nach Großbritannien in Sicherheit gebracht werden konnten.[2]

Mindestens 25 Menschen, die durch die Kindertransporte gerettet wurden, kamen aus dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Schleswig-Holstein.[3] Zu ihnen gehören Abraham Becker, Henry Glanz und David Goldberg, drei ehemalige Kieler, die heute in London bzw. Edinburgh zu Hause sind. Im Oktober 1997 hatte ich dankenswerterweise die Gelegenheit, sie in ausführlichen Gesprächen über ihre Kindheit und Jugend in Deutschland, die Flucht und den Neuanfang in Großbritannien zu befragen. So sind es denn auch nicht so sehr Akten, die den folgenden Ausführungen zugrunde liegen, sondern in erster Linie die Erinnerungen der Betroffenen.[4]

Abraham Becker

Hätte er nicht das Grab seiner Mutter auf dem jüdischen Friedhof in der Michelsenstraße noch einmal sehen wollen, wäre Abraham Becker wohl nie wieder nach Deutschland gekommen. Dies jedenfalls sagte er einem Reporter der *Kieler Nachrichten*, als er im Juni 1990 zusammen mit seinem Bruder Simcha auf Einladung der schleswig-holsteinischen Landesregierung nach über 55 Jahren erstmals wieder seine ehemalige Heimatstadt besuchte.[5]

Abraham Becker wurde am 19. Dezember 1920 als erstes Kind von Feiwel und Bluma Becker (geb. Bombach) in Kiel geboren. Seine Eltern waren kurz

Abb. 1: Volksschule Kiel, Gutenbergstraße, nach 1926.
Dritte Reihe v. unten rechts: Abraham Becker, geb. 19.12.1920

zuvor aus dem polnischen Teil Galiziens zugewandert, wohl nicht zuletzt, um sich dem dort herrschenden Antisemitismus zu entziehen.[6] Ebenso wie die Familien Goldberg und Glanz gehörten sie damit zur Gruppe der Ostjuden in Kiel, die 1933 mehr als die Hälfte der 522 Mitglieder starken jüdischen Gemeinde ausmachten. Feiwel Becker betätigte sich als Kleinhändler, einem unter den ostjüdischen Immigranten weitverbreiteten Beruf. Sein Abzahlungsgeschäft für Wäsche und Textilien, in dem man selbst kleinere Einkäufe auf Raten tätigen konnte, befand sich zunächst am Sophienblatt, dann am Knooper Weg, ab April 1930 schließlich in der Gartenstraße 25, wo die Familie im ersten Stock eine große Mietwohnung bezog.[7]

Nur wenige Monate später, am 18. September 1930, starb Bluma Becker 36jährig an Schwindsucht. Abraham war damals noch nicht einmal zehn, seine Brüder Simcha und Osias waren gerade sieben bzw. fünf Jahre alt. „Und da hat mein Vater ein zweites Mal geheiratet, Rosa Sperber, auch eine polnische Jüdin", erzählt er. „Sie war eine wunderbare Frau, sie war auch schon sehr modern."[8]

Rosa Becker legte großen Wert darauf, daß ihre Stiefsöhne eine gute schulische Ausbildung mit auf den Weg bekamen. Deshalb wurde Abraham nach Absolvierung der Grundschule Ostern 1931 auf die 1. Knaben-Mittelschule in der Muhliusstraße geschickt, die spätere Carl-Loewe-Realschule. Er blieb allerdings nur bis 1934 dort, dann ging er zurück in die Volksschule. Ob hierfür das hohe Schulgeld, die immer feindseliger werdende Stimmung oder die

zunehmende Perspektivlosigkeit in Deutschland verantwortlich waren, ist Abraham Becker nicht mehr in Erinnerung. „Ich habe viel vergessen aus dieser Zeit", sagt er, „sehr viel!"[9] Sehr gegenwärtig sind die Schuljahre in Kiel dagegen seinem Bruder Simcha, der damals noch Siegfried hieß und auf dem Heimweg regelmäßig von Mitschülern verprügelt wurde. „Wenn ich dann mit zerrissenen Hosen und blutend nach Hause kam, dann schimpfte mein Vater noch auf mich: Was hast du wieder angestellt?!" heißt es in seinen Erinnerungen. „Er konnte sich nie vorstellen, daß von meinem Benehmen nichts abhing. Das war so in den Jahren 1935/1936."[10]

Auch wenn Feiwel Becker dies Simcha offensichtlich nicht klar genug zu verstehen gab, war er sich des Leidensweges seines Sohnes doch deutlich bewußt. Mit dem ‚Misrachi', dem religiösen Flügel der zionistischen Bewegung, sympathisierend, wollte er seinen Kindern die Möglichkeit geben, nach Palästina zu gehen, wo seit 1934 bereits die Eltern seiner verstorbenen Frau Bluma ansässig waren.[11] Simcha wurde deshalb im April 1936 nach Berlin in das jüdische Kinderheim ‚Ahawah' geschickt. Nach etwa zweijähriger Vorbereitung wanderte er im Juli 1938 von dort mit einer Gruppe von Gleichaltrigen in das Kinderdorf ‚Ahawah' in Kiryat Bialik bei Haifa aus. Er lebt heute in der Nähe von Tel Aviv.[12]

Mit der seit 1933 bestehenden ‚Arbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugend-Alija', durch deren Engagement bis Ende März 1939 3.262 jüdische Mädchen und Jungen aus Deutschland nach Palästina in Sicherheit gebracht werden konnten, sollte auch Osias auswandern, der jüngste der drei Brüder, weshalb er 1938 ebenfalls nach Berlin kam. Zu diesem Zeitpunkt hatte allerdings Großbritannien infolge der arabisch-jüdischen Unruhen die Einwanderung in ihr Mandatsgebiet bereits drastisch beschränkt. Osias erhielt kein Visum für Palästina. Er konnte jedoch 1939 noch mit einem Kindertransport nach England emigrieren, wo er im Januar 1945 im Alter von nur 19 Jahren an Leukämie starb.[13]

Abraham Becker hatte schon 1935, also vor seinen Brüdern, das Elternhaus in Kiel verlassen. Er wollte Landwirtschaft erlernen, um sich so auf die Auswanderung nach Palästina vorzubereiten. Der 15jährige kam zunächst nach Steckelsdorf in Brandenburg, später nach Gehringshof bei Fulda, zwei Orte, in denen der ‚Brith Chaluzim Datiim' (Bachad), der Bund religiöser Pioniere, landwirtschaftliche ‚Hachschara-Lager', d. h. als Kibbuzim organisierte Lehrgüter, eingerichtet hatte.[14] Nach dem Pogrom vom November 1938 und den damit verbundenen Zerstörungen wurde eine geregelte Ausbildung der jüdischen Jugendlichen in Deutschland immer schwieriger. Gleichzeitig schwanden mit der Verschärfung der Einwanderungspolitik durch die britische Mandatsmacht die Aussichten auf eine baldige Einreise nach Palästina. Angesichts dieser Situation bemühten sich die zionistischen Organisationen verstärkt darum, Jugendliche zunächst in sogenannten Transitländern unterzubringen. „Ich hatte Glück", sagt Abraham, „viele Chaluzim wurden nach Dänemark geschickt, ich aber kam nach England, wo mich die Nazis nicht schon bald wieder eingeholt hatten."[15]

Henry Glanz

Als Henry Glanz am 1. September 1939 englischen Boden betrat, hatte die deutsche Wehrmacht gerade Polen überfallen und damit das Land, in dem er am 28. Mai 1924 in der galizischen Kleinstadt Zolynia zur Welt gekommen war. 1925 wanderten Mendel Glanz und seine Frau Esther (geb. Buchen) mit ihrem Sohn nach Deutschland aus. Über Berlin zogen sie nach Kiel, wo schon andere Juden aus Zolynia lebten, darunter auch zwei Brüder von Esther Glanz.[16]

Esther hatte in Polen an der Universität Krakau deutsche und russische Literatur studiert. In Kiel betrieb sie zusammen mit ihrem Mann ein Abzahlungsgeschäft für Textilien, das sich in der Wohnung der Familie - zunächst Reventlou-Allee, ab 1930 Sternstraße - befand. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten gingen die Umsätze infolge der Boykottpropaganda gegen jüdische Geschäftsleute wohl schon bald deutlich zurück. Jedenfalls mußte die mittlerweile fünfköpfige Familie in eine kleinere und billigere Wohnung in der Adelheidstraße umziehen.[17]

Henry besuchte zu diesem Zeitpunkt noch die 4. Knaben-Volksschule in der Sternstraße. 1935 wurde er auf die 1. Knaben-Mittelschule in der Muhliusstraße umgeschult, die Abraham Becker genau ein Jahr zuvor verlassen hatte. „Die meisten Lehrer waren Antisemiten", meint Henry rückblickend, aber es habe doch auch einige wenige Ausnahmen gegeben. In besonders positiver Erinnerung ist ihm der Lehrer Johannes Hagenah geblieben. „Im Deutschunterricht ist oft gesagt worden, wenn man einen Juden nicht an der Nase erkennt, dann erkennt man ihn an dem Gestank von Knoblauch", erzählt er. „In der Turnstunde stand ich neben einem Jungen, der hat Hagenah gefragt: ‚Kann ich woanders stehen? Ich kann den Gestank von Knoblauch nicht vertragen.' Hat Hagenah ihm eine Ohrfeige gegeben, hat gesagt: ‚Was du in der Hitler-Jugend machst, darüber hab ich keine Kontrolle. Hier benimmst du dich wie ein zivilisierter Mensch!'" Kurz nach dem Krieg hatte Henry wieder Kontakt zu seinem mittlerweile verstorbenen Lehrer. „Hagenah hätte es verdient, daß man für ihn einen Baum pflanzt", sagt er, „an der Allee der Gerechten in Yad Vashem."[18]

Am 15. November 1938, wenige Tage nach dem reichsweit inszenierten Pogrom, wurde Juden der Besuch ‚deutscher' Schulen generell verboten. Die elfjährige Gisela und der neunjährige Joachim Glanz besuchten zu diesem Zeitpunkt schon die zweiklassige jüdische Volksschule in Kiel, die im Vorgriff auf den Erlaß des Reichserziehungsministeriums bereits im April 1938 eingerichtet worden war. Henry Glanz ging nicht in diese Schule. „Meine Mutter fürchtete um meine Bildung", sagt er. Mit dem Hinweis darauf, daß sie ja polnische Staatsangehörige seien, beschwerte sich Esther Glanz beim polnischen Konsulat, und sie setzte sich durch: Ihr Ältester durfte auf der Mittelschule bleiben.[19]

Angesichts des dort herrschenden antisemitischen Klimas stellte sich für Henry der Sieg seiner Mutter eher als Pyrrhussieg dar. Er besuchte die Schule bis zum Frühsommer 1939. Parallel dazu bereitete sich Henry, der der zioni-

Abb. 2: Henry und Gisela Glanz, Kiel 1928

stischen Kinder- und Jugendbewegung angehörte, auf die Auswanderung im Rahmen der ‚Jugend-Alija' vor. Infolge der immer weiteren Beschränkung der Einwanderung im Jahr 1939 wurde jedoch sein Einreise-Zertifikat für Palästina ungültig. Statt dessen erhielt zunächst seine Schwester Gisela, dann er selbst einen Platz auf einem Kindertransport nach Großbritannien.[20]

David Goldberg

Henry Glanz und David Goldberg waren als Kinder in Kiel gut befreundet gewesen. In England sahen sie sich erst 1989 wieder, als in London etwa tausend Menschen aus aller Welt zusammenkamen, um den 50. Jahrestag ihrer Rettung durch die Kindertransporte zu begehen.[21]

David wurde am 23. November 1923 als zweiter Sohn von Benjamin und Regina Goldberg (geb. Landesmann) in Kiel geboren. Wie die Ehepaare Glanz und Becker stammten Goldbergs aus Galizien und betätigten sich in Kiel im Textilhandel. Bis 1933 hatten sie an der Langen Reihe einen Laden, anschliessend unweit des Hauptbahnhofs in ihrer Wohnung, Lerchenstraße 24, ein Etagengeschäft.[22] Die Verlegung war notwendig geworden, weil immer häufiger Kunden beim Betreten oder Verlassen des Geschäftes durch Nationalsozialisten belästigt wurden. Der Schritt zahlte sich aus: Zumindest in den ersten Jahren der NS-Herrschaft gingen die Umsätze der Firma nur unwesentlich zurück.[23] Die Treue, die ein Großteil der nichtjüdischen Kundschaft ungeachtet aller Boykott-Aufrufe bewies, hatte allerdings die fatale Folge, daß Regina

und Benjamin Goldberg - wie viele andere Juden - die Gefahr, in der sie sich befanden, unterschätzten. „1933 oder 34 hätten wir die Möglichkeit gehabt auszuwandern, denn mein Vater hatte Brüder in Amerika, und die haben geschrieben: Kommt her!" erzählt David. „Meine Eltern wollten nicht. Das mit dem Hitler, haben sie gedacht, das wird nicht lange dauern. Aber später, als es schlimmer und schlimmer wurde, da war es nicht mehr so leicht auszuwandern."[24]

Im Herbst 1938 verschärften die Nationalsozialisten ihre antijüdischen Maßnahmen. Am 27. und 28. Oktober wurden annähernd 18.000 Juden polnischer Herkunft in ihren deutschen Heimatgemeinden verhaftet, in Sammelstellen zusammengefaßt und anschließend in Sonderzügen an die polnische Grenze gebracht, wo man sie gegen den Widerstand der polnischen Grenzbeamten nach Polen abschob.

In Schleswig-Holstein fand diese Aktion aus bislang ungeklärten Gründen erst am 29. Oktober, einem Sonnabend, statt. An diesem Tag befanden sich Regina und Benjamin Goldberg zusammen mit ihrem Ältesten in Neumünster, wo sie sich bei einem Kunden, einem Bauern, verstecken konnten. David und sein vierjähriger Bruder Salo, die in Kiel geblieben waren, entgingen dagegen nicht der Verhaftung. „‚Ihr geht nach Polen', haben sie gesagt, ‚pack, was du tragen kannst!'", erinnert sich David. Obwohl ihm als orthodoxem Juden strikt verboten war, am Sabbath Geld zu berühren, war der 14jährige doch geistesgegenwärtig genug, um sowohl die Kasse als auch einen Koffer voll Waren mitzunehmen. „Ich hab mir gedacht, wenn man uns schickt nach Polen, muß ich doch Geld haben und etwas zu verkaufen", so David rückblickend.[25] Zusammen mit 126 weiteren polnischen Juden, darunter auch die Familien Becker und Glanz, wurden David und Salo Goldberg in einem bewachten Personenzug nach Frankfurt/Oder gebracht. Als sie am 30. Oktober dort ankamen, war die Grenze von polnischer Seite längst abgeriegelt und die Aktion abgebrochen worden. Auf eigene Kosten kehrten sie nach Kiel zurück.[26]

Nur wenig später, vom 9. auf den 10. November, fand im gesamten Deutschen Reich die berüchtigte ‚Kristallnacht' statt. In Kiel zündete der nationalsozialistische Mob die Synagoge an und verletzte durch gezielte Schüsse zwei angesehene Mitglieder der jüdischen Gemeinde lebensgefährlich. Außerdem zerstörte er etwa 15 jüdische Geschäfte sowie mindestens vier Privatwohnungen. Die Wohnung und das Geschäft der Familie Goldberg blieben unversehrt. Allerdings wurden Benjamin Goldberg und sein ältester Sohn Jakob in der Nacht festgenommen und zusammen mit 46 anderen Kieler Juden in das Polizeigefängnis in der Gartenstraße eingeliefert, um von dort in das Konzentrationslager Sachsenhausen bei Berlin überführt zu werden.

Da die Verhaftungsaktion sich laut Anordnung von oben auf die ‚reichsdeutschen' Juden hatte beschränken sollen, ließ man sie und 12 weitere polnische Juden zwar bald wieder frei, doch war ihnen jetzt deutlich bewußt, wie lebensbedrohlich die Situation in Deutschland bereits war. Regina und Benjamin Goldberg erreichten, daß der 17jährige Jakob im Dezember 1938 mit einem Kindertransport ausreisen konnte. Für sich selbst und ihre drei jüngeren

Söhne fanden sie hingegen keine Auswanderungsmöglichkeit.[27]

Am 23. Mai 1939 erhielten alle noch in Kiel lebenden polnischen Juden vom Polizeipräsidenten die Aufforderung, „das Reichsgebiet bis spätestens 15. Juni 1939 zu verlassen." Andernfalls würden sie, so der Wortlaut des Schreibens, „zum Vollzug der Abschiebungshaft in ein Konzentrationslager eingewiesen".[28] Bepackt mit wenigen Koffern, flohen Goldbergs Anfang Juni nach Aachen, wo sie Schmuggler bezahlten, die die fünfköpfige Familie illegal über die Grenze zu Verwandten nach Belgien brachten. In der Zwischenzeit hatte Jakob Goldberg erreicht, daß sein Bruder David ihm nach Großbritannien folgen durfte. David verließ Belgien im August 1939, knapp zehn Monate vor dem deutschen Überfall auf dieses Land.[29]

„Tell him that he is not in Germany, here a policeman is your friend!" Erste Erfahrungen in Großbritannien

Während David Goldberg vom belgischen Ostende aus die britischen Inseln erreichte, wurden die Kinder aus Deutschland und Österreich in der Regel mit der Bahn bis Hoek van Holland gebracht, wo sie die Fähre nach Harwich bestiegen. Da die Transporte nach dem Willen der Nationalsozialisten möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich gehen sollten, war es den Eltern polizeilich verboten worden, ihre Kinder auf den Bahnsteig zu begleiten. Der Abschied mußte bereits im Wartesaal stattfinden. Bei vielen war es ein Abschied für immer.

Im Zug versuchten jüdische Helfer - Sozialarbeiter, Lehrer und Jugendgruppenleiter - den Mädchen und Jungen in dieser traurigen Situation beizustehen. „Nevertheless there were terrible scenes", heißt es in den Erinnerungen von Norbert Wollheim, der zu den Organisatoren gehörte.[30] An der Grenze mußten Kinder wie Helfer die Durchsuchung ihres Gepäcks und häufig genug Schikanen durch die Gestapo über sich ergehen lassen. Erst als sie Deutschland hinter sich gelassen hatten und von holländischen Freiwilligen mit Getränken, Butterbroten und Süßigkeiten willkommen geheißen wurden, wich die Anspannung ein wenig. „Wir haben spontan angefangen, die Hatikwa zu singen, die jüdische Nationalhymne", so Henry Glanz rückblickend.[31]

In Harwich angekommen, wurden die Kinder und Jugendlichen von Mitarbeitern des ‚Refugee Children's Movement' in Empfang genommen und ins benachbarte Dovercourt in eine leerstehende Feriensiedlung gebracht, wo sie vorübergehend wohnen sollten, bis ein neues Zuhause für sie gefunden worden war. Aufgerüttelt durch Berichte in Presse und Rundfunk, hatten sich viele Engländer, Juden wie Christen, zur Aufnahme von Flüchtlingskindern bereit erklärt. Trotzdem konnten längst nicht alle Neuankömmlinge an Pflegefamilien vermittelt werden. Insbesondere die älteren Mädchen und Jungen kamen deshalb zumeist in Heime, die sich in den verschiedensten Teilen Großbritanniens befanden und von lokalen Flüchtlingskomitees unterhalten und betreut wurden.[32]

Die jüdische Gemeinde der Industriestadt Leeds, nach London und Manchester die drittgrößte jüdische Gemeinde

in Großbritannien, hatte zwei Heime für Flüchtlingskinder eingerichtet, eines für Mädchen im benachbarten Harrogate und eines für Jungen in der Stadt selbst.[33] Im Heim für Jungen, in dem seit Anfang 1939 bereits Davids älterer Bruder Jakob lebte, fand auch er selbst im August 1939 Aufnahme. Die erste Zeit fühlte sich David recht wohl in der neuen Umgebung. Dies verdankte er nicht zuletzt Philipp Moddel, einem Lehrer aus Hamburg-Altona, der anderen Flüchtlingskindern ebenfalls sehr positiv in Erinnerung geblieben ist. „Mr. Moddel [...] acted as our housemaster but really he was more of a father, friend, educator and choirmaster all in one", schreibt Davids Freund Gideon Behrendt, ein gebürtiger Berliner, der heute in Israel lebt.[34]

Nach Beginn des Krieges, im Frühsommer 1940, fand allerdings ein Wechsel in der Leitung des Heims statt. Er ist wohl darauf zurückzuführen, daß die britische Regierung aus Furcht vor der Einschleusung feindlicher Spione die Internierung der Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich angeordnet hatte, eine Maßnahme, von der auch der mittlerweile 19jährige Jakob Goldberg betroffen war. Mit den Personen veränderte sich die Atmosphäre: Das einst so freundliche Heim wurde zu einer Anstalt, so Gideon Behrendt, „that can best be compared to the orphanage described by Dickens in Oliver Twist."[35]

David Goldberg erlernte zu diesem Zeitpunkt in Leeds, dem Zentrum der Bekleidungsindustrie, den Beruf des Büglers. Eigentlich hatte er Automechaniker werden wollen, als Ausländer war ihm dieser Beruf jedoch verschlossen. An ein hohes Maß von Selbständigkeit gewöhnt, war der 16jährige nicht bereit, sich dem neuen Regime im Heim zu beugen. Er ging nach London, wohnte dort zusammen mit anderen Flüchtlingen bei einer älteren Dame zur Untermiete und fand ungeachtet nur geringer Englischkenntnisse eine Anstellung als Kellner in einem Restaurant von ‚Lyons Corner House'. Dort sei es nicht schlecht gewesen, meint er rückblikkend, aber er habe doch etwas anderes gewollt, nämlich mitkämpfen gegen das nationalsozialistische Deutschland. Nach seinem 18. Geburtstag meldete sich David deshalb freiwillig zum englischen Militär. Im März 1942 wurde er in das ‚Pioneer Corps' aufgenommen, damals die einzige Einheit der Armee, die Flüchtlingen bereits offenstand. Er gehörte ihm bis zu seiner Demobilisierung im Dezember 1946 an.[36]

Abraham Becker und Henry Glanz setzten in Großbritannien ihre Vorbereitung auf Palästina fort. Henry kam nach Gwrych Castle, ein an der Irischen See gelegenes altes Burgschloß im Norden von Wales, wo der Bachad Anfang September 1939 für etwa 200 Jungen und Mädchen eine Hachschara einrichtete. Das von Lord Dundonald zur Verfügung gestellte Schloß hatte über 15 Jahre leer gestanden und verfügte weder über elektrisches Licht noch über sanitäre Anlagen. Die ersten Bänke, Tische und Küchengeräte spendete die Baptisten-Gemeinde des nahegelegenen Städtchens Abergele; für weiteres Mobiliar sorgten die Flüchtlingskomitees in London.

Die Kinder wurden im Schloß in jüdischen, englischen und allgemeinen Fächern unterrichtet und darüber hinaus auf Bauernhöfen in der Umgebung in die Landwirtschaft eingeführt. Die primitiven Bedingungen scheinen ihnen

Abb. 3: Henry Glanz (4.v.l.) auf Hachschara in Nordwales, 1939

wenig ausgemacht zu haben. Sie erinnern sich an das kameradschaftliche Zusammenleben als Kibbuzniks und an die freundliche Aufnahme, die sie bei der einheimischen Bevölkerung fanden, auch wenn die Verständigung bisweilen schwerfiel.[37]

Anfangs waren viele Kinder allerdings noch sehr eingeschüchtert und verängstigt. Dies lag sicher zum Teil an der fremden Umgebung und Sprache, mehr noch aber an den Erfahrungen, die sie vor ihrer Flucht gemacht hatten. „Nach einigen Wochen in Wales gingen vier von uns in Abergele spazieren", erinnert sich Henry Glanz. „Zwei Jungen guckten in ein Schaufenster. Ein Polizist ging auf sie zu [...], und die beiden rannten weg. Natürlich rannte der Polizist nach und schnappte einen." Henry, der durch seine schulische Vorbildung bereits Englischkenntnisse hatte, fungierte als Dolmetscher. Warum der Junge weggelaufen sei, habe der Polizist ihn gefragt. Wenn in Deutschland ein Polizist auf jüdische Kinder zugehe, bedeute das Ärger, habe er ihm geantwortet. Der Polizist sei den Tränen nahe gewesen: „Tell him that he is not in Germany, here a policeman is your friend!" Einige Tage später seien dann mehrere Polizisten nach Gwrych Castle gekommen, um mit ihnen über die britische Polizei zu sprechen, „bei Tee und Kuchen".[38]

Ab Mai 1940 war infolge des Kriegszustandes eine Einwanderung nach Palästina nicht mehr möglich. Als im April 1941 die Gruppen in Gwrych Castle aufgelöst und die Jugendlichen zumeist auf andere Hachschara-Lager in Großbritannien verteilt wurden, fuhr Henry zu seiner Schwester, die er fast zwei Jahre nicht mehr gesehen hatte. Gisela Glanz war als 11jährige nach London gekommen. Von den jüdischen Hilfsorganisationen wurde sie dort erst in einem Heim, dann bei einer jüdischen Familie

Abb. 4: In der Küche der Hachschara-Farm, Millisle, County Down, Nordirland, ca. 1942 rechts: Erna Horn (später Becker)

untergebracht. Sie besuchte weiter die Schule und erlernte anschließend den Beruf der Modistin. Der 17jährige Henry fand ebenfalls eine Beschäftigung in der Hauptstadt: Er trug als Arbeiter in einer Fabrik für Maschinengewehre zu den britischen Kriegsanstrengungen bei.[39]

Abraham Becker kam Anfang Juli 1939 nach Nordirland in das an der Küste gelegene Millisle. Unterstützt durch die jüdische Gemeinde von Belfast unterhielt der Bachad dort eine Lehrfarm, die im Unterschied zu anderen Hachschara-Zentren bis in die Nachkriegszeit bestanden hat. Während die kleineren Kinder am Ort die Schule besuchten, wurden Abraham und die übrigen Jungen seines Alters in Gemüseanbau, Viehzucht und Milchwirtschaft ausgebildet und anschließend gegen Lohn als vollwertige Arbeitskräfte eingesetzt. Wie andere Flüchtlinge, die in der Landwirtschaft tätig waren, trugen sie damit zur Lebensmittelversorgung ihres Gastlandes bei, leisteten also kriegswichtige Arbeit an der Heimatfront.[40]

Im Unterschied zu Gwrych Castle arbeiteten die aus Deutschland und Österreich stammenden Jugendlichen in Millisle nicht bei Bauern, sondern auf der gepachteten Farm. Sie blieben deshalb mehr unter sich und hatten kaum Kontakt zu den Einheimischen. Abraham, der auf der Mittelschule in Kiel wohl Französisch, aber kein Englisch gelernt hatte, kann sich nicht erinnern, in den ersten zwei Jahren etwas anderes als Deutsch gesprochen zu haben. Dann fand er unter den Flüchtlingsmädchen eine Freundin, die bereits Englisch konnte. „Wir haben zusammen ein Buch gelesen, a book about China", erzählt er. „Den ersten Tag habe ich eine Linie

Abb. 5: Abraham Becker und seine zukünftige Frau Erna Horn auf Hachschara in Millisle, Nordirland, ca. 1942

Abb. 6: Benjamin und Regina Goldberg, die illegal in Brüssel überlebt hatten, mit ihrem Sohn David, Brüssel 1945

gelesen, und jedes Wort, was ich nicht verstanden hab, hab ich nachgeguckt im Dictionary und abgeschrieben. Den nächsten Tag hab ich schon drei Linien gelernt - und so jeden Tag. Das ist der einzige Weg, wie man kann lernen eine Sprache, ein bißchen jeden Tag. Und dann you must use it, sonst tut man das vergessen."[41]

Abraham Becker lernte auf der Farm auch Erna Horn kennen, seine zukünftige Frau. Die gebürtige Wienerin war als 15jährige im Dezember 1938 mit einem Kindertransport aus Österreich gekommen und wurde wie die anderen Mädchen in Hauswirtschaft eingewiesen. Im Januar 1944 heirateten Erna und Abraham in Millisle. In den folgenden Jahren schufen sie sich gemeinsam das, was sie beide hatten lange vermissen müssen: eine Familie, Wärme und Geborgenheit.[42]

Nur David sah seine Eltern wieder

Als der Krieg dem Ende zuging, hatten Henry Glanz, Abraham Becker und David Goldberg schon jahrelang keine Nachricht mehr von ihren Familien im nationalsozialistisch besetzten Europa erhalten. Nur David sah seine Eltern wieder. Benjamin und Regina Goldberg hatten sich im Sommer 1942, als die Deportationen der Juden aus Brüssel begannen, dank der Hilfe von Belgiern verstecken können. Zusammen mit ihrem jüngsten Sohn Salo verbrachten sie 26 Monate auf den verschiedensten Dachböden der Stadt. Nach der Befreiung durch die Alliierten im September 1944 war Gideon Behrendt, Davids

Freund aus dem Flüchtlingskinderheim in Leeds, als britischer Soldat in Brüssel stationiert. Zufällig hörte er auf der Straße den Namen ‚Goldberg'. „Und durch ihn sind wir wieder zusammengekommen", erzählt David. „Damals wußte ich doch überhaupt nicht, ob die Eltern leben."[43]

Feiwel und Rosa Becker hatten wie alle polnischen Juden in Kiel im Sommer 1939 den Ausweisungsbefehl aus dem Deutschen Reich erhalten. Mit ihrem gemeinsamen Sohn, dem neunjährigen Julius, waren sie im Juli desselben Jahres zu Verwandten von Rosa nach Zurawno südlich von Lemberg geflohen. Die letzte Karte, die sie von dort an ihren Sohn Simcha in Palästina schrieben, datiert vom 25. Februar 1941. Am 5. September 1942 wurden 500 Juden aus Zurawno durch die deutsche Besatzungsmacht in das Vernichtungslager Belzec deportiert und dort wenige Stunden nach ihrem Eintreffen ermordet. Die Todesdaten von Feiwel, Rosa und Julius Becker sind unbekannt. Sie gelten „als am 8. Mai 1945 verstorben".[44]

Ein Brief ist auch das letzte Lebenszeichen, das Gisela und Henry Glanz von ihren Eltern und ihrem Bruder haben. Esther Glanz und ihr zehnjähriger Sohn Joachim waren am 13. September 1939 zusammen mit anderen sich noch in Kiel aufhaltenden Ostjuden, vor allem Frauen und Kindern, nach Leipzig deportiert und dort in einer zu einem Sammellager umfunktionierten jüdischen Schule untergebracht worden. Mendel Glanz war zu diesem Zeitpunkt bereits nach Belgien geflüchtet, wo er sich erfolglos um ein Einreisevisum für seine Familie in die USA bemühte. „Meine geliebten teuren Kinder", schrieb Esther am 21. Oktober 1941 aus Leipzig. „Haltet stets in Liebe und Treue [...] zusammen, und Gott wird Euch segnen. Wir beide mit dem l[ieben] Joachim sind Gottlob gesund. Ich arbeite in einer Kirschnerei und verdiene für unseren Lebensunterhalt. Achim geht zur Schule [...]. Papa schreibt oft und möchte, wir sollen zu ihm nach Brüssel kommen, aber es geht leider nicht. Lebet wohl, meine innigst geliebten Kinder, wir wünschen Euch alles Gute und bitten den l[ieben] Gott um ein baldiges Wiedersehen." Esther und Joachim Glanz wurden im Mai 1942 nach Belzec deportiert, Mendel Glanz im August 1942 nach Auschwitz.[45]

„The rest is all memories now, and that we have to live with." Neue Wurzeln in Großbritannien

Großbritannien sollte für die Flüchtlingskinder eigentlich nur eine vorübergehende Zufluchtstätte, ein Transitland, sein. Nach dem Krieg wanderte ein kleinerer Teil nach Kanada, Australien oder in die USA weiter; eine größere Gruppe emigrierte nach Israel; einige wenige gingen nach Deutschland zurück. Die Mehrheit hingegen blieb im britischen Königreich, was nicht zuletzt durch die Liberalisierung der Einbürgerungspraxis im Jahr 1946 ermöglicht wurde.[46]

Die britische Staatsbürgerschaft nahmen auch Henry Glanz und Abraham Becker an, obwohl sie zur Vorbereitung auf Palästina nach Großbritannien gekommen waren. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß es in den ersten Nachkriegsjahren kaum möglich war, auf

Abb. 7: Gisela Schacher geb. Glanz (Sydney), Henry und Roberta Glanz geb. Cooper, London 1989 (v.l.n.r.)

legalem Wege nach Palästina einzureisen.[47] Dies änderte sich erst mit der Gründung des Staates Israel im Mai 1948. Jetzt verließen auch viele von Abrahams Freunden aus Millisle Großbritannien, um sich am Aufbau religiöser Kibbuzim in Israel zu beteiligen. Das Ehepaar Becker folgte ihnen nicht. Dies sei aber keine Entscheidung gegen Israel, sondern eher ein Zufall gewesen, meint Abraham rückblickend. In Belfast sei die Stelle des Synagogendieners vakant gewesen. Man habe ihn gefragt, ob er die Stelle wolle, und er habe zugesagt. „Und dann", fügt er hinzu, „naturally, one thing leads to another."[48]

Abraham und Erna Becker blieben bis 1960 in Belfast, wo auch ihre beiden Töchter geboren wurden. Dann zogen sie nach London. Abraham wurde Angestellter der ‚United Synagogue'. Er arbeitete zunächst wiederum als Synagogendiener. Später wurde er Sekretär der Synagoge in Finchley, einem mittelständischen Stadtteil mit hohem jüdischem Bevölkerungsanteil im Nordwesten von London, wo das Ehepaar auch wohnt. Heute ist Abraham zwar pensioniert, gegen ein symbolisches Gehalt führt er aber noch das Sekretariat der unabhängigen ‚Commercial Road Talmud Torah Synagogue', einer ursprünglich im Londoner East End, heute in Stamford Hill ansässigen jüdisch-orthodoxen Gemeinde. Er benötigt anderthalb Stunden, um seinen Arbeitsplatz zu erreichen, aber das stört ihn nicht. „It's for poor people", sagt der 76jährige, „it's a mizwe."[49]

Die Geschwister Glanz wollten nach dem Krieg eigentlich nach Australien auswandern, wo seit 1940 ein Onkel

Abb. 8: David und Ray Goldberg geb. Myerthall, Edinburgh 1943/44

von ihnen lebte. Als sie dessen Einladung erhielten, konnte allerdings nur Gisela fahren.[50] Henry war im September 1945 als Angehöriger der amerikanischen Militärverwaltung nach München gegangen und dort bis Mai 1947 in der Postzensur tätig. Es war bis heute sein letzter Aufenthalt in Deutschland. Zurück in England, lernte er die 21jährige Roberta Cooper kennen, die als Tochter ukrainischer jüdischer Einwanderer im Londoner East End geboren und aufgewachsen war. „Ich oder Australien", habe sie ihm gesagt, so Henry, „Australien ist zu weit von Mutti!" Der 23jährige entschied sich für Bobbie. Sie heirateten 1949.

Henry arbeitete zunächst als Kellner, dann in einer Fabrik für Hausschuhe. Bobbie war erst als Näherin, später bei verschiedenen Firmen als Bürokraft beschäftigt. Heute sind beide Rentner. Sie engagieren sich aber ehrenamtlich auf sozialem Gebiet: Bobbie arbeitet zwei Tage in der Woche in einer überkonfessionellen städtischen Wohlfahrtseinrichtung, Henry fährt ‚Essen auf Rädern' für den ‚Jewish Senior Citizen Club' aus. Ihre Söhne leben nicht in Großbritannien. Der ältere wohnt aus beruflichen Gründen in Rotterdam, der jüngere hat nach Argentinien geheiratet. Beide hätten gern ihre Eltern bei sich. Aber Henry und Bobbie wollen nicht weg. Sie fühlen sich nach wie vor im East End zu Hause, auch wenn in dem einst sehr jüdischen Stadtteil heute vor allem neue Einwanderer, insbesondere aus Bangladesh, leben.[51]

In eine ostjüdisch-britische Familie heiratete auch David Goldberg ein. 1943 war er als Soldat im schottischen

Penicuik stationiert. Während der Pessach-Woche luden ihn Percy und Minnie Myerthall ins benachbarte Edinburgh in ihr Haus zum Seder-Abend ein. Hier lernte er Ray kennen, die Tochter des Ehepaars. Die beiden 19jährigen heirateten schon nach wenigen Wochen. Ihr erster Sohn wurde 1944 geboren; eine Tochter und ein zweiter Sohn folgten in späteren Jahren.

Nach seiner Demobilisierung hatte David eigentlich eine Stelle als Bügler annehmen wollen. Als sich auf Anhieb keine solche fand, entschied er kurzerhand, sich selbständig zu machen. Er mietete ein Ladenlokal, das sich in einer Seitenstraße am Bühneneingang des alten ‚Empire Theatre' von Edinburgh befand. Seine Dienste waren gefragt. Bekannte Schauspieler wie Judy Garland und Laurel und Hardy zählten zu seinen Kunden. Die Idee für den Firmennamen hatte seine Frau. „You come from the continent", habe sie gesagt, „call it ‚Continental Cleaner & Valet Service' then."[52]

David Goldberg führte sein Geschäft 50 Jahre lang bis zu seinem 73. Lebensjahr. Seit Juni 1997 ist er Rentner. Seine Frau starb 1992. David reist gern. In Deutschland ist er allerdings nur einmal wieder gewesen, kurz nach dem Krieg als Übersetzer beim Nürnberger Prozeß. Nach Israel, wohin seine mittlerweile verstorbenen Eltern 1949 auswanderten, wo zudem sein jüngster Bruder und viele Verwandte wohnen, fährt er dagegen oft und gern. Dort zu leben, kann er sich jedoch nicht vorstellen. „Ich bin schon eingewöhnt hier, über 50 Jahre eingewöhnt, das kann man nicht einfach vergessen", sagt er und spricht damit aus, was auch Henry Glanz und Abraham Becker empfinden.[53] Als David nach Großbritannien kam, konnte er kein Wort Englisch. Ohne Gelegenheit zu weiterem Schulbesuch erlernte er das Englische im Alltag nebenbei. Heute fühlt er sich wohl in der Sprache seines zweiten Heimatlandes, dem er sein Leben und eine neue Existenz verdankt. „I got married, I brought up three children, I own my own house, I've got a motorcar. I can only eat with one knife, fork, and spoon! - What more do I want?" so seine Bilanz. „The rest is all memories now, and that we have to live with."

Anmerkungen

1. Marion Berghahn: Continental Britons. German-Jewish Refugees from Nazi Germany, Oxford/ Hamburg/New York 1988, S. 75; Francis L. Carsten: Deutsche Emigranten in Großbritannien 1933-1945, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.): Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland, Stuttgart 1983, S. 138-154, 138; zu Hintergrund und Verlauf der britischen Einwanderungspolitik siehe auch Bernard Wasserstein: Britische Regierungen und die deutsche Emigration 1933-1945, ebd., S. 44-61; A. J. Sherman: Island Refuge. Britain and the Refugees from the Third Reich, London 1973.

2. Ronald Stent: Jewish Refugee Organisations, in: Werner E. Mosse u. a. (Hrsg.): Second Chance: Two Centuries of German-speaking Jews in the United Kingdom, Tübingen 1991, S. 579-598, 590f.; ausführlich zur Geschichte der Kindertransporte siehe Karen Gershon (Hrsg.): Wir kamen als Kinder. Eine kollektive Autobiografie, Frankfurt/Main 1988; Barry Turner: ... and the Policeman Smiled, London 1990 (deutsche Fassung: Kindertransport: eine beispiellose Rettungsaktion, Gerlingen 1994); Bertha Leverton/ Shmuel Lowensohn (Hrsg.): I Came Alone. The Stories of the Kindertransports, Lewes/Sussex 1990 (stark gekürzte deutsche Fassung: Rebekka Göpfert (Hrsg.): Ich kam allein. Die Rettung von zehntausend jüdischen Kindern nach England 1938/39, München 1994).

3. Diese Angabe basiert auf dem IZRG-Datenpool zu Juden in Schleswig-Holstein (im folgenden zit. als ‚JSH'), den Erich Koch dankenswerterweise aufgebaut hat; allgemein zur Auswanderung der schleswig-holsteinischen Juden während der NS-Zeit siehe Gerhard Paul: „Nur Shanghai war noch offen." Der jüdische Exodus aus Schleswig-Holstein (1933-1941), in: Gerhard Paul/

Miriam Gillis-Carlebach (Hrsg.): Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona (1918-1998), Neumünster 1998, S. 437-458; zur Rettung schleswig-holsteinischer Juden durch die Kindertransporte siehe m. W. bislang nur Bernd Philipsen: Der 9./10. November 1938 in Kappeln. Die ‚Reichskristallnacht' in einer schleswig-holsteinischen Kleinstadt, in: Grenzfriedenshefte (1988), S. 153-161, 159ff. (Erik, Kurt u. John Eichwald/Johnny Blunt, Kappeln); Turner, ... and the Policeman Smiled, S. 11f., 13f., 45, 55, 78, 83, 221, 274f. (Johnny Blunt); Jenny Kreyssig: Nur ein Photo von den Eltern - Mit dem jüdischen Kindertransport nach England, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration, München 1991, S. 203-215, 209ff. (Johnny Blunt); Leverton/Lowensohn: I Came Alone, S. 206f. (Peter Mansbacher, Lübeck); Jüdische Gemeinde Hamburg (Hrsg.): Zwischen gestern und heute. Erinnerungen jüdischen Lebens ehemaliger Schleswig-Holsteiner, zusammengestellt u. eingeleitet von Gerd Stolz, Heide 1991, S. 97-109 (Peter Mansbacher), S. 89-92 (Alfredo u. Marion Levy, Friedrichstadt).

4. Interviews mit Abraham Becker (London) v. 7.10.1997, Henry Glanz (London) v. 8.10.1997, David Goldberg (Edinburgh) v. 12. u. 13.10.1997. Die Interviews und Recherchen stehen im Kontext des von der Volkswagen-Stiftung finanzierten Forschungsprojekts „Zur Sozialgeschichte des Terrors am Beispiel der Verfolgung der jüdischen Bevölkerung Schleswig-Holsteins 1933-1945", das seit August 1996 von Prof. Gerhard Paul, Erich Koch und mir am IZRG in Schleswig durchgeführt wird; siehe meine Vorstellung des Forschungsprojekts in: Informationen zur schleswig-holsteinischen Zeitgeschichte 31 (Juni 1997), S. 69-72.

5. ‚Jüdische Besucher im Rathaus: Nach 56 Jahren wieder in Kiel', in: Kieler Nachrichten v. 13.6.1990.

6. Feiwel Becker (geb. 1892 in Baranow) und seine Frau Bluma (geb. 1894 in Zolynia) traten 1920 der Kieler jüdischen Gemeinde bei; Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (im folgenden zit. als ‚CAHJP'), Best. Arthur Posner, P 40/12: Israelit. Gemeinde Kiel, Gemeindeliste 1935.

7. Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig (im folgenden zit. als ‚LAS'), Abt. 761/16666 u. 17421; allgemein zur Einwanderung und Lage der Ostjuden siehe Trude Maurer: Ostjuden in Deutschland 1918-1933, Hamburg 1986; speziell zu Kiel siehe Bettina Goldberg: „... und vieles bleibt ungesagt." Die Israelitische Gemeinde zu Kiel vor und nach 1933. Versuch einer Annäherung, in: Paul/Gillis-Carlebach: Menora und Hakenkreuz, S. 49-66.

8. Interview mit Abraham Becker. Rosa Sperber war 1899 in Zurawno geboren worden; LAS, Abt. 761/16666.

9. Interview mit Abraham Becker; nach seinem Abgang von der Mittelschule besuchte er die 6. Knaben-Volksschule in der Gerhardstraße.

10. Simcha Becker: ... zu Hause?? in: Jüdische Gemeinde Hamburg: Zwischen gestern und heute, S. 31-33, 31f. Simcha besuchte die 2. Knaben-Volksschule in der Gutenbergstraße; Interview mit Simcha Becker (Givataim) v. 18.3.1997.

11. CAHJP, P 40/12; IZRG-Datenpool JSH; zum ‚Misrachi' in Kiel, siehe Goldberg, „... und vieles bleibt ungesagt.", S. 56f. u.65.

12. Interview mit Simcha Becker; IZRG-Datenpool JSH; LAS, Abt. 761/17421; zur ‚Ahawah' siehe Regina Scheer: AHAWAH. Das vergessene Haus. Spurensuche in der Berliner Auguststraße, Berlin/Weimar ²1997; zur Auswanderung schleswig-holsteinischer Juden nach Palästina siehe Bettina Goldberg: „... froh, der Hölle Europa entkommen zu sein." Der schwierige Neuanfang in Palästina, in: Paul/Gillis-Carlebach: Menora und Hakenkreuz, S. 623-644.

13. Osias (Oskar) Becker war 1925 in Kiel geboren worden; IZRG-Archiv, Slg. Hauschildt-Staff 11; LAS, Abt. 761/17421; Interviews mit Abraham u. Simcha Becker. Zur Jugend-Alija siehe Scholem Adler-Rudel: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933-1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland, Tübingen 1974, S. 97ff.; Ruth Röcher: Die jüdische Schule im nationalsozialistischen Deutschland 1933-1942, Frankfurt/Main 1992, S. 192ff.; zur Beschränkung der jüdischen Einwanderung nach Palästina siehe Juliane Wetzel: Auswanderung aus Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 413-498, 451ff. u. 472ff.

14. Interview mit Abraham Becker; allgemein zur ‚Hachschara' (hebräisch für ‚Vorbereitung') siehe Wetzel: Auswanderung aus Deutschland, S. 454ff.; zur religiös-orthodoxen Hachschara-Bewegung des Bachad siehe Bettina Götze: Rathenow, in: Irene Dieckmann/Julius H. Schoeps (Hrsg.): Wegweiser durch das jüdische Brandenburg, Berlin 1995, S. 220-232, 230ff.; Mosche Unna: Die Anfänge der religiösen Kibbuzbewegung in Deutschland, in: Bulletin des Leo Baeck Instituts 78 (1987), S. 71-121; Joseph Walk: The Torah va'Avodah Movement in Germany, in: Leo Baeck Institute Year Book VI (1961), S. 236-256.

15. Interview mit Abraham Becker; ausführlich zur ‚Auslands-Hachschara' siehe Adler-Rudel: Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime, S. 69f., 114 u. 215; Perez Leshem: Straße zur Rettung 1933-1939. Aus Deutschland vertrieben - bereitet sich jüdische Jugend auf Palästina vor, Tel Aviv 1973.

16. Interview mit Henry Glanz; IZRG-Datenpool JSH. Mendel Glanz war 1896 in Sieniewa, seine Frau Esther 1898 in Zolynia geboren worden; ebd.

17. Interview mit Henry Glanz; IZRG-Archiv, Slg. Hauschildt-Staff 11; zur Boykottpropaganda in Kiel und ihren im Einzelfall sehr unterschiedlichen Auswirkungen siehe Bettina Goldberg: „Am preiswertesten und am besten bei Gerstel". Die Geschichte einer Mützenfabrik und der Vertreibung ihrer Besitzer, in: Paul/Gillis-Carlebach: Menora und Hakenkreuz, S. 245-263, 252ff.

18. Interview mit Henry Glanz. Johannes Hagenah (geb. 1886 in Stolk) war eigentlich Volksschullehrer,

aber zum 1. April 1935 an die Mittelschule versetzt worden; er starb 1975 und wurde in Fleckeby beerdigt; tel. Auskunft Dr. Wolf Hagenah (Dortmund) v. 29.5.1998; LAS, Abt. 309/31022: Volksschulen Kiel 1935-1936.

19. Interview mit Henry Glanz. Daß jüdische Eltern unter Verweis auf ihre außerdeutsche Staatsangehörigkeit den Verbleib ihres Kindes auf einer ‚deutschen' Schule nach dem 15.11.1938 durchsetzen konnten, ist m. W. in der Literatur bislang nicht belegt. In Kiel scheint es einen vergleichbaren Fall an der 1. Mädchen-Mittelschule gegeben zu haben. Jedenfalls heißt es in deren Jahresbericht für 1938/39: „Die 3 jüdischen Schülerinnen waren nicht Staatsangehörige des Deutschen Reiches, eine war staatenlos, zwei waren Polen. Zwei dieser Juden traten in die jüdischen Sammelklassen über"; LAS, Abt. 309/31028: Mittelschulen Kiel 1937-1944; ausführlich zu den „jüdischen Sammelklassen" siehe Gerhard Paul/Erich Koch: Klassenfoto 1939. Das Schicksal der Schüler und Lehrer der Jüdischen Volksschule in Kiel, in: Paul/Gillis-Carlebach: Menora und Hakenkreuz, S. 481-490.

20. Interview mit Henry Glanz; siehe auch Wasserstein: Britische Regierungen und die deutsche Emigration, S. 57. Gisela Glanz war 1927 in Kiel geboren worden; IZRG-Datenpool JSH.

21. Interviews mit Henry Glanz u. David Goldberg.

22. Interview mit David Goldberg. Regina Landesmann (geb. 1898 in Zolynia) und Benjamin Goldberg (geb. 1890 in Sedziszow) waren 1918 nach Kiel gekommen und hatten dort 1919 geheiratet; außer David hatten sie drei weitere Söhne: Jakob (geb. 1921), Arthur (geb. 1926) und Salo (geb. 1934); LAS, Abt. 761/11676 u. 18906, 352 (Kiel)/14457.

23. Ebd.; siehe auch Goldberg: „Am preiswertesten und am besten bei Gerstel", S. 252ff.

24. Interview mit David Goldberg; zur weitverbreiteten Unterschätzung der nationalsozialistischen Gefahr siehe Wolfgang Benz: Das Exil der kleinen Leute, in: ders.: Das Exil der kleinen Leute, S. 7-37, 13ff.

25. Interview mit David Goldberg; zur ‚Polen-Aktion' siehe Trude Maurer: Abschiebung und Attentat. Die Ausweisung der polnischen Juden und der Vorwand für die ‚Kristallnacht', in: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der ‚Reichskristallnacht' zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 52-73; Sybil Milton: Menschen zwischen Grenzen: Die Polenausweisung 1938, in: Menora. Jahrbuch für deutsch-jüdische Geschichte (1990), S. 184-206; ausführlicher zu Kiel siehe Dietrich Hauschildt-Staff: Novemberpogrom. Zur Geschichte der Kieler Juden im Oktober/November 1938, in: Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte 74 (1988), S. 129-172, 135ff.; Goldberg: „Am preiswertesten und am besten bei Gerstel", S. 258f.

26. Hauschildt-Staff: Novemberpogrom, S. 136; Interviews mit Abraham Becker u. Henry Glanz.

27. Interview mit David Goldberg; LAS, Abt. 623/11: Gefangenenbücher Polizeigefängnis Kiel; ausführlich zu den Zerstörungen, Verhaftungen und Attentaten in Kiel siehe Hauschildt-Staff: Novemberpogrom, S. 137ff.; Walter Niebergall: Goethestraße 13 - Zur Geschichte der Kieler Synagoge, in: VVK-Pressestelle (Hrsg.): Dokumentation zur Geschichte der Kieler Synagoge und des Mahnmales an der Goethestraße 13, Kiel 1992, S. 7-31.

28. LAS, Abt. 761/8348 u. 18906.

29. Interview mit David Goldberg; LAS, Abt. 352 (Kiel)/14457; siehe auch Hans-Dieter Arntz: Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgischen Grenzgebiet, Euskirchen 1990.

30. Norbert Wollheim, in: Leverton/Lowensohn: I Came Alone, S. 359-361, 360; Wollheim (geb. 1913 in Berlin) überlebte Auschwitz und war von 1945 bis zu seiner Auswanderung in die USA im Jahr 1951 führend in der Jüdischen Gemeinde Lübeck und im Verband der Jüdischen Gemeinden Nordwestdeutschlands tätig; Norbert Wollheim: Jüdische Selbstverwaltung in der britischen Zone, in: Michael Brenner: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945-1950, München 1995, S. 141-147.

31. Interview mit Henry Glanz; siehe auch Turner: ... and the Policeman Smiled, S. 35ff. u. 97.

32. Ebd., S. 63ff., 107ff. u. 156ff.; siehe auch Tent: Jewish Refugee Organisations, S. 589ff.

33. Sessi Jacobovitz, in: Leverton/Lowensohn: I Came Alone, S. 156-159; zur jüdischen Gemeinde in Leeds siehe E. Krausz: Leeds Jewry: Its History and Social Structure, Cambridge 1964; Louis Saipe: A History of the Jews of Leeds, Leeds 1985.

34. Gideon Behrendt, in: Leverton/Lowensohn: I Came Alone, S. 30-32, 31; ähnlich äußerte sich der gebürtige Hamburger Jack Hammond (Edinburgh), der im Dezember 1938 nach Leeds kam, über den ehemaligen Lehrer der Israelitischen Gemeindeschule in Altona, der später in die USA weiter wanderte; Interview v. 13.10.1997.

35. Gideon Behrendt, S. 31; siehe auch Gershon: Wir kamen als Kinder, S. 98; Turner: ... and the Policeman Smiled, S. 193; zur Internierung der Flüchtlinge siehe Ronald Stent: A Bespattered Page? The Internment of ‚His Majesty's Most Loyal Enemy Aliens', London 1980. Jakob Goldberg war von Juni 1940 bis März 1941 auf der Isle of Man interniert, anschliessend arbeitete er als Tischler in einer Flugzeugfabrik in Coventry; von August 1944 bis Februar 1947 gehörte er der englischen Armee an, zuletzt als Bildungsinstrukteur; als einziger seiner Familie kehrte er nach Deutschland zurück, wo er 1982 in Essen verstarb; tel. Auskunft Helgard Goldberg (Essen) v. 20.5.1998.

36. Interview mit David Goldberg; Soldier`s Release Book, Privatbesitz Goldberg (Edinburgh); zu den Berufs- und Arbeitsmöglichkeiten der Flüchtlingskinder und zum ‚Pioneer Corps' siehe Turner: ... and the Policeman Smiled, S. 178ff.

37. Interview mit Henry Glanz; Leverton/Lowensohn: I Came Alone, S. 76ff., 368ff., 389f.; Turner: ... and the Policeman Smiled, S. 175ff.; Leshem: Straße zur Rettung, S. 201ff.

38. Schreiben Henry Glanz (London) v. 2.12.1997 an die Verfasserin.

39. Interview mit Henry Glanz; siehe auch Leshem: Straße zur Rettung, S. 203.

40. Interview mit Abraham Becker; LAS, Abt. 761/17421; siehe auch Leverton/Lowensohn: I Came Alone, S. 42 u. 330ff. Leshems Darstellung, wonach die Farm in der Nähe von Dublin in der Republik Irland lag (Straße zur Rettung, S. 203f.), bedarf der Korrektur.
41. Interview mit Abraham Becker.
42. Ebd.
43. Interview mit David Goldberg; LAS, Abt. 352 (Kiel)/14457 u. 14467. Davids Bruder Arthur (1926-1979) hatte nach zweimaliger Verhaftung 1942 noch in die Schweiz fliehen können; später wanderte er nach Palästina aus; LAS, Abt. 352 (Kiel)/14437.
44. LAS, Abt. 761/16666 u. 17421; Simon Wiesenthal: Jeder Tag ein Gedenktag. Chronik jüdischen Leidens, Frankfurt/Main 1990, S. 207.
45. Brief v. Esther Glanz, Privatbesitz Henry Glanz (London); Interview mit Henry Glanz; LAS, Abt. 352 (Kiel)/14416, 761/19240; Dietrich Hauschildt: Juden in Kiel im Dritten Reich, unveröff. Staatsexamensarbeit an der CAU Kiel, Kiel 1980, S. 121. Außer Esther und Joachim Glanz (geb. 1929 in Kiel) wurden mindestens 14 weitere Kieler Ostjuden von Leipzig aus in das Vernichtungslager Belzec deportiert; IZRG-Datenpool JSH.
46. Rebekka Göpfert: Die jüdischen Kindertransporte von Deutschland nach England 1938/39, in: dies.: Ich kam allein, S. 9-18, 17; Turner: ... and the Policeman Smiled, S. 260f.
47. Siehe Leshem: Straße zur Rettung, S. 214.
48. Interview mit Abraham Becker. In Millisle Ausgebildete gehörten zum Beispiel zu den Gründern des Kibbuz ‚Lavi' in der Nähe von Tiberias, ebd.
49. Ebd.; LAS Abt. 761/17421; siehe auch Stephen W. Massil (Hrsg.): The Jewish Year Book, London 1993, S. 53, 108f. u. 115. ‚Mizwa' ist ein Gebot, eine religiös verdienstvolle Handlung.
50. Gisela Schacher (geb. Glanz) lebte in Australien zunächst in Brisbane bei ihrem Onkel; später zog sie nach Sydney, wo sie heiratete und bis heute wohnt; Interview mit Henry Glanz.
51. Ebd.; siehe auch Aumie u. Michael Shapiro (Hrsg.): The Jewish East End, London 1996; David Feldman: Englishmen and Jews. Social Relations and Political Culture 1840-1914, New Haven/London 1994, S. 166ff.
52. Interview mit David Goldberg; ‚Gooses and a donkey bring the stars to his shop', in: The People's Journal v. 14.2.1953, S. 11; ‚Still Talking Dress Sense!' in: News (Edinburgh) v. 21.4.1984, S. 7.
53. Hier u. im folgenden: Interview mit David Goldberg. Benjamin Goldberg starb 1959, Regina Goldberg 1968 in Kfar Saba bei Tel Aviv.

Abbildungsnachweis:
Abb. 1, 4 u. 5: Pivatbesitz Becker, London
Abb. 2, 3 u. 7: Privatbesitz Glanz, London
Abb. 6, 8 und Titelbild: Privatbesitz Goldberg, Edinburgh.
Kopien aller Bilder im IZRG-Archiv, Fotosammlung ‚Juden in und aus Schleswig-Holstein'.

Stephan Linck

Fahndung nach Kriegsverbrechern

Die Field Security Section (FSS) in Schleswig

Am 10. Mai 1945 rückte die britische Armee in Schleswig ein, und die Zeit der Besatzung begann. Das Haus Neuwerkstraße 5 wurde von der britischen Armee beschlagnahmt.[1] Um wen es sich bei den neuen Bewohnern handelte, erfuhr man erst zwei Tage später, als an der Tür ein Schild mit der Aufschrift „F.S.P." prangte. Es war die 275. Field Security Section, die hier Quartier bezog.[2]

Die Einheit war auf ihren Einsatz in Deutschland gut vorbereitet worden und hatte am 24. April 1945 direkt von England aus ihre Fahrt in das zu besetzende Schleswig angetreten. Als sie in der Stadt ankamen, führten sie an einem LKW einen Anhänger mit, der nach den Erinnerungen von Andreas Moosmann voll mit Akten und Unterlagen war, die sie auf ihre Tätigkeit in Schleswig vorbereiteten.

Es waren sieben bis neun Mann, die unter der Leitung eines Leutnants Stanley, eines Leutnants Freddy de Rothschild - einem Abkommen der deutschen Rothschild-Familie - und dem Staff Sergeant Joe Proter, standen. Joe Proter, der eigentlich Josef Porat hieß, stammte aus einer orthodoxen jüdischen Familie aus Köln und war - wie Rothschild vor dem Krieg nach England ausgewandert. Außer Porat/Proter und Rothschild sprach niemand der Einheit deutsch.

Was war das nun für eine seltsame kleine Spezialeinheit, die unter Führung von deutschen Juden stand, und welche Aufgaben hatte sie im besetzten Schleswig?

Die Field Security Sections (FSS) - oder Feldsicherheitspolizei, wie sie von deutscher Seite oft genannt wurden - war der Geheimdienst der britischen Armee. Während des Krieges hatten die FSS die übliche nachrichtendienstliche Tätigkeit für die Armee ausgeübt.[3] Die FSS, die mit Kriegsende in das besetzte Deutschland kommandiert wurden, hatten die Aufgabe, nach Kriegsverbrechern und NS-Größen zu fahnden.[4] Diese Aufgabe hatte in Schleswig-Holstein einen großen Umfang, da sich hierher - durch den Verlauf der letzten Kriegsmonate bedingt - zahlreiche Funktionäre und Prominente des NS-Staates geflüchtet hatten. So war nicht nur die letzte Reichsregierung unter Großadmiral Dönitz in Schleswig-Holstein, sondern auch das Gros der Stäbe von SS und Polizei vom Reichsführer SS, Heinrich Himmler, im nördlichen Landesteil zusammengezogen worden.

Gleichzeitig hatten sich große Teile der Wehrmacht nach Schleswig-Holstein geflüchtet und wurden dort von

Abb. 1: Das Haus Neuwerkstraße 5 in Schleswig, fotografiert 1998

der britischen Armee in riesigen Gefangenenlagern konzentriert.[5] Diese Gefangenenlager wurden von den FSS systematisch nach SS-Angehörigen durchsucht, die erst verhört und dann in Internierungslager gebracht wurden.

Erste Verhaftungen

Nach den Erinnerungen von Andreas Moosmann fuhr in den ersten Besatzungsmonaten jeden Tag ein LKW mit durchschnittlich zwanzig Gefangenen vor, die von der FSS in der Neuwerkstraße verhört wurden.

Den Beginn der Verhöre datiert Moosmann auf den 13. Mai 1945. Daß sich der damals Dreizehnjährige an diesen Tag genau erinnert, ist nachvollziehbar. War es doch der Tag, an dem seine Mutter aus der Haft heimkehrte. Annemarie Moosmann war 1944 vom Volksgerichtshof wegen „Wehrkraftzersetzung" zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden, weshalb sie bis zum Kriegsende im Gefängnis Lübeck-Lauerhof inhaftiert war. Die FSS hatte sich also bei einer der wenigen Schleswiger Familien einquartiert, für die das Kriegsende tatsächlich eine Befreiung war. Annemarie Moosmann wurde Köchin der Britin, und das Verhältnis der Familie zu „ihren" Besatzern wurde schnell herzlich. Insbesondere zu Joe Proter entstand eine Freundschaft, die noch Jahrzehnte halten sollte.

An einem Tag in den ersten Wochen der Besatzung wurde das Gelände um die Neuwerkstraße von einer größeren

Zahl schwer bewaffneter britischer Soldaten besonders abgesperrt, als wieder Gefangene zum Verhör gebracht wurden. Damals vermutete man, es handele sich um Angehörige der Regierung Dönitz; allerdings wurden diese in Flensburg verhaftet und nach einem kurzem Aufenthalt im dortigen Polilizeipräsidium mit dem Flugzeug ausgeflogen.

Wahrscheinlich handelte es sich bei diesen Gefangenen um den Chef des SS-Führungshauptamtes SS-Obergruppenführer Jüttner und seinen Stab. Diesem war am 14. Mai 1945 von Dönitz befohlen worden, die versprengten SS-Reste in Arenholz bei Schleswig zu sammeln. Dort wurden sie am 17. Mai verhaftet. Wieviele SS-Stabsangehörige sich in Arenholz aufhielten und festgenommen wurden, ist nicht mehr zu ermitteln. Eine Anwohnerin erinnerte sich fünfzig Jahre später im Gespräch mit Erich Koch lediglich daran, daß „eine Lastwagenkolonne" nach Kriegsende dort campiert hatte. Davon, daß es sich um SS-Angehörige handelte, will sie erst später erfahren haben.

Über die Arbeit der Schleswiger FSS läßt sich in den britischen und deutschen Archiven nichts finden. Allerdings ist durch einen glücklichen Zufall ein Teil eines Kladdebuches der FSS erhalten; der junge Andreas Moosmann fischte es nach dem Abzug der Briten aus dem Müll.[6] Es sind nur wenige Seiten erhalten, auf denen Notizen aus den Jahren 1945 und 1946 stehen. In der Hauptsache handelt es sich um Mitschriften von Verhören, die in der Neuwerkstraße stattfanden. Jeweils der Name des Verhörten steht am Anfang eines Blattes, darunter sind die angegebenen NS-Mitgliedschaften notiert. Es folgen Notizen über die NS-Karriere der Verhörten.

Der Zufall will es, daß sich unter den wenigen erhaltenen Notizen auch die Mitschrift eines Verhöres mit Karl Schulz befindet, des ehemaligen Leiters der „Gruppe Wi" im Reichskriminalpolizeiamt (RKPA), dem Amt V. des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA).

Zu den Zuständigkeiten der FSS gehörte es nämlich auch, Überprüfungen von Polizeibeamten vorzunehmen. Zwar lag die Zuständigkeit für die Polizei bei der Public Safety Branch (PSB), die die Aufsicht über die deutsche Polizei hatte; ob Polizisten „unbelastet" oder als NS-Verbrecher anzusehen waren, entschieden allerdings die FSS, die der PSB gegenüber Empfehlungen für etwaige Wiedereinstellungen bzw. Weiterbeschäftigungen nach erfolgten Vernehmungen abgaben.[7]

Ein Verhör ohne Folgen

Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um die Mitschrift von Schulz' erster Vernehmung durch britische Stellen, die nach einer Aktennotiz am 13. Mai 1945 stattfand[8], da in den Notizen keine weitere Funktion von Schulz angegeben ist und er bereits Ende Mai 1945 wieder tätig war. Das Verhör ist insofern herausragend zu bewerten, als es nicht dazu führte, daß die FSS Schulz in ein Internierungslager überwies, wie es für SS-Offiziere von den Alliierten grundsätzlich vorgesehen war.[9]

Die Notizen beginnen mit den Personalien von Schulz, sowie dem Vermerk „speaks English". Die durchgehend falsche Schreibweise aller deutschen Namen weist darauf hin, daß das Verhör

durch einen englischsprachigen Angehörigen der FSS geführt wurde.

Im ersten Teil ist der Werdegang von Schulz notiert, sein Jura-Studium in Berlin und Greifswald und sein Eintritt in die Polizei 1931 und die darauffolgende Karriere bei der Kriminalpolizei. Aufschlußreich ist der zweite Teil:

„Left Berlin illegally with his officials on the night 22.4.45 and came to Flensburg. Then on the 5.5.45 went to Husum. English Troops arrived on the 7.5.45.

Went to London with Rippentrop June 1935 together with Naval delegation because R. thought there would be secret microphons in the Carlton Hotel in London. Was in London for 8 days. The second time to London for the funeral of the late King Georg.

In third time with the German delegation to St. James Palace in London to keep an eye on things.

Schulz has connections with Scotland Yard and knows Sillitoe very well.

NSDAP. May of 1937 never attending member.

SS received Honorary Rank of Untersturmfuhrer in 39 because he had to attend the 1st Police Conference and was later made Sturmbannfuhrer. Was in AMPT 5 Kripo HQ. [Headquarters] Reichseckeralhauptampt."[10]

Die Notizen lassen vermuten, daß Schulz die Gesprächsführung dominierte. So wurde er im Gegensatz zu allen anderen vorliegenden Protokollen erst gegen Ende des Verhörs zu seiner Partei- und SS-Mitgliedschaft befragt. Man vergaß ebenfalls, ihn nach seinen ausgeübten Funktionen bei der Kriminalpolizei sowie nach weiteren Auslandsaufenthalten zu befragen. Stattdessen hatte Schulz Gelegenheit, über seine Teilnahme an Audienzen am britischen Königshaus zu berichten.

Die Kontakte zu Scotland Yard beeindruckten scheintbar derart, daß man Schulz glaubte, nur SS-Offizier ehrenhalber gewesen zu sein, obwohl er offen zugab, im Amt V. des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) tätig gewesen zu sein.

Ohne Fragezeichen notierte man obendrein seine Behauptung, mit seinen Beamten am 22. April 1945 Berlin „illegal" verlassen zu haben. Auch wenn den Briten erst später bekannt wurde, daß das RSHA am 22.4.1945 ganz offiziell aufgelöst wurde und das Amt V. auf Weisung Himmlers nach Schleswig-Holstein evakuiert wurde, so muß diese Geschichte bereits im Mai 1945 recht unglaubwürdig gewesen sein. Immerhin wußte man zu diesem Zeitpunkt bereits, daß Himmler in den ersten Maitagen nach Schleswig-Holstein gekommen war.[11] Und der letzte Einflußbereich Himmlers wäre ein schlechter Ort für Befehlsverweigerer gewesen.

Vielleicht wäre der weitere Weg von Schulz anders verlaufen, wenn das Verhör beispielsweise von Joe Proter geführt worden wäre, der sich nicht so schnell von den Englischkenntnissen des Karl Schulz hätte beeindrucken lassen. Doch davon später.

Das Bild von Schulz, das durch das Verhör entstand, stellte einen Kriminalbeamten dar, der nicht schwerwiegend NS-belastet war und für keine Verbrechen die Verantwortung trug.

Die historische Wirklichkeit steht hierzu in krassem Widerspruch: Karl Schulz wurde (nach eigener Aussage) freiwillig Adjutant von Artur Nebe, dem Chef des Amtes V. des RSHA, als dieser 1941 den Befehl über die Einsatzgruppe B übernahm[12], die in der Sowjetunion

zehntausende Juden ermordete. Hierbei bekam er intensivste Kenntnis von der Dimension des Holocaust und war auch selbst bei Massakern anwesend.

Das Reichskriminalpolizeiamt

Weite Teile des RKPA, des Amtes V. des RSHA, waren mit den Stäben von SS und Polizei Himmler nach Schleswig-Holstein gefolgt. Im Gegensatz zu den SS-Stäben tauchte aber nur eine Minderheit der RKPA-Angehörigen zu Kriegsende unter.[13] Auf den ersten Blick erscheint dieses folgerichtig, handelte es sich doch nur um Kriminalbeamte, und nicht um Gestapo-Leute oder SS-Offiziere, deren Organisationen von den Alliierten grundsätzlich als „verbrecherisch" eingestuft worden waren.

Auf den zweiten Blick erstaunt dieser Vorgang aber doch. So war nicht nur Karl Schulz an den Verbrechen der Einsatzgruppen beteiligt, sondern etliche Kriminalbeamte im Krieg zeitweise am Vernichtungskrieg in Osteuropa beteiligt gewesen.[14] Zusätzlich lag bei der Kriminalpolizei des NS-Staates eine erhebliche Mitverantwortung für die Vernichtungspolitik des Nationalsozialismus. So fiel die KZ-Internierung von zehntausenden als „Berufsverbrecher" und „Asoziale" stigmatisierten Menschen genauso in die Zuständigkeit der Kripo wie die „Bekämpfung der Zigeunerplage" - der Genozid an Roma und Sinti.[15] Es war das Kriminaltechnische Institut (KTI), das die Massenvernichtung „optimierte", z.B. durch die Entwicklung von Gaswagen.

Offensichtlich fühlten sich die Kriminalisten - trotz ihrer Beteiligung an den NS-Verbrechen - aber nicht verantwortlich. So schilderte Karl Schulz bei einer Vernehmung ein Gespräch zwischen ihm und Arthur Nebe über den Massenmord der Einsatzgruppe B:

„Nebe äußerte selbst einmal fragend: ‚Wenn das schief geht, sind wir alle dran', woraufhin ich ihm sagte, daß er dann wegen Mordes ‚dran sei', ich aber nicht, eine Auffassung, die Nebe offenbar teilte."[16]

Mit dieser Einschätzung hatte Karl Schulz offenbar recht. Bereits kurz nach seinem Verhör war er von der PSB Schleswig-Holstein zum Verbindungsoffizier zwischen PSB und deutscher Kriminalpolizei in Flensburg ernannt worden.[17] Daß in Flensburg extra der Posten eines Verbindungsoffiziers geschaffen wurde, erklärt sich aus dem Interesse der PSB, möglichst schnell über eine funktionstüchtige Polizei zu verfügen.

Die PSB suchte vor allen Dingen nach ausgebildeten Kriminalbeamten. Die Frage nach der Beteiligung an den Verbrechen des Nationalsozialismus spielte für die PSB sichtbar eine untergeordnete Rolle. Gefragt waren Fachleute, speziell vom RKPA, von dem die britischen Planer der PSB bereits vor Beginn der Besatzungsherrschaft ein nahezu verklärtes Bild hatten. So hieß hieß es in einem britischen Planungspapier über das RKPA:

„The German genius for organisation is wellknown and the present Kripo structure is probably sound and extremly efficient. To exploit this product of German genius to our own advantage, and at the same time avoid the risk of a complete breakdown in Police operations, is surely good business."[18]

Zwar existierte das RKPA zu Kriegs-

Gruppe A: Kriminalpolitik und Vorbeugung	Gruppe B: Einsatz	Gruppe C: Erkennungsdienst und Fahndung	Gruppe D: Kriminaltechnisches Institut (KTI)	Gruppe Wi: Wirtschaftsverbrechen
Referat A 1: Rechtsfragen, internationale Zusammenarbeit, Kriminalforschung	Referat B 1: Kapitalverbrechen (u.a. Mord, Raub, Taschendiebstahl, Einbruch)	Referat C 1: Reichserkennungsdienstzentrale	Referat D 1: Spurenidentifizierung	(1944 entstanden aus zusammengelegten Dienststellen des Referates B2)
Referat A 2: Vorbeugung	(Referat B 2: Betrug)	Referat C 2: Fahndung	Referat D 2: Chemie	Referat Wi 1: (früher: B2b)
Referat A 3: Weibliche Kriminalpolizei	Referat B 3: Sittlichkeitsverbrechen		Referat D 3: Urkundenprüfung	Referat Wi 2: (früher: B2c)
				Referat Wi 3: (früher: B2f)

Abb. 2: Der Aufbau des Amtes V des Reichskriminalpolizeiamtes (Stand 1945)

ende nicht mehr, aber mit Karl Schulz bot sich immerhin ein zur Zusammenarbeit bereiter Gruppenleiter aus dem RKPA an, der offensichtlich einen guten Überblick über den Verbleib der anderen Mitarbeiter des RKPA hatte, die sich überwiegend im nördlichen Teil Schleswig-Holsteins aufhielten.

Anfang Juli 1945 verfaßte die PSB einen „Report on Richsicherheitshauptamt" (!), der offensichtlich auf den Mitteilungen von Karl Schulz beruhte.[19] Informationen über den Aufenthaltsort hatte der Bericht über Schulz und seine untergebenen Offiziere sowie über den Leiter des Referates A1, Heinrich Böhlhoff, der inzwischen die Flensburger Kripostelle leitete. Die untergetauchten Offiziere des Referates A1 und der Gruppe Wi wurden hier überhaupt nicht genannt.[20] Lediglich über die Leiter der Gruppen B und C des RKPA, SS-Obersturmbannführer Dr. Filbert und Oberregierungsrat Braschwitz, war der PSB mitgeteilt worden, daß auch sie im Raum Flensburg untergetaucht waren.

Vielleicht fühlte sich hier Schulz weniger zu Loyalität gegenüber einstigen Kollegen verpflichtet, da beide erst neu im RKPA gewesen waren: Oberregierungsrat Braschwitz war vor seiner Ernennung zum Leiter der Gruppe C des RKPA Leiter der Gestapo-Leitstelle Berlin[21], und Obersturmbannführer Dr. Filbert war beim SD, Amt VI des RSHA tätig gewesen.[22]

Filbert und Schulz hatten offenbar ein von Animositäten begleitetes Verhältnis gehabt. So hatte es nach Aussage von Karl Schulz bereits in der Einsatzgruppe B zwischen Arthur Nebe und Filbert, der das Nebe unterstellte Einsatzkommando 9 führte, Streit gegeben.[23] Nach Beendigung der Einsatzgruppentätigkeit war Filbert vom Amt VI des RSHA in das RKPA versetzt und Karl Schulz unterstellt worden, bis er 1944 drei Monate nach Schulz zum Leiter einer Gruppe befördert wurde, ihn also auf der Karriereleiter einholte.[24]

Ob die PSB die doch recht differenzierte Informationspolitik von Karl

Schulz durchschaute, bleibt dahingestellt. Man war, wie bereits erwähnt, weniger an Fahndung und Verhaftung von Kriegsverbrechern interessiert, als vielmehr an Fachleuten, die zur Zusammenarbeit mit den britischen Besatzern bereit waren. Und das möglichst schnell, denn die Situation in Schleswig-Holstein nach Kriegsende stellte die Besatzungsmacht vor schier unlösbare Aufgaben. Im nachhinein schätzte die PSB Schleswig-Holstein, daß die dortige Bevölkerung von 1,6 Millionen Einwohnern auf mehr als 3,5 Millionen Menschen angestiegen war: kriegsgefangene Wehrmachtssoldaten, Flüchtlinge, Displaced Persons und befreite Zwangsarbeiter:

„Normal life had come to a standstill. All places of entertainment were closed, and there was a complete stoppage of all road transport, newspapers, postal, telegraphic and telephone services. Shops, banks and public offices had closed, and even the Police Service had, for all practical purposes ceased to exist. German Courts and educational institutions were suspended, and the food supply situation was chaotic. Murder, robbery and other serious crimes were rampant, and law and order could not be maintained."[25]

In dieser Situation vertagte die PSB die Entnazifizierung der Polizei weitgehend. Dies betraf nicht nur die Kriminalpolizei: Im Sommer 1945 ernannte die PSB den Oberst der Gendarmerie Kühn zum Chef der Gendarmerie des Landes - den Richtlinien der Alliierten zufolge hätte alleine sein Dienstrang zu seiner automatischen Entlassung führen müssen.[26]

Auch als ab September 1945 die Neuorganisation der deutschen Polizei begonnen wurde, änderte die PSB Schleswig-Holstein ihre Einstellungspraxis nicht. Besagter Oberst Kühn wurde zum Chef der Polizei Schleswig-Holstein mit Sitz in Schleswig ernannt[27] und man überließ es ihm, sich einen Stab aus ihm vertrauten Offizieren zusammenzustellen. Verantwortlich für die Kriminalpolizei des Landes wurde Karl Schulz.[28]

Eklat um Entnazifizierung

Im Herbst 1945 hatte aber die FSS vermutlich mehr Arbeitskapazitäten frei. So wurden die eingestellten Polizeioffiziere in Schleswig ausführlicher durch die FSS überprüft, als es bisher der Fall gewesen war. Das Ergebnis der Überprüfungen, die durch die FSS in Schleswig vorgenommen wurden, war frappierend.

Als die FSS im Januar 1946 der PSB das Ergebnis der Überprüfungen mitteilte, ging es überhaupt nicht mehr um Verstösse gegen etwaige Entnazifizierungsrichtlinien. Vielmehr schrieb die FSS an die PSB Schleswig-Holstein, daß neun führende Polizeioffiziere des Landes auf den Fahndungslisten der Alliierten zur sofortigen Verhaftung ausgeschrieben waren.[29] Die Liste wurde angeführt vom Chef der Polizei Oberst Kühn persönlich, gefolgt von allen Offizieren seines Stabes in Schleswig!

Man sollte meinen, es sei bereits ein Skandal gewesen, daß die PSB bei ihren Einstellungen noch nicht einmal die alliierten Fahndungslisten überprüfte. Doch der eigentliche Skandal begann hier erst:

Anstatt die sofortige Entlassung der genannten Offiziere zu verfügen, igno-

rierte die PSB Schleswig-Holstein die Einwände der FSS einfach. Der Chef der PSB, Colonel Appleton, soll Oberst Kühn nur gesagt haben, ihm würde nichts passieren. Weitere Initiativen der FSS, die Chefs der schleswig-holsteinischen PSB, Brigadier Henderson und Colonel Appleton, zur Entlassung der genannten Offiziere zu bewegen, waren erfolglos.[30]

Bewegung in die Angelegenheit kam drei Monate später im April 1946, als ein Angehöriger FSS den Dienstweg verließ und nach London schrieb. Adressat war der britische Deutschlandminister Hynd persönlich.[31] Eindringlich bat der Verfasser darum, daß Hynd seinen Namen nicht weitergeben möge. Er sehe keinen anderen Weg mehr, auf die Entwicklung in Schleswig-Holstein Einfluß zu nehmen, als durch diese direkte Klage:

„This concerns the new German Police Force in Schleswig-Holstein. Obviously it is most important that the right persons should be chosen by us to be in charge of the Police Forces. [...]

FS has for a long time been against the appointment of the officials in Schleswig-Holstein because of their record during the War and as Nazi Party Members, but in spite of this MilGov ignored our recommandations. [...] They are gathering a group of old Nazis und militarists into the top positions from which it will be very difficult to have them custed if they are left there, while there are numbers of good men who openly defied the Nazis and were put into Concentration Camps - previously holding Police ranks as Officers, now with inferior ranks. [...] Col Appleton is said to have told KUHN after the latter had told Aplleton of his past - „Ihnen passiert nicht" Nothing will happen to you. All the above besides making one sick at the inaction or curruptness of Mil Gov is not in accordance with the Denazification Policy which we are trying so hard to carry out.

Kuhn was district chief in Radom Poland. Member of NSDAP (Nazi Party) 1.5.33. Kock. Adjutant SS Gendarmerie Battalion in Poland NSDAP 1.5.33. Brogmus was in Posen and Lithania. Capt. Gendarmerie. NSDAP 1.5.37. Schultz also served in Russia and Poland and was a Member of NSDAP.

All persons such as Policemen who served in occupied territory are treated as extra bad persons owing to the dreadful work they carried out. [...]

Any further information will be supplied with greatest of pleasure but what on earth can we do at our level (and we are the blokes who trace, catch, interrogate and recommend) if our recommendations are ignored at higher level and are not passed on to those who are responsible for the appointment and supervision of the German Police Force. (I would add that it does not end with the German Police Force.)

We could do with a good purge out here."[32]

Das Schreiben betonte die Benachteiligung von Nazigegnern bei der Polizei, ein Vorwurf, der gute Chancen hatte, bei Hynd auf fruchtbaren Boden zu fallen, da er bereits während des Krieges enge Kontakte zu deutschen Exil-Sozialdemokraten pflegte.[33] In dem Schreiben wurden Oberst Kühn und alle seine Stabsoffiziere als Nazis benannt, die als führende Offiziere von SS-Polizei-Einheiten in Polen, Litauen, Rußland und Serbien Kriegsverbrechen begangen hatten.

Der Tenor des Schreibens steht in starkem Gegensatz zur bei der PSB verbreiteten Mentalität, die Besetzung Deutschlands pragmatisch zu managen. Bezeichnend für die moralische Empörung ist der Schluß des Briefes:

„Could this possibly reach Field Marshal Montgomery? I suppose I would cop it, for not using the right channels but it is the truth and that is what we fought for under his leadership."[34]

Dieser Bitte entsprach Hynd aber nicht. Stattdessen leitete er das Schreiben offensichtlich nur auf dem Dienstweg an den Generalinspekteur der PSB in Deutschland weiter. Der Bitte, den Brief zu anonymisieren entsprach er aber.[35] Als die schleswig-holsteinische PSB zu den Vorwürfen befragt wurde, reagierte sie mit der Vermutung, es handele sich bei dem unbekannten Verfasser nicht um einen FSS-Angehörigen, sondern vielmehr um einen neidischen deutschen Polizeioffizier.[36] Als Beleg hierfür diente das deutsche Zitat von Appleton gegenüber Kühn, da Appleton überhaupt kein Deutsch sprach.

Dieser Hinweis läßt sich aber auch anders interpretieren: Möglicherweise wurde das Zitat Appletons dem Verfasser des Briefes auf deutsch kolportiert. Demnach müßte es sich um einen deutschsprachigen FSS-Angehörigen gehandelt haben. Da die Kenntnisse, auf denen der Brief basiert, alle bei der FSS-Abteilung in Schleswig lagen, ist es wahrscheinlich, daß der unbekannte Verfasser ein deutschsprachiger Angehöriger dieser Einheit war, also Joe Proter oder Freddy de Rothschild.

Obwohl bei der anschließenden Überprüfung alle Vorwürfe bestätigt wurden, gelang es den namentlich beschuldigten Chefs der schleswig-holsteinischen PSB, Brigadier Henderson und Colonel Appleton, die Konsequenzen gering zu halten. Immerhin wurden Anfang des Sommers 1946 die Mehrzahl der genannten Offiziere um Oberst Kühn entlassen.[37] Die Angehörigen des RKPA hingegen verblieben auf ihren Posten. Die PSB beschränkte sich in ihren Entlassungen auf die Polizeioffiziere, deren Namen konkret gefallen waren. Die Kriminalpolizei wurde weiterhin ausgenommen, so daß Schulz und die anderen RKPA-Offiziere weiterhin im Dienst verblieben.

Die Auseinandersetzung zwischen FSS und PSB bekam allerdings bereits im Juni 1946 neuen Zündstoff. Anlaß war die anhaltende Fahndung der FSS in Flensburg nach Angehörigen des Stabes von Heinrich Himmler. Die FSS hatte herausgefunden, daß ein Adjutant Himmlers, Obersturmbannführer Springer, unbehelligt in Flensburg mit seiner Frau zusammen lebte.[38] Als verschiedene Festnahmeversuche und Hausdurchsuchungen erfolglos waren, wurde die Frau Springers in Polizeihaft genommen, um ihn unter Druck zu setzen, sich zu stellen.

Statt sich zu stellen, schrieb Springer der FSS einen Drohbrief gegen einen polnischen FSS-Dolmetscher, der an der Fahndung nach Springer beteiligt war.

„Habe meine Wohnung gesehen, die der ehemalige Gestapoagent, der Pole L. geplündert hat. Da es L.s Wunsch ist, mich sprechen zu können, gebe ich ihm in Kürze die Gelegenheit dazu.

Er soll dann die Mißhandlungen an meinen Angehörigen nicht vergessen."[39]

Gleichzeitig bereiteten die Frau Springers zusammen mit einem befreundeten Oberst, der ebenfalls von der FSS in das Flensburger Polizeigefängnis eingewiesen worden war, ihre Flucht vor. Der Fluchtversuch der beiden scheiterte

aber. In diesem Zusammenhang stellte sich heraus, daß die entscheidende logistische Hilfe sowohl bei der Vorbereitung der Flucht als auch beim Austausch von Informationen zwischen Springer, seiner Frau und dem befreundeten Oberst durch einen Polizeibeamten geleistet worden war, der die Aufsicht über das Polizeigefängnis hatte. Obendrein stellte sich auch noch heraus, daß der Drohbrief an die FSS auf einer polizeieigenen Schreibmaschine verfaßt worden war.[40]

Dieser Vorfall brachte vermutlich das Faß endgültig zum Überlaufen und die Zweifel an der Loyalität der deutschen Polizei gegenüber der Besatzungsmacht wurden übergroß, zumal hier ein Angehöriger der FSS persönlich bedroht worden war.

Leider ließen sich keine Belege für die weitere Auseinandersetzung zwischen FSS und PSB finden; die Tatsache, daß in den Monaten Juli und August 1946 alle ehemaligen SS-Mitglieder der Kripo und damit alle ehemaligen RKPA-Mitarbeiter entlassen wurden[41], weist aber darauf hin, daß die FSS in Folge dieses Vorfalls erfolgreich Druck ausübte, um deren Entlassung durchzusetzen. Dennoch erreichte die FSS kein weitergehendes Umdenken bei der Besatzungsmacht. So wurde Karl Schulz zwar bei der Polizei entlassen, aber umgehend bei einem nahe Schleswigs gelegenen Fliegerhorst als Instrukteur der RAF-Police eingestellt.[42]

Die Schleswiger FSS-Abteilung hingegen wurde im Sommer 1946 plötzlich abberufen. In das Haus in der Neuwerkstraße zog die RAF-Police ein.[43] Ob so auch Karl Schulz an den Ort seines ersten Verhörs dienstlich zurückkehrte, ist unbekannt. Schulz blieb auch nicht lange bei der RAF-Police tätig: Als das Land Schleswig-Holstein Anfang 1947 die Polizeigewalt übertragen bekam, wurde Schulz beauftragt, ein Landeskriminalamt aufzubauen.

Joe Proter hingegen verließ die britische Armee, ging nach Palästina und kämpfte inzwischen als Josef Porat in der Hagannah für einen Staat Israel. 1947 folgte ihm seine Frau nach Palästina. Es war die Bühnenschauspielerin Irene Klein, die Porat während seines Aufenthaltes in Schleswig kennengelernt hatte. Sie stammte wie Porat aus Köln und hatte 1943 ein Engagement am Nordmark-Landestheater in Schleswig bekommen. In Israel konvertierte sie zum Judentum und wurde unter dem Namen Orna Porat eine der bekanntesten israelischen Bühnenschauspielerinnen. Nach der Staatsgründung Israels nutzte Porat seine geheimdienstlichen Kenntnisse für den Mossad, in dem er lange Zeit eine zentrale Rolle spielte.[44]

Anmerkungen

1. Die Informationen über die Geschehnisse im Haus Neuwerkstraße 5 und die dortige FSS habe ich durch ein durch Erich Koch vermitteltes Gespräch am 16.4. 1998 mit dem damaligen Bewohner Andreas Moosmann erhalten.
2. PRO (Public Record Office) WO (War Office) 171/ 3842.
3. Siehe hierzu Bob Steers (Hg.): FSS. Field Security Sections. Heathfield, East Sussex 1996.
4. Hierzu ausführlich Stephan Linck: Deutsche Polizei zwischen zwei Republiken am Beispiel der Entwicklung in Flensburg 1933-1949. Diss., Kiel 1998. S. 200ff.
5. Siehe hierzu Hans Joachim Kaiser: Kriegsende an der Elbe. Diss., Kiel 1994. S. 157, und Holger Piening: Als die Waffen schwiegen. Das Kriegsende zwischen Nord- und Ostsee. Heide 1995, S. 68f.
6. Die Verhörkladde befindet sich in dem Privatarchiv Erich Kochs.
7. „Police Schleswig-Holstein Denazification" Bericht der PSB Schleswig-Holstein vom 25.4.1946. PRO For-

eign Office (FO) 1050/350.
8. PRO FO (Foreign Office) 1050/350.
9. So die US-Directive JCS 1967 vom April 1945, die allgemeine Gültigkeit im besetzten Deutschland bekommen hatte.
10. „Verließ Berlin illegal mit seinen Beamten in der Nacht des 22.4.45 und kam nach Flensburg. Fuhr dann am 5.5.45 nach Husum. Englische Truppen kamen am 7.5.45 an. Fuhr im Juni 1935 mit Rippentrop [sic] zusammen mit Marinedelegation nach London, weil R. dachte, es wären geheime Mikrophone im Carlton Hotel in London. War 8 Tage in London. Zweites Mal in London zum Begräbnis des verstorbenen King George. Drittes Mal mit deutscher Delegation zum St. James Palast in London, um aufzupassen. Schulz hat Verbindungen zum Scotland Yard und kennt Sillitoe sehr gut.
NSDAP. Mai 1937, kein aktives Mitglied.
SS bekam 39 Ehrenrang des Untersturmführers, weil er an der ersten Polizeikonferenz teilgenommen hatte, und wurde später Sturmbannführer. War im AMPT [Amt] 5 Kripo H[aupt]Q[uartier] Reichseckerallhauptampt."
11. Das dieses allgemein bekannt war, zeigen bspw. die Tagebucheinträge des Flensburgers Wilhelm Clausen vom Mai 1945. Dieter Pust (Hg.): Flensburg am Kriegsende 1945. S. 53f.
12. Aussage von Karl Schulz bei der Vernehmung am 9.3.1959. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen (ZStdLJ), 415 AR-Z 220/59, Bd. I, Bl. 114ff.
13. Siehe St. Linck: Deutsche Polizei zwischen zwei Republiken, S. 189ff.
14. Siehe hierzu Helmut Krausnick: Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppen des Weltanschauungskrieges 1938-1942. Frankfurt/Main 1985.
15. Siehe hierzu Patrick Wagner: Volksgemeinschaft ohne Verbrecher. Konzeptionen und Praxis der Kriminalpolizei in der Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus. Hamburg 1996, sowie Michael Zimmermann: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage". Hamburg 1996.
16. Staatsanwaltschaftliche Vernehmung von Karl Schulz vom 11.7.1960, Bl. 4.
17. Geschäftsverteilungsplan der Flensburger Kripostelle vom Juni 1945. Archiv der Polizei-Inspektion Flensburg (PIF) Nr. 18.
18. „Das deutsche Organisationstalent ist berühmt, und die gegenwärtige Kripo-Struktur ist möglicherweise gesund und extrem effizient. Dieses Produkt des deutschen Organisationstalents zu unserem eigenen Vorteil auszunutzen und gleichzeitig das Risiko eines völligen Zusammenbruches der Polizeiarbeit zu verhindern, ist gewiß ein gutes Vorhaben." „Operation on Re-Organisation of the German Criminal Police" April 1945. PRO FO 1050/312. § 125.
19. PRO FO 1050/312.
20. Siehe hierzu das Organigramm des RKPA vom Frühjahr 1945, Abb. 2.
21. So die Angaben über Braschwitz im Braunbuch, hg. vom Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR. Berlin 1965, S. 88.
22. Vgl. Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt/Main 1990, S. 295.
23. Aussage Karl Schulz vom 2.4.1959, Bl. 3f. I 4 - KJ 2. ZStdLJ.
24. Angabe nach Schulz, Ebd.
25. „Das normale Leben war zum Erliegen gekommen. Alle Vergnügungsstätten waren geschlossen, und es gab einen totalen Stopp jeglichen Straßentransportes, aller Zeitungen, Post-, Fernmelde- und Telefondienste. Läden, Banken und Verwaltungsbüros waren geschlossen, und sogar das Polizeiwesen hatte praktisch zu existieren aufgehört. Deutsche Gerichte und Bildungseinrichtungen waren außer Dienst, und die Lebensmittelversorgung war chaotisch. Mord, Raub und andere schwere Verbrechen waren an der Tagesordnung, und Gesetzt und Ordnung konnten nicht aufrecht erhalten werden." White paper on work of Public Safety. Land Schleswig-Holstein. PRO FO 1050/580.
26. Die Direktive JCS 1067 sah die automatische Entlassung aller Offiziere ab dem Rang des Obersten vor.
27. Chefbefelil des Chefs der Polizei vom 3.9.1945. PIF Nr. 25.
28. PIF Nr. 10b. Anordnungen vom 18.3.1946.
29. Schreiben der FSS Intelligence Corps vom 23.1.1946. PRO FO 1050/350.
30. Angaben laut Schreiben eines FSS-Offiziers wiedergegeben im Bericht „Police in Schleswig-Holstein" vom 18.4.1946. PRO FO 1050/350.
31. Ebd., PRO FO 1050/350.
32. „Dies betrifft die neue Deutsche Polizei in Schleswig-Holstein. Offensichtlich ist es von größter Wichtigkeit, daß wir die richtigen Personen für die Leitung des Polizeiwesens wählen.

Seit langem ist das FS wegen ihres Verhaltens während des Krieges und ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Nazi-Partei gegen die Einstellung der Beamten in Schleswig-Holstein gewesen, doch der Mil[itär]Gov [ernor] hat unsere Empfehlungen trotzdem ignoriert. [...] Es sammelt sich eine Gruppe alter Nazis und Militaristen in den führenden Positionen, aus denen man sie nur sehr schwer wieder wird entfernen können, wenn man sie dort beläßt, während zahlreiche gute Männer, die sich den Nazis offen widersetzt haben und in Konzentrationslager gesteckt wurden, früher Offiziersränge innehatten und nun in untergeordneten Rängen Dienst tun. [...] Nachdem er Appleton von seiner Vergangenheit berichtet hatte, soll Col[onel] Appleton zu KUHN gesagt haben, „Ihnen passiert nicht" [!]. Abgesehen davon, daß einem bei dieser Tatenlosigkeit oder Korruptheit des MilGov schlecht wird, steht es nicht in Übereinstimmung mit der Denazifikationspolitik, um deren Ausführung wir uns so sehr bemühen.

Kuhn war Distriktchef in Radom in Polen. Mitglied der NSDAP (Nazi-Partei) 1.5.33. Kock, Adjutant bei einem SS Gendarmerie-Batallion in Polen NSDAP 1.5.33. Brogmus war in Posen und Litauen. Kapitän der Gendarmerie. NSDAP 1.5.37. Schultz hat auch in Rußland und Polen gedient und war Mitglied der NSDAP. Alle Personen, die als Polizisten in den besetzten Gebieten operierten, werden aufgrund der

grausamen Dinge, die sie dort ausführten, als besonders schlechte Personen angesehen. [...]

Jegliche weiteren Informationen werden mit größtem Vergnügen zur Verfügung gestellt, doch was auf der Welt können wir auf unserer Ebene (und wir sind die Kerle, die verfolgen, fangen, verhören und empfehlen) tun, wenn unsere Empfehlungen auf höherer Ebene ignoriert und nicht an diejenigen weitergeleitet werden, die für die Einstellung und Beaufsichtigung der Deutschen Polizei verantwortlich sind. (Ich möchte hinzufügen, daß es nicht mit der Deutschen Polizei sein Bewenden hat.)

Wir könnten da draußen gut eine Säuberungsaktion brauchen." Ebd., PRO FO 1050/350.

33. Siehe Ulrich Reusch: Deutsches Berufsbeamtentum und britische Besatzung. Wege und Irrwege einer Reformpolitik 1943-1947. Stuttgart 1985, S. 259.

34. „Kann dies bitte in Feldmarschall Montgomerys Hände gelangen? Ich denke, ich krieg' dafür einen auf den Deckel, weil es nicht den richtigen Weg geht, doch es ist die Wahrheit, und dafür haben wir unter seiner Führung gekämpft."Schreiben eines FSS-Offiziers, wiedergegeben im Bericht „Police in Schleswig-Holstein" vom 18.4.1946. PRO FO 1050/350.

35. In den Akten der PSB liegt der zitierte Brief nur in einer anonymisierten Fassung vor. Ebd.

36. So der Bericht der PSB Schleswig-Holstein vom 25.4.1946. PRO FO 1050/350.

37. Siehe Stephan Linck: Deutsche Polizei zwischen zwei Republiken, S. 247.

38. Der Sachverhalt geht aus einem „Vertraulichen Bericht" vom 28.6.1946 in der Entlassungsakte Friedrich R. hervor. PIF Nr. 7b.

39. Abschrift des Drohbriefes vom 14.6.1946. Ebd.

40. Geständnis des Friedrich R. vom 28.6.1946. Ebd.

41. Vgl. die Distriktsbefehle des Polizei-Distrikts A vom Sommer 1946. PIF Nr. 19.

42. Vernehmungsprotokoll Karl Schulz. Staatsanwaltliche Vernehmung vom 11.7.1960. Landgericht Bremen 6 JS 3/60. Die Tätigkeit von Schulz wird auch erwähnt bei Karl-Wilhelm Jöhnk, Bodo Scibbe: Rendsburg in dunklen Tagen. Geschichten und Krimis, die das Leben schrieb. Rendsburg 1986. S. 64ff.

43. Gespräch mit Andreas Moosmann vom 16.4.1998.

44. So der Nachruf auf den am 9.8.1996 verstorbenen Josef Porat. Mitteilungsblatt des Irgun Olei Merkas Europa (Tel Aviv) Nr. 121 vom September 1996.

Abbildungsnachweis:
Abb. 1: Foto Erich Koch
Abb. 2: Grafik Stephan Linck

Sigrun Jochims

„Lübeck ist nur eine kurze Station auf dem jüdischen Wanderweg"

Die Situation der Juden in Schleswig-Holstein 1945 - 1950 im Spiegel der Zeitungen *Undzer Schtime*, *Wochnblat* und *Jüdisches Gemeindeblatt*[1]

Vorbemerkung

Angeregt durch eine Ausstellung über das jüdische Leben in Lübeck, die im Frühjahr 1992 im Lübecker Burgkloster gezeigt wurde, begann ich mich mit der Frage zu beschäftigen, ob es in Schleswig-Holstein nach 1945 wieder jüdisches Leben gegeben hat. Bei meinen Nachforschungen stieß ich auf die zwei jiddischen Zeitungen: *Undzer Schtime* bzw. deren Nachfolgezeitung *Wochnblat* und das deutschsprachige *Jüdische Gemeindeblatt*. Die Entstehungsgeschichte dieser Zeitungen und ihre Berichterstattung über die jüdischen Überlebenden in Schleswig-Holstein weckten mein Interesse und ich beschloß, meine Examensarbeit über dieses Thema zu schreiben. Der vorliegende Aufsatz stellt eine erste überarbeitete Zusammenfassung dar und soll die bis dato in der Landesforschung unberücksichtigt gebliebenen Zeitungen als historische Quellen einem breiteren Publikum zugänglich machen. Es freut mich ganz besonders, daß diese Veröffentlichung im Rahmen einer Festschrift für Erich Koch geschieht, da er einer der ersten gewesen ist, die meine Arbeit gelesen haben, und er mich bestärkt hat durch sein Interesse und seine Begeisterung für das Thema. Ich hoffe, Mitte nächsten Jahres meine Doktorarbeit auf breiterer Quellengrundlage vorlegen zu können.

Zur Gliederung

Die Bearbeitung meiner Examensarbeit für den vorliegenden Aufsatz war von folgenden Überlegungen bestimmt: Im Laufe der Recherchen für meine Examensarbeit stellte sich heraus, daß die Kenntnis der größeren politischen Zusammenhänge sowohl für das Verständnis von Genese der Zeitungen und Art ihrer Berichterstattung als auch für die Situation der Juden in der britisch besetzten Zone unerläßlich ist. Deswegen wird auch in diesem Aufsatz zunächst die Besatzungspolitik gegenüber den Juden in der britischen Zone sowie die Haltung der jüdischen Interessenvertretung umrissen. Die zwei jiddischen Zeitungen und das deutschsprachige *Gemeindeblatt* und ihre jeweilige Berichterstattung über die Situation der Juden in Schleswig-Holstein werden dann we-

gen des unterschiedlichen Charakters der Zeitungen getrennt behandelt. Da die Blätter *Undzer Schtime* und *Wochnblat* mit hebräischen Schriftzeichen gedruckt sind und deshalb für viele Interessierte schwerer zugänglich sein dürften, werden die einzelnen Ereignisse, über die dort berichtet wird, im Unterschied zum *Gemeindeblatt* ausführlicher dargestellt.

Die britische Besatzungspolitik gegenüber den Juden

Die Haltung der westlichen Alliierten gegenüber den Juden im besetzten Deutschland war zunächst einheitlich: Einzig die Staatsangehörigkeit galt als Grundlage einer kollektivrechtlichen Qualifizierung, Juden bildeten deshalb keine eigene Gruppe.[2] Die amerikanische Besatzungsmacht gab dieses Prinzip in ihrer Zone im August 1945 auf und erkannte die jüdischen Überlebenden vornehmlich ihrer Leiden wegen als besondere Volksgruppe an. Der Historiker Dan Diner bezeichnet dies als „herausragenden Umschlagpunkt jüdischer Geschichte".[3] Die Briten hingegen hielten an der Zuweisung der Juden zu den bestehenden Nationalitäten fest.

Dabei spielten untergeordnet auch folgende Haltungen eine Rolle: Der Widerwille, die Auffassung der Nationalsozialisten von den Juden als nichtassimilierbarer Gruppe zu übernehmen, die Angst vor neuauflebendem Antisemitismus und die Entschlossenheit, eine jüdische Masseneinwanderung in das britische Mandatsgebiet Palästina zu verhindern.[4] Die Historikerin Hagit Lavsky konstatiert darüber hinaus einen latenten Antisemitismus der Briten, der in den oben genannten Haltungen eine rationale Umsetzung gefunden habe.[5]

Aus britischer Perspektive gab es im wesentlichen zwei Gruppen jüdischer Überlebender: die den Briten bzw. der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration) unterstellten und in Lagern untergebrachten DPs (displaced persons) und diejenigen Juden außerhalb der Lager, für die in erster Linie die deutschen Behörden zuständig waren.

Unter dem Begriff „displaced person" verstanden die westlichen Alliierten „Zivilpersonen, die sich aus Kriegsfolgegründen außerhalb ihres Staates befinden; die zwar zurückkehren oder eine neue Heimat finden wollen, dieses aber ohne Hilfeleistung nicht vermögen."[6] Zu den DPs zählten ausländische Zwangsarbeiter und ehemalige Konzentrationslagerhäftlinge, aber auch Osteuropäer, die entweder nach Kriegsbeginn im Deutschen Reich ihr Auskommen gesucht hatten oder 1944 vor der sowjetischen Armee geflohen waren.

Die alliierte Politik gegenüber diesen Menschen läßt sich in drei Phasen gliedern: 1. Die Pflege, Wohlfahrt und sogenannte Repatriierung durch die UNRRA 1945-1947. 2. Die Neuansiedlung in anderen Ländern durch die IRO (International Refugee Organisation) 1947-1952. 3. Die Überstellung derjenigen DPs unter deutsche Verantwortung, die weder zur Rückkehr noch zur Ausreise bereit bzw. in der Lage waren.[7]

In der britischen Zone bildeten die jüdischen DPs unter den DPs insgesamt eine verhältnismäßig kleine Gruppe. Der Jahresschlußstand 1946 wies für die britische Zone Deutschlands 324.437 DPs insgesamt auf, Mitte Juni 1946 be-

fanden sich dort 12.277 jüdische DPs[8], die entsprechend ihrer Zugehörigkeit zu den bestehenden Nationalitäten wiederum unterschiedlich behandelt wurden.

Zu den jüdischen DPs stießen im Laufe der Zeit noch einige jüdische Flüchtlinge, die in den britischen Akten „infiltrees" genannt wurden. Diese Menschen kamen erst nach Kriegsende aus Osteuropa in das besetzte Deutschland. Schätzungsweise 30.000 Juden gelangten bis zum Ende des Jahres 1945 in die britischen und amerikanischen Besatzungszonen Deutschlands und Österreichs. Von April bis November 1946 drängten weitere 98.800 Menschen nach.[9] Antisemitische Gewalt in Polen, insbesondere das Pogrom in Kielce am 4. Juli 1946, dem 41 Menschen zum Opfer fielen, hatte eine jüdische Massenflucht ausgelöst. Unterstützung bei der Flucht leistete vielfach die zionistische Untergrundorganisation „Brichah" (hebr. = Flucht).[10]

Bereits am 5. Dezember 1945 hatten die Briten jüdischen Flüchtlingen untersagt, über Berlin in oder durch die britische Zone zu reisen.[11] Einigen Menschen gelang es, in den DP-Lagern zunächst illegal Aufnahme zu finden und schließlich offiziell den DP-Status zu erhalten. Nach dem 10.August 1946 gab es in der britischen Zone keine Zulassung von Registrierungen zusätzlicher DPs mehr.[12] Eine große Zahl der jüdischen DPs hatte den Wunsch, in Palästina ein neues Leben zu beginnen. Da die Briten aber weiterhin nur eine begrenzte Zahl von Einwanderungszertifikaten freigaben, wählten viele Juden den illegalen Weg, um ihr Ziel zu erreichen. Häufig endete dieser Versuch jedoch in erneuter Gefangenschaft: in britischen Internierungslagern auf Zypern.

Der Begrifflichkeit der britischen Verwaltung weiterhin folgend, setzte sich die Gruppe der jüdischen Überlebenden, die den deutschen Behörden unterstellt waren, zusammen aus

- Juden mit deutscher bzw. ehemals deutscher Staatsangehörigkeit, die als Deutsche galten
- „infiltrees", die nicht als DPs registriert worden waren, und
- ehemaligen DPs, die ihren Wohnsitz ab dem 1. Juli 1946 außerhalb der DP-Lager genommen hatten. Ihre Zahl betrug 1947 7.000, zwei Drittel davon waren Juden deutscher Herkunft.[13]

Für die Briten erschien eine Integration dieser Menschen, insbesondere der sogenannten deutschen Juden, als grundsätzlich wünschenswert. Die „Zone Policy Instruction No. 20" vom 22. Dezember 1945 war ein erster Versuch, die materielle Not von Menschen, die in der Nazizeit verfolgt worden waren, zu mindern. Die Militärregierung setzte sogenannte Kreissonderhilfsausschüsse ein, die über die zusätzliche Verteilung von Lebensmitteln, Geld, Arbeit und bevorzugte Anweisung von Wohnungen entschieden.[14]

Bei der Rückerstattung jüdischen Besitzes wirkten sich verschiedene Erwägungen von Seiten der Briten zuungunsten der Opfer aus. Seit Juli 1945 stand das jüdische Vermögen unter der Kontrolle der Besatzungsmacht; jede vorzeitige Lösung für Einzelpersonen lehnten die Briten ab, da sie keine Präzedenzfälle schaffen wollten. Ein Rückerstattungsgesetz wurde erst im Mai 1949 verabschiedet. Die britische Regierung war in dieser Frage nicht bereit, amerikanische Vorschläge zu akzeptieren, die vorsahen, jüdische Organisationen Amerikas und Englands mit der Treu-

handverwaltung des erbenlosen Vermögens zu beauftragen. Grund für die ablehnende Haltung der Briten war die Befürchtung, daß die Gelder für die Aufbauarbeit der jüdischen Ansiedlung in Palästina oder sogar für den Kampf jüdischer Untergrundorganisationen verwendet werden könnten.[15] Das Bemühen der Briten ging dahin, daß es für die jüdischen DPs („Goers") einerseits und die in den Gemeinden organisierten Juden andererseits („Stayers") getrennte Interessenvertretungen geben sollte.[16]

Die einzige von den Briten geschaffene Instanz, die für alle Juden in der britischen Zone gleichermaßen zuständig war, war der im März 1946 eingesetzte „Adviser on Jewish Affairs", Colonel Robert Solomon. Er versuchte, in dem an Schärfe zunehmenden Konflikt zwischen britischer Militärregierung und jüdischer Interessenvertretung, der mit der Exodus-Affäre im Jahr 1947 seinen Höhepunkt erreichte, zu vermitteln.

Die Interessenvertretung der jüdischen Überlebenden

Kurz nach der Befreiung gründeten die jüdischen Überlebenden in den DP-Lagern jüdische Komitees und in den Städten jüdische Gemeinden. Die unterschiedliche Herkunft der jüdischen Überlebenden barg durchaus Konfliktpotential, insgesamt überwog aber ein gemeinsames jüdisches Selbstverständnis, das in den Jahren der gnadenlosen Ausrottungspolitik entstanden war.[17] Dieser Zusammenhalt wurde durch den Widerstand gegen die weitgehend kompromißlose Haltung der Briten weiter gefestigt. In Zeitungen und Verlautbarungen der jüdischen Überlebenden nicht nur in der britischen, sondern in allen drei westlichen Besatzungszonen findet sich die Selbstbezeichnung „Sche'erit Hapleitah" (hebr. = Rest der Geretteten). Diese Bezeichnung ist biblischen Ursprungs und eng mit der nationaljüdischen Idee verknüpft.

Das de facto einzige jüdische DP-Lager in der britischen Zone - das in Teilen des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen eingerichtet worden war - war das Zentrum jüdischer Aktivitäten. Ende September 1945 fand dort ein Kongreß statt, an dem jüdische Überlebende aus über 40 Städten und DP-Lagern teilnahmen. Zum Vorsitzenden des „Zentralkomitees der befreiten Juden in der britischen Zone", das Mitglieder von Gemeinden und Komitees der britischen Zone in sich aufnahm, wurde Josef Rosensaft (Belsen), als sein Stellverteter Norbert Wollheim (Lübeck) gewählt.

In den auf dem Kongreß verabschiedeten Resolutionen wurde an erster Stelle die Proklamation eines jüdischen Staates Israel und freie Einwanderung gefordert. Dort hieß es u.a. auch, Juden sollten als Juden anerkannt werden und nicht als Angehörige der Länder, in die sie nicht zurückkehren wollten. Zur Vorbereitung auf ein Leben in Palästina wären jüdische Zentren unter jüdischer Administration vonnöten.[18] Die Briten modifizierten ihre Politik in dieser Frage nur soweit, daß sie den jüdischen DPs im November 1945 erlaubten, in den DP-Lagern separat zu wohnen.[19]

Darüber hinaus existierte seit Juni 1946 ein Zusammenschluß aller jüdischen Gemeinden in der britischen Zone. Seine Hauptaufgabe war, in der Frage der materiellen Entschädigung die

Stimme zu erheben.[20] Mit der Person Norbert Wollheims, der sowohl Vizepräsident des Belsener Zentralkomitees als auch ab September 1946 Vorsitzender des Rates der jüdischen Gemeinden war, gab es schon lange vor dem eigentlichen Zusammenschluß der beiden Organisationen auf dem zweiten Kongreß der befreiten Juden in der britischen Zone im Juli 1947 in Bad Harzburg eine enge Verbindung der beiden Interessenvertretungen. Von Juli 1947 an waren dann alle Gemeinden und Komitees unter dem Vorsitz von Karl Katz in einem Rat vertreten, der Teil des Zentralkomitees war.

Das Belsener Zentralkomitee besaß folgende Dezernate: Sekretariat, Gesundheitsabteilung, Rabbinat, Kultur und Presse. Die Hauptzielsetzungen der geeinten jüdischen Interessenvertretung waren: nationale Anerkennung, die politische, materielle und rechtliche Absicherung derjenigen Menschen, die Deutschland nicht verlassen konnten oder wollten, und eine Regelung in Entschädigungs- bzw. Rückerstattungsfragen. Als Vorsitzender wurde im Juli 1947 erneut Josef Rosensaft, als sein Stellvertreter Norbert Wollheim gewählt.[21]

Beide wurden von der Militärregierung wohl oder übel als Gesprächspartner akzeptiert. Eine offizielle Anerkennung erfolgte erst sehr spät und offensichtlich nur für die Person Norbert Wollheims[22], da die Briten auf getrennten Interessenvertretungen bestanden und Wollheim und Rosensaft von ihnen zunächst als extreme Zionisten angesehen wurden.[23] Nach der Entstehung des Staates Israel und der Auflösung der DP-Lager kam es unter maßgeblicher Mitwirkung von Norbert Wollheim und Josef Rosensaft zu einem weiteren Wandel der Selbstorganisation der Juden in Deutschland, zur Gründung des „Zentralrates der Juden in Deutschland" im Jahr 1950.

Unterstützung erfuhren die jüdischen Überlebenden in ihren Anliegen und Bedürfnissen durch ausländische jüdische Hilfsorganisationen. Angefangen mit Nahrung, Kleidung und Medikamenten über die Finanzierung kultureller, sozialer und berufsbildender Einrichtungen bis hin zur Betreuung bei der Auswanderung leisteten sie Hilfe in enormem Ausmaß. Unmittelbar nach der Befreiung standen jüdische Armeegeistliche und Soldaten insbesondere aus den Reihen der „Jewish Brigade" innerhalb der britischen Armee den jüdischen Überlebenden zur Seite. Die wichtigsten jüdischen Hilfsorganisationen in der britischen Zone waren das „American Jewish Joint Distribution Comittee" (AJDC), kurz Joint genannt, das britische „Jewish Comittee for Relief Abroad", das verschiedene „Jewish Relief Units" nach Deutschland schickte, die „Organisation for Rehabilitation through Training" (ORT), die Unterrichts- und Fachschulprogramme anbot, und die „Jewish Agency", die auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitete und sie organisierte.

Die Zeitungen *Undzer Schtime* und *Wochnblat*

Die Zeitung *Undzer Schtime* war das Organ des Zentralkomitees. Sie erschien bis mindestens Ende Mai 1947 illegal, d.h. ohne daß eine Lizensierung durch die Briten erfolgte.[24] Das Redaktionskollegium mit Sitz in Belsen be-

אונדזער שטימע

בי-וו אָבן-שריפט

12.VII. 1945.

ארגאנאלער "מישער קאמיטעט אין בעלזע

נעראנגע-נאלעניום: אַלעלעסקי יסעל, טרעפּמאַן בעניס, האַמענטאַל חיים.

יזכור

.... און געדענקן לעזן מיר דעם
שרעקלעכן גלות היטלער, און הילגן
לירמירן די מיליאָנען קדושים און גבו-
רים, לעלבע ביינען אורך דער דעסטו-
ל.ש. נאַצישער גבורה און אבדות און
געבראַכט געלאָרן.
נאָר דער טוט לעט אין אונדזערע הער-
צער אַרויסרייסן. דעם אָנדענקן לעזן
בי און שטילן אונדזער ווייטיג!

Abb. 1: Erste Ausgabe der Zeitung Undzer Schtime *vom 12. Juli 1945*

Der Text im schwarz umrandeten Kasten lautet:

Jiskor [jüdisches Gedächtnisgebet für Verstorbene]

„.... und gedenken wollen wir der schrecklichen Hitler-Diaspora, und heiligen und würdigen die Millionen von Märtyrern und Helden, die durch die bestialischen, nationalsozialistischen Greuel und Grausamkeit umgebracht worden sind.

Nur der Tod wird das Andenken an sie aus unseren Herzen herausreißen und unsere Schmerzen stillen."

stand aus Rafael Olewski, David Rosenthal und Paul Trepman. In der ersten Ausgabe vom 12. Juli 1945 äußerte sich David Rosenthal in einem Artikel „Warum eine jiddische Zeitung?" zur Programmatik, die sich mit den Stichworten Mahnung, Organisation, Bildung, Erziehung und damit Vorbereitung auf die Auswanderung, insbesondere nach Palästina, umreißen läßt. Die Zuspitzung des Konflikts mit den Briten im Laufe der Zeit des Erscheinens spiegelte sich in dem zunehmend kämpferischen Ton der Berichterstattung wider.[25]

Die ersten Rubriken, die ab der fünften Ausgabe ihren festen Platz in der Zeitung fanden, lauteten „In Erez Israel und in der zionistischen Bewegung" und „In der Welt von Literatur und Kunst". Hinzu kamen am 1. Januar 1946 „Aus der ganzen Welt" und „Wir suchen unsere Verwandten" und schließlich ab dem 20. August desselben Jahres „Unser Leben im Bild", die „Sportbeilage" und „Von unserem Leben". Zum ein- und zweijährigen Bestehen erschienen Jubiläumsausgaben, und am 14. September 1947 wurde in einer Extrabeilage über die Exodus-Affäre berichtet.[26]

Nach dem Ende von *Undzer Schtime* arbeitete das dreiköpfige Redaktionsteam für die Zeitung *Wochnblat*, die den Untertitel „Organ der Sche'erit Hapleitah in der britischen Zone" trug und ebenfalls vom Belsener Zentralkomitee herausgegeben wurde. Hinsichtlich des Inhalts gab es keine wesentlichen Unterschiede zu dem Vorgänger *Undzer Schtime*. Über Auflagenzahlen, Verbreitung und Leserschaft gaben weder die Zeitungen selbst Auskunft, noch fanden sich in der wissenschaftlichen Literatur hierzu Angaben. Für beide Zeitungen als Organe des Zentralkomitees galt allerdings, daß darin im Gegensatz zu der jiddischen Presselandschaft in der amerikanischen Zone keine Kritik an der offiziellen Politik des jüdischen Zentralkomitees zu finden war. Leserbriefe - vorausgesetzt es gab sie - wurden in *Undzer Schtime* und im *Wochnblat* nicht abgedruckt.

Mit der Auswanderung der meisten jüdischen DPs hatten die DP-Zeitungen ihre Aufgabe erfüllt, „eine Brücke zwischen Gestern und Morgen"[27] zu sein. Die letzte Ausgabe des *Wochnblat* erschien am 18. August 1950.

Die Berichterstattung über Schleswig-Holstein

Gemessen an dem gesamten Textumfang der Zeitungen *Undzer Schtime* und *Wochnblat* nahmen die Artikel über Schleswig-Holstein einen verschwindend kleinen Raum ein. Hauptsächlich wurde über das DP-Lager Neustadt/Holstein und über Lübeck berichtet, denn dort lebten die größten Gruppen jüdischer DPs in Schleswig-Holstein. In *Undzer Schtime* erschienen - in der Mehrzahl unter der Rubrik „Von unserem Leben" - elf Artikel von jeweils rund einer Seite Länge. Hinzu kam die achtseitige Extra-Beilage zur Exodus-Affäre mit vier Bildseiten. Im *Wochnblat* gab es vier Artikel über das DP-Lager Neustadt sowie einen Bericht über den Dichter Jizchak Perlow, der über die Exodus-Affäre ein jiddisches Gedicht und ein Lied verfaßt hatte. Ferner fanden sich in vielen anderen Rubriken vereinzelte Informationen über die Situation in Schleswig-Holstein.

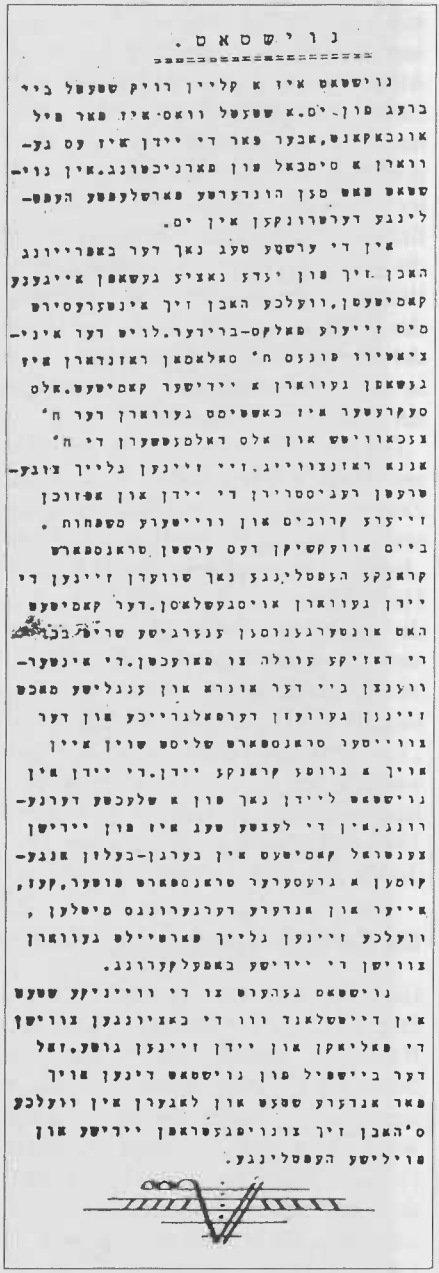
In den Artikeln berichteten auch Men-

schen aus den verschiedenen Orten selbst: Aus Lübeck schrieb Boris Kusne, aus Neustadt S. Ziwier und M. Feldman, alle drei - so ist es den Artikeln zu entnehmen - arbeiteten in jüdischen Komitees oder anderen jüdischen Einrichtungen mit. Weitere Autoren waren Simon Kempler aus Hamburg und der Belsener Zeitungsredakteur Rafael Olewski, der den ausführlichsten Bericht über eine Besuchsreise durch Schleswig-Holstein verfaßte. Bei neun Artikeln wurden die Verfasser nicht angegeben. Einige dieser Beiträge könnten den jüdischen Interessenvertretungen in Neustadt und Lübeck entstammen, andere zumindest teilweise von der Belsener Zeitungsredaktion geschrieben worden sein.[28]

Die Berichterstattung entsprach im kleineren Rahmen der oben mit den Worten „Mahnung" und „Organisation, Erziehung, Bildung als Vorbereitung auf die Auswanderung" skizzierten Programmatik der Zeitungen *Undzer Schtime* und *Wochnblat*. Ob dies bewußt geschah, ließ sich nicht klären, zumal die Autorenschaft der Mehrzahl der Artikel nicht bestimmt werden konnte. Die Artikel, die aus dem Rahmen fallen, da sie besondere Ereignisse zum Inhalt haben, werden im vorliegenden Aufsatz unter den Überschriften „Selbstbehauptung der jüdischen Überlebenden" und „Antisemitismus" vorgestellt.

Mahnung

Das Anliegen, des Massenmordes an den Juden mahnend zu gedenken, fand in der Berichterstattung über Schleswig-Holstein vielfach seinen Ausdruck: Der erste Artikel, der sich mit der Situation der überlebenden Juden in Schleswig-Holstein beschäftigte, handelte von dem



נ ו י ש ס א ס .

נוישסאס איז א קליין רויק שטעל ביי
ברעג פון י.ס.א שטעל וואס איז פאר פיל
אונבאקאנט,אבער פאר די יידן איז עס גע-
וואר א סימבאל פון פארניכטונג.אין נוי-
שטאט פאט סתן הונדערט פארשלעפט העפט-
לינגע דערפרונקען אין יס.

אין די ערשטע טעג נאך דער באפרייונג
האבן זיך פון יגדע נאציע געשאפן אייגענע
קאמיטעטן,וועלכע האבן זיך אינטערעסירט
מיט זייערע פאלק-ברידער.לויט דער אינ-
ציאטיוו פונקט ח' סאלאסאן ראזנדארן איז
געשאפן געווארן א יידישער קאמיטעט.אלס
סעקרעטער איז באשטימט געווארן דער ח'
צקאווישט און אלס דאלמעטשערן די ח'
אנגא ראזנצווייג.דיי זיינען גליין צוגע-
טרעטן רעגיסטרירן די יידן און אפזוכן
זייערע קרובים און ווייטערע משפחות .
ביים אויסקשיקן דעם ערשטן טראנספארט
קראנקע העפטלינגע נאך שווערן זיינען די
יידן געווארן אויסגעלאזן.דער קאמיטעט
האט אונטערגענומען ענערגישע שריטן
די דאזיקע עולה צו פארקכטן.די אינטער-
ווענדן ביי דער אונרא און ענגליש מאכט
זיינען געווען דערפאלגרייך און דער
צווייטער טראנספארט שליסט שוין איין
אין א גרויסע קראנקע יידן.די יידן אין
נוישטאט ליידן נאך פון א שלעכטע דערנע-
רונג.אין די לעצטע טעג איז פון יידישן
צענטראל קאמיטעט אין בערגן-בעלזן אנגע-
קומען א גרעסערער טראנספארט פויער,קינ,
אייער און אנדערע דערנערונגס מיטלען ,
וועלכע זיינען גליין פארטיילט געווארן
צווישן די יידישע באפעלקערונג.

נוישטאט בעהערט צו די ווייניקע שטעט
אין דייטשלאנד ווו די באציינגען צווישן
די פאליאקן און יידן זיינען גוט.זאל
דער ביישפיל פון נוישטאט דינען אויך
פאר אנדערע שטעט און לאנדערן אין וועלכע
ס'האבן זיך צונויפגעטראפן יידישע און
פוילישע העפטלינגע.

Abb. 2: Der erste Artikel über Schleswig-Holstein in Undzer Schtime, *29.11.1945*

DP-Lager Neustadt und begann mit den Worten: „Neustadt ist ein kleines ruhiges Städtchen am Ufer des Meeres. Ein Städtchen, das Vielen unbekannt ist, für die Juden aber ist es zu einem Symbol der Vernichtung geworden. In Neustadt hat man hunderte verschleppter Häftlinge im Meer ertrinken lassen."[29]

Auch in zwei anderen Artikeln wurde des Schicksals der schätzungsweise 7.300 Häftlinge gedacht, die in Neustadt am 3. Mai 1945 bei der sogenannten Cap-Arcona-Katastrophe ums Leben kamen.[30] Während Boris Kusne in dem Artikel „Das Totenschiff (Cap Arcona)" den Versuch unternahm, die Ereignisse des 3. Mai 1945 möglichst genau zu schildern, verband Rafael Olewski in seinem Bericht die Betrachtung der Schiffsruine mit der Zukunftsvision eines Lebens in Palästina.[32]

Außerdem fanden insgesamt vier Trauer- und Gedenkfeiern aus verschiedenen Anlässen Erwähnung. So wurde z. B. am 5. Januar 1947 in Neustadt der jüdische Friedhof eingeweiht, und am Abend versammelten sich Gäste und Bewohner des DP-Lagers im Kinosaal: „Einen unvergeßlichen Eindruck hinterließ die künstlerische Gestaltung durch den Berliner jüdischen Kunstmaler Preiser. Die Gestalt eines ‚Muselmannes' und ein Grab mit der Aufschrift P.N.K.Z. [P.N. hebr. Abkürzung = hier ruht] und ein Davidstern verkörpern alles, wofür die zwei bescheidenen Buchstaben K.Z. stehen. Herr Ziwier redet über die Todesschiffe „Kap Arkona" und „Thielbeck" [...] Eine eindrucksvolle Rede hält Herr Leszman. Er sagt: ‚Wir haben nur Gräber, auf der Erde, in den Meeren und sogar die Luft ist ein Massengrab unserer Millionen, die in Rauch verwandelt worden sind.'"[33]

Organisation, Erziehung und Bildung

Einen zweiten Schwerpunkt in der Berichterstattung über Schleswig-Holstein bildeten die Fragen der Organisation, Bildung und Erziehung, die im vorliegenden Aufsatz zusammengefaßt dargestellt werden. Im Neustädter internationalen DP-Lager, in dem sich die jüdische Bevölkerung in der Minderheit befand, wurde einige Tage nach der Befreiung unter dem Vorsitz von Salomon Rosendorn ein jüdisches Komitee gebildet. Eine der ersten Aufgaben war die Registrierung der Juden und die Suche nach Verwandten, die möglicherweise überlebt hatten. Das Komitee setzte sich außerdem dafür ein, daß kranke jüdische ehemalige Häftlinge bei der Verschickung nach Schweden berücksichtigt wurden, und verteilte Nahrungsmittel, die aus dem DP-Lager Belsen angeliefert worden waren.[34]

In *Undzer Schtime* wurde über ein zweites Komitee berichtet, das sich in Schleswig-Holstein in Lübeck unter dem Vorsitz von Norbert Wollheim gegründet hatte.[35] Nur ein Teil der Juden in Lübeck hatte den DP-Status, und zwar waren dies im wesentlichen Juden polnischer Herkunft, die zunächst zusammen mit anderen nichtjüdischen polnischen DPs in der Walderseestraße in Kasernen lebten.[36] Nach längeren Auseinandersetzungen erreichten es die jüdischen DPs, daß sie auf dem Kasernengelände von den übrigen DPs getrennt wohnen durften.[37]

Eine besondere Aufgabe erfüllte das Lübecker Komitee bei der Aufnahme

von jüdischen Flüchtlingen aus dem Osten, die vorübergehend in der Lübecker Synagoge einquartiert wurden.[38] Als weitere Orte in Schleswig-Holstein, in denen sich kleinere Gruppen von Juden befanden, wurden Lensterhof, Eutin und das polnische DP-Lager Jägerslust bei Kiel genannt.[39]

Den Zeitungsberichten zufolge entwickelte sich in Schleswig-Holstein im DP-Lager Neustadt das intensivste jüdische gesellschaftliche Leben: Dort kam es zur Einrichtung eines jüdischen Kindergartens[40], eines „Sozialklubs"[41], eines Fußballvereins „Maccabi Neustadt"[42], eines eigenen Friedhofes[43], eines Betsaals[44] und einer Schule der jüdischen Berufsausbildungsorganisation „ORT". Im Juli 1947 erlernten in der „ORT"-Schule 56 Frauen das Schneiderhandwerk, weitere Kurse für das Schmiedehandwerk, Radio- und Elektrotechnik, Tuchmacherei, Fischerei, Meeresrettung, Netzflechten und Segelmacherei und die Fertigung von Korsetts standen auf dem Plan.[45] Im September 1947 waren bereits 100 Schüler eingeschrieben, und es hieß, daß noch weitere hinzukommen würden.[46]

Unter den jüdischen DPs gab es ausserdem ein großes Bedürfnis nach einem spezifisch jüdischen Kulturprogramm: „Die Juden in Neustadt lechzen danach, ein jüdisches Wort, jüdischen Gesang oder Theater zu hören. Man kann sich die Freude der Juden kaum vorstellen, wenn sie hören, daß eine kulturelle Veranstaltung vorbereitet wird. Wir wollen uns bekannt machen mit unseren alten Kulturquellen."[47]

Ende des Jahres 1945 gastierte die Theatergruppe „Kle'im Kle'im' (hebr. = Kulisse, Kulisse] der „Jewish Brigade" in Neustadt und Lübeck. Die von den Mitgliedern der Brigade größtenteils selbstverfaßten Texte erzählten von Ghettos und Konzentrationslagern, von Partisanen und von dem jüdischen Kampf für einen eigenen Staat in Palästina. Die jiddische Partisanenhymne „Sage niemals, du gehst den letzten Weg" und andere hebräische Lieder rundeten das Programm ab.[48] In Neustadt gründete sich einige Zeit später eine eigene jüdische Theatergruppe, die allerdings nur eine Vorstellung gab.[49]

Im Laufe der Zeit übernahm das Kulturamt in Belsen in wachsendem Maße die Aufgabe, das kulturelle Leben der Juden in der britischen Zone zu gestalten. Aus einer Sammlung von Büchern, die dem Zentralkomitee in Belsen geschenkt worden waren, erstellte das Kulturamt eine Wanderbibliothek, die auch den jüdischen DPs in Neustadt zugute kam.[50] In Kiel, Lübeck und Neustadt wurden jiddische Filme gezeigt.[51] Schließlich schloß sich ein Kreis von Kulturschaffenden aus der britischen Zone zusammen mit dem Ziel, auf Vortragsreisen jüdisches Kulturgut zu vermitteln. So referierte beispielsweise der jiddische Dichter Meir Ber Gutman in Neustadt über ein literarisches Thema.[52]

Vorträge verschiedenen Inhalts waren in Neustadt zu hören: Der Oberrabbiner der britischen Zone, Hermann Helfgott, vermittelte den Gedanken, daß das jüdische Volk und seine Religion untrennbar verbunden seien.[53] Die Emissäre der „Jewish Agency" in Neustadt hielten politische Referate mit zionistischer Ausrichtung: David Etstein sprach über das Aufbauwerk der jüdischen Ansiedlung in Palästina[54] und zeichnete in einem anderen Vortrag die wichtigsten Etappen des Zionismus nach, um dann

den Bogen zur gegenwärtigen Situation zu schlagen.[55] Mordechai Caspi hielt in der ORT-Schule im Rahmen des Unterrichts wöchentlich ein politisches Referat.[56] Aus Lübeck wurde berichtet, daß die Synagoge und der jüdische Friedhof wiederhergerichtet und eine Bibliothek geschaffen worden sei.[57]

Auswanderung

Die zionistische Ausrichtung der Zeitungen zeigte sich u.a. darin, daß dort nur die Auswanderung bzw. die Vorbereitung darauf ihren Niederschlag fand, die Palästina zum Ziel hatte. Zumindest in Neustadt hatte allerdings offensichtlich auch die weit überwiegende Mehrheit der jüdischen Überlebenden den Wunsch, nach Palästina zu gehen. So schrieb Rafael Olewski im Januar 1946 über die jüdischen DPs in Neustadt:

„Keiner denkt daran, in die alte Heimat zurückzukehren. Von einigen Ausnahmen abgesehen, sind alle dazu entschlossen, unter jeder Bedingung nach Erez Israel einzuwandern. Und das Komitee unter der Leitung von Salomon Rosendorn scheut keine Mühe, die Lebensbedingungen der Juden zu verbessern, bis der Moment der Alijah [hebr. = Aufstieg = Einwanderung nach Palästina] gekommen ist. Fast die gesamte jüdische Jugend hat sich der „Noar Chaluzi Meuchad" [hebr. = Vereinigte Pionierjugend] angeschlossen. Man lernt fleißig jüdische und zionistische Geschichte und die hebräische Sprache."[58]

Vermutlich auf Anregung des Vertreters der „Jewish Agency" in Schleswig-Holstein, Mordechai Caspi, gründete sich in Neustadt die linksgerichtete „lige farn arbtndikn Erez Jisroel" (Liga für das arbeitende Land Israel).[59] Im Sommer 1947 erhielt die erste Gruppe von Juden aus Neustadt Einwanderungszertifikate nach Palästina. Der Berichterstatter aus Neustadt kommentierte dies mit den Worten: „Während der letzten Wochen herrscht in Neustadt eine heitere Stimmung. Die Alijah von 35 Neustädter Juden, unter denen sich fast alle Mitglieder des Komitees befinden, hat unseren Herzen Mut und Hoffnung gegeben.[...] Nach langem Warten kommt endlich der Moment, auf den wir so lange gehofft haben. Wir können offen und frei unsere Freunde verabschieden, die Ojleh [hebr. = Einwanderer nach Palästina] sind. Die Stimmung der versammelten Menge ist munter. Wir glauben, daß auch wir bald unter den Glücklichen sind. Die Eisenbahnwagen sind dekoriert mit Dutzenden blau-weißer Fahnen. U.a. folgende Losungen sind zu lesen: „Lehitraot be Erez-Israel" [hebr. = „Auf Wiedersehen im Land Israel"] und „Am Israel chaj" [hebr. = „Das Volk Israel lebt"]. Der Zug fährt bei den Klängen der „Hatikwa" [hebr. = die Hoffnung, spätere israelische Nationalhymne] an, und führt die 35 Neustädter an unser - ihr Ziel."[60]

Eine zweite Gruppe von 28 Personen verließ das DP-Lager Neustadt auf dem gleichen Wege.[61] Die besondere Vorgeschichte von 51 jüdischen Menschen aus Lübeck, die schließlich Einwanderungszertifikate nach Palästina erhielten, wird im folgenden Abschnitt näher beschrieben.

Selbstbehauptung der jüdischen Überlebenden

Drei Artikel der Zeitungen *Undzer Schtime* und *Wochnblat* und eine Extrabeilage beschrieben Konflikte der Überlebenden mit verschiedenen Parteien - den Briten, der UNRRA, der IRO und der deutschen Polizei - , gegenüber denen sie sich behaupten mußten: Den Versuch einer Verlegung jüdischer DPs von Lübeck nach Neustadt, die Exodus-Affäre und das Eindringen deutscher Polizei ins DP-Lager Neustadt auf britische Anweisung hin.

Der Versuch einer Verlegung jüdischer DPs

Schon ein halbes Jahr bevor die jüdischen DPs in Lübeck ihre Unterkünfte in der Walderseekaserne im Dezember 1946 endgültig verlassen mußten, war der Befehl zu einem Umzug in Baracken hinter der Stadt ergangen.[62] Damals intervenierten Norbert Wollheim und der „Joint"-Mitarbeiter Rotman erfolgreich gegen die Verfügung. Das Verbleiben der jüdischen DPs in der Walderseekaserne schien gesichert.

In der Nacht des 12. Dezember jedoch umstellte deutsche und britische Polizei das Lager, um es dann genau zu durchsuchen, offensichtlich wegen des Verdachts auf Schwarzmarkthandel.[63] Einige Juden wurden festgenommen, wegen mangelnder Beweise aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Am nächsten Morgen erteilte die UNRRA den Befehl, das Lager aufzulösen und die polnischen und jüdischen DPs nach Neustadt zu verlegen. Sofort fuhren einige der jüdischen Menschen nach Neustadt, um sich die neuen Unterkünfte anzusehen. Sie berichteten nach ihrer Rückkehr, daß die Baracken dort keine Fenster hätten und unbewohnbar seien. Bei 15 Grad Frost, so kommentierte Kusne, habe man dort Menschen und kleine Kinder einquartieren wollen. Die jüdischen DPs beschlossen, nicht nach Neustadt zu gehen.

Da Norbert Wollheim sich zu dieser Zeit in den USA aufhielt, wandte sich das jüdische Komitee mit der Bitte um Hilfe an den Vorsitzenden des Zentralkomitees Josef Rosensaft. Von Belsen kam die Antwort, man solle aushalten, bis Hilfe komme, doch die Zeit verrann, und die Juden wurden gezwungen, ihre Wohnungen zu verlassen. Sie durften nichts mitnehmen außer Wäsche; wer versuchte, eine Matratze oder ein Bett mit sich zu führen, wurde festgenommen.

Das jüdische Komitee verständigte die Mitarbeiter der „Jewish Relief Unit", Pearl Rosenblum aus Neustadt und den Rabbiner Alexander Carlebach aus Hamburg, die einige Zeit später in Lübeck eintrafen. Ihre Proteste blieben erfolglos.

Als die jüdischen DPs sahen, daß sie ihre Wohnungen nicht halten konnten, nahmen sie spontan ihr Gepäck und gingen zur Synagoge. Dort standen jedoch deutsche Polizisten, die niemanden ins Gebäude hinein oder heraus ließen. Der Lübecker Polizeipräsident, bei dem Vertreter des jüdischen Komitees deswegen protestierten, erwiderte, der Befehl stamme von höheren Instanzen, er könne nichts ausrichten. Mittlerweile näherte sich der Abend, und da es Freitag war, kamen Juden zur Synagoge, um dort zum Schabbatbeginn zu beten. Die

Polizei schlug vor, daß die Menschen die Synagoge zum Gebet betreten dürften, falls das jüdische Komitee garantiere, daß niemand Gepäck mitnähme und dort bliebe. Das Komitee lehnte ab.

Ein paar jüdische DPs fanden über Nacht Unterschlupf bei Bekannten, andere wanderten gezwungenermaßen die ganze Nacht bei frostigen Temperaturen durch die Stadt. Am nächsten Morgen war die Polizei verschwunden. In zwei Zimmern der Synagoge richteten sich nun 70 jüdische Menschen, unter denen sich auch Kinder befanden, notdürftig ein. Noch hegten sie die Hoffnung, in Lübeck bleiben zu können. Mit diesem Anliegen wandten sie sich erneut an die Mitarbeiter der „Jewish Relief Unit", Pearl Rosenblum und Rabbiner Carlebach aus Hamburg. Darüber hinaus verständigten sie Heinz Salomon aus Kiel.

Doch deren energische Proteste gegen die Verlegung zeigten keinerlei Wirkung. Als die Delegation darauf hinwies, daß in Lübeck 30 Häuser aus jüdischem Besitz in der Nazizeit enteignet worden seien, und forderte, eins davon den heimlosen Juden zur Verfügung zu stellen, lautete die Antwort von britischer Seite, dies sei Angelegenheit der deutschen Behörden.

Bei gedrückter Stimmung harrten die jüdischen DPs in der Synagoge aus. Doch die Holzvorräte für die Beheizung des Gotteshauses gingen schon bald zu Ende, und sie mußten anderswo Unterkunft suchen. Ein Appell des jüdischen Komitees bewirkte, daß eine kleine Zahl von ihnen in Häusern von deutschen Juden Aufnahme fand. Wie sehr sich die jüdischen DPs von den Briten bzw. von der UNRRA zurückgesetzt und diskriminiert fühlten, zeigte der abschließende Kommentar Kusnes:

„Die Tragödie ist noch größer, wenn man weiß, daß an die Stelle der herausgetriebenen Juden professionelle SS Mörder treten: Letten und Littauer, die für die Engländer das gewünschte Element darstellen. Als kurios kann folgender Fall dienen. Als im vergangenen Jahr der jüdische Block geschaffen wurde, ist unter den Letten ein einziger Jude gewesen, der darum bat, bei uns aufgenommen zu werden. Die „UNRRA" hat ihm damals geantwortet, daß er Lette sei und im polnischen Block nicht wohnen könne. Nach langen Interventionen ist es ihm gelungen, sich in den jüdischen Block einzuordnen. Bei der letzten Räumung hat er sich (im Spaß) an denselben „UNRRA"-Beamten gewandt: er sei lettischer Bürger und so wie die Letten bleiben (man muß betonen, daß sich in demselben Lager etliche von Letten bewohnte Blocks befinden, auf die der Räumungsbefehl nicht zutrifft) wolle er auch bleiben. Darauf wurde ihm geantwortet: ‚Nein, du bist ein Jude und mußt ebenso wie alle Juden herausgehen.' Das alles ist vorgekommen im Jahr 1946 und spiegelt unsere Lage auf das deutlichste."[64]

Über die Entwicklung der Situation im Laufe der folgenden Monate gab die Zeitung keine Auskunft; es wurde nur berichtet, daß angesichts der schwierigen Situation die Entscheidung fiel, das Purimfest, das ausgelassen und fröhlich gefeiert wird, nicht in der gewohnten Form zu begehen. Stattdessen hörten die in der Synagoge versammelten Juden Vorträge. In seiner Begrüßungsrede verlieh Boris Kusne der Hoffnung Ausdruck, die Anwesenden kommendes Purimfest beim Karneval in Tel-Aviv zu treffen.[65] Der *Undzer Schtime*-Ausgabe vom 14. September 1947 war dann zu

entnehmen, daß die Ungewißheit von 51 Betroffenen ein Ende hatte, da sie Auswanderungszertifikate nach Palästina erhalten hatten.

Die Exodusaffäre

Während 51 jüdische DPs aus Lübeck nun endlich ihre Reise nach Palästina antreten konnten, befanden sich einige Tausend jüdische Flüchtlinge gezwungenermaßen auf dem genau entgegengesetzten Weg - von Palästina nach Lübeck. Die Weltöffentlichkeit verfolgte schon seit Wochen gebannt das Schicksal der jüdischen Flüchtlinge auf dem Schiff „Exodus 1947", das zum Symbol des Kampfes für einen jüdischen Staat wurde. Die etwa 4.500 Menschen, die als „Exodus"-Flüchtlinge in die Geschichte eingingen, hatten versucht, außerhalb der offiziellen, von den Briten festgesetzten Einwanderungsquote nach Palästina zu gelangen. Anfang Juli waren sie mit Hilfe eines kolumbianischen Sammel-Transitvisums aus Deutschland nach Südfrankreich gelangt und hatten dort das Schiff „President Warfield" bestiegen, das dann auf offener See in „Jeziat Europa 1947" (hebr. = Exodus aus Europa 1947) umbenannt wurde.

Die Briten fingen die Flüchtlinge vor der Küste Palästinas ab und verteilten sie auf drei englische Schiffe, die wieder Kurs auf Frankreich nahmen. Mit dieser Entscheidung wichen die Briten von der bisherigen Praxis ab, illegale jüdische Flüchtlinge in Lagern auf Zypern zu internieren. Da die französischen Behörden sich weigerten, die Passagiere ohne ihr Einverständnis an Land zu bringen, faßten die Briten schließlich auf Vorschlag ihres Außenministers Bevin den Entschluß, die Flüchtlinge nach Deutschland zurückzubringen. Unter dem Namen „Operation Oasis" trafen die Briten Vorbereitungen für die Zwangsausschiffung in Hamburg. Von dort wurden die Flüchtlinge dann nach Lübeck in die Lager Pöppendorf und Am Stau gebracht. Ihr Aufenthalt in Lübeck dauerte drei Monate.

Anfang November wurden sie in winterfeste Kasernengebäude im Raum Wilhelmshaven und Emden gebracht. Viele von ihnen gelangten von dort mit Hilfe der „Brichah" in die amerikanische Besatzungszone und einige noch vor der Staatsgründung Israels weiter nach Palästina.[66]

Rund zwei Wochen nach der Zwangsausschiffung in Hamburg erschien eine Extra-Beilage der Zeitung *Undzer Schtime*. Darin war eine Presseerklärung abgedruckt, in der das Zentralkomitee den Zustand der zwei Lager, die die Flüchtlinge aufnehmen sollten, kommentierte:

„Laut unseren Informationen sind die zwei Aufnahmelager in Lübeck wie Gefangenenlager ausgestattet (hohe Zäune aus Stacheldraht, Wachtürme, bewaffnete Posten). Sowohl die allgemeinen als auch die sanitären Einrichtungen sind primitiv oder gar nicht vorhanden. Im Einklang mit der „IRO" und den großen ausländischen Hilfsorganisationen werden wir auf dem Gebiet der Hilfstätigkeit weder aktiv noch passiv etwas unternehmen, was den Eindruck erwecken könnte, wir wären einverstanden, daß die Männer, Frauen und Kinder der „Exodus" wie Gefangene in Konzentrationslagern behandelt werden."[67]

OUR VOICE

עקסטרע-ביילאגע

עום נר. 23

געווידמעט דעם העלדישן נעראָנגל פון די מעפילים פון „עקזאָדוס 1947" אויפן דייטשישן באָדן

23 Sept. 1947 | דינסטיק, מ׳ תשרי תש״ח

אונדזער שטימע

ארגאן פון דער שארית־הפליטה אין דער בריטישער זאָנע פון דייטשלאנד.

אַרויסגעבער: צ. ק. פון די באַפרייטע יידן אין דער בריטישער זאָנע.

דערקלערונג

פון צענטראַל־קאָמיטעט אין דער בריטישער זאָנע אין דייטשלאנד

צו דער פרעסע אין האַמבורג דעם 4טן סעפּטעמבער 1947

* * *

צו דער נרויסער מאַסע ליידנדיקע און אויף באַפרייונג ווארטנדיקע לאַנד־יידן אין דייטשלאַנד זיינען צונעקומען פריסע 4500 אויסגעוואָרצלטע יידן אויסגעוואָרצלטן מאָלק.

שווארצע, רויטיקע וואָלקנס האָבן באַדעקט דעם היסל, צו וועלכן מיליאָנען פון די פאַרייניקטע נאַציעס שטרעבן אויס זייערע העגס אין אַ נעבעס נאָך פריהן און רו.

ים יעדער שעה, וואָס דערנענטערט די דריי ברי־סיש פראַנטפאָרס־שיפן פון די יידישע פליטים, נעפאַנ־נענע ביי די בריטישע פון אייר, צו האַמבורג, וואָקסט די שפאַנונג און אינגרלעכע אויסרעגונג ביי די יידן אין דער נאַנצער וועלט און נאַנץ באַזונדערס ביי אונדז דאָ, פון וועלכער פיר דערוואַרטן די קומענדיקע מעג.

אין קינדער פון „עקזאָדוס" זיי נעפאַנגענע פון קאַנצענ־טראַציע־לאַגערן.

אין בוזשטענהאַנג פון דעם מוטן פיר פון אַסטרעקנישן, אז די פעלדזונג פון נעגן. פאַיאַר בישאָף וועגן דער נוגע, וואָנטער הילף פון אַסטרעקנישן „דשאַנגס" אין אַ צייט־ריקע.

* * *

Abb. 3: Undzer Schtime. Organ der Sche'erit Ha pleitah in der britischen Zone Deutschlands.
Herausgeber: Z.K. der befreiten Juden in der britischen Zone
Extra-Beilage zu Nr. 23: Gewidmet dem heldischen Kampf der Ma'apilim von der „Exodus 47" auf deutschem Boden

Wiederholt tauchte in der Berichterstattung der Vergleich der Briten mit den Nationalsozialisten auf. In dem Artikel über die Zwangsausschiffung im Hamburger Hafen hieß es: „Durch riesige Lautsprecher wurde Jazzmusik übertragen - genau wie in Auschwitz, genau wie in Belsen, genau wie bei den Nazis." An anderer Stelle waren in der Extra-Ausgabe unter der Überschrift „In den neuen KZs" Bilder der Flüchtlinge in Pöppendorf und Am Stau zu sehen.

Die Art der Berichterstattung war nicht nur von Wut und Verbitterung über die Briten gekennzeichnet, sie brachte auch die Bewunderung für das Verhalten der jüdischen Flüchtlinge zum Ausdruck. Neben dem Zeitungskopf war die Widmung zu lesen „gewidmet dem heldischen Kampf der Ma'apilim [hebr. = Palästinaeinwanderer außerhalb der offiziellen Quote] von ‚Exodus 1947' auf deutschem Boden".[68]

Der Rabbiner Dr. Helfgott gab in einem auf der letzten Seite der Beilage abgedruckten Interview wieder, was er den Menschen in Pöppendorf am zweiten Tag des jüdischen Neujahrsfestes gesagt hatte:

„In meinen Worten brachte ich zum Ausdruck, daß sie ein neues Kapitel unserer Geschichte zu schreiben begonnen haben: ‚Ihr Ma'apilim habt dem jüdischen Volk seine Ehre zurückgegeben. Seid stolz, jeder von euch soll stolz sein. Wenn ihr euern Kindern einmal die neuere jüdische Geschichte erzählen werdet, sollt ihr stolz daran erinnern: - Auch ich gehörte zur Exodus 1947'."[69]

Im Lager Pöppendorf schrieb der Dichter Jizchak Perlow ein Lied über die Exodus-Flüchtlinge und bezeichnete sie als Avantgarde des jüdischen Volkes.[70]

Die letzte Auseinandersetzung zwischen Briten und deutscher Polizei einerseits und DPs - unter denen sich

auch jüdische befanden - andererseits, über die in der Zeitung *Wochnblat* berichtet wurde, hatte ihren Schauplatz im DP-Lager Neustadt.

Deutsche Polizei im DP-Lager Neustadt

Bis Mitte des Jahres 1947 war es der deutschen Polizei verboten, ihre Tätigkeit in die DP-Lager hinein auszudehnen. Im September 1947 gab der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lüdemann bekannt, daß Polizisten in Zukunft in begrenztem Maße Zutritt zu den Lagern hätten und daß an Polizeistellen des Außendienstes unter bestimmten Umständen vermehrt Schußwaffen ausgegeben werden sollten.[71]

Nachdem deutsche Polizei mehrfach versucht hatte, ihren Einfluß im DP-Lager Neustadt geltend zu machen, die DPs sich aber kategorisch weigerten, deutsche Befehle auszuführen[72], gab der Lagerkommandant von Neustadt bekannt, daß am 1. Dezember 1947 ein deutscher Polizeiposten im Lager eingerichtet werden würde.[73] Die Vorsteher des jüdischen Komitees verfaßten daraufhin eine Erklärung, die den Beschluß der Lagerbewohner enthielt, die Polizei nicht in das Lager hereinzulassen. Der Kommandant nahm die Erklärung nicht zur Kenntnis.

Am 1. Dezember versammelte sich die Lagerbevölkerung beim Haupttor des Lagers. Aus den Fenstern hingen schwarze Tücher, und an Gebäudewänden klebten Plakate und Losungen als Zeichen des Protests. Dem Tor näherte sich dann ein Wagen mit Einrichtungsgegenständen für die Dienststelle der deutschen Polizisten. Nur einem Polizisten gelang es, das Lager zu betreten, die anderen wurden verjagt. In Anbetracht der bedrohlichen Situation bemühte sich der Lagerkommandant, die Lagerbewohner von der Richtigkeit der Maßnahme zu überzeugen, doch vor seinen Augen wurde das Auto aus dem Lager gedrängt und auch der letzte Polizeibeamte verjagt.

Der Kommandant lenkte ein: Deutsche Polizei werde nicht ins Lager kommen, und eine neue DP-Polizei solle organisiert werden. Ein paar Stunden später aber begannen über 70 Polizisten aus Lübeck, mit Gummiknüppeln und Pistolen bewaffnet, das verbarrikadierte Haupttor zu stürmen. Sie begannen zu schießen und verwundeten zwei Menschen. Die aufgebrachten DPs bewarfen die Polizisten mit Steinen und vertrieben sie so aus dem Lager. Die passive Haltung des Lagerkommandanten erregte die Einwohner derart, daß ein Hagel von Steinen auf das IRO-Haus niederprasselte, in dem er sich aufhielt.

Während der Kommandant eine britische Militäreinheit zu Hilfe rief, mobilisierten die DPs einen Feuerlöschzug, um den Weg zum Tor durch Wasser zu verstellen. Es wurde beschlossen, den Briten Eintritt zu gewähren, ihn der deutschen Polizei hingegen zu verweigern. Am Abend rollten 15 Panzerwagen ins Lager. Die Bevölkerung blieb ruhig.

Am nächsten Tag richteten die Vorsteher der verschiedenen nationalen Komitees vier Forderungen an den „Controller der PW&DP [= Prisoner of War and Displaced Person] Branch", Oberstleutnant Davis, und an Major Rockley. Es wurde verlangt, der deutschen Polizei den Zutritt ins Lager zu untersagen, den Lager-Kommandanten und seinen

Vertreter abzusetzen, die das Lager umgebenden Zäune zu entfernen und die Lebensbedingungen der Lagerbewohner zu verbessern. Nach langer Unterredung erklärte Davis, daß er die von Berlin aus erfolgte Anordnung ausführen müsse, die Polizei aber im IRO-Haus außerhalb des Lagers untergebracht werde.

In der Zwischenzeit hatte der Vorsitzende des Belsener Zentralkomitees, Josef Rosensaft, in dieser Angelegenheit in London protestiert. Aus dem „Foreign Office" wurde ihm versichert, daß die zuständigen britischen Stellen dafür Sorge tragen würden, deutsche Polizei nicht in das DP-Lager Neustadt hereinzulassen.[74] Unter dieser Bedingung gaben die Bewohner ihren Widerstand auf. Oberstleutnant Davis sicherte außerdem zu, daß ihren sonstigen Forderungen entsprochen werde.

Der Zeitungsbericht des *Wochnblatt* endete mit dem Satz: „Die traurigen Ereignisse haben ein weiteres Mal gezeigt, daß wir den deutschen Boden so schnell wie möglich verlassen müssen."[75]

Antisemitismus

Mit der Schändung des jüdischen Friedhofs in Lübeck in der Nacht vom 3. auf den 4. April 1947 beschäftigte sich ein weiterer Artikel, der neben einer knappen Schilderung der Ereignisse auch Auskunft über einen weiteren antisemitischen Vorfall in Lübeck gab: Rund vier Wochen nach der Friedhofsschändung wurden die Juden, die in der Nähe der Lübecker Synagoge wohnten, in der Nacht durch das Geschrei antisemitischer Hetzparolen wie „Juda verrecke" und „Nieder mit den Juden" geweckt.[76]

Das *Jüdische Gemeindeblatt*

Nach Erteilung einer Lizenz durch die Briten erschien am 15. April 1946 die erste Ausgabe des *Jüdischen Gemeindeblatt für die Nord-Rheinprovinz und Westfalen*. Der Vorsitzende des Zusammenschlusses der jüdischen Gemeinden der britischen Zone, Dr. Philipp Auerbach, schrieb zum Geleit, daß die Zeitung ein erster Schritt in die Freiheit und ein weiterer Schritt für den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland sei.[77] Dies entsprach der britischen Politik, die in den Gemeinden organisierten sogenannten deutschen Juden - soweit möglich - zum Bleiben in Deutschland zu bewegen.

Über die Inhalte der neuen Zeitung äußerte sich in der ersten Ausgabe unter der Überschrift „Wozu ein Jüdisches Gemeindeblatt?" der Herausgeber Hans Frey. Er betonte, daß es die brennendste aller Fragen sei, jedem Mitglied zu einer Existenz zu verhelfen. Deshalb solle die Zeitung die Themen Rechtsfragen, Wiedergutmachung und Steuerangelegenheiten, aber auch Auswanderungsdingen behandeln.[78] Ab November 1946 übernahm der aus dem Londoner Exil zurückgekehrte Karl Marx die Herausgabe und Chefredaktion. Seine Persönlichkeit prägte das Erscheinungsbild der Zeitung, die von nun an den Titel *Jüdisches Gemeindeblatt für die britische Zone* trug.

EINZELPREIS 40 PFENNIG

4. SEITE: Die befreiten Juden der britischen Zone nehmen Stellung zu den Vorkommnissen in Palästina

JÜDISCHES GEMEINDEBLATT
FÜR DIE BRITISCHE ZONE

JÜDISCHE POLITIK / KULTUR
FRAGEN DER WIEDERGUTMACHUNG
STIMMEN DER LESER

AUS DEM JÜDISCHEN LEBEN
NEUES AUS DER JÜDISCHEN WELT
WAS DIE PRESSE SAGT

GESCHÄFTSSTELLE DES JÜDISCHEN GEMEINDEBLATTES, REDAKTION UND EXPEDITION: DÜSSELDORF-BENRATH, FRIEDHOFSTRASSE 23—25. FERNSPRECHER Nr. 71 11 51

NUMMER 9 | 13. AUGUST 1947 | 2. JAHRGANG

Bergen-Belsen - Bad Harzburg

K. M. Die von den Gemeinden und Komitees der britischen Zone gewählten zirka 120 Delegierten sind von dem Kongreß zurückgekehrt, um den ihnen souveränen jüdischen Mandatsgemeinden zu geben von den Beschlüssen.

Die politische Resolution des zweiten Kongresses

Ein Beweis der Einigkeit

Der Zweite Kongreß der befreiten Juden in [illegible] Der Kongreß wendet sich an die Fact-Fin- [illegible] deutschem Boden befinden. Er verlangt die

Abb. 4: Jüdisches Gemeindeblatt *vom 13. August 1947*

Er formulierte folgende Ziele der Zeitung: „Wir haben es zu unserer Aufgabe gemacht, unserer Zeitung den Charakter einer wirklich jüdischen Zeitung zu geben. [...] Wir wollen jüdisch sein, wir wollen alle Juden zu Worte kommen lassen, ganz gleich welcher jüdisch politischen Richtung sie angehören [...] Besondere Aufmerksamkeit wollen wir den kulturellen Dingen widmen, der Literatur, der jüdischen Literatur und der 1933 verbrannten."[79]

Marx verstand sich als deutscher Demokrat jüdischen Glaubens und setzte sich als solcher für ein jüdisches Leben in Deutschland nach 1945 ein. Er lehnte den Vorwurf einer Kollektivschuld der Deutschen frühzeitig ab. Gleichzeitig war er aber überzeugt von der Notwendigkeit eines jüdischen Staates in Palästina, dessen Aufbau er tatkräftig unterstützte.[80] Ein Verbot der Zeitung drohte, als er die britische Haltung in bezug auf Palästina in der Zeitung offen kritisierte.[81]

Ein weiterer Anlaß zu Spannungen dürfte gewesen sein, daß anläßlich des organisatorischen Zusammenschlusses der Interessenvertretungen der jüdischen DPs und der in den Gemeinden organisierten Juden auf dem zweiten Kongreß der befreiten Juden in der britischen Zone im Juli 1947 in Bad Harzburg die Kulturkommission einstimmig eine Resolution verabschiedete, in der die Zeitungen *Undzer Schtime* und das *Jüdische Gemeindeblatt* als offizielle Organe des Zentralkomitees bezeichnet wurden.[82] Im Gegensatz zu *Undzer Schtime* und *Wochnblat* war das *Gemeindeblatt* allerdings in räumlicher, personeller, finanzieller und inhaltlicher Hinsicht viel weniger eng mit dem Belsener Zentralkomitee verbunden.[83] Der derzeitige Forschungsstand erlaubt keine Antwort auf die Frage, wie die Zensur der Briten in bezug auf das *Jüdische Gemeindeblatt* aussah. Darüber hinaus fehlen - wie für die zwei jiddischen Zeitungen auch - Untersuchungen, die näheren Aufschluß über Leserschaft und Verbreitung des *Gemeindeblattes* geben könnten.

Ebenso wie viele der neugegründeten jüdischen Gemeinden im Nachkriegsdeutschland hatte das *Jüdische Gemeindeblatt* Bestand. Am 15. April 1949 änderte sich der Name des *Ge-*

meindeblatt, das seit September 1948 den Untertitel „Die Zeitung der Juden in Deutschland" trug, in *Allgemeine. Die Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, die heute als *Allgemeine Jüdische Wochenzeitung* erscheint.

Die Berichterstattung über Schleswig-Holstein

Die Berichterstattung des *Gemeindeblattes* über die Situation der jüdischen Überlebenden war von geringerem Umfang als die der Zeitungen *Undzer Schtime* und *Wochnblat*. Auch die einzelnen Artikel waren z.T. wesentlich kürzer. Neben den neun Berichten, die sich explizit mit den jüdischen Gemeinschaften in Schleswig-Holstein befaßten, erschienen außerdem vier kurze Meldungen. Die „Wiedergutmachungsanordnung" des Landes Schleswig-Holstein vom 18. November 1946 wurde in einer Beilage des Blattes im Wortlaut abgedruckt.

Darüber hinaus befanden sich in anderen Teilen der Zeitung Informationen über Schleswig-Holstein. Von den neun Autoren der Artikel wurden sechs namentlich bzw. mit einem Kürzel angegeben: Zwei Berichte stammten von Norbert Wollheim aus Lübeck, einer von seiner Sekretärin Herta Hoffmann. Cupo ist die Abkürzung für Curt Posner, der damals in Hamburg lebte.[84] Die Initialen R.G. und Ch. R. konnten nicht aufgelöst werden.

Vier Artikel berichteten über Gedenk- und Trauerfeiern in Eckernförde[85], in Neustadt-Holstein[86] und in Lübeck: In der Hansestadt wurde am 11. April 1948 auf dem jüdischen Friedhof ein Gedenkstein errichtet, der an die jüdischen Opfer des Hitlerregimes erinnern sollte. Dazu hatten sich jüdische Menschen aus Lübeck, Hamburg, Neustadt, Hannover und Nordrhein-Westfalen, Vertreter der britischen Militärregierung und der Stadt Lübeck, der polnischen Militärmission, der Kirche und der Parteien und Gewerkschaften eingefunden.

Als erster Redner ergriff Norbert Wollheim das Wort: „Es ist die Pflicht zu gedenken, weil nur aus Erkennen Läuterung geboren wird. Wir können und wollen nicht schweigen zur Katastrophe unseres Volkes. Am Beispiel der jüdischen Gemeinde Lübecks wird die Größe dieser Katastrophe erkenntlich: 600 Mitglieder zählte sie 1933. Ein Teil von ihnen konnte auswandern. Bei der Befreiung waren es noch - 12 Mitglieder."[87]

Auch der Oberrabbiner der britischen Zone, Dr. Helfgott, richtete das Wort an die Trauergäste: „Die Welt hat sich an den Begriff von sechs Millionen ermordeter Juden gewöhnt. Für sie bedeutet er nur eine Zahl, die statistisch erfaßt worden ist. Nicht so für uns! Für uns heißt diese Zahl: keine Mutter, keinen Vater, keine Kinder. Für uns bedeutet sie ein Seufzen und Baden in Tränen, dort, wo niemand uns sieht und niemand uns hört."[88]

Im Unterschied zu der Berichterstattung von *Undzer Schtime* und *Wochnblat* fand sich im *Gemeindeblatt* nur ein Artikel, der Aktivitäten schleswig-holsteinischer Gemeinden zum Thema hatte. Darin beschrieb Herta Hoffmann das Programm eines Schabbat-Abends in der Lübecker Synagoge. Die Tatsache, daß in dem Artikel von „unserer Heimat Erez-Israel" die Rede war und daß der Abend mit dem Singen der „Hatikwa" beschlossen wurde, zeigt, daß zumin-

Abb. 5: Rabbiner Dr. Leo Baeck aus London auf Besuch in Schleswig-Holstein (v.l.n.r. Heinz Salomon, Dr. Leo Baeck, Norbert Wollheim)

dest die Veranstalter ihren Aufenthalt in Lübeck als Durchgangsstation ansahen.[89]

Diesen Gedanken äußerte in übergreifender Weise auch die bedeutende jüdische Persönlichkeit Rabbiner Dr. Leo Baeck in einem Vortrag in der Lübecker Synagoge, in der er im Rahmen einer Besuchsreise durch Deutschland Station machte. Er legte dar, daß es eine Zeit des Übergangs sei und die Welt, wie durch ein Erdbeben erschüttert, ihr Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden habe. Europa sei nicht mehr der Mittelpunkt.[90]

Drei Artikel hatten schließlich Vorfälle zum Thema, die das verständnislose bis offen feindselige Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung widerspiegelten: die negative Berichterstattung der *Lübecker Nachrichten* über den Zustand des von den Exodus-Flüchtlingen verlassenen Lagers Pöppendorf[91], die Schändung des jüdischen Friedhofs in Lübeck[92] und die Weigerung der Stadtverwaltung Eckernförde, die jüdische Gemeinschaft bei der Gestaltung eines Grabes zu unterstützen.[93]

Fazit

Die Zeitungen *Undzer Schtime* und *Wochnblat* geben Aufschluß über Organisationsstrukturen, Einrichtungen und einzelne Ereignisse im wesentlichen aus der Lebenswelt der jüdischen sogenannten DPs in Schleswig-Holstein, insbesondere im DP-Lager Neustadt. Es lassen sich daraus aber nur begrenzt Rückschlüsse auf die innere Verfassung und alltäglichen Probleme der Menschen ziehen, da die Artikel den Zustand immer auch bereits im Sinne der Program-

matik der Zeitung reflektieren: Offensichtlich galten die Setzung positiver Bezugspunkte, die Betonung eigener Errungenschaften und der Wille zur Selbstbehauptung als der einzige Weg, der aus der schwierigen Situation herausführen konnte.

Der Informationsgehalt des *Jüdischen Gemeindeblattes* über die Situation der Juden in Schleswig-Holstein ist im Vergleich dazu wesentlich geringer und schlaglichtartiger. Inhalt und Umfang der Beiträge können jedoch als Ausdruck einer als unwiederbringlich angesehenen Zerstörung jüdischen Gemeindelebens gewertet werden. Die Berichterstattung aller drei Zeitungen war stark zionistisch geprägt, und Schleswig-Holstein bildete dementsprechend nur eine Station auf dem Weg nach Palästina.

Anmerkungen

1. Das Zitat, das als Titel des Aufsatzes gewählt wurde, entstammt der Zeitung *Undzer Schtime*, 12.7.1946.
2. Vgl. Dan Diner: Elemente der Subjektwerdung. Jüdische DPs in historischem Kontext. In: Fritz Bauer Institut (Hrsg.): Überlebt und unterwegs. Jüdische Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland. (= Jahrbuch 1997 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust). Frankfurt/Main 1997, S. 233.
3. Ebenda S. 240.
4. Vgl. PRO/FO 1030/300 Schreiben des Maj. Gen. R. H. Dewing, Chief of Staff, CCG (BE) an Under Secretary of State of War, 18.8.1945.
5. Vgl. Hagit Lavsky: Die Anfänge der Landesverbände der jüdischen Gemeinden in der britischen Zone. In: Herbert Obenaus (Hrsg.): Im Schatten des Holocaust. Jüdisches Leben in Niedersachsen nach 1945 (= Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen 38: Quellen und Untersuchungen zur Geschichte Niedersachsens nach 1945 Bd. 12). Hannover 1997, S. 213f.
6. Zitiert nach Wolfgang Jacobmeyer: Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-1951. (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft Bd. 65). Göttingen 1985, S. 16.
7. Zur Geschichte der UNRRA vgl. George Woodbridge: UNRRA. The History of the United Relief and Rehabilitation Administration. 3 Bde. New York 1950. Zur Geschichte der IRO vgl. Louise W. Holborn: The International Refugee Organisation. A special Agency of the United Nations. Its History und Work 1946-1952. Oxford 1956. Zu den einzelnen Phasen vgl. Jacobmeyer a.a.O.
8. Vgl. Wolfgang Jacobmeyer: Jüdische Überlebende als „Displaced Persons". Untersuchungen zur Besatzungspolitik in den deutschen Westzonen und zur Zuwanderung osteuropäischer Juden 1945-1947. In: Geschichte und Gesellschaft Nr. 9 (1983), S. 444.
9. Vgl. Kurt R. Grossmann: The Jewish DP-Problem. Its Origin, Scope and Liquidation. New York 1951, S. 14f.
10. Vgl. dazu das Standardwerk zur „Brichah" von Yehuda Bauer: Flight and Rescue. Brichah. New York 1970.
11. Vgl. Malcolm J. Proudfoot: European Refugees 1939-1952. London 1957.
12. Vgl. Angelika Königseder, Juliane Wetzel: Lebensmut im Wartesaal. Die jüdischen DPs (Displaced Persons) im Nachkriegsdeutschland. Frankfurt/Main 1994, S. 55.
13. Zahlenangaben nach Lavsky a.a.O., S. 204.
14. Vgl. Akte E 3090 Sozialministerium Schleswig-Holstein. Appendix "A" 22 Dec 45 to HQ/2900/Sec (Zon/PI(45)20). Anweisung an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein. Hilfeleistungen für frühere Häftlinge der Konzentrationslager.
15. Vgl. Ursula Büttner: Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945-1948. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Hamburg. Hamburg 1986, S. 18f.
16. Vgl. PRO/FO 1049/891. Report by the Adviser on Jewish Affairs after a tour (Oct. 22-31, 1947) in the British Zone of Germany at the request of Lord Pakenham who required information on the representation of German Jews.
17. Vgl. dazu die Beiträge von Anke Quast und Hagit Lavsky in: Herbert Obenaus (Hrsg.): Im Schatten des Holocaust, a.a.O.
18. Vgl. *Undzer Schtime* (künftig *US*), 25.9.1945.
19. Vgl. PRO/FO 1052/281 Rundschreiben des Chief of PW&DP Division, MainHQ, CCG(BE), 19.11.1945.
20. Vgl. *Jüdisches Gemeindeblatt* (künftig *JG*), 25.6.1946.
21. Vgl. *JG*, 11.6.1947 und *JG*, 20.7.1947.
22. Bei dieser Frage sind weitere Nachforschungen notwendig. Die mir zugänglichen Quellen berichten von einer offiziellen Anerkennung Norbert Wollheims als Vertreter der jüdischen Gemeinden durch die britische Militärregierung im Jahr 1949.
23. Vgl. Büttner a.a.O., S. 36, und PRO/FO 1049/2106 Schreiben des Central Secretariat (ZECO), CCG Lübbecke an I.T.M. Pink, Esq., Political Division, Berlin 3.11.1947.
24. Vgl. Königseder, Wetzel a.a.O., S. 198.
25. Vgl. *US*, 12.7.1945. *US*, 12.7.1946. *US*, 12.7.1947 und die *US* Extra-Beilage zur Exodus-Affäre, 23.9.1947.
26. Vgl. Ber Kosowski: Bibliographie der jüdischen Ausgaben in der britischen Zone Deutschlands 1945-1950.

Bergen-Belsen 1950, S. 7.
27. So lautet die Überschrift des Kapitels über die jüdische DP-Presse in der Dissertation von Jaqueline Dewell-Giere: „Wir sind unterwegs, aber nicht in der Wüste". Erziehung und Kultur in den jüdischen Displaced Persons-Lagern der amerikanischen Zone im Nachkriegsdeutschland 1945-1949, S. 246.
28. So wird z.B. in der Ausgabe *US*, 12.7.1947 im ersten Teil des Artikels in Wir-Form über einen Besuch in Neustadt berichtet, im zweiten Teil wiederum in Wir-Form über die Ereignisse vor Ort.
29. *US*, 29.11.1945. Alle Zitate wurden mir ins Deutsche übertragen. An dieser Stelle möchte ich Herrn Dr. Gilel Melamed danken, der mir half, die jiddischen Texte zu verstehen.
30. Zur Cap-Arcona-Katastrophe siehe Wilhem Lange: Cap Arcona. Das tragische Ende der KZ-Häftlingsflotte am 3. Mai 1945. Dokumentation. Eutin 1988, und Rudi Goguel: Cap Arcona. Report über den Untergang der Häftlingsflotte in der Lübecker Bucht am 3. Mai 1945. Frankfurt/Main ²1982.
31. Vgl. *US*, 14.9.1947.
32. Vgl. *US*, 1.1.1946.
33. *US*, 25.1.1947.
34. Vgl. *US*, 29.11.1945.
35. Vgl. *US*, 25.1.1947.
36. Vgl. *US*, 1.1.1946.
37. Vgl. *US*, 25.1.1947.
38. Vgl. *US*, 12.7.1946.
39. Vgl. *US*, 1.1.1946.
40. Vgl. *US*, 14.9.1947.
41. Vgl. *US*, 25.1.1947.
42. Vgl. ebenda.
43. Vgl. ebenda.
44. Vgl. *US*, 14.9.1947.
45. Vgl. *US*, 12.7.1947.
46. Vgl. *US*, 14.9.1947.
47. Vgl. *US*, 30.10.1947.
48. Vgl. *US*, 1.1.1946.
49. Vgl. *US*, 25.1.1947.
50. Vgl. *Wochnblat* (künftig *WB*), 9.1.1948.
51. Vgl. *WB*, 13.2.1948, 23.4.1948, 11.6.1948.
52. Vgl. *WB*, 26.3.1948.
53. Vgl. *US*, 30.10.1947.
54. Vgl. ebenda.
55. Vgl. *WB*, 5.12.1947.
56. Vgl. *US*, 14.9.1947.
57. Vgl. *US*, 1.1.1946.
58. *US*, 1.1.1946.
59. Vgl. *US*, 12.7.1947.
60. *US*, 12.7.1947.
61. Vgl. *US*, 14.9.1947.
62. Die Beschreibung der Ereignisse basiert auf dem Artikel von Boris Kusne in *US*, 25.1.1947.
63. Aus dem Zeitungsartikel geht der Grund für die Durchsuchung und die Anordnung der Verlegung der DPs nicht hervor.
64. *US*, 14.9.1947.
65. Vgl. *US*, 15.4.1947.
66. Zur Exodus-Affäre vgl. Horst Siebecke, Die Schicksalsfahrt der „Exodus 47". Eine historische Dokumentation. Frankfurt/Main 1987, und Aviva Chalamisch: Exodus. Hasipur Ha'amiti. Tel Aviv 1990.
67. *US*, 23.9.1947.
68. Ebenda.
69. Ebenda.
70. *WB*, 30.1.1948.
71. Vgl. Hannes Harding: Displaced Persons (DPs) in Schleswig-Holstein 1943-1953. Magisterarbeit an der Universität Kiel. Kiel 1993, S. 83f.
72. Vgl. *WB*, 5.12.1947.
73. Sofern nicht anders angegeben, beruht die folgende Schilderung der Ereignisse auf einem Bericht der Zeitung *Wochnblat*, 19.12.1947.
74. *WB*, 5.12.1947.
75. *WB*, 19.12.1947.
76. *US*, 15.5.1947.
77. *JG*, 15.4.1946.
78. Ebenda.
79. Sondernummer *JG*, 15.11.1946.
80. Diese Charakterisierung stützt sich auf die Beschreibung Karl Marx' von Hans Lamm: Ein deutscher Jude. In: Hans Lamm und Hermann Lewy (Hrsg.): Brücken schlagen. Aufsätze und Reden aus den Jahren 1946-1962 von Karl Marx. Düsseldorf 1962, S. 5-8.
81. Vgl. Marcel W. Gärtner, Hans Lamm, E.G. Löwenthal (Hrsg.): Vom Schicksal geprägt. Freundesgabe zum 60. Geburtstag von Karl Marx, 9. Mai 1957. Düsseldorf 1957.
82. Die Resolutionen sind abgedruckt in *US*, 20.8.1947.
83. Im Gegensatz zu den Belsener Zeitungsredakteuren war Karl Marx nie im Zentralkomitee vertreten. Während in *Undzer Schtime* und *Wochnblat* keine Anzeigen zu finden waren, gab es sie im *Gemeindeblatt* als zusätzliche Finanzquelle.
84. Auskunft von Ilse Salomon, Kiel.
85. Vgl. *JG*, 20.7.1947.
86. Vgl. *JG*, 13.8.1947 und 12.5.1948.
87. *JG*, 28.4.1948.
88. Ebenda.
89. In einem Artikel des *JG*, 17.9.1948 wurde berichtet, daß sich eine Gruppe von jüdischen Menschen kurz vor der Auswanderung befand, unter ihnen auch Herta Hoffmann.
90. Vgl. *JG*, 8.10.1948.
91. Vgl. *JG*, 31.11.1947.
92. Vgl. *JG*, 14.5.1947.
93. Vgl. *JG*, 22.4.1949.

Abbildungsnachweise:

Abb. 1, 2, 3: Mikrofilm im Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin
Abb. 4: Mikrofilm im Landesarchiv Berlin
Abb. 5: Privatbesitz Ilse Salomon

Christoph Schaumann

„Abgeblaßte Alpenveilchen", „Russenkinder" und „unsichere Kantonisten"

Aufschlußreicher Beifang eines Quellenstudiums in Archiven der freien Wohlfahrtspflege

I. Vorbemerkung

Es waren hauptsächlich drei Argumente, mit denen Freunde versuchten, mich von dem Projekt „Die Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege unter besonderer Berücksichtigung ihrer Reorganisation nach 1945 in Schleswig-Holstein"[1] abzubringen:

Man warnte vor unsortierten Archiven, die den Namen Archiv kaum verdienten - es sei denn, man verstünde darunter einen klapprigen Schrank mit 20 Aktenordnern. Es wurde zu bedenken gegeben, daß das Auswerten der Quellen ein recht einsames Geschäft werden würde, da die entsprechenden Akten in den letzten 50 Jahren nur durch eher wenige Hände gegangen sein sollen.

Und außerdem - so das schlagkräftigste Argument des besorgten Umfelds - würden die gut dreihundert Sitzungsprotokolle der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGW KI) und der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände (AGW S-H), die den Hauptteil der Quellengrundlage ausmachen sollten, höchstens Aufschluß über einen nicht besonders relevanten Aspekt trockener und langweiliger Organisationsgeschichte des Nachkriegs-Schleswig-Holstein liefern.

Zugegeben - die ersten beiden Argumente stellten sich als nicht ganz unrichtig heraus. Von langweiliger Organisations- und Verwaltungsgeschichte konnte jedoch nicht die Rede sein:

Schon in der Anfangsphase des Strukturierens und Sichtens des tatsächlich recht ungeordneten Aktenbestandes stieß ich immer häufiger auf Quellen, die oft zwar nur mittelbar mit meinen Forschungsinteresse - die Reorganisation der freien Wohlfahrtspflege - zu tun hatten, die Mentalität und das gesellschaftliches Klima der schleswig-holstenischen Nachkriegszeit mindestens ebenso anschaulich widerspiegeln wie beispielsweise Hermann Glasers Darstellung der Kulturgeschichte der Bundesrepublik[2], die Nordwestdeutschen Hefte[3] oder die „Immenhof"- und „Stahlnetz"-Folgen des Fernsehens der 50er Jahre.

So wäre mir die Existenz einer Organisation internierter Wehrmachtsangehöriger mit dem Namen „Deutsche in Not", die 1945 „mal eben" 50.000 RM für Wohlfahrtsverbände spenden konnten (Abschnitt II. dieses Beitrags) oder der Zusammenhang von nordamerikanischen Arbeitskämpfen und Süßigkeiten-Beuteln für Kieler Kinder (III.) ohne

dieses Quellenstudium wohl für immer verborgen geblieben. Auch der höchst aufschlußreiche „Bericht über die Lage der Stadt Kiel" vom Juli 1949 (VII.) ist weder Gegenstand einer lokal- oder landesgeschichtlichen Darstellung noch in einem „regulären" Archiv vorhanden. Einige der Briefe und Sitzungsprotokolle sollen daher hier vorgestellt werden.

II. Die konstituierende Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Kiel am 22. Oktober 1945

Ein Vertreter der öffentlichen Wohlfahrtspflege, Stadtmedizinalrat Prof. Dr. Klose, erinnerte sich angesichts der chaotischen Verhältnisse im Kiel der unmittelbaren Nachkriegszeit an Personen, die schon vor 1933 in der Kieler Wohlfahrtspflege tätig waren. Mit ihnen beabsichtigte er, die soziale und gesundheitliche Situation der Kieler Bevölkerung und mögliche Hilfsmaßnahmen zu besprechen.[4] Die am 22. Oktober 1945 um 15 Uhr im Dienstzimmer von Prof. Klose - einem der wenigen nicht völlig zerstörten Räume des Krankenhausgebäudes - abgehaltene Zusammenkunft kann als konstituierende Sitzung der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege gelten.

Der Kreis der bei diesem ersten Treffen der AGW Kiel Anwesenden setzte sich nicht nur aus Vertretern und Vertreterinnen derjenigen Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, die auch in der NS-Zeit weiterexistierten, also Caritas und DRK (der Vertreter der Inneren Mission fehlte entschuldigt), und zwei Vertretern der gerade wieder zugelassenen Arbeiterwohlfahrt zusammen. Neben einem Kaplan und einem Pastor, dem Bürgermeister und einem Rechtsanwalt der „Gesellschaft der freiwilligen Armenfreunde", gehörte auch ein Major Götz als Vertreter der in der Sperrzone F internierten Wehrmachtsangehörigen zu den Teilnehmern dieser Sitzung.

Nach der Entgegennahme einer Spende von 50.000 RM der Hilfsgemeinschaft „Deutsche in Not", einer Organisation der internierten Wehrmachtsangehörigen, befaßten sich die Anwesenden der ersten Sitzung der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege mit den der britischen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegten Richtlinien der AGW sowie mit der Bildung von Ausschüssen für die „Erledigung der notwendigen Winteraufgaben".[5]

Zu den auf dieser Sitzung verabschiedeten Richtlinien gehören nicht nur die „Förderung der planmäßigen Zusammenarbeit der Mitgliederverbände unter Wahrung deren Selbständigkeit" und die „Einleitung umfassender und wirksamer Vorsorge- und Fürsorgemaßnahmen für Notleidende und Bedürftige". Ausdrücklich wird auch die „Bekämpfung des Mißbrauchs der Wohlfahrtspflege von seiten der gewerbsmäßigen Bettelei" als Aufgabe beschlossen.

Schon in der ersten Sitzung der Kieler Arbeitsgemeinschaft wurden neben dem für grundsätzliche Organisationsfragen zuständigen Hauptarbeitsausschuß fünf für spezielle Arbeitsgebiete verantwortliche Unterausschüsse gebildet, die sich analog zum Hauptarbeitsausschuß paritätisch aus Vertretern der einzelnen Mitgliedsorganisationen zusammensetzen sollten. Außerdem wurden „interessierte und fachlich besonders geeig-

nete Mitarbeiter aus der Kieler Bürgerschaft hinzugezogen." Beispiele sind der Stadtschulrat Dr. Danielsen im Ausschuß für Schulkinderspeisung oder der Inhaber des Kieler Wäschegeschäftes Meislahn im Ausschuß für Mütter und Säuglingsfürsorge.[6] Die Ausschüsse und ihre Vorhaben im einzelnen:

- Der **Ausschuß für Schulkinderspeisung** hatte sich zum Ziel gesetzt, 1000 Kieler Schulkinder in der Zeit von November 1945 bis Ende März 1946 täglich mit einer zusätzlichen warmen Mittagsmahlzeit zu versorgen. Das Essen sollte in der Gemeinschaftsküche der Gesellschaft Freiwilliger Armenfreunde gekocht werden und in den Schulen dann durch Mitglieder der freien Wohlfahrtspflege mit Unterstützung der Lehrkräfte verteilt werden. Wie aus dem Sitzungsprotokoll hervorgeht, waren sich die Ausschußmitglieder bewußt, daß von den 1.000 Portionen nur 6% der Kieler Schulkinder profitieren konnten. Da aber im Herbst 1945 20-25% der Kieler Schulkinder als unterernährt galten, war an eine spätere Ausweitung der Schulspeisung gedacht. Bis dahin sollten die „zunächst ausgesuchten Kinder nach 10 Wochen ausgetauscht werden".[7] Um die Kosten dieser markenfreien Schulspeisung, die zunächst von der AGW KI allein ohne Zuschüsse finanziert wurde, zumindest etwas zu senken, war an eine von den Eltern zuzuzahlende Anerkennungsgebühr von mindestens zehn, höchstens jedoch 50 Pfennig gedacht.
- Der **Ausschuß Kieler Weihnachtsbaum** gründete sich mit dem Ziel, weihnachtliche Veranstaltungen vorzubereiten und Sammlungen für die dafür notwendigen Geld- und Sachspenden zu organisieren. Mit dem Aufstellen von großen beleuchteten Weihnachtsbäumen „trotz der Trümmer und Ruinen" sollte der Kieler Bevölkerung vorweihnachtliche Freude bereitet, aber auch gleichzeitig Werbung für die Aktion des Kieler Weihnachtsbaums gemacht werden. Für das Jahr 1945 standen die Vorbereitungen von Weihnachtsfeiern für Kinder sowie für Einsame im Vordergrund. Bei der Herstellung von Kinderspielzeug wurde mit den internierten Wehrmachtssoldaten des „Hilfswerks Deutsche in Not" zusammengearbeitet, wobei es der AGW KI allerdings Schwierigkeiten bereitete, das für diese Bastelarbeiten erforderliche Material zu beschaffen.[8]
- Das vordringlichste Problem des **Ausschusses für Näh- und Wärmestuben** war die Beschaffung von geeigneten Räumen und deren tägliche Beheizung. Als Übergangslösung sollten die Räume der städtischen Säuglingsfürsorgestellen genutzt werden. Das Aufsichtspersonal dafür sollte - so die Planung in der konstituierenden Sitzung - von den einzelnen Mitgliedsorganisationen der Arbeitsgemeinschaft gestellt werden. Während das Problem der Sitzgelegenheiten durch die Nutzung von Bänken aus Bunkern schon gelöst war, fehlte es im Oktober 1945 noch immer an den Nähmaschinen für die geplanten Nähstube. Die Verhandlungen mit der britischen Militärregierung über Maschinen aus dem Bestand der früheren NS-Frauenschaft hatten zu diesem Zeitpunkt noch zu keinem konkreten Ergebnis geführt.

Aus dem Tätigkeitsbericht 1945-48 geht jedoch hervor, daß der Auschuß seit Dezember 1945 in verschiedenen Stadtteilen Kiels insgesamt fünf Nähstuben mit acht Nähmaschinen unterhielt.

Fünf Maschinen davon stammten aus ehemaligem NS-Vermögen und wurden dem Auschuß gegen Zahlung einer monatlichen Miete von der Militärregierung überlassen. An ihnen konnten Frauen aller Bevölkerungskreise unter Anleitung einer Schneiderin an bestimmten Wochentagen Ausbesserungsarbeiten oder Umänderungen an Kleidungsstücken vornehmen.[9]

- Unter dem allgemein herrschenden Mangel an dem Allernotwendigsten litt auch die Anfangsphase der Arbeit des **Ausschusses für Mütter- und Säuglingsfürsorge**. Es war zwar Kontakt zu einem Blindenheim in Timmendorfer Strand aufgenommen worden, das bereit war, die dringend benötigten Säuglingskörbe zu flechten; das hierfür nötige Material hatte der Ausschuß jedoch noch nicht bewilligt bekommen.[10]
- Der **Ausschuß für Flüchtlingsfürsorge** hatte im Oktober 1945 noch kein klares Konzept für seine Tätigkeit. Der von der Stadtverwaltung geplanten zentralen Stelle für Flüchtlingsfürsorge sollte offensichtlich keine Konkurrenz gemacht, sondern vielmehr bei ihrer Einrichtung Hilfestellung geleistet werden.[11]

Auskunft über die Anfangsphase der verschiedenen Ausschüsse der Kieler Arbeitsgemeinschaft gibt das Protokoll der Sitzung vom 25. November 1945, in der die Vorsitzenden über die Tätigkeiten der einzelnen Ausschüsse berichteten. Abschließend wurde festgestellt, „daß auf allen Gebieten die Arbeit gut anläuft und nicht unerhebliche praktische Erfolge bereits erzielt [worden] sind."[12] Laut Protokoll der Sitzung wurde jedoch auch Kritik an den organisatorischen Mängeln geäußert, unter denen die „Aktion Weihnachtsbaum" „trotz der guten Zusammenarbeit aller Beteiligten" gelitten habe. So sei aufgrund des Zeitdrucks versäumt worden, die roten Sammelbüchsen der NSV[13] und des NS-Winterhilfswerks umzufärben, was zu gereizten Reaktionen von seiten der Bevölkerung geführt habe.

III. Amerikanische Mennoniten kompensieren den „völligen Ausfall der von der Militärregierung versprochenen Süßigkeitenbeutel für 10000 Kinder"

Eine entscheidende Änderung in der Arbeit der AGW KI im Jahr 1946 im Vergleich zu 1945 war das Anlaufen der Auslandshilfe, durch die die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände erheblich entlastet wurden. Für die Stadt Kiel spielten dabei vor allem die großangelegte Hilfsaktion der Schweiz - die sog. Schweizer Spende - sowie die Hilfeleistungen des „Mennonite Central Committee" (MCC), einer Organisation amerikanischer und kanadischer Mennoniten, die zum Teil deutscher Abstammung waren, eine große Rolle.[14] Vertreter und Vertreterinnen dieser Organisationen nahmen als Gäste an der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft vom 16. November 1946 teil. „Die ausländischen Gäste", die gekommen waren, „um nach Möglichkeit der Arbeitsgemeinschaft zu helfen", griffen teilweise direkt in die Diskussion ein und versuchten, aufgetretene Probleme schon auf dieser Sitzung zu lösen. So erklärte sich Mr. Dyke vom MCC bereit, den „völligen Ausfall der von der Militärregierung versprochenen Süßigkeitenbeu-

Abb. 1: Mr. Dyke vom Mennonite Central Commitee *erkundigt sich bei Kieler Kindern nach dem Geschmack der ausgeteilten Suppe*

tel für 10.000 Kinder" durch das Backenlassen von Stollen für 7.000 Kinder zu kompensieren. Da die Nahrungsmitteldampfer infolge der amerikanischen Streiks zu dem Zeitpunkt noch nicht eingelaufen waren, hatte Dyke bezüglich der Zutaten bereits mit dem Landesverband des DRK Gespräche geführt. Dieser war bereit, das Backen und die Auslieferung zu übernehmen.[15]

IV. Kiels Dank an die Mennoniten - das abgeblaßte Alpenveilchen

Angesichts der zahlreichen Hilfslieferungen ausländischer Organisationen für die Kieler Bevölkerung gerade in den Jahren 1946-1948 fühlte sich die Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege Ende 1948 verpflichtet, alle in bzw. für Kiel tätigen ausländischen Hilfsorganisationen ihre Dankbarkeit auszudrücken. Daß dies zumindest im Fall des in Kiel besonders engagierten Mennonite Central Committee anders als geplant verlief, zeigt folgender Brief des langjährigen Vorsitzenden der Kieler Arbeitsgemeinschaft Pastor Plath:

Fa. Muth, Blumenhandlung 3. Dezember 48
Kiel
Sophienblatt

Am 25. v. Mts erteilten wir Ihnen einen Auftrag, durch die Fleurop eine Blume zum Preise von DM 10,- nach Hamburg an das Mennonite Central Commitee von USA u. Canada zu schicken. Wie wir jetzt durch die deutsche Sekretärin des M.C.C. erfahren, ist von Ihnen der Auftrag denkbar schlecht ausgeführt worden. Es soll sich um ein ganz kümmerliches, abgeblasstes Alpenveilchen gehandelt haben, das keineswegs dem Preis von DM 10,- entsprach. Umso erstaunter sind wir, weil Herr Muth sen. persönlich den Auftrag ausführen wollte, weil er doch nach Hamburg fuhr.

Es handelt sich bei dem Mennonite Central Commitee um eine ausländische Hilfsorganisation, die in den letzten Jahren unendlich viel für die Kieler Bevölkerung getan hat. Es ist uns deshalb nicht nur peinlich, dass der Auftrag so schlecht ausgeführt wurde, sondern wir halten es geradezu für ein trauriges Zeichen, dass ausgerechnet ein Kieler Geschäftsmann aus einem Auftrag einer Wohlfahrtsorganisation an eine ausländische Hilfsorganisation einen Gewinn herauszuschlagen versucht. Wir beanspruchen durchaus keine Sonderbehandlung, durften aber doch wohl erwarten, dass wir reel bedient werden. Wenn der Hauptschuldige in diesem Fall vielleicht ja auch die ausführende Hamburger Firma ist, so bürgt doch Ihre Firma für eine reelle und gute Ausführung des Auftrages, zumal - wie schon oben erwähnt - Herr Muth sen. sich persönlich bei seiner Hamburger Fahrt der Sache annehmen wollte.

Wir werden aus diesem Vorfall die Konsequenzen ziehen und in Zukunft unsere Aufträge anderen Firmen erteilen.

Im Auftrage:
(Pastor Plath)
Vorsitzender

V. „...nur 8 - 10 Pakete in Verlust geraten" - das Rendsburger Lagerhaus - Knotenpunkt bei der Verteilung von Care-Paketen

Auch die Arbeit der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege war ab der zweiten Hälte des Jahres 1946 duch das Anlaufen der ausländischen Hilfslieferungen geprägt. Kuriose Schriftstücke wie der unter IV. zitierte Brief finden sich zwar nicht in den entsprechenden Unterlagen der AGW SH, dafür gibt ein Bericht von Pastor Mohr, dem Vorsitzenden der Landesarbeitsgemeinschaft, Aufschluß über einige praktische Aspekte der Hilfeleistungen der amerikanischen Care-Organisation für die Region Schleswig-Holstein[16]:

Demnach wurden im Rahmen der seit dem 1. Oktober 1946 laufenden Care-Paket-Aktion bis zum 25. November 1946 12.000 Pakete in Schleswig-Holstein verteilt. Diese Pakete gelangten per Schiff von Bremen nach Rendsburg, wurden dann zu 18 Verteilungsstellen innerhalb des Landes Schleswig-Holstein gebracht und von dort aus durch das Evangelische Hilfswerk, die Arbeiterwohlfahrt und das DRK weiterverteilt.

Diese 45 Pfund schweren Pakete waren zum Teil für bestimmte Empfänger gedacht und in den USA von deren Angehörigen zum Preis von zehn Dollar gekauft worden. Die Adressen dieser Empfänger waren den Verteilungsstellen vom Care-Büro Bremen mitgeteilt worden. Mit Befriedigung weist Pastor Mohr darauf hin, daß das Care-Präsidium nach verschiedenen Kontrollen die mit der Verteilung betrauten freien Wohlfahrtsverbände in Schleswig-Holstein als „besonders gut arbeitend" bezeichnet hätten. So gelte das Lagerhaus in Rendsburg als das beste in der britischen Zone, da es sowohl über Gleis- als auch Schiffsanschluß verfügt. Außerdem seien dort „durch Diebstahl nur 8-10 Pakete in Verlust geraten". Auch die CARE-Paket-Aktion war durch die amerikanischen Streiks beeinträchtigt worden.

Zum Zeitpunkt von Pastor Mohrs Bericht hatte sich jedoch die Situation wieder entspannt, und es war eine weitere größere Paketlieferung für Bremen angekündigt. Die AGW SH hoffte, diese Pakete noch vor Weihnachten verteilen zu können. Mohr wies die Vertreter der einzelnen Verbände in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der von der AGW SH erwünschte Anteil von 40% Freipaketen, d.h. Paketen, die für keinen speziellen Adressaten bestimmt waren, am ehesten durch „exaktes Arbeiten bei der Verteilung" erreicht werden könnte. Hierzu gehörte auch das zügige Zurücksenden der Empfangsquittung an den Spender.

Auch in diesem Punkt wurde in der britischen Zone besser gearbeitet als in der amerikanischen. Laut Protokoll wurden für die 120.000 in der britischen Zone verteilten Pakete 105.000 Quittungen zurückgesandt, in der amerikanischen Zone dagegen nur 10.000. Aus diesem Grund sollte auch der Leiter der CARE-Aktion in der britischen Zone, ein Mr. Randloff, die Leitung für „das ganze Reich"[17] übernehmen. Das schlechte Funktionieren zu Beginn der CARE-Aktion hätte diese gefährdet.

Als weitere Maßnahme zur Verbesserung der Paketverteilung hatten die Organisatoren von CARE beschlossen,

Abb. 2: Food for Relief - *Lebensmittelspende des Mennonite Central Committee*

daß die gesamten dabei anfallenden Kosten - auch die Speditionskosten innerhalb der Besatzungszonen - von der amerikanischen Zentrale getragen werden und daß die für die Verteilung zuständigen Mitarbeiter der deutschen Wohlfahrtsorganisationen nach Möglichkeit Anrecht auf ein Freipaket haben sollten.

VI. „Denunziation" und „Kommunistenfurcht" - Der Briefwechsel der AGW KI

Einblick in eine spezielle Facette der in der Vorbemerkung angesprochenen Nachkriegsmentalität eröffnet der interne Briefwechsel der Kieler Arbeitsgemeinschaft. Im Gegensatz zu den Sitzungsprotokollen mußte hier weder Rücksicht auf Vertreter der Militärregierung noch auf das bei Protokollen übliche Gebot der Sachlichkeit und „Seriösität" genommen werden. Meinungsverschiedenheiten, persönliche Ansichten und Intrigen, alles Dinge, die Auskunft über das in einer Organisation herrschende Klima geben, werden daher vor allem in den Briefen wie den folgenden „ungefiltert" wiedergegeben:

Die Fürsorgerin Andrae, die einzige festangestellte Kraft der Kieler Arbeitsgemeinschaft, schickte dem Vorsitzenden der AGW KI am 17. März 1947 einen Bericht über die Säuglingsfürsorge der Arbeitsgemeinschaft. In einem Anschreiben hierzu trägt sie nach einigen marginalen Äußerungen zur AGW ihr eigentliches Anliegen vor:

„Ich bitte Sie, den Küchenhelfer Achterberg zu entlassen. Er hat schon vor einiger Zeit eine Platte Fett gestohlen, die ihm wieder abgenommen wurde. Meines Erachtens hätte man ihn damals sofort entlassen müssen, um ein Exempel zu statuieren. Ein Betrieb wie der unsrige kann sich solche unsicheren Kantonisten nicht leisten und wir können ihre Weiterbeschäftigung vor den Ausländern nicht verantworten. Inzwischen hat Achterberg für eine verlängerte Arbeitszeit von den Schweizern ein kleines Päckchen Kaffee bekommen und das sofort für 50,- an die Küchenhelferin Frau Turban verkauft. Als letztes vermißt Frau Scholz ihre Zusatzkarten und auch für diesen Diebstahl kann eigentlich nur Achterberg infrage kommen. Nachgewiesen ist es ihm bisher nicht. Mit herzlichem Gruß! Ihre a. [sic!]"[18]

Dieses eindeutige Beispiel von Denunziation und besonders der Sprachduktus, in der diese abgefaßt ist („Exempel statuieren", „unsicherer Kantonist") zeigen, daß zwölf Jahre autoritärer NS-Herrschaft auch an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Organisationen wie der AGW KI nicht spurlos vorübergegangen sind.

In diesem Zusammenhang ist auch die Reaktion der Kieler Arbeitsgemeinschaft auf einen Antrag der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (V.V.N.) recht aufschlußreich. Die V.V.N. stellte als Interessenvertretung der politisch Verfolgten in ihrem Schreiben fest, daß diese Gruppe bei der Verteilung von Care-Paketen, die nicht für einen bestimmten Empfänger gedacht waren, bisher noch nicht bedacht worden war. Da die V.V.N. davon ausging, daß die Verteilung in Kiel von einem Ausschuß der freien Wohlfahrtsverbände vorgenommen wurde, beantragten sie, in diesen Ausschuß mit aufgenommen zu werden.[19]

Plath stellte daraufhin zunächst in einem Antwortschreiben zu Recht klar, daß die wenigen nach Kiel kommenden „freien Care-Pakete" nicht der AGW KI, sondern den einzelnen Wohlfahrtsverbänden zugeteilt würden, und verwies die V.V.N. an den „Zentralausschuß der freien Wohlfahrtspflege für die Verteilung ausländischer Liebesgaben in Bielefeld".[20] Über ein halbes Jahr später wurde der Antrag der V.V.N. aus nicht ersichtlichen Gründen an Mr. Dyck vom Mennonite Central Committee geschickt, versehen mit einem Anschreiben der Fürsorgerin Andrae, in dem sie Dyck gegenüber bedauert, „Ihnen das beigefügte Schreiben der kommunistischen Partei zuschicken zu müssen. Bei der ganzen Haltung, die diese Partei gegenüber religiösen Dingen einnimmt, wirkt diese Bitte außerordentlich befremdend."[21]

Das zuletzt zitierte Schreiben an das Mennonite Central Committee gibt jedoch nicht nur über die in der Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege herrschende bürgerlich-konservative Grundstimmung Auskunft, sondern vermittelt darüber hinaus auf recht drastische Weise einen Eindruck von den Problemlagen, mit denen die AGW KI 1947 konfrontiert war.

Fürsorgerin Andrae bittet in dem Brief das Mennonite Central Committee um konkrete Einzelfallhife für zwei Personen, deren Schicksal sie schildert: Bei dem ersten Fall handelt es sich um einen völlig mittellosen Kieler Studenten, der an offener Tuberkulose erkrankt ist, bei dem zweiten um eine Frau H. aus einem Kieler Vorort.

Frau H. ist im dritten Monat schwanger und soll nach dem Willen der AGW KI nach Möglichkeit ab dem 5. Monat von dem Mennonite Central Committee betreut werden: „Die Eheleute H. sind vor einem Jahr von den Polen ausgewiesen worden. Frau H. war vorher von den Russen vergewaltigt und hat auch ein Russenkind, das bei ihr ist. Der Mann wünscht sich durchaus ein eigenes Kind. Frau H. hatte im Juli 1947 eine Frühgeburt, die trotz bester Pflege durch die Mutter nach zwei Monaten starb. Sehr schlechte Wohnverhältnisse."[22]

VII. „Die ärmste Stadt im ärmsten Land" - Der „Bericht über die Lage der Stadt Kiel"

In der Zeit kurz vor und kurz nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland schien eine Diskrepanz zwischen dem Bild, welches das Ausland von der Not in Deutschland hatte, und dem Bild der Deutschen darüber zu herrschen. So wurde dem Vorsitzenden der AGW KI im April 1949 von einem Vertreter des Mennonite Central Committee mitgeteilt, daß die amerikanischen Spenden stark zurückgingen. Als Grund dafür wurde neben der Wirtschaftsdepression die in der USA herrschende Meinung, daß "Deutschland selbst schon wieder alles hat"[23], angegeben.

Eine Auffassung, die in Deutschland alles andere als geteilt wurde. Der „Bericht über die Lage der Stadt Kiel", den die Fürsorgerin Andrae im Juli 1949 für die AGW KI verfaßte, wird mit einer Passage aus einem in der Schwäbischen Landeszeitung Augsburg abgedruckten Artikel eingeleitet, in dem die Stadt Kiel als „die ärmste Stadt im ärmsten

Land Deutschlands" bezeichnet wird.

Illustriert wird dies mit folgender Schilderung: „Wohl in keiner Großstadt Westdeutschlands sieht man auf Schritt und Tritt so viele ärmlich gekleidete und abgehärmte Menschen wie in Kiel. Nirgendwo droht die Hoffnungslosigkeit so sehr allen Aufbauwillen zu unterdrücken."[24]

Das Land Schleswig-Holstein mit seinem im Vergleich zu den anderen Ländern der Bundesrepublik hohen Anteil an Flüchtlingen und seiner geringen Industriedichte und der daraus resultierenden hohen Arbeitslosenquote von 23%[25] wird mit dem Etikett „Altersheim, Kinderheim und Krankenhaus der [ehemaligen] Westzone" belegt. Nach dem Bericht würde die „katastrophale Notlage Schleswig-Holsteins" dazu führen, daß das Land ohne Hilfe der anderen Länder überhaupt nicht mehr lebensfähig sei.

Nach den Ausführungen zur Situation in Schleswig-Holstein konzentriert sich der Bericht auf die Lage in Kiel. Dabei wird von der Grundannahme ausgegangen, daß „alle Momente, die Schleswig-Holstein zu dem gemacht haben, was es ist, für Kiel [...] in noch weitaus vergrößertem Maße gelten."[26] Diese These wird von der Fürsorgerin Andrae mit einer Fülle von Daten und Fakten untermauert.

Unter dem Vorbehalt, das diese nicht durch Quellenhinweise gestützt sind, sollen einige der Angaben im folgenden wiedergegeben werden, da sie m. E. die Voraussetzungen für die freie Wohlfahrtspflege in Kiel kurz nach der Gründung der Bundesrepublik recht anschaulich darstellen.[27]

Nach der Währungsreform stieg die Zahl der Arbeitslosen in Kiel ständig an und übertraf den bisherigen Höchststand von 1932. Im Juni 1949 waren in Kiel 25.538 Menschen arbeitslos gemeldet (19.300 Männer und 6.238 Frauen), was einen Anstieg um 5.000 seit März 1949 bedeutete. Die Zahl der Kieler und Kielerinnen, die vom städischen Wohlfahrtsamt Unterstützung bezogen, stieg seit der Währungsreform um 50%. Der Kreis der Unterstützungsempfänger bestand im Juli 1949 aus 11.767 Parteien mit 20.143 Personen und setzte sich aus Flüchtlingen und Familien von Kriegsgefangenen und Vermißten (4.670 Personen), ehemaligen Wehrmachtsangehörigen (5.050 Personen) und den Empfängern der allgemeinen Fürsorge (10.423 Personen) zusammen.

Die Addition dieser Zahlen mit der Anzahl der Bezieher von Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenfürsorge ergibt, daß im Sommer 1949 ca. 1/3 der Kieler Bevölkerung auf öffentliche Unterstützung angewiesen war. Die Unterstützungssätze beim Wohlfahrtsamt betrugen damals für eine Einzelperson 36 DM monatlich, für jedes weitere Familienmitglied über 16 Jahren 22,50 DM monatlich und für Familienmitglieder unter 16 Jahren 20 DM monatlich. Außerdem wurde die Miete bezahlt.

Bei einer für Kiel offiziell angegebenen Lebenshaltungsindexziffer von 140,20 DM - die tatsächliche soll nach Angaben der Verfasserin erheblich höher gelegen haben - reichte weder die Unterstützung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung noch die vom Kieler Wohlfahrtsamt gezahlte zum Bestreiten des Lebensunterhaltes. Doch auch diejenigen, die ihren Arbeitsplatz noch nicht verloren hatten, bewegten sich mit ihren Bruttolöhnen zwischen durchschnittlich 160 DM brutto für eine un-

29.August 1950.

An das
Polizeipräsidium Kiel.

Betr.: Erlass von Gebühren.

In zunehmendem Maße kommen zu uns völlig mittellose Auswanderer und neuerdings auch solche Leute, die eine Einweisung in ein Lungensanatorium in der Schweiz bekommen haben, die nicht in der Lage sind, die von ihnen geforderten Paßgebühren zu zahlen. In dem einen Fall handelt es sich um einen Arbeitslosen (Walt Decjerzabek, Sophienblatt 33, geb. in Böhmen), der die Möglichkeit hat, in Schweden unterzukommen und für den Paß DM 15,-- benötigt, die er nicht aufbringen kann. Bei meinen persönlichen Rücksprachen mit dem Arbeitsamt, Fürsorgeamt, Arbeitsministerium und Beratungsstelle für Auswanderungsfragen hat sich herausgestellt, daß es praktisch nicht möglich ist, daß von irgendeiner Stelle die Paßgebühren bezahlt werden. Der Leiter der Paßstelle, Herr Petersen, sag mir, daß ein Erlass nicht möglich wäre, da der Engländer die Sachen erst nach Bezahlung der DM 15,-- bearbeitet.

Im 2. Fall handelt es sich um einen Mann, der seit 2 Jahren lungenkrank ist (Esemann, Westring 222) und Frau und 2 Kinder hat. Seit seiner Krankheit bezieht die Familie Tbc-Hilfe. Nach vielen Verhandlungen und Überwindung grosser Schwierigkeiten ist es jetzt endlich gelungen, daß Herr Esemann über das Gesundheitsamt nach der Schweiz in ein Lungensanatorium verschickt wird. Es ist aber unmöglich, daß Herr Esemann neben den Fahrkosten auch noch DM 15,-- Paßgebühren aufbringen kann. Es hat sich herausgestellt, daß weder das Gesundheitsamt noch das Fürsorgeamt in der Lage sind, diesen Betrag zu zahlen.

Damit überhaupt sowohl dieser Auswanderer nach Schweden kommt als auch Herr Esemann diese für sein Leben so dringend notwendige Reise antreten kann, blieb keine andere Möglichkeit, daß aus Mitteln der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege die Paßgebühren bezahlt wurden.

Nach unserer Ansicht ist es aber nicht zu verantworten, daß die wenigen Gelder, die unter grossen Mühen von den ehrenamtl. Helfer und Helferinnen der freien Wohlfahrtsverbände gesammelt und die von den Kieler Bürgern gespendet werden, um damit wirklich soziale Notstände zu lindern, als Gebühren in eine Behördenkasse zurückfliessen. Es muß hier ein Weg gefunden werden, daß für diese ganz dringenden Notfälle ein Erlass erfolgen kann.

Wir bitten daher dringend und herzlich, in solchen Fällen keine Gebühren zu erheben.

Fz. Pl.
(Pastor Plath)
Vorsitzender

Abb. 3: Pastor Plath wendet sich mit der Bitte um Erlaß der Paßgebühren an Oberbürgermeister Gayk

gelernte Kraft und 220 DM für einen Facharbeiter am Rande des Existenzminimums.

Aufschlußreich ist der in dem Bericht gezogene Vergleich zu dem Einkommen eines schwedischen Arbeitnehmers, wonach dieser bei damals gleicher Kaufkraft von DM und schwedischer Krone durchschnittlich zwischen 500 und 550 Kronen verdiente.

Folgende Bevölkerungsteile wurden als besonders benachteiligt dargestellt:

- Diejenigen, die schon lange arbeitslos waren, aus der normalen Arbeitslosenunterstützung auscheiden mußten und nur Arbeitslosenfürsorge erhielten. Diese Art der Unterstützung konnte bis zu 60 DM monatlich unter dem vom Wohlfahrtsamt gezahlten Fürsorgesatz liegen und daher ein zusätzliches Aufkaufen von Lebensmittelkarten unmöglich machen.
- Alleinstehende Frauen mit Kindern, die, selbst wenn sie Arbeit gefunden hätten, diese auf Grund ihrer Erziehungs- und Betreuungsverpflichtungen nicht hätten annehmen können. Die Möglichkeit zur Heimarbeit, die eine Alternative dargestellt hätte, gab es in Kiel nicht. Ebenso fehlte es an Krippen, Heimen und Kindergärten. Nach dem Bericht ist der Lebensunterhalt in solchen Fällen meistens auch durch die Kinder gesichert worden, die „Altpapier aller Art sammelten oder sonst einer Nebentätigkeit nachgingen".
- Die ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die schon vor dem 2. Weltkrieg pensioniert waren. Deren Reihen seien „gelichtet gewesen [...], buchstäblich durch Verhungern und Selbstmorde". Andere hätten durch den Verkauf ihrer Habseligkeiten oder von Gelegenheitsarbeiten gelebt. Erwähnt werden ein 70jähriger, der bei der Schutträumung arbeitet, oder der 68jährige Kapitän a.D., der sich als Anstreicher auf der Holtenauer Hochbrücke verdingt.

Der „Bericht über die Lage Kiels", der auch detaillierte Schilderungen von den Kieler Wohnverhältnissen und den damit zusammenhängenden hygienischen Zuständen im Sommer 1949 enthält, endet mit einem sehr pessimistischen Ausblick: „Ob und wann der innere und äußere Wiederaufbau Kiels beendet sein wird, ob es überhaupt je möglich ist, ein gesundes Gemeinwesen zu schaffen, in dem jeder Bürger sich selbst die Grundlagen für seine Existenz erarbeiten kann, lässt [sic!] sich heute noch nicht übersehen."[28]

VIII. Anmerkungen

1. Schaumann, Christoph: Die Entwicklung der freien Wohlfahrtspflege unter besonderer Berücksichtigung ihrer Reorganisation nach 1945 in Schleswig-Holstein (Magisterarbeit), Kiel 1995.
2. Glaser, Hermann: Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 1991, S. 13-146.
3. Eggebrecht, Axel / von Zahn, Peter: Nordwestdeutsche Hefte, Hamburg 1946 ff.
4. Völcker, Gertrud: Erinnerungen - 50 Jahre Öffentlichkeitsarbeit (3 Bde.), Kiel 1974 Bd.1, S. 11.
5. Kieler Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege (AGW KI), Sitzungsprotokolle, 22.10.45.
6. Ebenda.
7. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 22.10.45.
8. Ebenda.
9. AGW KI, Allgemeines, 24.02.49.
10. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 22.10.45.
11. Ebenda.
12. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 25.11.45.
13. NSV = Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
14. Hinsichtlich der Auslandshilfe in Kiel ist der Aktenbestand der AGW KI sehr ausführlich von G. Stüber bearbeitet worden, vgl. Stüber, Gabriele: Der Kampf gegen den Hunger 1945-1950. Die Ernährungslage in der britischen Zone Deutschlands, inbesondere in Schleswig- Holstein und Hamburg, Neumünster 1984, S. 535-551.
15. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 16.16.1946.

16. AGW SH, Sitzungsprotokolle, 25.11.1946.
17. Ebenda.
18. Brief der Fürsorgerin Andrae an Pastor Plath, AGW KI, Briefe und Anträge, 17.03.1947.
19. Brief der V.V.N. an Pastor Plath, AGW KI, Allgemeines, 11.04.1947.
20. Antwortbrief Pastor Plaths an die V.V.N., AGW KI, Allgemeines, 26.04.1947.
21. Schreiben der Fürsorgerin Andrae an das Mennonite Central Committee, AGW KI, Allgemeines, 16.12.1947. Interessant und sachlich falsch zugleich ist die Gleichsetzung von V.V.N. und Kommunistischer Partei. Auch wenn sich die meisten der das NS-Regime überlebenden Kommunisten in der V.V.N. organisierten, handelte es sich zu keiner Zeit um eine KPD-Unterorganisation.
22. Ebenda.
23. AGW KI, Sitzungsprotokolle, 29.04.1949.
24. Zitiert in: AGW KI, Sitzungsprotokolle, „Bericht über die Lage in Kiel", 28.07.1949.
25. Stand Juni 1945 (zum Vergleich: In Nordrhein-Westfalen betrug die Arbeitslosenquote zur selben Zeit 4,2%).
26. AGW KI, Sitzungsprotokolle, „Bericht über die Lage in Kiel", 28.07.1949.
27. Zu allen Angaben im folgenden vgl. ebenda.
28. Ebenda.

Abbildungsnachweis:

Abb. 1: Stadtarchiv Kiel
Abb. 2: Archiv Björn Marnau; Kiel
Abb. 3: AGW KI, Briefe und Anträge 1945-1950.

Thomas Pusch

„... es tut mir leid um Deutschland!"

Die Entschädigungsakten als Quelle für die Exilforschung

Der Untersetzte: Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann überall zustandekommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.
Der Große: Man kann sagen, der Mensch ist nur der mechanische Halter eines Passes. Der Paß wird ihm ihn die Brusttasche gesteckt wie die Aktienpakete in das Safe gesteckt werden, das an und für sich keinen Wert hat, aber Wertgegenstände enthält.
Der Untersetzte: Und doch könnt man behaupten , daß der Mensch in gewisser Hinsicht für den Paß notwendig ist. Der Paß ist die Hauptsach, Hut ab vor ihm, aber ohne dazugehörigen Menschen wär er nicht möglich oder mindestens nicht ganz voll. Es ist wie mit dem Chirurg, er braucht den Kranken, damit er operieren kann, insofern ist er unselbständig, eine halbe Sach mit seiner ganzen Studiertheit, und in einem modernen Staat ist es ebenso; [...]
Aber die Pässe gibts hauptsächlich wegen der Ordnung. Sie ist in solchen Zeiten absolut notwendig. Nehmen wir an, Sie und ich liefen herum ohne Bescheinigung, wer wir sind, so daß man uns nicht finden kann, wenn wir abgeschoben werden sollen, das wär keine Ordnung. ..."

aus: B. Brecht, Flüchtlingsgespräche[1]

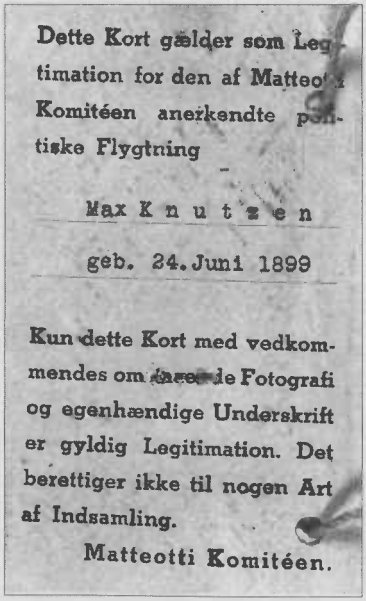
I. Entschädigungsverfahren

Die Akten zu den Verfahren von Entschädigung und Rückerstattung - auf letztere wird in diesem Aufsatz nicht eingegangen - von Verfolgten und Opfern des Nationalsozialismus können als eine der bedeutendsten, differenziertesten und umfangreichsten Quellen zur Sozialgeschichte im Nationalsozialismus gelten. Die Nutzung dieser Akten wurde in den vergangenen Jahren - meist leise und ohne Aufhebens - für die Wissenschaft freigegeben, aber noch nicht überall.[2] Anfängliche generelle Abwehr ließ sich 50 Jahre nach dem Ende der politischen Herrschaft des Nationalsozialismus nicht mehr legitimieren. Personenrechtliche Einschränkungen gelten aus gutem Grunde aber weiterhin. Doch Personenschutzbestimmungen und Datenschutzrechte (informationelle Selbstbestimmungrechte) sind in unserer Gesellschaft nicht als Freiheitsrechte definiert. Das aber ist eine andere Diskussion...[3]

Archive und Bibliotheken, erst recht Behörden, haben vor einer Situation gar panische Angst: die BenutzerInnen stehen vor der Tür und begehren etwas. Gelegentlich wird man den Eindruck nicht los, daß man als BenutzerIn stört. Kein Archiv wird daher z.B. den Schritt unternehmen, an den historischen Seminaren der Universitäten eine Informationsveranstaltung anzubieten etwa mit dem Titel: „Die Entschädigungsakten als Quelle für die Forschung". Dieser Beitrag möchte deshalb - in recht persönlich gehaltener Form - die Entschädigungsakten als Quelle speziell für die Emigrations- oder Exilforschung im Nationalsozialismus vorstellen und dabei nicht als systematische, gar quellenkritische Betrachtung mißverstanden werden. Hier geht es um den „Reichtum", den diese Akten darstellen, und für einen Wissenschaftler, der viele Monate sich hierin vertieft hat, fällt eine Distanz zur Quelle nicht so leicht. Ein wenig wird auch das „Drumherum" des Forschens, so z.B. die stoffliche Seite dieser Quelle, hier eine Berücksichtigung finden. Es sind ja nicht nur Anträge und Bescheinigungen, die nach Ende des Nationalsozialismus abgefaßt oder ausgefüllt, eingereicht und bearbeitet wurden, in den Akten enthalten, nicht nur Vermerke und Bescheide - das alleine würde die Akten schon als wertvoll erscheinen lassen - nein! Es sind ja auch die Originaldokumente, die den Akten u.U. beigefügt sind (warum hat man nicht die Kopien oder Abschrift eingereicht?).

Zurück zum Gegenstand dieser Geschichte, den Quellen, hier den Entschädigungsakten. Im folgenden werden vier exemplarisch zu verstehende Einzelfälle Einblicke in die Anschaulichkeit und Problematik des Entschädigungsverfahrens, hier speziell der EmigrantInnen, liefern. Doch bevor ins Detail abgeschweift wird, sei an dieser Stelle eine unvollständige Liste aller möglichen und unmöglichen Quellen, die in den Entschädigungakten enthalten sind, vorgestellt. Neben Staub, abgebrochenen Bleistiftspitzen und Fingerabdrücken von Sachbearbeitern fanden sich in acht zufällig zu diesem Zwecke noch einmal durchgesehenen Akten folgende Inhalte:

Paß-, Fahndungs- und Familienfotos; Auszüge aus Aussageprotokollen der NS-Verfolgungsbehörden, Anklage- und Urteilsschriften; V-Leute-Berichte; LVA-Akten; ärztliche Atteste; Auszüge aus Gewerbe-, Handels- und Strafregistern; Baupläne; Steuerklärungen aus dem In- und Ausland; Fahrkarten und Fahrpläne; OdN-Anträge; Darlehensanträge und Firmenbilanzen; Pensionsbescheinigungen; Antragsformulare und Feststellungsbescheide; Ausweise von Flüchtlingskomitees; Verdienstbescheinigungen; Meldebescheinigungen; Auskünfte der Landesämter für Verfassungsschutz; Belege über Umzugskosten, Lagerhaltungskosten und Speditionen sowie Zollerklärungen; Paßdokumente; Zeugnisse aus Schule, Hochschule oder Arbeitswelt; Ehestandsbescheinigungen; Krankzeitenmeldungen; Verdienstbescheinigungen; Lebensläufe; Abschiedsbriefe an Angehörige; Auskünfte von Militärarchiven; Haftbescheinigungen (über Haftzeiten, Einweisungs- und Entlassungspapiere); Vernehmung ehem. Tatbeteiligter: Gestapo-Beamte, Nachbarn, Bürgermeister; Anfragen und Feststellungen der Staatsbürgerschaft (der Innenministerien, Paß- und Fremdenbehörden der Emigrationsländer, der Ordungsäm-


Dette Kort gælder som Legitimation for den af Matteotti Komitéen anerkendte politiske Flygtning

Max Knutzen

geb. 24. Juni 1899

Kun dette Kort med vedkommendes om fastsatte Fotografi og egenhændige Underskrift er gyldig Legitimation. Det berettiger ikke til nogen Art af Indsamling.

Matteotti Komitéen.

Abb. 1: Flüchtlingspaß, ausgestellt vom Matteotti-Kommitee, Kopenhagen

ter); Militärausweise (der Résistance oder der Interbrigaden); Ermittlungsverfahren nach dem KPD-Verbot 1956; Aktenvermerke; Verpfändungen von Entschädigungsleistungen; Gesundheitsgutachten aller Fachrichtungen (neurologisch-psychologische, orthopädische, fachinternistische, HNO, zahnheilkundliche Gutachten; Forschungsgutachten...

Kurz und gut: sieht man einmal von geheim- und nachrichtendienstlichen Quellen oder organisationsinternem Material ab, so kann annähernd jede überhaupt für eine Emigrationsstudie in Frage kommende Quelle in den Entschädigungsakten enthalten sein. Viele der neurologisch-psychiatrischen Gutachten haben zudem die Qualität von Oral-History-Interviews, zahlreiche Akten der Innenbehörden der Emigrationsländer, z.B. Paß- und Ausländerämter, sind zumindest in Form von Auskünften der dort tätigen Institutionen ebenfalls erreichbar.[4]

II. Die Stofflichkeit der Quelle[5]

EmigrantInnen kommen weit herum, und auch wenn dem bekannten Brechtschen Gedicht *Über die Bezeichnung Emigranten*[6] aus der empirischen Perspektive vehement widersprochen werden muß, so beschreibt der Zyklus *Flüchtlingsgespräche* überzeugend die Wichtigkeit all dieser Papiere und Bescheinigungen. Ohne einen Ausweis ist der Mensch gar nicht, ja er existiert noch nicht einmal mehr, meint „Ziffel".

Aber: wie schafft es jemand, ein Blatt Papier über Internierungscamps und den Aufenthalt in Partisanenlagern zu ret-

ten? Hat man im Camp einen Schrank? Trägt man das Papier im Futter der Jacke eingenäht? Nein, sicher nicht. Denn würde man mit diesem Papier von einer Wehrmachtsstreife im besetzten Frankreich erwischt werden und dieses Papier wiese einen als deutschen Partisanen in Frankreich aus, der Tod wäre sicher - und er hat so manche ereilt. Wo hat Werner Bringmann seinen Militärpaß der Internationalen Brigaden aus dem Spanischen Bürgerkrieg aufbewahrt, während er Mitglied einer Résistance-Einheit war? Und welchen Weg, welche Situationen hat dieser Militärpaß erlebt? Und wenn z.B. Gerhard Kratzat (alias „Jan") - eine der faszinierendsten Persönlichkeiten (und eine der vergessensten), die in diesen Recherchen eine Rolle spielen - bald zehn Jahre mit mehreren falschen Identitäten gelebt hat, was verändert sich dadurch in der Psyche dieses Menschen - welche Identität nimmt er an? Und hat man den Abschiedsbrief des Gerhard Kratzat vor sich - was empfanden diejenigen, die ihn seit dem Abfassen des Briefes am 12. Juli 1944 in den Händen hatten und lasen? Was der Gefängnispfarrer, die Schreibkraft der Wehrmachtsgerichtes, die Angehörigen, die Lebensgefährtin oder der Sachbearbeiter des Verfahrens? Hier nur der Schluß des vielseitigen Briefes:

„[12.7.1944] Ihr Lieben
Es ist soweit. Ich rauche eine letzte Zigarette und sende Euch meine letzten herzlichen Grüße. Draußen scheint warm die Sonne, und ich habe den Eindruck, daß es gar nicht so schwer sein wird, hinauszutreten und ihre letzten Strahlen zusammen mit dem tödlichen Blei zu empfangen.

Ich danke Euch noch einmal für alles Gute, das Ihr mir erwiesen, für das Leben, das trotz aller Härten so golden, so sonnig war. [/] Ich sterbe ruhig, ich habe stets im Einklang mit mir selbst gelebt, nie durch eine Lüge mir selbst das Leben erleichtert und zugleich vergällt. Das ist wohl das beste, das man von dem Leben erhoffen kann. [/] Leider kann ich diesem Brief nicht die Arbeiten, denen ich diese letzten Jahre widmete, hinzufügen. Ich hätte Euch so gerne etwas hinterlassen, das Euch ein wenig mit Stolz erfüllt. [/] Was auch immer kommen mag, mir ist um Eure Zukunft, um Deutschland Zukunft nicht bang. Ich hoffe, daß in den Brüdern und Schwestern alles fortleben wird, was uns lieb und teuer war. [/] Ein letztes inniges Gedenken und einen letzten Gruß an alle Freunde, die vielleicht nach dem Krieg um ein Lebenszeichen bitten.[/] Euer Gerhard."[7]

Und die Freunde kamen und fragten... Warum gab Kratzat nach zehn Jahren Illegalität in der Emigration, wenige Wochen vor der Befreiung seiner Operationsbasis im Umland von Paris, seine wahre Identität den Häschern bekannt? Das war geradezu selbstmörderisch...

Viele diese Dokumente haben Wege zurückgelegt, beachtliche. Natürlich gilt gleiches für das Soldbuch eines Landsers. Doch welche Distanz hat der aufgeklärte Historiker, Jahrgang 1963, zum Landser, und welche Nähe baut er zu „seinen" historischen Subjekten auf? Aber was ist schon der Weg des Landsers zwischen Kirkenes, Bordeaux und Stalingrad gegen die Odyssee eines Rudolf Katz oder Richard Hansen rund um den Globus oder dem Weg aus den Internationalen Brigaden in ein deutsches KZ? Oder den Weg des Viktor Priess im Ankerspill bei starkem Frost von

Hamburg nach Oslo, Kopenhagen, Dünkirchen, Kopenhagen, Paris, Albacete, dem legendären Partisanenbataillon in der Estremadura, den Lagern Gurs, Le Vernet, Port Bou, Algier, Delfa, dem Dienst in der Britischen Afrika-Armee, dem Landweg von Algerien in die UdSSR, der Verbannung ins hinterste Asien und acht Jahren Gulag in Vorkuta am Eismeer? Um dann doch nach 19 Jahren nach Hamburg zurückzukommen?

Der Paß der Wally Jacobsohn

Hermann Jacobsohn wuchs in Lübeck als Kind einer angesehenen Rechtsanwaltsfamilie auf. Seine Eltern - Mutter Wally geb. Page, Vater Leopold - waren Mitglied der jüdischen Gemeinde, der Vater Teilnehmer des ersten sogenannten „Welt"-Krieges. Der Sohn Hermann war bereits vor 1933 als Geschäftsmann in Frankreich und Spanien bei verschiedenen Handelshäusern tätig. Nach seiner offiziellen Abmeldung aus Lübeck (April 1933) kam er noch einmal in seine Heimatstadt. Dazu schrieb er im Kontext seines Entschädigungsverfahrens: „Ich hätte in Deutschland eine Stellung bekommen können, konnte aber die Luft dort nicht atmen [...]" Er versuchte, seine Familie von der Auswanderung zu überzeugen, was ihm aber nicht gelang. Erst nach der Reichspogromnacht unternahmen die Eltern die notwendigen Schritte.

Lange vor Beginn des Spanischen Bürgerkrieges im Juli 1936 war Hermann Jacobsohn beruflich in Barcelona tätig. Er gehörte wahrscheinlich zu den Menschen, die an der Niederschlagung des Franco-Putsches und am Volksaufstand beteiligt waren. Leider äußerte er sich selbst nur indirekt, sehr wohl aber parteiisch, zu den Ereignissen auf den Barrikaden. Im Verlauf der Niederlage des spanischen Experiments bereitete er dann die Ausreise nach Südamerika vor. 1938 reiste er zunächst nach Marseille und konnte dort ein Visum für Kolumbien erhalten.

Der weitere Lebensweg der Familie ist schnell erzählt. Der Sohn verließ Spanien und kam über Marseille zunächst nach Kolumbien und dann 1939 nach Chile. Dort heiratet er 1943 eine Argentinierin.[8] Die Eltern sind 1939 über Panama nach Kolumbien und von dort aus nach Chile emigriert. Ab Kolumbien (Baranquille) war die Familie wieder zusammen. Die Mutter verstirbt 1941 in einer psychiatrischen Anstalt, der Vater 1945 an einem Krebsleiden. Vom Wohlstand und sozialer Stellung seiner Eltern und dem beträchtlichen Vermögen seiner Großeltern war nichts geblieben.

Zur Geltungmachung der Verfolgung und Schädigung seiner Familie mußte der Sohn zahllose Belege und Bescheinigungen erbringen. So reichte er auch u.a. den Reisepaß seiner Mutter im Laufe des Verfahrens ein. Den größeren Teil all dieser Belege hätte sich der Sohn sparen können, hätte er nachfolgendes Dokument, den Ausbürgerungsvorschlag der Gestapo-Kiel vom 30. Juni 1939 gegen seine Familie, zur Verfügung gehabt. Dieses vom damaligen Chef der Gestapostelle Kiel, Dr. Haselbacher, verfaßte Schreiben liefert die meisten Angaben und bestätigt sie damit „offiziell":

„Der am 31.1.1939 nach Kolumbien ausgewanderte jüdische Rechtsanwalt

Leopold Jacobsohn, [...] mosaisch, deutscher Reichsangehöriger, verheiratet mit Amaly Wally geb. Pagel, [...] wohnhaft gewesen in Lübeck, entstammt einer jüdischen Familie [...].

Aus der Ehe des Jacobsohn ist ein Sohn Hermann Alfred [...] hervorgegangen, der am 11.4.1933 nach Spanien auswanderte. Er soll eine Zeitlang auf Seiten der Rotspanier gekämpft haben. Sein derzeitiger Aufenthaltsort ist jedoch nicht bekannt. Nach unüberprüfbaren Mitteilungen soll er sich bei seinen Eltern in Kolumbien aufhalten.

Vom Jahre 1906 bis 1937 war Jacobsohn Mitinhaber der Rechtsanwaltsfirma Jacobsohn, Dres. Meyer und Bründel in Lübeck. Dr. Bründel ist deutschblütig. Er trat nach der Machtübernahme aus der Firma aus. Jacobsohn übte seine Tätigkeit als Rechtsanwalt noch bis Ende 1938 aus. Bis zum 31.12.1938 war er als jüdischer Konsulent für den Oberlandesgerichtsbezirk Kiel zugelassen.

Jacobsohn hat von 1899 bis 1900 und von 1914 bis 1918 im Infanterieregiment 162 in Lübeck gedient. Er ist Inhaber des Eisernen Kreuzes II., des Hanseatenkreuzes, des Frontkämpferkreuzes und der Landwehrdienstauszeichnung II.

Von 1901 [?, TP] bis 1933 war Jacobsohn Mitglied der Demokratischen Partei und von 1904 bis zur Auflösung Mitglied und zuletzt 2. Vorsitzender der „Esra Loge" des „Unabhängigen Ordens Bne Brith" in Lübeck. Eine schriftstellerische bzw. rednerische Tätigkeit hat er nicht ausgeübt. Es ist aber bekannt, daß er das Reichsbanner mit Geldmitteln unterstützt hat.

Im Zuge der Aktion gegen die Juden wurde Jacobsohn am 10.11.1938 festgenommen und dem Konzentrationslager Sachsenhausen zugeführt. Wegen seines Alters wurde er am 22.11.1938 wieder entlassen. [...]

Er besitzt bei der Dresdner Bank in Lübeck ein Wertpapierdepot und ein Auswandererkonto. Ferner befindet sich noch ein Auswandererkonto bei M.M. Warburg und Co. [...] Die Konten sind im Einvernehmen mit dem Finanzamt Lübeck (Devisenstelle) bis zur Einziehung sichergestellt.

Da Jacobsohn Mitglied der jüdischen „Esra Loge" (UPBB) war, die als staatsfeindlich erklärt und aufgelöst worden ist, ferner das Reichsbanner finanziell unterstützte, sind die Voraussetzungen für die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit gemäß Erlaß [...] erfüllt.

Ich bitte, die Ausbürgerung des Jacobsohn beim RF-SS anzuregen und die Ausbürgerung auch auf die Familienangehörigen zu erstrecken."[9]

Das Augenmerk soll nun aber auf den „edelsten Teil" eines Menschen gelegt werden, den Paß. Alle diese Stempel und Eintragungen im Reisepaß der Frau Jacobsohn, Visa-Ein- wie Austräge, Kürzel, Abzeichnungen, Datumsstempel und Unterschriften provozieren eine Frage: Wieviele Sprachen mußte eigentlich ein Zöllner oder Grenzschützer beherrschen, damit er auch nur etwas davon versteht, was da gestempelt, gedruckt oder geschrieben war? Oder reichte ihm dieser eine Buchstabe auf dem Deckblatt („J") im Paß so vieler Menschen Mittel- und Osteuropas aus, um zu erkennen, daß es sich hier um höchst zweifelhafte Elemente handelt? Man bedenke, offenkundig rassistische Stereotypen wie etwa die Hautfarbe, die es den heutigen „Grenzschützern" so leicht machen, gab es nicht, Juden waren alle „weiß".

Abb. 2 bis 6: Wally Jacobsohn - die Stempel, Vermerke und Streichungen in ihrem Paß dokumentieren eine Flüchtlingsodyssee

Was steht nun alles über das Schicksal der Familie Jacobsohn (Lübeck) im Reispaß der Wally Jacobsohn? Abbildungen laden zum Studium ein.

III. Hatte die „Wiedergutmachung" in Schleswig-Holstein spezifische Bedingungen für die EmigrantInnen?

Ohne Umschweife: für die im hier zugrunde gelegten Forschungsprojekt betrachteten EmigrantInnen stellt die „Wiedergutmachung" über viele Jahre ein weiteres Unrecht dar. Gesunder Menschenverstand, ein Rest an Mitmenschlichkeit und geringste Kenntnisse über die politischen Gegebenheiten des Bundeslandes machen es fast unmöglich, von Zynismus, Revanchismus und Bürokratismus der Behörden (und Politiker) nicht angewidert zu sein (Ausnahmen bestätigen dies und werden in diesem Aufsatz besonders hervorgehoben).

Die Wiedergutmachung der Spanienkämpfer

Einen besonderen Fall für die Schlechterstellung der NS-Verfolgten stellt die Entschädigung der Spanienkämpfer dar. Sie waren die Verlierer im Bürgerkrieg, und ihre Kontrahenten der faschistischen Legion Condor erfreuten sich im Nachkriegsdeutschland eines hohen Ansehens und weitgehend ausreichender Versorgung.[10]

Die Hoffnung vieler Spanienkämpfer hinsichtlich einer Entschädigung richtete sich vor allem auf zwei Aspekte. Sie wollten zunächst die erlittenen Gesundheitsschäden als „verfolgungsbedingt" anerkannt wissen, um so in den Genuß von Beschädigtenrenten zu kommen, und sie wollten die Haft- und Internierungszeiten in Südfrankreich nach 1939 als Haftstrafe entschädigt wissen.

Die Ablehnung eines Antrages auf Beschädigtenrente im Falle des Werner Bringmann bringt die Argumentation in Schleswig-Holstein deutlich hervor. Darin heißt es: „Alle herangezogenen [Gesundheits-]Gutachten lehnen den Zusammenhang der bestehenden Beschwerden mit den Verfolgungsmaßnahmen 1933 ab. Sie [Bringmann] waren Teilnehmer des Bürgerkrieges in Spanien und es ist anzunehmen, daß die Beschwerden als Folge des Krieges entstanden sind. Der Spanienkrieg ist aber nicht als Verfolgungsmaßnahme im Sinne des Gesetzes v. 4.3.48 anzusehen." Kern der Begründung bleibt die Ansicht, daß der Spanische Bürgerkrieg kein von deutscher Seite betriebener Krieg oder keine von dieser Seite betriebene Verfolgungsmaßnahme gewesen sei.

Die von der VVN-Schleswig-Holstein geführte Berufungsklage wiederholt den Widerstandsaspekt explizit noch einmal und weitet ihn auf die Tätigkeit im französischen Widerstand aus. „Seit dieser Zeit [Kapitulation Frankreichs] lebte der Berufungskläger wieder illegal in Frankreich; er hat sich einige Zeit später auf den Namen Arne Sode angemeldet und war demnach als dänischer Staatsangehöriger zunächst unbehelligt geblieben. Dieses dauerte bis zum Jahre 1946. Er führte in Frankreich den Widerstand gegen den Nazismus in der französischen Widerstandsbewegung Franc Tireur Partisan (F.T.P.)." Der Kampf im Ausland gegen den Faschismus geübte Widerstand sei auf verschiedene Weise geführt worden, „z.B. durch Presse-, Radio- und Buchkampagnen und darüber hinaus durch Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg oder im Heer der Alliierten Verbündeten des 2. Weltkrieges oder in den Untergrundbewegungen der besetzten Länder".[11]

Die Berufungsklage wird am 2. November 1951 abgelehnt. Neben dem erkennbaren politischen Unwillen sind hier aber auch die Lücken in den Gesetzen für die Ablehnung verantwortlich zu machen. Zu viele Einzelfälle waren bei der Abfassung der Gesetze gar nicht berücksichtigt worden, sowohl aus Unwillen als auch aus Unkenntnis heraus.

Einen anderen, für die unterschiedliche Wiedergutmachungspraxis in den Bundesländern weitaus aufschlußreicheren Konflikt focht „Jule" Jürgensen, Führungskader der KPD in Norddeutschland, exemplarisch für andere aus. Jürgensen wollte die Internierung und Illegalität in Südfrankreich von 1939 bis 1943 als anrechnungsfähige Haftzeiten gewertet wissen und dafür eine Ent-

Consulat Général de France
à Hambourg
VISA DE TRANSIT
valable pour un seul voyage
jusqu'au
avec faculté d'arrêt de dix jours
à dater du passage à la frontière française
Hambourg, le 2 juin 1938
Le Consul Général de France
3 JUIN 1938
ENTRÉE
12. JUIN 1938
Art. 65
Perçu: RM. 0,90
SORTIE valable pour l'Espagne
la zone d'influence espagnole au Maroc

Jürgensen kam zu Hilfe, daß die Entschädigung bis zur Verabschiedung von bundeseinheitlichen Gesetzen Ländersache war und recht unterschiedlich gehandhabt wurde. Das Landesentschädigungsamt (LEA) in Kiel fragte daher bei den Entschädigungsämtern aller anderen Bundesländer an, wie in vergleichbaren Fällen entschieden worden sei. Von sieben Bundesländern finden sich in seiner Akte vielseitige Rückläufe.

Teilweise wird vor dem Hintergrund der landesspezifischen Entschädigungspraxis explizit auf Jürgensens Fall eingegangen, teilweise werden Vergleichsfälle übersandt und interpretiert. Vergleicht man nun die Eingänge, dann fällt auf, daß - ging es um die Rechte und Interessen der Spanienkämpfer - Schleswig-Holstein eine Sonderrolle einnahm, mehr noch, ein Schlußlicht ist: in den als Beispielen dokumentierten Fällen sind die Bescheide für die Antragsteller weitaus günstiger, entgegenkommender bis hin zu solidarisierend ausgefallen.

An der Spitze lag die Position aus dem Saarland, ohne Frage ein Indiz für den vergleichsweise hohen Anteil von Remigranten und Spanienkämpfern in politischen Funktionen. Vor diesem Hintergrund wurde die Klage beim Oberverwaltungsgericht in Lüneburg zugunsten von Jürgensen entschieden, der Wert als Präzedenzfall aber dadurch entschei-

schädigung einklagen. Juristisch war der Fall recht schwierig, da unterschieden werden mußte nach „Internierung in Frankreich vor Kriegsbeginn", „Internierung bis zum Waffenstillstand" und „unter dem Vichy-Regime", dann noch einmal unterschieden in „besetztes" und „unbesetztes" Frankreich. Belege, Zeugenaussagen und Erklärungen der Betroffenen füllen die Akte. Die Frage aber, welche Haft auf Druck oder Anweisung deutscher Dienststellen oder aber nur „im Sinne dieser", jedoch von der legitimen französischen Regierung betrieben, anzusehen sei, war Hauptstreitpunkt des Verfahrens.

dend gemindert, daß ein vereinheitlichendes Bundesgesetz kurze Zeit später neue Rahmenbedingungen festsetzte.

Vergleicht man, welche - langsam einsetzende - günstigere ideologische Bewertung die Teilnahme am Bürgerkrieg in der DDR erfuhr und welche Existenzsicherung dort gewährleistet wurde, so kann der Entschluß zur Übersiedlung in die DDR nur konsequent sein. Aus den Entschädigungsverfahren geht dann auch hervor, wie Jürgensen und ein weiterer ehemaliger Spanienkämpfer Schleswig-Holstein im Zuge der KPD-Verfolgung und ungünstiger Wiedergutmachung die Bundesrepublik verließen und in die DDR übersiedelten.[12]

Auffallend ist aber auch, wie stereotyp und spärlich die Angaben zur Teilnahme am Bürgerkrieg von den Beteiligten waren. In weiten Bereichen wurde hier ein Tabu berührt.[13]

IV. Das Subjekt in der Geschichte

Das Entschädigungsverfahren erzeugt nicht nur besondere Quellen, sondern auch spezifische Kommunikationssituationen zwischen den AntragstellerInnen und den Sachbearbeitern des LEA.[14] Die Entschädigungsämter entstanden mehr ohne weniger aus dem Nichts, ihr Personal aber keineswegs: Verwaltungsbeamte konnten sicherlich alles verwalten. Wie hängen die Abwicklung, Betreuung und Beratung der Entschädigungsämter mit der personellen Besetzung der Ämter zusammen? Wäre nicht eine Sozialgeschichte der Sachbearbeiter (ohne - „Innen") ebenso aussagekräftig wie die Analyse der Verfahren? Immerhin war der erste Leiter des LEA ein ehemaliger Linksradikaler, spätere Bildungsminister in Braunschweig und Skandinavien-Emigrant, der dann nach wenigen Jahren von der CDU/FDP und den Kreisen, die sie vertrat, aus dem Amt gejagt wurde.

Der Lübecker SPD-Lokalfürst und Skandinavien-Remigrant Paul Bromme, Weggefährte des geschaßten Hans Sievers, formulierte 1973 in seinen Emigrationserinnerungen hinsichtlich der sehr schlechten Erfahrungen eines Freundes mit den Entschädigungsämtern: „Er konnte sich mit der Theorie nicht befreunden, die insbesondere auch bei den Entschädigungsämtern herrschte und deren Mitarbeiter zu einem Teil aus Nazis bestand."[15]

Hans Petersen und der Bearbeiter seines Entschädigungsfalles

Der 1897 in Flensburg geborene Hans Petersen war von 1922 bis zum 31. Januar 1934 Lehrer in der Gemeinde Tastrup. Er war als Aktivist des Guttemplerordens - einer Abstinenzlervereinigung - bekannt und überregional aktiv. Diese Organisation wurde 1933 im Zuge der Gleichschaltungsmaßnahmen aufgelöst, Petersen zum Eintritt in den nationalsozialistischen Lehrerverband gedrängt, wogegen er sich aber widersetzte. Er wurde zum 1. Februar 1934 auf eine Stelle nach Ulzburg strafversetzt. Er selbst datiert seinen Entschluß, nach Dänemark auszuwandern, auf diesen Zeitpunkt: „Nun faßte ich den Beschluß, nach Dänemark auszuwandern, und ich begann, meine eigentliche Muttersprache gründlicher zu lernen. Eine Atempause brachte meine (auf eigenen

Ordinary
Visa for UNITED KINGDOM
Date 24 JAN 1939 No. 1749
Granted at HAMBURG.
SINGLE JOURNEY ONLY.
British Vice Consul

13

Wunsch erfolgte) Versetzung nach Dahrenwurth (Dithm.), wo wir uns bald ganz gut heimisch fühlten."

Im Winter 1935/36 stellte sich aber die gleiche Situation wie zuvor in Tastrup ein - Petersen wurde zum Eintritt in NS-Organisationen aufgefordert, lehnte dies abermals ab. „Ich reichte ordnungsgemäß meine Entlassung ein, brachte meine Frau und unsere beiden Kinder zu meiner in Sonderburg wohnhaften Schwester, und reiste dann selbst mit dem größten Teil unseres Hausrates nach Kopenhagen." Mit einigen Schwierigkeiten konnte er befristete Lehrerstellen in Dänemark wahrnehmen. In Dänemark blieb er von der Verhaftung verschont, da ihm dortige Behörden eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung aussprachen.[16]

Der Dreh- und Angelpunkt seines Entschädigungsverfahrens ist hier bereits genannt. Ihm wird es unter den dargelegten Umständen nicht gelingen können, die Emigration als Folge einer Verfolgungsmaßnahme nachzuweisen - er war weder in Haft, noch wurde gegen ihn ermittelt und - in den Augen des gemeinen Nachkriegsbetrachters - könne hier gar nicht von Emigration als Flucht gesprochen werden, sondern es handelte sich um eine Auswanderung aus freiem Willen. Dies deckt sich mit stereotyp wiederholten Ansichten auch in der Exilforschung, wonach jemand von dunkeln Häschern verfolgt nachts über eine grüne Grenze oder ein sturmgepeitschtes Meer mit wehmütigen Gefühlen im Herzen seine Heimat verläßt. Leider vergaß man dabei, die Realität zu befragen.

An dieser Stelle muß nun auch gar nicht weiter interessieren, ob ein Guttempler[17] nun ein politisch oder sonstwie Verfolgter war. Petersen hat unstreitbar belegt, aus demokratischer Gesinnung den Totalitätsanspruch des NS abgelehnt zu haben und deshalb unter Druck geraten zu sein. Zudem hat er sich mit rassistisch Verfolgten solidarisiert und sie tatkräftig unterstützt. Man

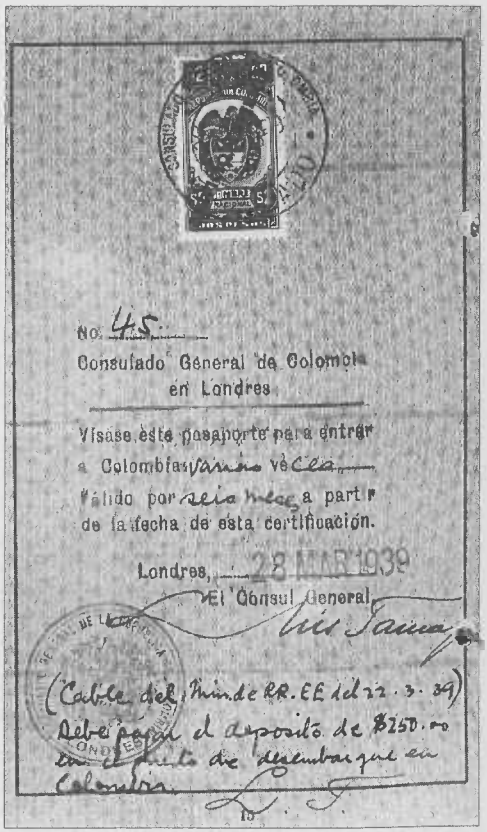
muß nicht nur tollkühne und meist sinnlose Aktionen in KPD und SPD vollführen, um vom Nationalsozialismus als Gegner auserkoren zu werden.

Im Feststellungsbescheid vom 16. Oktober 1962 wird sein Antrag auf Wiedergutmachung von Schäden im beruflichen Fortkommen abgewiesen: „Dem Antrage konnte wegen fehlenden Beweises einer zu einer Schädigung führenden nationalsozialistischen Verfolgung nicht entsprochen werden." Nach weiteren Ermittlungen räumt ein Vermerk des LEA am 29. Juli 1963 aber ein, daß verschiedene Zeugenaussagen die Sichtweise Petersens stützen.[18]

Nicht erkennbar war für den Historiker zunächst, was der Anlaß war, daß der Sachbearbeiter sich diese Perspektive zueigen machte. Problemverschärfend war ohnehin, daß Petersens Erstantrag verloren gegangen ist, seine Personalakte beim Landrat in Flensburg verlustig ist - diesbezügliche Schreiben des Landratsamtes können getrost als Frechheit bezeichnet werden. Petersen, immerhin ein in Wort und Schrift geübter Lehrer, stellt seine Verfolgung in wünschbarer Genauigkeit dar, gut 35 eng mit Maschine beschriebene Seiten lang. Was hilft es da, wenn das LEA dem nach 1945 amtierenden Bürgermeister der Gemeinde Schreiben mit der Aufforderung zukommen läßt, doch bitte die Angaben ggf. zu bestätigen oder die Namen der betreffenden NS-Bauern zu nennen... Geradezu ein Treppenwitz!

Ein bemerkenswert ausführlicher und differenzierter Aktenvermerk (15 Seiten) hält die Situation Petersens im Detail fest: eine ausführlich und kenntnisreich geschriebene Biographie aus Behördenhand. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, als wolle der Sachbearbeiter des LEA Petersen eine gute Vorlage für eine Klageschrift liefern.

Das LEA fragte, sobald sich die Antwort auf eine Anfrage verzögert, bei Petersen mit einem weiteren Schreiben nach, ob er bisherige Schreiben auch erhalten habe. Am 8. Dezember 1961 erinnerte man ihn an das Schreiben des LEA vom 13. Oktober und fragt an, ob er dieses möglicherweise nicht zugestellt bekommen hätte. Besagtes Schreiben enthielt den oben erwähnten ausführlichen Aktenvermerk des Sachbearbeiters als Durchschrift. Mit Petersens Antwortschreiben vom 11. Dezember 1961 bekam der Vorgang dann eine sehr persönliche Wendung: „Wenn ich, wie mir gesagt wurde, der einzige Lehrer in Schleswig-Holstein war, der noch im Amt war, ohne Mitglied der Parteiorganisation zu sein, dann kann Ihnen natürlich kein Fall bekannt sein, daß ein Lehrer nur wegen seiner Nichtmitgliedschaft aus dem Amt entlassen wurde. Und wenn Sie keinen Fall wissen, wo ein Arier mit der Waffe bedroht wurde, weil er für die Hinterbliebenen gefallener ‚Kameraden' nicht spenden wollte, so ist mir jedenfalls ein derartiger Fall bekannt. Und selbstverständlich meine ich nicht, daß eine Nichtbeantwortung des bekannten [Hitler-]Grußes schon eine drohende Gefahr bedeute. Gewiß, viele haben Schwierigkeiten gehabt, aber weitaus die meisten zeigten nicht gerade soviel Zivilcourage, wie man es wohl hätte erwarten dürfen. Natürlich kann man ja besonders jetzt nach den vielen Jahren die Sache mit verschiedenen Augen betrachten. Die von mir dargestellten Ereignisse waren wahrlich eine so ernste Bedrohung, daß meine Freunde, wie es ja auch aus den Zeugenaussagen hervorgeht, aufatmeten,


No. 45

Consulado General de Colombia
en Londres

Visase este pasaporte para entrar
a Colombia sin visa

Válido por seis meses a partir
de la fecha de esta certificación.

Londres, 28 MAR 1939

El Consul General

(Cable del Min. de RR. EE. del 22-3-39)
Debe pagar el deposito de $250.00
en el puerto de desembarque en
Colombia.

als ich in Sicherheit war. [...]

Wenn Leute in Tastrup sich der Verfolgung nicht erinnern, so ist das zu verstehen. Die Leute gingen ihrer Arbeit nach und nahmen die Geschehnisse nicht so tragisch. Die meisten wollten auch nicht glauben, was von Konzentrationslagern und Judenverfolgung erzählt wurde. Sehr sehr wenige sahen wirklich was gespielt wurde. Wenn ich mehr wußte als die meisten, so lag das wohl zum Teil an meinen Verbindungen mit allen deutschen Gauen [des Guttemplerordens] und auch mit dem Ausland. [...] Es hat sicherlich viele Gegner des Nationalsozialismus gegeben, leider aber zu wenige aktive. Wer aber offen seine Gegnerschaft bekannte, war in Gefahr, deren gab's aber nur sehr wenige. Es liegt mir fern, den anderen einen Vorwurf zu machen, es war ja leider so, wie ein höherer Beamter - den ich als Nazigegner kannte - zu mir sagte[:] ‚Man kann gegen einen warmen Backofen nicht anpusten'. Er selbst trug dann auch bald das Parteiabzeichen und nannte sich mir gegenüber als zu den ‚Märzgefallenen' gehörig."

Der Sachbearbeiter fühlt sich persönlich angesprochen und geht auf das Schreiben vom 11. Dezember 1961 am 2. Januar 1962 auf diese persönliche Ebene ein: „Wie der Unterzeichnete bereits Ihnen mitteilte, ist er Anfang 1934 selbst aus anerkannten politischen Verfolgungsgründen aus seinem Amte entlassen worden. Wenn ich Ihnen schrieb, daß mir kein Fall bekannt sei, daß ein Lehrer allein deshalb entlassen wurde, weil er nicht Mitglied des NS-Lehrerbundes war, so betrifft dies nicht Fälle ausschließlich in Schleswig-Holstein. Nach meiner politischen Entlassung wohnte ich bis zu meiner Einziehung als Soldat im Oktober 1941 in Berlin; war vor meiner politischen Entlassung einige Zeit in Sachsen als Beamter und habe nach 1945 in Schleswig-Holstein auf dem Wiedergutmachungssektor über 4700 Wiedergutmachungsanträge Angehöriger des öf-

fentlichen Dienstes kennengelernt. Außerdem habe ich Kollegen gefragt, die ebenfalls auf dem Sektor der Wiedergutmachung an öffentlich Bedienstete eingesetzt sind oder waren. Gleichwohl habe ich keinen Fall erfahren können, in dem ein Beamter deshalb entlassen wurde, weil er nicht Mitglied der entsprechenden NS-Beamtenorganisation geworden ist."

Petersen am 27. Januar 1962: „Zum ersten Abschnitt möchte ich bemerken, daß es an sich ja nichts sagt, ob ein betreffender Fall bekannt ist, denn bei mir handelt es sich ja nicht nur um die Mitgliedschaft bzw. Nichtmitgliedschaft in der Parteiorganisation der Lehrer, sondern um Verfolgung mancherlei Art, wo aber immerhin auch die Gleichschaltung der Lehrerschaft wie des Guttemplerordens eine Rolle spielte."

Der Sachbearbeiter wird nicht müde, Petersen Hintertüren in dem Verfahren offenzuhalten: „Auch nach Ihren letzten Ausführungen fehlt es bisher an bewiesenen Tatsachen dafür, daß Sie bei Ihrem eigenen Antrag auf Dienstentlassung [...] unmittelbar vor gegen Sie gerichteten ernstlichen Verfolgungsmaßnahmen gestanden haben. [...] Bei der bisherigen Sachlage wäre wegen fehlenden Beweises für ernstliche gegen Ihre Person gerichtete Verfolgungsmaßnahmen nur eine negative Entscheidung möglich. Insbesondere muß auf folgendes hingewiesen werden: [...] Trotz Ihres von Ihnen selbst ausgestellten Abschiedsgesuchs [...] könnte Ihnen gemäß § 7 BWGÖD Wiedergutmachung gewährt werden, falls sich ein Beweis dafür vorbringen läßt, daß unmittelbar konkret gegen Ihre Person [...] gerichtete ernstliche, Ihre Existenz oder Freiheit oder Ihr Leben bedrohende Verfolgungsmaßnahmen unmittelbar bevorstanden [...] Beim gegenwärtigen Sachstand scheint daher aus den vorgenannten Gründen es nicht möglich, einen eine Wiedergutmachung zuerkennende Entscheidung zu erlassen." (LEA an Petersen, abgesandt am 19. Juli 1962)

Daraufhin ist von Petersen längere Zeit nichts zu hören - er hatte in der Zwischenzeit einen Herzanfall erlitten. Am 9. September 1962 schreibt er an das LEA: „Es geht mir jetzt besser. Die Akte [deren Einsichtnahme P. geplant hatte] möchte ich nicht einsehen, ich habe genug mit der Sache zu tun gehabt. [...] Wenn man dort [im LEA] jetzt meint, mir einen negativen Bescheid auf meinen Antrag geben zu müssen, so tut es mir leid; für mich selbst und um meine Freunde in Deutschland besteht gar kein Zweifel daran, daß ich meinen Beruf in Deutschland aufgab und das Land verließ, weil ich die ständigen Verfolgungen und Bedrohungen nicht mehr ertragen konnte. [...] Ich habe jetzt nicht Kräfte dazu, auf die Sache weiter einzugehen."

Der Sachbearbeiter reagiert hierauf am 16. Oktober 1962: „Sehr geehrter Herr Petersen! Leider konnte Ihrem Wiedergutmachungsantrage nicht entsprochen werden. Wie ich Ihnen vor rund einem Jahr bereits schrieb, bin ich selbst Politischverfolgter, während der NS-Zeit entamtet und mit meiner Familie in schwerer Not gewesen, so daß ich glaube, mich durchaus in die Situation der Antragsteller hineinversetzen zu können. Nach den klaren gesetzlichen Bestimmungen und der eindeutigen Rechtsprechung war es jedoch nicht möglich, eine positive Entscheidung zu erteilen."

Dieses Schreiben war ein Begleitschreiben zur Übersendung des Fest-

EN TRANSITO PARA Chile
DURACION DEL TRANSITO: 30 DIAS
VISTO EN ESTE
CONSULADO GENERAL DE LA REPUBLICA DE PANAMA
Barranquilla, República de Colombia S. A.
14 de Octubre de 1939
Barranquilla
OCT 1939
ADUANA DE BARRANQUILLA
SECCION DE CAJA
De conformidad con autorización de la Policía Nacional se ha devuelto el depósito de Inmigración por $ 250.00
en cheque No. 13672 ... Cte. Banco República.
El Cajero,
18

Pressemitteilungen von einer Zersetzung besonders des Rechtswesens durch narzißtische Elemente, daß man kaum mit einer unvoreingenommenen Behandlung einer Klage rechnen kann. - Ich weiß natürlich, daß die bisherigen Bearbeiter des Antrages nach gegebenen Richtlinien die Sache bearbeitet haben, und der Briefwechsel hat mir den Eindruck gegeben, daß man wirklich bemüht gewesen ist, zu einer persönlichen Lösung zu kommen. Es liegt mir also fern, den Bearbeitern irgendwie zu nahe zu treten. Der Fehler muß bei den Behörden liegen, die zu dem Gesetz die Ausführungsbestimmungen gegeben haben. Leider habe ich selbst die Überzeugung gewonnen, die hier in Dänemark in der Presse laut wurde und die mir zu meinem großen Erstaunen von zwei deutschen Beamten bestätigt wurde, daß nämlich das Gesetz vornehmlich gekommen sei, um im Ausland einen guten Eindruck zu machen."

stellungsbescheid - in dieser Form bisher ohne Beispiel. Und auch der offizielle Teil des Ablehungsbescheides hebt sich ab von allen vergleichbaren: die Begründung umfaßt 24 einzeilig (!) beschriebene Seiten und faßt den kompletten Kenntnisstand nochmals zusammen.

Die Korrespondenz zwischen beiden endet mit dem Schreiben vom 18. November 1962. Petersen teilt mit, daß er nicht beabsichtige zu klagen: „Einmal würde eine Entschädigung für mich heute nicht mehr viel bedeuten, zum anderen aber habe ich kein Vertrauen zum deutschen Rechtswesen. Besonders das letzte Jahr brachte ja so viele

Und bezugnehmend auf seine schwierige Beweislage schreibt er: „Beweismaterial? Ja, woher nehmen! Die Herren, die mir übel wollten, stellten sich nicht vor. [...] Eine jede Zeugenaussage wird eine Auffassung sein. Was die Bauern in Tarup und Tastrup geschrieben haben, wird also mehr gerechnet als eine Auffassung? [...] Eine der führenden Persönlichkeiten im Dorf belehrte

mich nun (ich versuche es wörtlich zu sagen): „Wie kannst du noch so dumm sein, das zu sagen. Mache es wie wir Bauern: wir haben nie etwas gesehen, nie etwas gehört - mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Warum so dumm sein, in irgend etwas hineingezogen werden. Nein, du kannst noch viel von uns Bauern lernen, Schulmeister." - Und die Herren Landräte usw. usw. - ob die Herren SA und SS-Leute von ihren eigenen Übergriffen berichten? [...] Ein Beweis wäre also nur, wenn man mich wirklich ins KZ gesteckt hätte und dies schwarz auf weiß irgendwo stünde. [...]

Nun Schluß. - Es tut mir leid, wenn ich Ihnen unrecht getan habe, aber einige Bemerkungen in den Ausführungen kommen mir vor, als bezichtigten diese mich der Lüge. Dazu nur dies eine: Die Jahre 1933 bis 1945 - also die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft haben mich und meine Lebensarbeit zerbrochen. -

Deutschland / ich habe an dich geglaubt, / ich habe für dich gestritten, / ich habe für dich gelitten, / und du hast mir alles geraubt. Nicht meinetwegen tut es mir leid, daß der Antrag abgelehnt wurde, es tut mir aber leid um Deutschland. - Mit einem letzten, aber freundlichen Gruß. Hans Petersen."

V. Die Grenze der Aussagefähigkeit

Die Aussagekraft der in den Entschädigungsverfahren enthaltenen Quellen hat Grenzen - Grenzen, die sich aus der Natur der Quellen selbst und diese wiederum aus den Lebenslagen der AntragstellerInnen ergeben. Kann man von einem deutschen Angehörigen der Résistance erwarten, daß er zum Beleg seiner Tätigkeit im Untergrund angibt, daß er in Frankreich einen SS-Mann erschossen hat und diese Aktion seine Legitimation in der Résistance darstellte? Oder Kurier in der Wollweber-Organisation gewesen zu sein, die deutsche Schiffe auf den Grund der Ostsee bombte? Wohl kaum - daher fand sich diese Information auch nicht in den Entschädigungsakten, und auch hier soll nicht die Quelle der Information genannt werden. Daß AntragstellerInnen aus diversen Gründen sachdienliche Informationen zurückhalten ist das eine, das andere aber, daß nicht alle vorgebrachten Angaben der Überprüfung standhalten.

Die Angaben des Herrn G. zu seinem Verfolgungsschicksal

Der Fall des Herrn Anton G.[19] zeigt im besonderen Maße, wie die Schilderung von Exilwegen und ihr Beleg durch Quellen in den Akten mit Vorsicht zu genießen sind.

Unter der Nr. 361 wird Herr G., Jg. 1908, als Verfolgter des NS-Regimes in seinem 1946 neu gewählten Schleswig-Holsteinischen Wohnort vom für die Betreuung der NS-Opfer und Verfolgten zuständigen Sonderhilfsausschuß (SHA) anerkannt. Angaben zu seiner Person sind, daß er von Beruf Fischer sei und - seinen eigenen Angaben folgend - von 1939 bis 1946 in der Emigration war, davon 37 Monate Internierungslager in Frankreich, Spanien und Portugal. Seinem Karteiblatt liegt ein Foto bei, auf dessen Rückreise der Aufnahmeort Lissabon gestempelt ist.

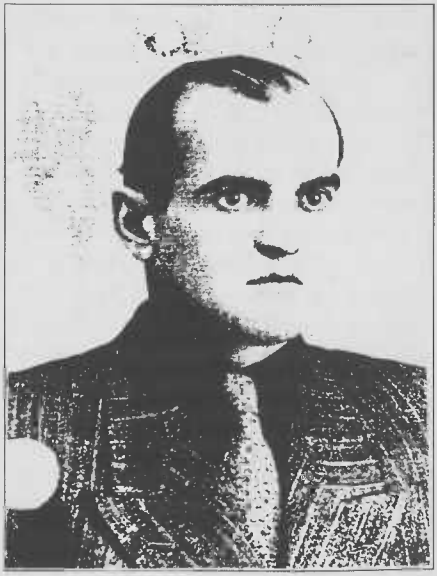


Abb. 7: Anton G., fotografiert in Lissabon

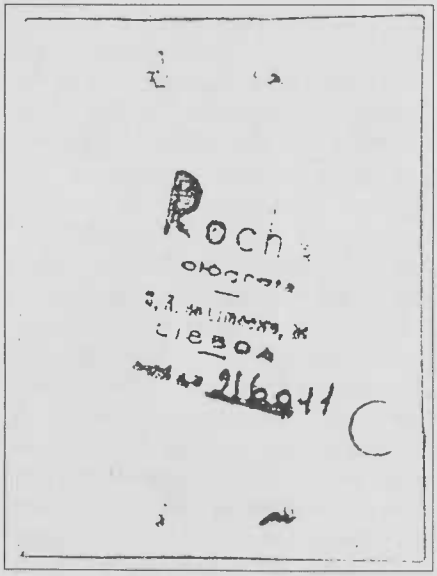


Abb. 8: Rückseite des Paßbildes von G.

Sein Antrag auf Anerkennung als NS-Verfolgter datiert vom 8. August 1946. Als Grund der Gefangennahme gibt er im Antrag an, daß er Angehöriger der Internationalen Brigade im II. spanischen Unabhängigkeitskrieg 1936 - 1939 gewesen war. „In Internierungslager vom Februar 1939 bis März 1946 in Frankreich, Spanien und Portugal - 37 Monate insgesamt, nach Rückkehr nach Deutschland zwecks Überprüfung der Personalien und Tätigkeit im Ausland, weitere 4 Monate im Zivilinternierungslager Neuengamme."

In Hamburg sei er auch vom Hamburger Komitee für Verfolgte persönlich anerkannt worden, den Nachweis dazu kann er führen. Die Aufenthaltsbescheinigung des Wohnortes verzeichnet bei ihm noch 1950: „Staatsangehörigkeit: Spanien - ohne Nachweis".

G. bemüht sich, weitere Zeugen für Haft und Internierung herbeizuschaffen. Die Bestrebungen, seinen Kameraden Wille W. ausfindig zu machen, laufen ins Leere: am 11. Oktober 1948 teilt die VVN in Mannheim mit, daß W. im Januar des Jahres nach Südamerika ausgewandert ist. Pech!

Ein Auszug aus dem Strafregister „Auslandsstrafregisterbehörde Berlin C 2" vom 17. Mai 1949 bestätigt seine Identifizierung. Lediglich Bagatelldelikte sind eingetragen. Beruflich möchte Herr G. eine Netzemacherei aufbauen, dieser Plan zerschlägt sich aber im Streit mit den Fischern seines Wohnortes. Angaben hierzu - wie überhaupt Angaben zur sozialen Situation seiner Familie - machen einen gewichtigen Teil der ganzen Aktenführung aus.

G.s Lage wird nach einem weiteren erfolglosen Existenzgründungsversuch schwierig. Am 16. April 1950 stellt G. einen formlosen Antrag auf Haftentschädigung. Sein Antrag bleibt aber oh-

ne Erfolg, denn der Entnazifizierungsausschuß seines Wohnortes stuft ihn am 18. Oktober 1949 „als entlastet in die Gruppe V eingereiht worden" ein. NSDAP-Mitgliedschaft und Haftentschädigung schließen sich aber aus. Am 16. April 1950 räumt Herr G. von sich aus ein, daß er vom Januar 1929 bis Mai 1929 Mitglied der NSDAP gewesen, jedoch freiwillig ausgetreten sei.

Das Innenministerium teilt dem Sonderhilfsausschuß am 12. Mai 1950 mit: „Es wird besonders auf die Bestimmungen der Zonenanweisung der Britischen Militärregierung [...] über die Mitgliedschaft in der NSDAP hingewiesen. Des weiteren wird betont, daß nach Ansicht des Ministeriums die Maßnahmen, die aus Gründen der Beteiligung am Spanischen Bürgerkrieg in Spanien ergriffen wurden, nicht als Verfolgung im Sinne des Gesetzes vom 4.3.1948 anzusehen sind."

Der SHA des Wohnortes hebt die am 2. September 1946 ausgesprochene Anerkennung im Sinne des Rentengesetzes auf und lehnt gemäß § 5 des Haftentschädigungsgesetzes ab, einen Anspruch von G. auf Haftentschädigung anzuerkennen. Die gleiche Mitteilung geht auch an die Landesregierung.[20]

G. legt Beschwerde ein. Der SHA kommentiert die Beschwerde: „Da die VVN bei der Befürwortung des Anerkennungsantrages am 22.8.46 nichts davon erwähnt hat, ist die Tatsache der Mitgliedschaft dem SHA unbekannt geblieben und mußte deshalb jetzt zu einer neuen Beurteilung des Falles führen." Der Leiter des LEA Sievers teilt hingegen am 22. Januar 1951 mit: „Die von der Ausführungsbehörde verfügte Renteneinstellung ist richtig [...]." Die Beschwerde wurde zurückgewiesen. Er könne sich ja an das Landesverwaltungsgericht wenden. G.s Klage geht für ihn negativ aus. Das Urteil vom 27. November 1951 wird gültig; Herr G. fährt aber mittlerweile auf einem britischen Tanker im Mittelmeer, Rückzahlungen müssen zunächst unterbleiben.

Schauen wir uns an, was Herrn G. passiert ist: von Entschädigungsleistungen bleibt er ausgeschlossen, da er nach eigenen Angaben zeitweilig Mitglied der NSDAP gewesen ist. Liegt hier nicht eine besondere Härte vor? Ist es nicht würdigungsfähig, daß jemand mit dem Nationalsozialismus bricht und zum Antifaschisten wird, der zudem im Spanischen Bürgerkrieg sein Leben für eine Sache einsetzt?

Aber das ist es nicht allein. Die Zeugen seiner Verfolgung sind in Südamerika unerreichbar, zudem sei er eigenen Angaben zufolge ausgebürgert worden und habe die spanische Staatsbürgerschaft. Diese schließe ihn - zumindest zu diesem Zeitpunkt - auch von Leistungen nach dem Rentengesetz aus.

Die Angaben im Aktenbestand des SHA seines Wohnortes - diese sind Grundlage des zuvor Ermittelten - decken sich weitestgehend mit dem Vorgang im Entschädigungsverfahren im LAS; diese sind im Allgemeinen als Fortsetzung des Entschädigungsverfahrens zu verstehen. Im Laufe des Verfahrens werden aber Informationen erbracht, die G.s Aussagen nicht immer bestätigen, aber auch nicht widerlegen. Das Berlin Document Center (BDC) gibt die Auskunft, daß er von Beruf Melker gewesen sei, zuletzt in Berlin-Lichterfelde gewohnt habe und die NSDAP-Mitgliedsnummer 110795 trage. Weiterhin sei ein mehrfacher NSDAP-Eintritt, erstmalig am 1.1.1929,

sowie ein mehrmaliger Verlust der Mitgliedschaft (ohne Verzeichnis der Gründe) dokumentiert.

Herr G. weiß sich wortsicher zu wehren. „Wenn mir von der Beklagten [SHA] der Vorwurf gemacht wird, im Jahre 1933 Mitglied der NSDAP zu sein, so entspricht diese Behauptung nicht den Tatsachen. 1933 wurde meine Wohnung von Polizei und SA durchsucht. Dabei wurden Bücher und Zeitschriften antinazistischen Inhalts beschlagnahmt. Als ich deswegen von der SA in Haft genommen werden sollte, habe ich erklärt, daß diese Bücher Eigentum meines Vormieters seien und ich selbst Mitglied der NSDAP gewesen bin bevor ich ins Ausland gegangen war. Die SA hat eine Nachprüfung vorgenommen und es wurde mir dann mitgeteilt, daß ich einen Wiederaufnahmeantrag stellen kann. Dieses habe ich jedoch niemals getan, da ich es aus politischer Überzeugung nicht mehr wollte."[21] Kurze Zeit, nachdem er diese Angaben gemacht hat, war Herr G. wieder auf See.

In seinem Antrag auf Beschädigtenrente vom 13. September 1948 macht er dann die Angabe, daß er während des Bürgerkrieges verletzt worden sei. Außerdem sei er durch die national-spanische Polizei in Cordoba mißhandelt worden, da er sich geweigert habe, nach Deutschland zurückzukehren. Unter der Rubrik, die ein Verschulden Dritter aufführen soll, schreibt er: „Deutscher Polizeiattache in Spanien, welcher der Spanischen Polizei Anweisungen gab, gegen Deutsche, welche auf republikanischer Seite gekämpft hatten, rücksichtslos vorzugehen." In einem ärztlichen Gutachten vom 29. Oktober 1948 wird festgehalten, daß die Gestapo 1936 versuchte, ihn zu verhaften, daraufhin ging er ins Ausland.

G.s Beschwerde wegen der Aberkennung seiner Verfolgtenanerkennung wird abgelehnt. Der Beschluß in der Beschwerdesache vermerkt, daß G. nach Ende den Bürgerkrieges in Spanien interniert wurde:

„Im März 1940 flüchtete er nach Spanien und fuhr darauf durch Vermittlung der britischen Botschaft wieder zur See. Im Februar 1941 ist er dann in Melilla wieder abgemustert und hat sich nach Lissabon begeben. Beim Grenzübertritt wurde er jedoch verhaftet und durch die spanischen Behörden der deutschen Botschaft überstellt. Er lehnte es jedoch ab, freiwillig nach Deutschland zurückzukehren und erhielt daher keine Ausreisegenehmigung. Er blieb daher in Spanien in Haft. Am 20.4.1943 floh er und konnte sich mit falschen Papieren bis zur Kapitulation verborgen halten. Im August 1945 kam er nach Lissabon und wollte nach Deutschland zurückkehren. Er wurde wegen Fehlens gültiger Papiere erneut verhaftet und konnte erst im März 1946 nach Deutschland zurückkehren. [...] Während des spanischen Bürgerkrieges verlor er die deutsche Staatsbürgerschaft und wurde im August 1938 spanischer Staatsbürger."

In der Klageabweisung vom 11. Januar 1952 kann man ihn nachweisen, daß er (!) sich für eine Wiederaufnahme der NSDAP-Mitgliedschaft aktiv bemühte. Damit endet das Entschädigungsverfahren von G. Was bleibt, sind Aktenberge über die Rückzahlung der „zu unrecht" erhaltenen Leistungen, die Herr G. nach Kräften tätigt.

Bevor nun der Sohn von Herr G. (Jg. 1947) die Sachlage klärt, soll vorgebracht werden, was sich aus anderen im Forschungsprozeß genutzten Quellen-

beständen über G.s Exilweg und Verfolgungsgang finden ließ.

Zur Staatsbürgerschaft: Das Verzeichnis der individuell-fakultativ ausgebürgerten Personen[22] nennt Herrn G. nicht unter den Ausgebürgerten. Im Archiv des Auswärtigen Amtes fand sich zudem auch kein Hinweis auf ein eingeleitetes Verfahren hierzu. Das Verfahren zur Wiedererlangung der Staatsbürgerschaft (LAS 611 St.) enthält nur zwei Notizen. Das eine, ein Schreiben vom 25. Mai 1961, verweist auf die Zuständigkeit des Ordnungsamtes seines Wohnortes. Anzunehmen ist, daß Unterlagen an das Ordnungsamt abgegeben wurden; dort findet sich heute aber kein Nachweis.

Das Entnazifizierungsverfahren im LAS (Abt. 420) liefert die gleichen Angaben, wie sie zuletzt im Ablehnungsbescheid erbracht wurden.

Das Internierungslager in Neuengamme: In Neuengamme wurden nach der Befreiung unterschiedliche Personengruppen interniert, gefangengehalten bzw. untergebracht. Die zeitweilige Internierung von RemigrantInnen mit ungeklärten Identifizierungen (oder dem Verdacht, Komintern-Agenten zu sein) ist belegt. In der Presse gab es 1946 folgend - so zumindest im *Norddeutschen Echo* am 13.4., 27.4., 24.8.46... - eine intensive Berichterstattung über die verbliebenen Gestapo-Agenten in Spanien und Portugal[23] und ihre Rückführung. Über Herrn G. findet sich im Archiv der heutigen Gedenkstätte aber kein Material.[24]

Die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg: Daß G. in Spanien auf Seiten der Republik Dienst getan hat, kann als belegt gelten. In den Kaderbeurteilungen der Interbrigadisten heißt es über ihn: „Nie an der Front gewesen, erklärte, er kann nicht. War Chauffeur bei der Sanitaet. War kurze Zeit wegen schlechten Vergehens eingesperrt. Hat sich nebenbei Geld gemacht, indem er auf den Dörfern Lebensmittel aufkaufte und sie in Barcelona teuer verkaufte."

Eine andere Stelle nennt ihn als Postfahrer (bitte diesen Umstand nicht übersehen!).[25] Ein anderer, durch Zufälle ebenfalls an G.s Wohnort zurückgekehrter Interbrigadist liefert eine eidesstattliche Erklärung, daß er zusammen mit G. von Ende 1938 bis Anfang 1939 im Demobilisierungslager Bisaura de Ter in Katalonien und später im Konzentrationslager Gurs interniert war.[26]

Eine Nennung in den Akten des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA): Im ganzen Bestand „Reich" des Bundesarchives, vor allen in den sehr gut erschlossenen ehemaligen DDR-Beständen, findet sich nicht eine einzige Nennung von G. - ein bemerkenswerter und ungewöhnlicher Umstand. In den Straf- und Ermittlungsakten der NS-Justiz taucht er nur einmal in der Aussage eines Spanienrückkehrers auf. Dieser nennt G. als Postfahrer in der Etappe.

Erst mit der 1997 zur Verfügung stehenden BDC-Auskunft hätte der Fall eine Wendung bekommen, wenn nicht Herr G. jr. zuvor Wesentliches zur Aufklärung beigetragen hätte.

Heutiger BDC-Kenntnisstand: Das Karteiblatt der Mitgliedskartei führt ihn mit Berlin-Staaken als Wohnort, den zweimaligen Eintritt (1. Januar 1929 und 11. April 1933) und verschiedenen kleinen Parteiämtern (Eintrag vom 15. August 1934). Später wird nachgetragen, daß er ab dem 1. Juli 1935 „Nebeneinkünfte" hatte. „Tätig als: Presse u. Prop. W." Gehaltsstufe IV. Grund-

gehalt 245,- RM. Am 30. September 1935 sei er „freiwillig" ausgeschieden.

Letzterer, den Fall in einem gänzlich anderen Licht erscheinen lassende Kenntnisstand lag noch nicht vor, als der Sohn von Herrn G. sich bereiterklärte, dem Autor gegenüber von seinem Vater zu sprechen. Herr G. (jr.) wurde bei einem Treffen am 23. September 1996 auf die Widersprüche in den Angaben aus den Akten hingewiesen, insbesondere darauf, daß Angaben G.s zur Staatsbürgerschaft offenkundig falsch seien; Herr. G. ist nie ausgebürgert worden. Der Sohn teilt darauf folgendes zur Biographie des Herr G. mit: G. (sen.) hatte 11 Geschwister, der Vater war Steiger im Schlesischen Revier. Als Junge war er Viehhirte, und durch den Kontakt mit Besatzungssoldaten nach 1918 lernte er die französische und polnische Sprache kennen, später hätte er fünf Fremdsprachen in Wort und Schrift beherrscht. Er habe immer das Bestreben gehabt, im Leben weiterzukommen. Mit 16 ging er, der zweitälteste, von Zuhause weg. Er wurde zunächst Landarbeiter in Pommern und kam später nach Berlin. Dort trat er der NSDAP bei; über die berufliche Tätigkeit des Vaters in den Jahren hatte der Sohn ebenfalls keine Angaben.

Und weiter: Sein Vater war in Spanien, er kam wahrscheinlich über Paris dorthin, und er war in der Tat Angehöriger der Interbrigaden und wurde sogar verletzt. Aber er war in Spanien als V-Mann der Abwehr (ob „Abwehr" oder „Gestapo", konnte Herr G. jr. nicht mit Bestimmtheit sagen).[27] Über den Bürgerkrieg hätte sein Vater oft in Hinblick auf die Grausamkeiten berichtet. Er fuhr mit der Identität eines „polnischen Heizers" auf Schiffen neutraler Staaten[28], hat u.a. in einem englischen Hafen einen deutschen Luftangriff erlebt und blieb später bis 1946 in Portugal.

Nachdem er wieder in Deutschland war, lebte er als Fischer und Seemann. Mit der Einschulung des Sohnes musterte er ab und arbeitete fortan als Bauarbeiter. 1961 verzog die Familie ins Ruhrgebiet. Die Familie kam Anfang der 70er Jahre nach Schleswig-Holstein zurück. Nach seiner Verrentung seien die Eltern noch oft in Spanien gewesen, und der Vater hätte im übrigen seinen Einsatz als V-Mann als Dienstzeit bei der Rentenanrechnung anerkannt bekommen.[29]

VI. Ein Fazit?

Welchen über die genannten Beispiele hinausgehenden spezifischen Wert haben die Entschädigungsakten nun für die Emigrationsforschung? Die Beispiele sprechen Bände, und Dutzende weiterer Merkwürdigkeiten und Besonderheiten könnten hier vorgestellt werden.

Zunächst einmal wäre aber festzuhalten, daß sich für die Forschenden ein umfangreiches Bild über die Lebenswege der AntragstellerInnnen aufbaut. Dabei nimmt insbesondere der Nachweis der sozialen Lage nach dem Verfolgungsende und die Schilderung der der Emigration vorangehenden Verfolgung einen großen Stellenwert ein. Verständlich, daß die soziale Lage stets recht drastisch dargestellt wird - oft genug war sie es auch.

Die AntragstellerInnen mußten ihre Angaben belegen. Glaubhafte Versicherungen, eidesstattliche Erklärungen oder auch nur die Angabe von ZeugInnen

reichen in Schleswig-Holstein selten aus, um ein Verfahren voranzutreiben. Die Emigration produziert so Quellen, die ohne die schleswig-holsteiner Entschädigungspraxis nicht in Deutschland zu finden wären. Diese Quellen wären nur durch zeit- und kostenaufwendige Auslandsrecherchen zu ermitteln. Die Fälle, bei denen eine Person im Emigrationsland verbleibt und keinen Entschädigungsantrag stellt, verdeutlichen dem Autor, welcher Forschungsaufwand notwendig ist, will man auch nur ein annähernd dichtes Bild des Lebens im Exil und dem „danach" zeichnen.

Je häufiger im hier zugrunde liegenden Forschungsprojekt Entschädigungsverfahren außerhalb Schleswig-Holsteins herangezogen werden, desto mehr verdichtet sich das Bild, daß in diesem Bundesland - gerade auch für politische EmigrantInnen - sehr ungünstige Entschädigungs- und damit Integrationsbedingungen - vorlagen. Wo in Hamburg oft eine glaubhafte Versicherung ausreichte, mußten die AntragstellerInnen in Kiel oft selbst recherchieren und aussagekräftige Beweise herbeischaffen. Die ungünstigen Entschädigungsbedingungen in Schleswig-Holstein produzierten möglicherweise mehr Quellen zur Emigration als in den meisten andeeren Bundesländern.

Auf diese ungünstigen Bedingungen reagierten die AntragstellerInnen teils mit Rückzug, teils mit Beharrung, selten auch einmal kämpferisch. Bei Biographien wie denen von „Jule" Jürgensen oder auch des Alfons Heising - vor Kriegsende zuletzt Partisan in Griechenland - treten sehr wohl Momente des sich „ungerecht behandelt-fühlens" bei einem ausgeprägten moralischen Gerechtigkeitsempfinden zutage. Ihre eigenen moralischen Werthaltungen geben ihnen die Kraft, den Weg durch die Instanzen zu bestreiten. Und der betrachtende Historiker freut sich mit ihnen über jede gewonnene Klage und jeden treffenden Satz, den sie dem Herrschaftsapparat der frühen BRD hinterherwerfen.

Kaum eine Quelle kann darüber hinaus die spezifische Entfremdungs- und Entwurzelungserfahrung so präzise wiedergeben wie die psychologisch-neurologischen Gutachten, die gelegentlich in den Entschädigungsakten zu finden sind. Man erfährt darin nicht nur „fast alles" und das Intimste der AntragstellerInnen, sondern auch enorm viel über spezifische Migrationserfahrungen, über Entwurzelung, Entfremdung und - manchmal - die Neufindung der Persönlichkeit, wie sie bei heutigen Migrationsprozessen oft übersehen werden.

VII. Anmerkungen

1. Bertolt Brecht, Flüchtlingsgespräche, Frankfurt a.M. 1990 (Erstveröffentlichung Frankfurt 1961). Hier „I. Über Pässe / Über die Ebenbürtigkeit von Bier und Zigarre / Über die Ordnungsliebe", S. 7f., geschrieben 1940/41, aus dem Nachlaß veröffentlicht.

2. Literatur zur Wiedergutmachung in der Bundesrepublik am Schluß des Beitrages. Zur Arbeit mit Entschädigungsakten können zu folgenden Bundesländern Angaben gemacht werden: Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin, Baden-Württemberg, dem Saarland, Bremen sowie zum Bundesverwaltungsamt (Köln).

Die Art, in der einzelne lokale Archive Aufhebens um die Nutzung der OdN-Verfahren machen (diese waren den eigentlichen Entschädigungsverfahren vorgeschaltet, gehen aber später in den Bestand Abtlg. 761 im Landesarchiv Schleswig-Holstein, LAS auf), und mit einem Mantel des „Sensiben" und „schützenswert" umgeben, deutet leider nur darauf hin, daß sie gar nicht wissen, worum es geht.

3. Zum Thema „Anonymisierung" sei an dieser Stelle eine Formulierung zitiert, die einen Meilenstein im

wissenschaftlichen Umgang mit personenbezogenen, sensiblen Daten darstellt. Das Sächsische Hauptstaatsarchiv in Dresden teilte in einem Schreiben an den Autor am 9.3.1998 folgendes mit: „Wir machen Sie [...] darauf aufmerksam, daß die von Ihnen gewonnenen Forschungsergebnisse, **soweit der Forschungszweck dies zuläßt**, ohne personenbezogene Angaben aus dem Archivgut zu veröffentlichen sind."

4. Eine Diskussion kann an dieser Stelle ausgespart werden: die um die Objektivität der Quelle. Selbstverständlich muß an die Aussagen in den Entschädigungsverfahren die gleiche, oder besser: eine der Oral-History- und Erfahrungsgeschichte angepaßte, intensivere Quellenkritik gerichtet werden, insbesondere im Hinblick auf die Selbstkonstitution der Subjekte - aber das macht sie ja gerade so interessant.

5. Schöne Aufsätze gibt es über die Stofflichkeit der Quelle, z.B. Arlette Farge, Vom Geschmack des Archivs, in: WerkstattGeschichte 5, S. 13-15. Dies war das Themenheft „Archive" (Juli 1993).

6. „Immer fand ich den Namen falsch, den man uns gab: Emigranten / Das heißt doch Auswanderer. Aber wir / Wanderten doch nicht aus, nach freiem Entschluß / Wählend ein anderes Land. Wanderten wir doch auch nicht / Ein in ein Land, dort zu bleiben, womöglich für immer. / Sondern wir flohen. Vertriebene sind wir, Verbannte. / Und kein Heim, ein Exil soll das Land sein, das uns da aufnahm." Bertolt Brecht, Svendborger Gedichte, in: B. B., Gesammelte Werke in 20 Bänden. Frankfurt/Main 1975, Bd. 9, S. 718 (geschrieben 1939).

7. LAS 761/12584, Nachtrag zum Abschiedsbrief, Lyon 12.7.1944.

8. Diese, wie alle anderen Angaben in: LAS 761/ 22754.

9. Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes [PAAA], Inland II A/B, 83/76, R 99827. Hinsichtlich der Unterstützung des Reichsbanners sei erwähnt, daß er Verteidiger von Julius Leber war.

10. Sehr aufschlußreich dazu der Artikel von Dr. jur Arnold Hagenberg „Die Ansprüche der rep. Spanienkampfer und das BVG", in: „El Voluntario de la Libertad" - Mitteilungsblatt der ehem. [west-]deutschen rep. Spanienkämpfer, Nr. 15, 1958, S. 9 - 12 (= Bl. 38-40), Bundesarchiv [BArch], Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen [SAPMO], Sg Y 11/V 237/11/166; siehe auch: Thomas Pusch, „Spaniens Himmel ..." und keine Sterne, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 32 (Kiel 1997), S. 17 - 54, sowie: Björn Marnau, „Im Kampf gegen den Weltfeind". Schleswig-Holstein und der spanische Bürgerkrieg, in: Informatonen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte, Heft 32 (Kiel 1997), S. 3 - 16.

11. LAS 761/16870, Schreiben vom 14.7.50, 4.8.50.

12. LAS 761/18792, Rudolf Göbel.

13. Die Motive schälten sich erst sehr langsam heraus. Dazu: Pusch, „Spaniens Himmel ...", a.a.O., S. 25ff.

14. Wann die erste Sachbearbeiterin auftaucht entzieht sich der Kenntnis des Autors, es könnte aber etwa zu Beginn der 80er Jahre gewesen sein. Ab diesem Zeitpunkt ändert sich auch der Tonfall entscheidend. Die Antragstellerinnen werden als Klienten verstanden und erhalten endlich eine angemessene Hilfestellung.

15. Paul Bromme, Im nordischen Exil. Erlebnisse - Eindrücke - Personalien, unveröffentliches Typoskript (Fassung vom November 1973); seiner Nichte den herzlichen Dank, daß sie diesen und weitere wertvolle Texte, Dokumente und Fotos zur Verfügung stellte.

16. LAS 761/24761, Antragsschreiben ohne Datum von Petersen, Abschrift beglaubigt am 21.2.1959.

17. Wo sich politische Werthaltungen über die Sekundärtugenden Pflicht, Gehorsam und männerbündischen Drogenkonsum rekonstruieren, ist ein Abrücken davon sehr politisch. Heinz Kraschutzki, Pazifist und Strafrechtsreformer, benennt gar seine Haltung gegen den Alkoholkonsum in der kaiserlichen Marine als Beginn seines Abrückens von all diesen Sekundärtugenden. Ort dieser Einsicht war die Marineschule Mürwik, und der Kaiser selbst lobte ihn noch dafür (BArch, SAPMO, Sg Y 30/ 2087).

18. Mehrere von Petersens Lehrerkollegen, die für ihn Belege erbringen, sind sozialdemokratisch organisiert.

19. Natürlich hat Herr G. auch einen vollständigen Nachnamen. Hier liegt aber ein Fall vor, wo einem Informationszuträger, dem Sohn von Herrn G., nicht zugemutet werden kann, den vollen Namen zu nennen. Im Sinne einer Anonymisierung verbietet sich hier konsequenterweise auch eine Nennung der Quellen, sonst könnte die Anonymisierung auch gleich unterbleiben. Quellen dieses Falles sind Akten der KPD, hier die Kaderbeurteilungen der Spanienkämpfer im BArch, SAPMO Ry 1 / I 2/ 3 / 86 - 91, ein Entschädigungsverfahren im LAS; ein OdN-Bestand in einem lokalen Archiv und die Auskunft aus dem BDC. Dem Sohn von Herrn G. herzlich Dank dafür, daß er die Informationen zur Interpretation des „Falles" zur Verfügung stellte.

20. Protokoll der SHA-Sitzung vom 22.5.50 faßt neue Erkenntnisse zusammen.

21. Herr G. am 16.II.1951 an das Landesverwaltungsgericht.

22. Hans Georg Lehmann, Michael Hepp (Hrg.), Die Ausbürgerung deutscher Szaatsangehöriger 1933-45 nach den im Reichanzeiger veröffentlichten Listen. 3 Bde. London, Paris 1985/1988.

23. Vgl. Carlos Collado Seidel, Zufluchtstätte für Nationalsozialisten? Spanien, die Alliierten und die Behandlung deutscher Agenten 1944-1947, in: VjZG, 43. Jg., 1995, 1. Heft, S. 131 - 157.

24. Angaben zu Neuengamme als Internierungslager, Ng 9.3.1.34, sowie Text der Dauerausstellung (24.1. Civil Internment Camp No. 6), weiter: Zusammenstellung „Internierungslager Neuengamme. Kenntnisstand September 1992".

Möglicherweise könnte im Record-Office noch einiges zu finden sein, doch dies ist bisher nur vereinzelt ausgewertet worden.

25. Die Kaderbeurteilung in BArch, SAPMO, Ry 1 / I 2 /3 / 85, (BL. 107).

26. Eidesst. Erklärung des A. Sch. vom 2.9.49. Das es sich hier um bloße gegenseitige Gefälligkeiten gehandelt hat kann ausgeschlossen werden, da beide wiede-

rum als Angehörige einer Komintern-kritischen Organisierung im französischen Internierungslager durch die KPD bezichtigt werden.
27. Man erinnere sich an die Tätigkeit als Postfahrer...
28. Belegt ist, daß er später noch von einer schwedischen Reederei eine Heuer eintreibt, die noch unausgezahlt war.
29. Herr G. jr. und seine Mutter willigten gar ein, die Akten bei der LVA einzusehen, doch weiterreichende Aktenbestände dieser Jahre - also über die Verzeichnung hinausreichende Angaben - waren dort bereits nicht mehr archiviert.

VIII. Literaturhinweise

[Eckhard Colmorgen], „Wiedergutmachung vor Gericht in Schleswig-Holstein" - Gutachten- und Aktenerschließungsprojekt. IZRG-Heft Nr. 4, mit einem Vorwort von Uwe Danker, Schleswig 1997.

Constantin Goschler / Ludolf Herbst (Hrsg.), Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland, München 1989.

Christian Pross, Wiedergutmachung. Der Kleinkrieg gegen die Opfer, Frankfurt a.M. 1988.

Hellmuth Hecker (Hrsg.), Praktische Fragen des Staatsangehörigkeits-, Entschädigungs- und Völkerrechts. Gesammelte Gutachten, Hamburg 1960.

Hans Georg Lehmann, Wiedereinbürgerung, Rehabilitation und Wiedergutmachung nach 1945 - Zur Staatsangehörigkeit ausgebürgerter Emigranten und Remigranten, in: Exil und Remigration. Jahrbuch Exilforschung, Bd. 9, München 1991, S. 90 - 102.

ders., In Acht und Bann. Politische Emigration, NS-Ausbürgerung und Wiedergutmachung am Beispiel von Willy Brandt, München 1976.

In Vorbereitung die Dissertation von Heiko Scharffenberg, Wiedergutmachung in der Provinz. Der Prozeß der Wiedergutmachung NS-Unrechts am Fallbeispiel Flensburg (Arbeitstitel).

Abbildungsnachweise:

Abb. 1: Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv Schleswig (LAS), 761/23350.
Abb. 2 - 6: LAS, 761/22754
Abb. 7, 8: Stadtarchiv von G.s damaligem Wohnsitz (der Anonymisierung wegen nicht präzisiert)

Frauke Dettmer

„Ich bin gesund und es geht mir gut."

Briefe aus Konzentrationslagern und Ghettos

Kann man Auschwitz, Theresienstadt, Neuengamme vermitteln? Mehr als 50 Jahre nach Kriegsende erscheint es immer schwieriger, diese Schreckensorte aus der zeitlichen Entfernung zu holen und besonders Jugendlichen eine Ahnung davon zu vermitteln, was sich dort unter Tätern und Opfern vollzog. Manchmal sind es gerade alltägliche Gegenstände, denen es gelingt, die Distanz und die heute unter vielen Jugendlichen verbreitete Abwehrhaltung gegenüber der Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte zu durchbrechen. Die Namen Dachau, Litzmannstadt, Westerbork oder Gurs als Aufdruck auf Briefen, als Absenderadresse im Briefkopf und auf den Umschlägen können die Orte und Geschehnisse in eine gewisse Nähe rücken, greifbarer machen.

Seit einigen Jahren sammele ich deshalb für das Jüdische Museum Rendsburg Karten und Briefe von KZ- und Ghettohäftlingen, um sie in die pädagogische Arbeit mit Jugendlichen einzubeziehen und in einer zukünftigen erweiterten Dokumentation auszustellen.[1]

Ganz alltäglich sind diese Postdokumente allerdings nicht. Daß sie noch immer in Nachlässen auftauchen, spricht dafür, wie sehr sie als seltene, oft letzte Lebenszeichen aus einer Totenwelt gehütet wurden. Man sieht es ihnen an: zerschlissenes Papier, unzählige Male auseinandergefaltet, jedes Wort darauf nach seiner Bedeutung abgesucht, wieder zusammengelegt und verwahrt, oft in einer Kleider- oder Jackentasche direkt und tagtäglich am Körper getragen bis zum fast völligen Verschleiß. (Siehe die Abbildung der Karte aus Birkenau.)

So armselig diese Dokumente sind - sie stammen in der Regel von Häftlingen, die in der Hierarchie des Terrors zu den privilegierten Gruppen gehörten, also zu den westeuropäischen oder tschechischen und polnischen Häftlingen in Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen, seltener in Auschwitz, Ravensbrück, Neuengamme, Mauthausen, Flossenbürg und Groß-Rosen, als absolute Ausnahme in Lagern wie Bergen-Belsen, Lublin, Natzweiler und Stutthof.[2] Keine Nachrichten gibt es aus den Vernichtungslagern Belzec, Sobibor, Treblinka, Chelmno. Die Paria der Lager, die sowjetischen Häftlinge, die Zigeuner und die Juden waren vom Postverkehr ausgeschlossen.

Ausnahmen bestanden für jüdische Gefangene in Lagern wie im niederländischen Westerbork und französischen Gurs und in Ghettos wie Theresienstadt und Litzmannstadt. Die Post aus den Ghettos durfte nicht mit der

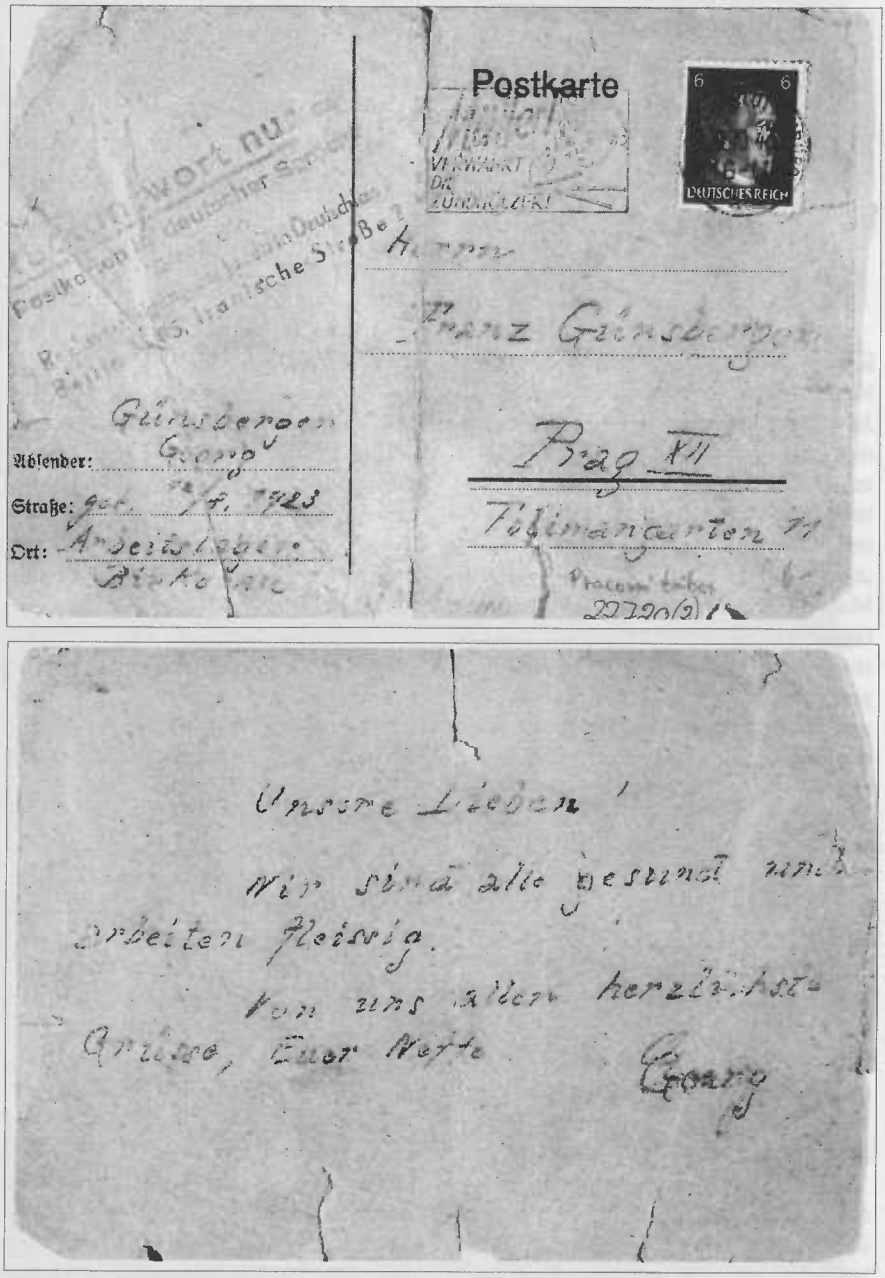


Abb. 1: Das letzte Lebenszeichen: Karte aus Birkenau vom Oktober 1943

zivilen Post befördert werden, sondern nur über die zwangsweise eingerichteten jüdischen Organisationen wie die Judenräte oder die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland. Karten mit dem Aufdruck „Schicket mir keine Pakete mehr hierher und wartet neue Adresse ab" waren meistens das letzte Lebenszeichen der Gefangenen aus Theresienstadt. Die „neue Adresse" bedeutete Weiterdeportation nach Auschwitz. Totale Postsperre galt für die „Nacht-und-Nebel"-Gefangenen aus den Widerstandsbewegungen der besetzten westeuropäischen Länder, die, ohne eine Spur zu hinterlassen, verschwinden sollten.[3] D.h. ca. 80% aller Gefangenen waren vom Postverkehr ausgeschlossen.

Für die Briefe und Karten galten strikte formale und inhaltliche Regeln, die jeder Häftling beachten mußte, wenn er nicht die Vernichtung des Geschriebenen riskieren wollte. Die Texte mußten in deutscher Sprache auf bestimmten Formularen verfaßt sein und durften nur Grüße, Dank für erhaltene Post oder Pakete, Erklärungen über den - guten - Gesundheitszustand und Fragen nach Verwandten enthalten. Die folgenden Zitate stammen aus Briefen polnischer und tschechischer Häftlinge.

„Auschwitz, 14.2.1943. Liebe Stefa und Hanso! Brief habe ich erhalten, für welchen danke ich herzlich. Ich bin gesund und fühle mich gut. Die Lebensmittel sende mir wie früher, nur öfter.... Ich begrüße Euch und Eltern, Euer Strassel [= Kosename, eigentlich Stanislaw]."

„Mauthausen/Gusen, den IX 1942. Meine liebe Olusko und teuere Kinder! Deine 2 Briefe habe ich dankend erhalten und es freut mich sehr, dass Sie alle gesund und glücklich sind. Ich bin gesund und es geht mir wohl... Olus, habe um mich keine Sorge, ich weiss, dass Du immer an mich denkst... Wie lebst Du mit Eltern?..."

„Ravensbrück, den 20. März 44. Mein innig geliebtes Kind, Schwägerin und ... [unleserlich]! Warum schreibt Ihr nicht? 3 RMK dankend erhalten. Schreibt mir bitte trotzdem ich nicht schreibe, denn ich muß auch an meinen Mann schreiben. ... Liebe Fela, schreibe mir wie gehts Mutter Czeslaus, Kasimir u. Hela in Tynia?..."[4]

In der Regel war den privilegierten Gefangenen erlaubt, ein- oder zweimal im Monat Post zu schicken, so daß sie genau überlegen mußten, an wen sie schrieben. Auch der Postempfang war auf höchstens zweimal im Monat beschränkt. Die Einhaltung der Vorschriften wurde durch mehrfache Kontrollen - Blockältester, Blockführer, Poststelle, Schlußzensur - sichergestellt.

Um einen Brief abschicken zu können, mußten enorme Schwierigkeiten überwunden werden. Es galt, ein Briefformular und Schreibzeug zu organisieren, gegebenenfalls einen „Übersetzer" zu finden und zu entschädigen, der den Text in Deutsch schreiben konnte, und schließlich eine Briefmarke zu besorgen. Sie durfte nur an einer Ecke aufgeklebt werden, damit die Zensoren die Rückseiten überprüfen konnten.[5]

Trotz Mehrfachzensur gelang es zuweilen, durch Umschreibungen oder ähnliches Nachrichten über die Lagerwirklichkeit, über Exekutionen oder ankommende Transporte hinauszuschmuggeln. Jüdische Häftlinge mit entsprechenden Kenntnissen benutzten manchmal hebräische Wörter, um Botschaften weiterzugeben, z.B. das Wort für Hunger, „row", das sie in „Grüße an

Onkel Row" verschlüsselten.[6] In Einzelfällen hatte man vor der Verhaftung oder Deportation Codewörter verabredet. In dem Brief einer Tschechin aus Ravensbrück vom Februar 1944 steht der völlig aus den Briefschemata herausfallende Satz: „Die Luft ist hier wunderschön und sehr stark." Vielleicht enthielt er eine Botschaft, die der Empfänger verstand.

Einiges ist den Briefen über die Absender zu entnehmen - Name und damit meistens die Nationalität, Alter, Barakkennummer, Lager. Aus Grüßen zu bestimmten Festen kann man die Religionszugehörigkeit erkennen, aus Anreden und Grußformeln den Familienstand und die familiären Verbindungen: „Meine Liebsten! Deine Postkarte ... habe ich erhalten u. für die Geburts- und Namenstagswünsche danke ich herzlich." (Dachau, 16.6.1940.) Manchmal erfährt man etwas über die bisherige Haftdauer: „Schon 2 Jahre sind vorbei, der Liebe Gott schützt uns." (Mauthausen, Sept.1942.)

Über den tatsächlichen Zustand des Häftlings fällt kein Wort, denn fast nichts in den bestürzend ähnlich lautenden Zeilen entspricht der Wirklichkeit. Es sind Konstruktionen einer fiktiven Realität - unter dem doppelten Druck von Zensur und Rücksichtnahme auf die Angehörigen: „Ich bin gesund und es geht mir gut." „Ich bin gesund und fühle mich gut." „Bei mir ist auch alles in allerbester Ordnung." „Ich bin gesund, was ich auch Dir und dem Rest wünsche." „Um uns kümmert Euch nicht, denn wir sind alle gesund u. es geht uns gut." Realistischere Darstellungen sind die Ausnahme und werden sogleich abgemildert: „Zwei Tage war ich im Lazarett. Das Herz habe ich wie immer sehr schwach. Aber jetzt ist wieder besser." (Auschwitz, März 1943)

Die Lagerrealität wird nur zwischen den Zeilen vermittelt, vor allem durch die überragende Bedeutung des Briefeschreibens und Postempfangens für die Gefangenen, die an diesen schäbigen Dokumenten überaus deutlich wird. Es war die einzige Möglichkeit, mit der Welt außerhalb der Lager Kontakt zu halten. „Arbeitslager Wien-WR Neudorf, 1944. Meine Liebe Lili! Ich habe deine Karte am 20.VIII. erhalten. Sie hat mir unbeschreibbare Freude gemacht..." „Neuengamme, den 26.IX.43. Meine liebste Mutti! Deinen Brief vom 19.d.M.hab ich vorgestern erhalten, wie immer mit größter Freude..."

Entsprechend dringlich wurde immer wieder appelliert: „Schreibt öfter! Warum schreibt Ihr so selten?" Die Postsperre als individuelle oder kollektive Strafe erlebten die Gefangenen als besondere Härte. Das Abgeschnittensein von außen war auch in den Internierungslagern wie Gurs für viele schwerer zu ertragen als Hunger und Dreck.[7] Nachdem ab Oktober 1942 ausdrücklich durch Anordnung Heinrich Himmlers Paketempfang erlaubt war - als Beitrag zum Kräfteerhalt der mehr und mehr in der Rüstungsproduktion benötigten Arbeitssklaven[8] - bedeutete dies zudem oft lebensrettende oder -verlängernde Versorgung mit Lebensmitteln, Kleidung und Tauschobjekten.

Die Bedeutung des Postverkehrs ging aber noch wesentlich weiter. Es war ein verzweifeltes Klammern an so etwas wie Normalität, ein Versuch, der Deformation durch das Terrorsystem im Lager für eine winzige Zeitspanne zu entkommen, indem sich der Häftling mit den vorgeschriebenen Zeilen und Wör-

Abb. 2: Briefe auf KZ-Vordrucken mit einer Karte aus dem Ghetto Litzmannstadt, August 1941 bis Juli 1944

tern in ein normales soziales Beziehungssystem versetzte, wie es außerhalb der Lagerwelt bestand. Einmal oder zweimal im Monat konnte sich ein briefeschreibender Lagerinsasse so zumindest symbolisch seiner Individualität versichern, sich als ein Mensch fühlen, der außerhalb der Lagerkategorien in einem familiären Beziehungsnetz aufgehoben war, als „Sohn", „Tochter", „Mutter", „Schwester" oder „Ehemann". Durch das Schreiben und Empfangen von Briefen wurde ein Häftling für Augenblicke wieder ein Mensch mit Name, Identität und Biographie, also jenen Qualitäten, die bei der Ankunft im Lager als erstes brutal ausgelöscht wurden.[9]

So sind die erhaltenen Briefe aus Lagern und Ghettos in ihrer äußerlichen Armseligkeit Zeugnisse von hohem symbolischen Rang, die trotz der Dürftigkeit ihrer verbalen Mitteilungen etwas über die Existenz im Lager aussagen. Mit den Zeichen des Terrorsystems versehen, den Auszügen aus der Lagerordnung in blutroter Schrift, den Zensurstempeln und oft auch mit dem Konterfei Adolf Hitlers auf der Briefmarke, strahlen sie etwas von dem Versuch aus, der fortwährenden totalen Zerstörung von Identität im Lager einen Rest an Individualität entgegenzusetzen, als Subjekt mit einer eigenen Geschichte zu überleben und sei es auch nur im Gedächtnis der Briefempfänger. Die eingangs beschriebenen individuellen Lese- und Aufbewahrungsspuren, die die einzelnen Empfänger hinterlassen haben, verleihen den Dokumenten im Sinne der Definition von Walter Benjamin jene besondere „Aura"[10] des Authentischen, mit deren Hilfe - unter anderem - Geschichte lebendig werden kann.

Anmerkungen

1. Zum unlösbaren Dilemma dieses Museumstyps gehört es, daß fast alle Objekte, die erworben werden, um dem Auftrag gerecht zu werden, Geschichte nachvollziehbar zu machen, mit dem Blut der Opfer behaftet sind. Dies betrifft keineswegs nur Dokumente aus den Lagern, sondern ebenso Kultgerät aus Deutschland und dem besetzten Europa.
2. Julien Lajournade, Le courrier dans les camps de concentration 1933-1945. Système et rôle politique, Paris 1989, S. 60.
3. Lajournade, S. 61.
4. Alle zitierten Briefe aus dem Archiv des Jüdischen Museums Rendsburg.
5. Lajournade, S. 75.
6. Gabriele Mittag, Es gibt Verdammte nur in Gurs. Literatur, Kultur und Alltag in einem südfranzösischen Internierungslager. 1940-1942, Tübingen 1996, S. 50.
7. Mittag, Gurs, S. 47.
8. Lajournade, S. 97.
9. Vgl. Wolfgang Sofsky, Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager, Frankfurt/M. 1993, S. 98ff.
10. Vgl. Walter Benjamins Aufsatz „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit", in: Walter Benjamin, Gesammelte Schriften. Werkausgabe, Frankfurt/M., Bd. I/2, S. 436ff. Benjamin bezog den Begriff der „Aura" auf das Kunstwerk. Mit den Definitionen des „Hier und Jetzt", des „Einmaligen" und „Originalen" scheint mir der Begriff auch auf andere Objekte übertragbar.

Abildungsnachweis:

Abb. 1, 2: Jüdisches Museum Rendsburg

Hendrike van Bergen, Alfred Ebeling, Christian Radtke

Der Gesprächskreis Erzählte Geschichte in Schleswig

Erfahrungen und Ergebnisse aus der Arbeit einer lokalen Geschichtswerkstatt

Wir berichten von einem Projekt lokaler Geschichtsarbeit, in deren Koordinationsgruppe Erich Koch von Beginn an mitgearbeitet hat und das durch die Person und den Fachmann Erich Koch wesentlich mitgeprägt wurde.

Ihm widmen wir diesen Beitrag.

1. Anfänge der Geschichtswerkstatt

Bevor sich der Schleswiger *Gesprächskreis Erzählte Geschichte* im Februar 1993 zu seiner ersten Sitzung traf, hatte eine Gruppe von zeitgeschichtlich engagierten Hobbyforschern in mehreren Wellen und Phasen versucht, in Schleswig eine „Geschichtswerkstatt" einzurichten. Diese Vorgeschichte soll hier mit festgehalten werden. Den Anstoß gab die 1987 im Stadtmuseum gezeigte Sonderausstellung *Spuren - Schleswig 1920-1945. Von der Demokratie zur Diktatur*, in der sich die Stadthistoriker nach dem 1973 erschienenen Buch von Theo Christiansen *Schleswig 1836-1945* erstmals gründlicher mit der Zeit des Nationalsozialismus in Schleswig beschäftigt hatten.

Der erste Aufruf ging von der Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung im DGB „Arbeit und Leben" aus, dessen Sprecher Hermann Spieker in einem Presseartikel vom Juni 1988 formulierte: „Spuren-Ausstellung im Museum muß seine Fortsetzung finden [...] Wir finden es richtig, daß für Schleswig eine Art Geschichtswerkstatt ins Leben gerufen wird [...] Es wäre bedauerlich, wenn wir nach dem „Ende der Ausstellung 'Spuren' im Städtischen Museum nun auch einen Schlußstrich unter dieses Kapitel zögen". Der redaktionelle Text fährt fort: „Insbesondere die Bereiche Euthanasie und Deportation seien zu wenig erhellt".

Zum 14. Juni 1988 wurde die erste Einladung zu einem „Gesprächs- und Arbeitsabend im Rahmen der Geschichtswerkstatt" im Gewerkschaftshaus in der Schubystraße versandt. Er fand seine Fortsetzung im Herbst 1988 in der Volkshochschule. In einem von dem damaligen Museumsmitarbeiter Reimer Möller initiierten Aufruf von Ende 1988 in den *Beiträgen zur Schleswiger Stadtgeschichte* heißt es dazu:

„Die Schleswiger Geschichtswerkstatt ist ein Zusammenschluß von Laien- und Fachhistorikern, die an der Stadtgeschichte interessiert sind, darüber selbständige Informationen sammeln, Nachforschungen anstellen und ihre Ergebnisse der Öffentlichkeit mitteilen".

Diese Ansätze blieben ohne nach außen erkennbare Ergebnisse, waren aber wichtig und dienten dazu, erstmalig Personen zusammenzuführen und Vorgehensweisen wie Arbeitsziele zu bündeln. Der Personenkreis umfaßte nie mehr als eine Handvoll zumeist zeitkritisch orientierter, damals jüngerer Leute, die ihr Vorhaben im Sinne einer Basisbewegung mit dem Ziel der Bewußtseinschärfung der Öffentlichkeit für zeitgeschichtliche Problemlagen in der Stadt verstanden.

Als das am meisten bedrängende Thema standen bald die noch weitgehend ungeklärten Vorgänge der Jahre 1933 bis 1945 in der damaligen Landesheilanstalt fest. Aus dem Kreis selbst, dem ganz überwiegend historisch nicht ausgebildete Geschichtsinteressierte angehörten, konnte man zu deren Aufhellung indes allenfalls mit den Methoden der Laienforschung beitragen.

Es stellte sich jedoch bald heraus, daß man dem Thema auf diesem Wege allein jedenfalls nicht beikommen konnte. Auf Initiative von Fachhistorikern, die der Geschichtswerkstatt verbunden waren, bildete sich deshalb bald eine Arbeitsgruppe aus Historikern und Ärzten mit dem Ziel, die NS-Geschichte der Heilanstalten Stadtfeld und Hesterberg aufzuarbeiten.

Im April 1990 fand im Landeskrankenhaus ein Gespräch zwischen den Zeithistorikern Klaus Bästlein und Reimer Möller sowie Frau Dr. Dörte Stolle als Leiterin der Klinik „Hesterberg", dem Verwaltungsleiter, Herrn Hiller, und der Ärztin Frau Seyler-Rinderspacher statt, bei dem in einer fünfstündigen Begehung die Aktenbestände gesichtet wurden: Nach dieser Aufnahme fehlt die Verwaltungsregistratur vor 1945 nahezu gänzlich, das Patientenaktenarchiv ist dagegen nahezu vollständig erhalten.

Diese Arbeitsgruppe blieb indes ein eher loser Zusammenschluß, und zu den Fragen der Zugänglichkeit von Akten im Landesarchiv entsponn sich ein, wenn notwendiger, so doch die konkrete Arbeit auch lähmender Streit in den Fußnoten und Leserbriefen der Fachliteratur. Klaus Bästleins Arbeiten zur Kindereuthanasie wurden vom verantwortlichen Arzt, Dr. Burckhardt, mit unglaubhaften Argumenten bis vor Gerichtsinstanzen widersprochen, und Reimer Möller verließ bald Schleswig mit einem Ruf auf die Stellung als Museumsdirektor in Soest.

Daß das Thema trotzdem im Bewußtsein blieb, dokumentiert eine Veranstaltungsreihe „Fünfzig Jahre nach den ersten Deportationen Behinderter und Kranker aus Schleswig", die vom 6. bis 8. Mai 1991 in der Volkshochschule stattfand und in der u.a. Klaus Bästlein über die Euthanasievorgänge in den damaligen Schleswiger Anstalten sprach und der Zeitzeuge Fritz Niemand über seinen Aufenthalt in der Heilanstalt „Stadtfeld" 1935-1940 berichtete. Im Stadtarchiv, dem städtischen Geschichtszentrum, bildete sich darauf ein wiederum „Geschichtswerkstatt" genannter Kreis von nichtprofessionellen Zeithistorikern und anderen an historischer Kulturarbeit Interessierten, der diesem Thema weiter nachgehen wollte.

Das Stadtarchiv, gut eingeführt als

Forum historischer Projektarbeit sowohl auf der Ebene der Einzelforscher wie für Gruppengespräche, erwies sich als der gegebene Kristallisationspunkt für ein solches Vorhaben. Es wurden u.a. die Archivüberlieferung, die Lokalpresse und Sterbebücher geprüft, ohne daß von dieser Seite eindeutige Ergebnisse beizubringen waren. Ziel dieser Arbeitsphase war ein sogenannter Reader mit Dokumenten und Berichten zu den Vorgängen im Zusammenhang Euthanasie.

Diese Arbeit führte zu einem Gespräch der Geschichtswerkstatt mit dem Leiter der Fachklinik Stadtfeld, Dr. Michael Oschinsky, am 27. Januar 1992. Dabei wurde Einigkeit hinsichtlich einer Vorgehensweise auf zwei Ebenen erzielt: Die Aufarbeitung des Archiv- und Aktenmaterials kann nur von fachhistorischer Seite geleistet werden, entweder im Rahmen einer Hochschularbeit oder einer öffentlich geförderten Projektarbeit, als deren Träger das Sozialministerium gewonnen werden sollte.

Zweitens richteten sich Pläne auf die Einrichtung einer „Gedenkstätte zur Psychiatrie der NS-Zeit" in Schleswig, die sich gleichzeitig als Mahn-, Erinnerungs- und Arbeitsstätte verstand. Für den Sommer 1992 wurde von Seiten der Fachklinik die Einrichtung einer Organisationsgruppe zu diesen Arbeitsvorhaben in Aussicht genommen.

Vor diesem Hintergrund trat die Geschichtswerkstatt, zu deren Mitgliedern nun auch Erich Koch gehörte, mit Schreiben vom 3. April 1992 an die Leitung des gerade installierten Instituts für Schleswig-Holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) mit der Anregung heran, die „Aufarbeitung des Archivmaterials zum Thema 'Euthanasie' in Schleswig" in seine Projektvorhaben aufzunehmen. Mit Dr. Detlef Korte, Wissenschaftlichem Mitarbeiter des IZRG, stand unserer Sache ein engagierter Fürsprecher und Berater zur Seite. In Kooperation zwischen Fachklinik Hesterberg, Landesarchiv und IZRG konnte dieses Projekt nach langer Vorbereitung mit dem Schwerpunkt der Klinikgeschichte 1939-1945 auf dem „Hesterberg" schließlich 1995 aufgenommen werden. Dieses Projekt mündet in einer Dissertation.

Im Frühjahr 1993 wurde im Klinikgelände „Hesterberg" als Mahnmal zur Erinnerung an die hundertfache Kindertötung ein Gedenkstein aufgestellt. Aus Anlaß des 175jährigen Bestehens der Fachklinik „Stadtfeld" erschien 1995 eine von dem Klinikhistoriker Dr. Harald Jenner erarbeitete Krankenhausgeschichte, die einen Schwerpunkt auf die Zeit von 1933-1945 legte. An diesen Vorgängen war die Geschichtswerkstatt nicht mehr beteiligt. Sie hatte ihre Aufgaben als Anreger und Motor vorerst erfüllt.

2. Der Gesprächskreis Erzählte Geschichte - Erste Phase: Konzeption, Probleme, Erfahrungen

Im Herbst 1992 boten sich neue Möglichkeiten, historische Projektarbeit zur jüngsten Stadtgeschichte in einem erweiterten Rahmen wiederaufzunehmen. In den Ankündigungen der Volkshochschule erschien im Januar 1993 im Rahmen ihres Seniorenprogramms ein Arbeitskreis „...die gute, alte Zeit". „Unter Beteiligung von Fachleuten und in Zusammenarbeit mit der Geschichtswerk-

statt Schleswig" sollten durch „die gezielte Befragung älterer Schleswiger Bürger Erkenntnisse zur Alltagsgeschichte der Nachkriegszeit" gesammelt werden.

Seit Mitte November 1992 war in einer Reihe von vorbereitenden Gesprächen zwischen der Geschichtswerkstatt im Stadtarchiv und der Seniorenreferentin der VHS der organisatorische und thematische Rahmen dafür abgesteckt worden. Der richtungsweisende neue Ansatz bestand in einer bewußt genutzten Kombination historischer Kulturarbeit und sozialer Bildungsarbeit, in diesem Fall mit Senioren, bei der die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Biographie als Lebens-Geschichte in einen öffentlichen Zusammenhang gestellt wird.

Dabei wird methodisch ein ebenso einfacher wie erfolgreicher Weg beschritten: Seniorenarbeit verzichtet darauf, etwaige Defizite der Älteren zu kompensieren, sondern macht sich deren unbestreitbaren Informationsvorsprung zunutze: ihre Erinnerung in die zeitliche Tiefe, und trifft sich dabei mit dem in der Geschichtswerkstattsarbeit gut eingeführten Verfahren der Zeitzeugenbefragung.

Durch ein Flugblatt und Presseberichte wurde im Januar 1993 zur ersten Sitzung am 5. Februar aufgerufen. Als Veranstalter signierten die Volkshochschule und die Geschichtswerkstatt, die ihre Arbeit fortan als Koordinationsgruppe verstand, in der die Aktivitäten des Gesprächskreises gelenkt werden. Als Tagungsort konnte ein Raum in dem der Stadt Schleswig gehörenden „Plessenhof" gewonnen werden, einem zentral gelegenen Adelspalais des späten 18. Jahrhunderts, in dem sich das Stadtarchiv befand und die nötigen Räumlichkeiten vorhanden waren, aber insbesondere auch Möglichkeiten zur Küchenbenutzung bestanden. Kaffee und Gebäck waren von Beginn an unverzichtbare Ingredienzien jeder Gesprächsrunde.

Der Sitzungsturnus wurde auf monatliche Treffen am ersten Freitagnachmittag festgelegt. Die Veranstaltung war als regulärer Kurs in das Programm der Volkshochschule eingebunden. Unter dem Generalthema „Leben und Arbeiten in der Nachkriegszeit" sollte berichtet werden über Wohnung, Arbeit, Freizeit und Privatleben. Die Teilnahme war prinzipiell für alle offen, und die speziell angesprochenen Gruppen Einheimische, Flüchtlinge und Mitglieder der dänischen Minderheit standen stellvertretend für einen Querschnitt der Gesamtbevölkerung. Der dänische Kulturverein (SSF) und die AG „Arbeit und Leben" des DGB haben das Projekt von Beginn an stark unterstützt.

Auf dem ersten Treffen am 5. Februar 1993, mit 20 Teilnehmern gut besucht, wurden Themen, Ziele und Arbeitsformen vorgestellt. Die Gesprächsleitung übernahm Hendrike van Bergen. Die dort und in den folgenden Sitzungen formulierten Eckpunkte mußten in den nächsten Jahren nur unwesentlich verändert werden. Als Thema lag die Nachkriegszeit in Zeitzeugenberichten mit dem Schwerpunkt Alltagsgeschichte fest, als günstige Arbeitsform stellten sich für die zweistündige Sitzung in einem ersten Block schriftlich formulierte oder auch mehr aus dem Stegreif vorgetragene Berichte zu festgelegten oder selbstgewählten Themen heraus, denen nach einer Pause eine Diskussion und ergänzende Beiträge aus dem Plenum folgten.

Gelegenheit zum Vortrag erhielt grundsätzlich jeder. Die allermeisten haben das wahrgenommen, einige mehrfach. Die Beiträge wurden jeweils in der vorhergehenden Sitzung verabredet und vielfach durch zeitgeschichtliches Dokumentationsmaterial belegt. Neben den Berichten und Befragungen im Plenum wurde eine ganze Reihe von Einzelinterviews geführt. Von besonderer Bedeutung war die Aufnahme des gesamten Verlaufs aller Sitzungen und Interviews auf Videofilm und Tonband. Die Geräte stellte die VHS zur Verfügung. Das Abschreiben und insbesondere die gezielte Nutzung dieser Bänder erwies sich später als schwierig.

Der Plan, aus den Aufnahmen der Gruppensitzungen einen Videofilm zu gestalten, konnte noch nicht realisiert werden. Arbeitsziele bildeten einmal die Quellendokumentation durch schriftliche Aufzeichnungen, privates Dokumentationsmaterial und Berichte auf Ton- und Bildträgern, zum anderen die Vorstellung der Ergebnisse an die Öffentlichkeit durch eine Ausstellung - wie es lange geplant war - und durch eine Buchpublikation - wie es dann realisiert wurde.

Ein Kennzeichen dieser Arbeit war das wachsende Zusammengehörigkeitsgefühl innerhalb der Gruppe, das sich durch neu gestiftete Freundschaften unter Einzelmitgliedern, aber insbesondere auch durch wachsende Toleranz und Respekt innerhalb der durch unterschiedliche und teilweise gegensätzliche Sozialisationen und Kollektiverlebnisse geprägten Untergruppen kundtat. Immerhin nahmen an den Sitzungen durchschnittlich zwischen 30 und 50 Personen unterschiedlichster sozialer Zugehörigkeit teil.

Zu solchen Kollektiven gehörten, in vereinfachter Zuweisung, die Flüchtlinge auf der einen Seite und die Einheimischen, in denen mehrere Erfahrungshorizonte vertreten waren: die dänisch Gesonnenen, aus altem Arbeiter- und Gewerkschaftsmilieu Stammende, organisatorisch und politisch Neutrale und, bei Männern wie bei Frauen, Teilnehmer mit einer Haltung, die erkennbar für Verständnis gegenüber den Zuständen der NS-Zeit warben. Diese ganz unterschiedlich orientierten sozialen und politischen Karrieren äußerten sich zuweilen ausgesprochen konfliktträchtig. Je besser man sich kennenlernte, das ist der Gruppe hoch anzurechnen, wichen in einem Prozeß gegenseitigen Respektierens Reserve und Konfrontation Verständnis und Anerkennung des jeweils anderen.

Da der Akt der Erinnerung schmerzlich sein kann, setzte das öffentliche Sprechen in der Gruppe über persönliche Erlebnisse oft tiefliegende und halbverschüttete Emotionen frei; diese gleichsam ohne Sanktionen zeigen zu können, begründeten Respekt und Toleranz untereinander. Es wurde dabei kein Thema tabuisiert, Grenzmarken gruppenöffentlicher Stellungnahmen bildeten allerdings Verharmlosung oder Schönfärberei von NS-Verbrechen.

Die Gruppenintegration wurde zweifellos auch durch gemeinsame Exkursionen, etwa zu den KZ-Außenlagern Schwesing und Ladelund oder dem Jüdischen Museum in Rendsburg, und kleine Festessen gefördert. Im Laufe der Jahre hat sich die Gruppe nicht nur stabilisiert, auch in ihrem Teilnehmerstamm, sondern ein ausgesprochen produktives Eigenbewußtsein entwickelt.

Unter diesen Vorzeichen wurde bis zum Juni 1994 in insgesamt 16 Treffen

ein Vielzahl von Themen der Schleswiger Nachkriegsgeschichte besprochen. Als Ergebnis erschien im Winter 1994 unter dem Titel *...Dies hat der Krieg angerichtet* eine 160seitige Broschüre *Schleswig in der Nachkriegszeit - Zeitzeugenberichte 1*, in der nach sieben Themenbereichen geordnet in 33 Beiträgen ein Extrakt der eineinhalbjährigen Sitzungsperiode vorgelegt wurde. Zur Finanzierung der Druckkosten konnte neben örtlichen Sponsoren auch das Kultusministerium gewonnen werden.

Über die Konzeption dieses Bandes gab es in der Koordinationsgruppe abweichende Vorstellungen, in denen der erwünschte Zuwachs an historischer Erkenntnis für die Stadtgeschichte im traditionellen Sinne höher bewertet wurde als der Zeugniswert alltagsgeschichtliche Berichte aus dem Kreis des „Fußvolks der Geschichte". Möglichkeiten und Grenzen der „Geschichtsschreibung von unten" wurden in der Koordinationsgruppe gelegentlich auch kontrovers diskutiert, die Entscheidung konnte schließlich nicht anders als zugunsten des momentan Machbaren ausfallen.

Die Gewinne dieser Arbeit für eine Geschichte des Privaten Lebens im Nachkriegs-Schleswig sind beträchtlich, müssen im Detail indes von anderer Seite bewertet werden. Daß Gesprächskreismitglieder in vielen Fällen mit ihren Erlebnisberichten den zeitgeschichtlichen Unterricht in den Schulen vertieft haben und andererseits Schüler auf der Suche nach authentischen Zeugnissen oftmals die Gruppensitzungen besuchten und dabei auch einzelne Teilnehmer interviewt haben, kann im Sinne der Ausgangsprämisse, den Erinnerungsfundus von Senioren öffentlich zu nutzen, als besonderer Gewinn gebucht werden.

Diese Arbeiten trugen dem Gesprächskreis im Juni 1995 den als „Anerkennung und Förderung für kulturell schöpferische und kulturfördernde Leistungen" vergebenen Kulturpreis der Stadt Schleswig ein. In der Laudatio hieß es: „Dem Gesprächskreis Erzählte Geschichte gelingt über persönliche, weltanschauliche und Altersgrenzen hinweg die Aufarbeitung der persönlichen und städtischen Geschichte". Natürlich bildete diese öffentliche Anerkennung eine starken Antrieb zur Weiterführung der Arbeit.

3. Öffentliche Erinnerung: Schwerpunkt Euthanasie

Am 14. September 1994 jährte sich zum 50. Mal der Abtransport von 666 Frauen und Männern aus der Landesheilanstalt Schleswig/Stadtfeld in die Vernichtungsanstalt Meseritz-Obrawalde. An der Veranstaltung mit einem Gedenkmarsch vom Klinikgelände zur Rampe des Güterbahnhofs und der Verlesung von stellvertretend 230 Namen von Deportierten nahmen 450 Menschen statt. Mit Unterstützung eines breiten Forums der maßgebenden Gruppen, Organisationen und Institutionen in der Stadt traten als Veranstalter die beiden Fachkliniken, der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus und die Geschichtswerkstatt auf. Initiator war die Koordinationsgruppe des Gesprächskreises, der selbst intensiv in Vorbereitung und Abläufe eingebunden war.

Diese Veranstaltung wirkte in die Zukunft, nicht nur durch die Mahnung des Klinikleiters Dr. M. Oschinsky: „Wir dürfen nicht glauben, daß die radikale

Distanzierung von den Ereignissen genügt. Vergessen und Verdrängen stellt sich den Menschenvernichtern an die Seite", sondern insbesondere auch durch die anschließende Gründung eines Arbeitskreises „Psychiatrie und Euthanasie im Nationalsozialismus", in dem sich unter der Leitung von Dr. Rothenberger Mitarbeiter aus Klinik, Geschichtswerkstatt und Gesprächskreis bis auf den heutigen Tag auf unterschiedlichen Ebenen um die Aufhellung der Euthanasievorgänge in Schleswig bemühen.

4. Zweite Gesprächsrunde und Weiterführung der Arbeit

Der Gesprächskreis trat gleichzeitig nach erprobten Verfahren nahezu nahtlos in die Behandlung eines neuen Themas ein. In 26 Monatstreffen stand zwischen September 1994 und Februar 1997 „Schleswig in der Zeit des Nationalsozialismus" auf dem Programm. Die Volkshochschule fungierte weiterhin als Dachorganisation, stellte ein kleines Salär für die Gesprächsleitung und die technische Ausstattung - Aufnahmegeräte für Videofilm und Tonband - zur Verfügung und sorgte für die Verteilung der Sitzungsprotokolle an alle Teilnehmer.

Noch deutlicher als im ersten Kurs erwies sich die von der Koordinationsgruppe aufgestellte Themengliederung in der Praxis als wenig förderlich. Die wichtigste Erfahrung war, wie mühsam Erinnerungsarbeit sein kann. Manche Münder, Köpfe und Herzen haben sich seit „damals" - die heutigen Senioren waren Kinder und Jugendliche - überhaupt das erste Mal geöffnet. Tief saß eine Befangenheit, vielleicht sogar eine Art Traumatisierung, ein Gefühl, ohne Schuld schuldig geworden zu sein, das viele Aussagen durchzog und, meist nur halb bewußt, auf „Verständnis" oder gar „Entschuldigung" drängte.

Als Ganzes gesehen ergeben die gesammelten Texte, durch Erinnerungslücken, innere Kontrollinstanzen und biographische Zwänge vielfach gebrochen, ein immer scherbenhaftes und verschlüsseltes, aber letztlich doch entzifferbares Zeichensystem gesellschaftlicher Zustände der NS-Zeit in Schleswig, ein codiertes Historiogramm mentaler Verhaltensmuster von Personen und Gruppen. Als Ergebnis dieser zweiten Sitzungsperiode erscheint im Herbst 1998 der Dokumentationsband *Zeitzeugenberichte 2* unter dem Titel *Wir wurden für den Krieg gebraucht - Schleswig in der Zeit des Nationalsozialismus*.

Mittlerweile bildet der Gesprächskreis einen integrierten Teil des Kultur- und Soziallebens in der Stadt. Zum öffentlichen Interesse an den Ergebnissen seiner Arbeit seien nur zwei Beispiele angeführt: Im Winter 1997/1998 veröffentlichte die *Schleswiger Nachrichten* in loser Folge eine längere Artikelserie mit Beiträgen von Teilnehmern des Gesprächskreises, und die Seniorentage der Stadt Schleswig im Mai 1998 standen unter dem Motto „Erzählte Nachkriegsgeschichte" und wurden von Teilnehmern des Gesprächskreises mitgestaltet.

Ab Herbst 1998 versammelt sich der Gesprächskreis *Erzählte Geschichte* zu einer dritten Runde, die dem Thema der „Wirtschaftswunderjahre" gelten wird. Eine abschließende Wertung unseres Ansatzes von Theorie und Praxis histo-

rischer Bildungsarbeit ist an dieser Stelle weder angezeigt noch notwendig. Zielrichtung wie Ergebnisse dürften landesweit ihresgleichen suchen. In seiner über Jahre hin kontinuierlichen Arbeit nach dem Konzept - wie sich erwies - ertragreicher Symbiose von historischer Kulturarbeit und sozialer Bildungsarbeit mit Senioren hat der Schleswiger Gesprächskreis *Erzählte Geschichte* sowohl die Stadtgeschichte als auch die Teilnehmer bereichert.

5. Im Text genannte Literatur

Klaus Bästlein, Die „Kinderfachabteilung" Schleswig 1941 bis 1945, in: Schleswig-Holsteinisches Ärzteblatt, Heft 6, 1991.

Ders., Die „Kinderfachabteilung" Schleswig 1941 bis 1945, in: Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte Heft 20, 1991, S. 16 - 45.

Theo Christiansen, Schleswig 1836-1945. Eine Stadt und ihre Bürger. 2. Aufl., Schleswig 1991.

Ders., Schleswig und die Schleswiger 1945-1962, Schleswig 1987.

Gesprächskreis Erzählte Geschichte (Hrg.), „Dies hat der Krieg angerichtet...". Schleswig in der Nachkriegszeit. Zeitzeugenberichte 1, Schleswig 1994.

Ders., „Wir wurden für den Krieg gebraucht...". Schleswig in der Zeit des Nationalsozialismus. Zeitzeugenberichte 2, Schleswig 1998.

Harald Jenner, Die Geschichte einer psychiatrischen Klinik, Schleswig 1995.

Schleswig 1920-1945. Spuren. Von der Demokratie zur Diktatur, bearbeitet von Heike Heeren und Holger Rüdel, Veröffentlichungen des Städtischen Museums Schleswig 1, Schleswig 1987.

Schleswig 1945-1968, bearbeitet von Reimer Möller und Holger Rüdel, Veröffentlichungen des Städtischen Museums Schleswig 2, Schleswig 1989.

Frank Omland

Lexika und Chroniken zum Nationalsozialismus

Eine Vorstellung bekannter und wichtiger Bücher

Dieser Beitrag stellt Nachschlagewerke zum Nationalsozialismus einander gegenüber. In einem ersten Teil werden die einzelnen Bücher kurz erläutert, ihre Stärken und Schwächen benannt und ihr Gebrauchswert unter die Lupe genommen. Im zweiten Teil folgt eine tabellarische Gegenüberstellung sowie eine kritische Analyse ausgewählter Sach- und Personeneinträge, um dann noch auf die regionalen Bezüge der Werke einzugehen.

Allgemeine Enzyklopädien und Lexika zum Nationalsozialismus

Das wohl bekannteste Nachschlagewerk zum Nationalsozialismus ist *Das grosse Lexikon des Dritten Reiches*, herausgegeben von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig, das 1985 im Südwest Verlag erschien. Auf knapp 700 Seiten präsentiert es sich mit über 3.000 Stichwörtern, über 1.200 (z.T. farbigen) Fotos, Grafiken und Gemälden, knapp 30 handbuchartigen Essays, einem Namensregister und einer nach Themen geordneten Literaturliste.

Obwohl sich der Forschungsstand verändert und verbessert hat, haben viele der Einträge immer noch Gültigkeit. Im Einzelfall und vor allem hinsichtlich der Bewertungen sollten aber aktuellere Werke zur Kontrolle herangezogen werden. Es hat aber kein nachfolgendes Buch mehr gegeben, das so gut aufgemacht war und die Leserin und den Leser zum Blättern ermuntert hat wie dieses Lexikon.

Schon drei Jahre früher ist das *Jugendlexikon Nationalsozialismus* herausgekommen, das 1992 neu überarbeitet unter dem Titel *Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933 - 1945* erschien. Als Autorinnen zeichnen Hilde Kammer und Elisabeth Bartsch unter Mitarbeit von Manon Eppenstein-Baukhage verantwortlich. Auf knapp 300 Seiten werden zwar nur 250 Stichwörter erklärt, aber aufgrund von Umfang und Querverweisen erhält man einen guten Überblick zu vielen Themen.

Auf Biographien wurde gänzlich verzichtet, dafür gibt aber ein Personenregister kurze Erläuterungen und verweist auf entsprechende Stellen im Lexikon. Die fünfseitige Zeittafel ist zu vernachlässigen, dafür unterscheidet sich dieses Buch aber dadurch von allen anderen, daß es in über 1.000 Fußnoten mit Quellenangaben deutlich macht, woher das ausgebreitete Wissen stammt. Gerade für die vielen Zitate im Text ist das sehr hilfreich.

Einen anderen Ansatz verfolgt Robert

Wistrich in seinem bei Fischer 1987 (im Original 1982/83) erschienenen *Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon*. „Nahezu 400 Persönlichkeiten, die im Dritten Reich eine herausragende Rolle spielten", werden eingehend beschrieben, und obwohl diese Zahl recht groß zu sein scheint, stößt man beim Benutzen immer wieder auf schmerzliche Lücken.

Einerseits ist dies dem damaligen Forschungsstand geschuldet, andererseits durch die Sichtweise und Auswahl des Autors bedingt. Es kommen fast keine Frauen vor, und es fehlen selbst so exponierte weibliche Personen wie die BDM-Reichsreferentin Jutta Rüdiger bzw. Trude Bürkner. Bedauerlich ist ebenfalls, daß Wistrich weder Quellen noch Literatur nennt, sondern sich mit einer sehr knappen Bibliographie am Ende aushilft.

Eine gute, wenn auch z.T. heute überarbeitungsbedürftige Ergänzung ist das Buch *Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik*, herausgegeben von Wolfgang Benz und Hermann Graml. 1988 bei C.H. Beck mit einem Umfang von 392 Seiten erschienen, ist es natürlich bezogen auf viele Personeneinträge auch für diejenigen interessant, die etwas über das Leben dieser Menschen in der NS-Zeit wissen wollen. Grenzen sind hier aber durch Biographien gesetzt, die erst mit dem Faschismus von Interesse waren (bspw. Georg Elser oder Bischof von Galen u.ä.m.).

Martin Broszat und Norbert Frei haben 1989 bei Piper unter dem Titel *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik. Ereignisse. Zusammenhänge* eine überarbeitete Ausgabe des *Ploetz: Das Dritte Reich* als Taschenbuch herausgegeben. Das Buch ist als Chronik und Handbuch angelegt und beginnt auf knapp der Hälfte der 336 Seiten mit zwölf Essays, die „die einzelnen Phasen und die wichtigsten Aspekte des nationalsozialistischen Herrschaftssystems, seine Zielsetzungen, die Innen- wie die Außenpolitik" beschreiben.

In der zweiten Hälfte wird dann eine sehr detaillierte Zeittafel ausgebreitet, die von den Anfängen der NSDAP in der Weimarer Republik bis zur Übernahme der Regierungsgewalt durch die Alliierten in Deutschland reicht. Unterbrochen wird diese Chronik immer wieder durch thematische Kästen, die von biographischen Daten über Statistiken und Karten bis hin zu Themen wie „Unterhaltungskino als Kriegsablenkung" oder „Das nationalsozialistische 'Euthanasieprogramm'" reichen. Ein geordneter Literaturüberblick und ein 35-seitiges Register schließen den Band ab, mit dem sich sehr gut arbeiten läßt.

Schon schwieriger in der Handhabung ist die zweibändige Chronik, die 1982/83 bei Droste, dann unverändert 1991 im Weltbild Verlag erschien und insgesamt 1.250 Seiten umfaßt: *Das III. Reich 1933 - 1939 / 1939 - 1945. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur*. Verantwortlich für den Inhalt waren Manfred Overesch, Friedrich Saal u.a. Die beiden Bände sind als reine Chroniken angelegt, die sowohl (tages-) politische Ereignisse wie auch wirtschaftliche Entscheidungen und kulturelle Begebenheiten aufführen.

Die Detailliertheit ist die große Stärke beider Bände, doch kommen sie leider nur mit einem jeweils 250 Personen umfassenden Register aus, und ein Stichwort- oder darüber hinausgehendes Sachregister fehlt völlig. Das ist sehr ärgerlich und schade, weil diese

Bände die noch immer genaueste und detaillierteste Zeittafel beinhalten und sich schon deshalb ihre Anschaffung lohnen würde. Bleibt noch anzumerken, daß 1982 / 1991 ein entsprechend aufgemachter Band mit dem Titel *Die Weimarer Republik* erschienen ist.

Das größte wissenschaftliche wie öffentliche Echo der hier präsentierten Bücher hat bisher die deutsche Ausgabe der *Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden* hervorgerufen, die 1993 bei Piper erschienen ist. Für die vierbändige deutsche Ausgabe zeichnen Eberhard Jäckel, Peter Longerich und Julius Schoeps verantwortlich. Auf 1.674 Seiten finden sich 1.000 Stichwörter, die sich mit Personen und Institutionen, Orten sowie Ländern befassen und dabei nicht nur die Täter und ihre Taten, sondern insbesondere die jüdischen Opfer, ihren Widerstand und die zuschauende Mehrheit der „Unbeteiligten" (bspw. in den Länderporträts) hervorheben. Zahlreiche Abbildungen und Fotos veranschaulichen die Inhalte; die Artikel sind mit Literatur-, nicht aber mit Autorenangaben versehen. Letztere finden sich erst im vierten Band, der die Anhänge und ein 150seitiges Register sowie eine 40seitige Chronik enthält.

Die Schwerpunktsetzung des Lexikons macht seinen Gebrauch bezogen auf Nationalsozialismus allgemein nur mit Einschränkungen sinnvoll. Hierbei sind insbesondere die Länderporträts (die sich mit der Geschichte des Judentums dort und dem Umgang der Regierungen mit der jüdischen Minderheit bis weit in die Nachkriegszeit befassen) und die Kurzdarstellungen der KZ und Vernichtungslager zu nennen. Auch die sehr groß angelegten Artikel über Grundlegendes zur Ermordung der europäischen Juden (z.B. Antisemitismus) regen zur Diskussion an.

Wieviele und welche Fehler sich durch den Umstand eingeschlichen haben, daß es sich um die deutsche Version der englischen Ausgabe des im Original auf hebräisch und in Israel 1989 als *Lexikon der Shoa* herausgekommenen Buches handelt, vermag ich nicht zu beurteilen. Ein Textvergleich mit anderen Lexika hat aber schon bei einer zufälligen Stichprobe einen Fehler offengelegt (s.u.). Meines Erachtens sollten sich Interessierte genau überlegen, ob sich die Anschaffung eines solch spezialisierten Werkes für sie überhaupt lohnt.

Friedemann Bedürftig hat 1994 mit dem *Lexikon III. Reich* im Carlsen Verlag noch einmal ein gutes Nachschlagewerk vorgelegt. Mit rund 1.000 Stichwörtern auf 448 Seiten und illustriert durch schwarzweiße Zeichnungen von Dieter Kalenbach, die schon im Comic *Hitler* verwendet wurden, wendet sich der Autor speziell an ein jugendliches Publikum, was sich in einer sehr lesefreundlichen und verständlichen Schreibweise äußert. Noch vor dem oben genannten Lexikon *Nationalsozialismus* von Kammer/Bartsch kann dieser Band gerade für Jugendliche (aber eben nicht nur für sie) sehr empfohlen werden. (Im Piper-Verlag ist vor kurzem eine billigere Ausgabe erschienen, die ohne die Zeichnungen auskommt. Der Verlag wendet sich in seinem Selbstverständnis eher an ein Fachpublikum und hat wohl deshalb auf diese Illustrationsart verzichtet, die als „unwissenschaftlich" und der Sache nicht angemessen gilt.)

Den ambitioniertesten Versuch, *das* neueste Standardwerk herauszugeben,

haben im Oktober 1997 Wolfgang Benz, Hermann Graml und Hermann Weiß auf Anregung und im Lektorat von Thomas Bertram sowie Maren Krüger gemacht: die *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*. Der Band erschien bei Klett/Cotta als Leinenausgabe und kürzlich kartoniert bei dtv und umfaßt auf 900 Seiten mit zahlreichen Fotos und Abbildungen ca. 1.000 Einträge. Vorangestellt sind handbuchartig 26 bebilderte Artikel, die meines Erachtens alle wichtigen sozialen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Themen abdecken und dabei auch die kritische Einordnung zur Forschungs- und Quellenlage nicht vergessen.

Auf knapp 570 Seiten folgt der lexikalische Teil, der auf Biographien und Fotos verzichtet und mit einer Reihe von Abbildungen aufwartet. Letztere sind aber manchmal etwas zu klein reproduziert, so daß Details zuweilen untergehen. So sind etwa die Symbole auf den Karten auf Seite 441 („Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg") und auf Seite 693 („Reichssicherheitshauptamt") nur schwer erkennbar. Auch wäre die Teilung in zwei Bände à la Handbuch einerseits und Lexikon andererseits der Benutzbarkeit sicherlich entgegen gekommen.

Doch zurück zum Inhalt: Die Artikel sind namentlich gekennzeichnet und z.T. mit Literaturangaben versehen. Ein 75seitiges Personenregister mit Kurzbiographien verweist sowohl auf Stellen im Handbuch als auch auf Nennungen im Lexikon, entpuppt sich somit als praktikable und anwendungsfreundliche Möglichkeit, mit Biographien in solchen Nachschlagewerken umzugehen, und macht außerdem deutlich, in welchen Kontexten die Person tätig war. (In der Praxis - s.u. - schneiden aber die Lexika besser ab, die Biographien in die Stichworteinträge integrieren.)

Die Themenpalette sowohl der Artikel als auch der Einträge im Lexikon ist so breit gefächert und gleichzeitig am Herrschaftssystem des Nationalsozialismus orientiert, daß das Buch mit Sicherheit sein hochgestecktes Ziel erreichen wird und jeder und jedem nur wärmstens zur Anschaffung empfohlen werden kann.

Speziellere Nachschlagewerke

Nicht unerwähnt sollen die folgenden Bücher bleiben, die sich ebenfalls mit Teilaspekten des Nationalsozialismus beschäftigen, deshalb aber hier nur kurz besprochen werden sollen. Als erstes möchte ich die im Chronik Verlag erschienenen Bände nennen, die in sehr guter Aufmachung und in einem verständlichen Stil jeweils immer die Geschichte eines Jahres verarbeiten bzw. in Sonderbänden (beispielsweise die *Chronik des Zweiten Weltkrieges*) auch über dieses Konzept hinausgehen. Daneben beginnt eine Serie von Regionalausgaben zu erscheinen.

Ebenfalls mit dem Zweiten Weltkrieg befaßt sich das im Heyne-Verlag erschienene Sachbuch *Lexikon des Zweiten Weltkrieges* von Christian Zentner, daß 1995 herausgekommen ist. Das Buch konzentriert sich schwerpunktmäßig auf die militärischen Ereignisse und ist daher nicht unbedingt für jede und jeden als Nachschlagewerk nötig. Es basiert im Kern auf einer überarbeiteten Zusammenfassung des 1985 er-

schienen Buches *Das grosse Lexikon des Zweiten Weltkrieges* desselben Autors.

Auch bei der Anschaffung der beiden folgenden Lexika sollte überlegt werden, ob man sie wirklich benötigt, da sich beide einem speziellen Thema widmen: Das Taschenbuch *Lexikon des Widerstandes 1933 - 1945* von Peter Steinbach und Johannes Tuchel und die Leinenausgabe vom *Lexikon des deutschen Widerstandes* von Wolfgang Benz und Walter H. Pehle. Ersteres zeichnet in über 300 Einträgen auf knapp 240 Taschenbuchseiten die Biographien von verschiedenen Personen oder Gruppen nach, die Widerstandshandlungen ausgeführt haben. Hinzu kommen einige Sacheinträge zu Begrifflichkeiten, zum Widerstand in den europäischen Ländern, in KZs, in Gefängnissen oder auch zu Attentaten auf Hitler.

Die Einträge sind kurz und prägnant und enden mit einigen wenigen Literaturhinweisen. Das Autorenduo stützt sich dabei auf die Arbeiten der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte und ist durch seine eigenen Arbeiten für die „Gedenkstätte Deutscher Widerstand" hinlänglich bekannt und als sehr fachkompetent ausgewiesen.

Das im S. Fischer Verlag herausgekommene Buch von Benz / Pehle wählt einen anderen Ansatz, der später auch in der *Enzyklopädie des Nationalsozialismus* Verwendung finden sollte. Auf den ersten 150 Seiten wird in Überblicksdarstellungen versucht, den Hauptströmungen im Widerstand und in der Opposition gerecht zu werden. Es folgen 170 Seiten lexikalischer Teil, deren biographische Komponente auf knapp 80 Seiten mit Querverweisen sich in einem dritten Teil anschließt. Vor- und Nachteile der Trennung von lexikalischen und biographischen Teilen sind oben schon erläutert worden, doch erweist sie sich in diesem Fall als hinderlich: Bei den Personeneinträgen fehlen Ortsangaben, die deutlich machen, wo die betreffende Person aktiv gewesen ist. So wird der regionale Bezug nur indirekt über die Verfolgungsstationen erschließbar, und zudem fehlen Angaben zu Geburts- und Sterbeort. Das ist ziemlich ärgerlich, weil einige der Daten nur über die Querverweise im Lexikon selbst nachgereicht werden. Diese Trennung führt aber dazu, daß mehr Platz für längere Einträge im Lexikon bleibt als bei Tuchel/Steinbach.

Als letztes möchte ich auf das Buch *Legenden. Lügen. Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte* hinweisen, 1990 herausgegeben von Wolfgang Benz und zuerst bei Moos & Partner, dann bei dtv erschienen. Dieses Nachschlagewerk vermittelt auf 200 Seiten Wissen im Umgang mit bekannten und unbekannteren rechtsextremen Lügen zum Nationalsozialismus bzw. mit auch darüber hinausgehenden Legenden um die Diktatur Hitlers. So finden sich unter den knapp 80 Einträgen, die mit Autorennamen und Literaturangaben versehen sind, Themen wie „Dolchstoß-Legende", „Entnazifizierung" und auch Widerlegungen zur „Finanzierung Hitlers und der NSDAP". Als Hintergrundwissen für entsprechende Anwürfe aus einschlägigen Kreisen und zur Widerlegung derselben ist dieses Buch sehr gut geeignet.

Um der Leserin und dem Leser einen Überblick zu ermöglichen, stelle ich die meines Erachtens wichtigsten Nachschlagewerke einander tabellarisch gegenüber und fasse die Grunddaten in einer Übersicht zusammen.

	Das III. Reich 1933 - 1939 / 1939 - 1945 Tageschronik	National-sozialismus. Begriffe	Wer war wer im III. Reich? Biographien	Das grosse Lexikon des III. Reiches
Herausgeber/ VerfasserIn-nen	M. Overesch / F. W. Saal	H. Kammer / E. Bartsch	Robert Wistrich	Chr. Zentner / F. Bedürftig
Erscheinungs-datum	1982 / 1991	1982 / 1992 überarb.	1982/83 (engl.) 1987 (deutsch)	1985
Preis, Umfang, Größe	Preis ? 650 S. / 625 S. Übergr. TB	12, 90 DM 284 S. TB-Format	22,90 DM 825 S. TB-Format	78 DM 684 S. DIN A4
Stichwörter	keine	250	400	3.000
Lexikalischer Teil	Nein	Ja	Nein	Ja
Chronologie	Ja	Ja, sehr knapp	Nein	Nein
Biographien	Nein, s.u.	Nein, s.u.	Ja	Ja
Handbuchteil	Nein	Nein	Nein	Ja, s.u.
Register	Personen	Personen	Nein	Personen
Abbildungen, Fotos	wenige, in der Regel Statistiken	Karten, Grafiken	Nein	1.200 teils farbige Fotos und Abbil-dungen
Anmerkungen/ Besonder-heiten	Ohne Literatur- oder Quellen-angaben	1.000 Fuß-noten mit Literatur- und Quellen-angaben	Sehr kurze Bibliographie	Themen-essays, Autorenschaft genannt

Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik	Das III. Reich im Überblick Chronik	Enzyklopädie des Holocaust	Lexikon III. Reich	Enzyklopädie des Nationalsozialismus
Benz / Graml	Martin Broszat / Norbert Frei	E. Jäckel / P. Longerich/ J. Schoeps	Friedemann Bedürftig	Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß
1988	1983, 1989 überarbeitet	1989, dt. 1993	1994	1997
29,80 DM 392 S. Übergröße TB	19,90 DM 336 S. TB-Format	98 DM 1.674 S. TB-Format	29,90 DM 448 S. Übergröße TB	39 / 88 DM 900 S. Übergröße TB
500	keine	1.000	1.000	1.000
Nein	Nein	Ja	Ja	Ja
Sehr sehr kurz	Ja	Ja (Anhänge)	Nein	Nein
Ja	Nein, s.u.	Ja	Ja	Ja, s.u.
Nein	Ja	Nein	Nein	Ja
Nein	Personen, Orte, u. Schlagworte	150 S. Register	Knappes Sachregister, Personenregister	Personenregister mit biographischen Daten
Keine	Karten, Grafiken Statistiken	Karten, Fotos Grafiken, Statistiken	Zeichnungen aus „Hitler"-Comic	Karten, Grafiken, Fotos im Handbuch
Literatur- u. Quellenangaben, Registerüberblick	Sehr guter Literaturüberblick, Themenkästen in der Chronik	Literaturangaben unter den Artikeln, Autorenschaft im Register	Sprachlich sehr verständlich, für Jugendliche gut geeignet	Literaturangaben im Handbuch; Autorenschaft im Lexikonteil

Stichworteinträge verschiedener Lexika im Vergleich

Im folgenden Abschnitt werden je ein Begriff und eine Biographie aus den beschriebenen Lexika herausgenommen und einem ersten Vergleich unterzogen. Aus pragmatischen Gründen sind in der Analyse der Sacheintrag „Achse/Achsenmächte" - aufgrund der Kürze der Artikel dazu - und die Person Clemens August Graf von Galen - aufgrund der Tatsache, daß sie auch in den Widerstandslexika besprochen wird - ausgewählt worden.

Clemens August Graf von Galen

Dem katholischen Bischof von Münster, der wegen seines Eintretens gegen die Morde im Rahmen der „Euthanasie" bekannt geworden ist, widmen sich die Lexika in unterschiedlicher Weise. Am intensivsten befaßt sich Robert Wistrich mit dieser Biographie (600 Wörter). Dabei fällt wohltuend auf, daß v. Galen nicht nur als „Lichtgestalt" und Kritiker des NS-Regimes, sondern auch in seiner nationalistischen Befürwortung der außenpolitischen „Erfolge" bei der Revision der Versailler Verträge und des Krieges gegen die Sowjetunion beschrieben wird. Zudem findet sich nur bei Wistrich der Hinweis auf den Bruder des Bischofs, Franz v. Galen. Dieser war Zentrumspolitiker und kam 1944 im Rahmen der Gewitteraktion ins KZ Sachsenhausen (S. 102/103).

In der *Enzyklopädie des Holocaust* (200 Wörter) findet sich an dieser Stelle folgender Satz: „Nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 war von Galen bis Kriegsende im Lager Sachsenhausen inhaftiert." (S. 502). Obwohl die Autoren auf die neuere Literatur verweisen, hat sich somit ein gravierender Fehler eingeschlichen: Clemens August Graf von Galen wurde mit seinem Bruder Franz verwechselt, ihre Biographien wurden zusammengelegt.

Tuchel und Steinbach (220 Wörter) äußern sich wiederum sehr differenziert zur Person des Bischofs: „Nationalkonservativ eingestellt, hoffte G. nach 1939 auf einen deutschen Sieg und erklärte den Krieg gegen die UdSSR zum Kreuzzug (14. September 1941). Weithin erregte seine Predigt vom 3. August 1941 gegen den Massenmord in Pflegeanstalten Aufsehen." (S. 60).

Bedürftig (135 Wörter) spricht zwar auch „von der unbeugsam konservativen, ja antidemokratischen Haltung des Bischofs" (S. 143), nennt dafür aber keine konkreteren Beispiele und betont verstärkt die Aktivitäten Galens gegen das NS-Regime. Hier war der Autor als Herausgeber in seinem früher zusammen mit Zentner herausgegebenen Lexikon (220 Wörter) doch exakter und differenzierter. Insbesondere die Genauigkeit in der Wiedergabe von Daten ist hier hervorzuheben (S. 201/202).

Ohne Biographien kommen Kammer / Bartsch aus, aber der Querverweis zu „von Galen" im Anhang führt zum Stichwort „Euthansiebefehl", wo sich ein Zitat des Bischofs aus seiner Predigt vom 3. August 1941 findet: „Da ein derartiges Vergehen [...] als Mord nach Paragraph 211 des Reichsstrafgesetzbuches mit dem Tode zu bestrafen ist, erstatte ich [...] pflichtgemäß Anzeige..." (S. 64).

Die Querverweise bei Benz / Pehle im Widerstandslexikon führen einerseits ins Handbuch, wo deutlich darauf hingewiesen wird, daß v. Galens Protest zur Einschränkung, aber nicht zur Einstellung der „Euthanasie" geführt hat. Andererseits wird deutlich gemacht, daß solche Aktionen im katholischen und evangelischen Christentum die absolute Ausnahme darstellten und die Kirchen zum Massenmord an den Juden schwiegen (S. 76/77, S. 198).

Die *Enzyklopädie des Nationalsozialismus* verweist bzgl. v. Galens nur auf ihre Handbuchtexte, sagt dort bekanntes und nennt in einem Eintrag „Aktion T 4" v. Galens Protest nicht namentlich: „Nach kirchlichen Protesten wurden die A. am 24.8.1941 offiziell gestoppt [...] insgeheim weitergeführt." (S. 355). Zur politischen Einstellung v. Galens erhält man keine Informationen.

Am überzeugendsten sind damit die Einträge bei Robert Wistrich und im Widerstandslexikon von Tuchel / Steinbach.

Zu dem Begriff Achse/Achsenmächte

Mit dem Bündnis zwischen Deutschland und Italien (und den späteren Verbündeten, den Achsenmächten des Zweiten Weltkriegs) befaßt sich am ausführlichsten die *Enzyklopädie des Holocaust* (215 Wörter). Dabei werden deutlich die indifferente Haltung Italiens zum „Dritten Reich" und zu dessen rassistischer und antisemitischer Ideologie und Gründe für den Stimmungsumschwung Mussolinis zugunsten Hitlers herausgearbeitet.

Etwas knapper (170 Wörter) kommen Zentner/Bedürftig daher, wobei sie aber als einzige auf den Ursprung des Begriffes eingehen: „Die Begriffsprägung reklamierte Hans Frank für sich, der im Sept. 36 Ciano [dem italienischen Außenminister, F.O.] gegenüber das Bild vom europ. polit. Wagen gebrauchte, der auf der 'Achse von Faschismus und Nationalsozialismus' vorwärts gefahren werden müsse" (S. 13). Auch finden sich hier die genauesten Daten über das Bündnis, wohingegen ein Hinweis auf die Zusammenarbeit der Achsenmächte im spanischen Bürgerkrieg fehlt.

Dies erwähnt Bedürftig (140 Wörter), ansonsten fällt dessen Eintrag hinter dem vorgenannten etwas zurück.

Bei Kammer / Bartsch (140 Wörter) wird man wiederum mit einem Zitat der Beteiligten „belohnt" und ein Satz aus Mussolinis Rede 1937 in Berlin wiedergegeben.

Die *Enzyklopädie des Nationalsozialismus* (145 Wörter) gibt ebenfalls das wesentliche zum Thema wieder. Der Autor Karsten Krieger behauptet aber, daß Mussolini die Achse am 3. November 1936 in Mailand verkündete. Zentner / Bedürftig nennen hingegen den 1. November, und alle anderen Lexika sprechen vom November / Herbst 1936. Ein Nachschlagen in der bereits erwähnten Chronik von Broszat / Frei ergibt folgendes: „Am 1. Nov. verkündet Mussolini 'Achse Berlin - Rom'." (S. 235). Eine Bestätigung findet sich auch bei Overesch / Saal: „1. Nov. (Sonntag) In einer großen außenpolitischen Rede in Mailand hebt Mussolini die herausragende Bedeutung der 'Achse Berlin - Rom' hervor." (S. 314).

Beim Begriff „Achse" überzeugen demnach Zentner / Bedürftig am mei-

sten. Als Benutzer würde ich mir aber die Integration des Mussolini-Zitates und die Erwähnung des Eingreifens von Deutschland und Italien im spanischen Bürgerkrieg wünschen. Noch stärker als bei der Biographie „von Galen" zeigt sich damit, daß Sacheinträge schwieriger zu handhaben sind als Personen und jede Benutzerin und jeder Benutzer gut daran tut, das jeweilige Lexikonwissen nicht als vollständig und schon gar nicht als Wahrheit zu betrachten.

Beide Beispiele zeigen die Schwierigkeiten auf, die das Zusammenstellen von Einträgen für Lexika betreffen. Der Benutzerin und dem Benutzer kann deshalb nur schwerlich die Entscheidung abgenommen werden, welches der genannten Bücher sie anschaffen bzw. benutzen sollten. Eine Kombination verschiedener Nachschlagewerke (insbesondere zur Gegenprüfung der Einträge) erscheint mir mehr als ratsam.

Zudem sollten eigene Interessenschwerpunkte bzw. die Einsetzbarkeit (im Unterricht, in der Jugendarbeit o.ä.) mit beachtet werden, wohingegen regionale Vorlieben keine Rolle spielen können, weil es entsprechende Einträge fast gar nicht gibt.

Lexika und ihre regionalen Bezüge

Unter regionalen Gesichtspunkten und Suchmerkmalen in den oben beschriebenen Büchern zu stöbern, fördert Typisches zu Tage: Nur in den thematisch enger gefaßten Büchern wie bei Tuchel/Steinbach finden sich solche Bezüge etwa zur hamburgischen Bästlein-Gruppe, zum Widerstand eines Zweiges der „Weißen Rose" oder zum Lehrling Helmut Hübener, der Flugblätter verbreitete und dafür mit dem Tode bestraft wurde.

In den Überblickswerken werden hingegen Personen nur dann genannt, wenn sie auch im Überregionalen eine Rolle spielten (etwa die Gauleiter Hinrich Lohse und Karl Kaufmann). Das gilt auch für Sacheinträge wie „KZ Neuengamme" bzw. in neueren Werken bei Oberbegriffen wie „Arbeitserziehungslager". Vergeblich wird die Benutzerin bzw. der Benutzer aber nach speziellen regionalen Einträgen zu allen Reichsländern, den Provinzen von Preußen oder gar nach wichtigen Städten und deren Geschichte suchen. Gerade für Nachschlagewerke, die sich als Standardwerke begreifen, wäre es aber ein großer Gewinn, sich auch solchen Einträgen zu widmen, und sei es nur, um es Interessierten zu ermöglichen, erste wichtige Literatur- und Quellenhinweise zu erhalten.

Spannend dürfte die Frage sein, wann es das erste Multi-Media-Lexikon zum Thema Faschismus/Nationalsozialismus geben wird, denn hier ergeben sich nicht nur neue Chancen in der Vermittlung, sondern auch und gerade in der Verknüpfung von Sachverhalten und Inhalten. Meines Erachtens ist es aber nur noch eine Frage der Zeit, bis dies in irgendeiner Region der Bundes republik der Fall sein wird, vielleicht ist das ja Schleswig-Holstein oder Hamburg.

Lohse, Hinrich (1896–1964)
Im Zweiten Weltkrieg Reichskommissar für die eroberten baltischen Staaten und Weißrußland. L. wurde am 2. September 1896 in Mühlenbarbek bei Kellinghusen (Schleswig-Holstein) geboren. Er war 1924 bis 1928 Stadtverordneter in Altona, ab 1925 Gauleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein, seit 1928 Abgeordneter seiner Partei im preußischen Landtag und seit dem 12. November 1933 auch NSDAP-Abgeordneter Schleswig-Holsteins im Reichstag. Seit September 1933 Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein und Preußischer Staatsrat, avancierte L. im Februar 1934 zum SA-Gruppenführer. Im November 1941, gerade als in den baltischen Staaten und in Weißrußland mit äußerster Brutalität die Endlösung vorbereitet wurde, ernannte man L. zum Reichskommissar Ostland mit Sitz in Riga. Damit war L. Chef der deutschen Zivilverwaltung in den baltischen Staaten und Weißruthenien.
Nach seinen geheimen Anweisungen vom 27. Juli 1941 sollten die Einwohner der Ghettos in seinem Zuständigkeitsbereich nur soviel an Lebensmitteln erhalten, wie die übrige Bevölkerung entbehren konnte, auf keinen Fall aber mehr als das unbedingt Lebensnotwendige. Sein erklärtes Ziel war es, die Durchführung von Minimalmaßnahmen zu gewährleisten, bis die Maßnahmen für die Endlösung ergriffen werden konnten. Dennoch war L. durch die Massenerschießungen und durch die von deutscher Seite inszenierten Pogrome im Wilnaer Ghetto und anderswo so beunruhigt, daß er am 15. November 1941 anfragte, ob »alle Juden im Ostland liquidiert werden sollten? Soll dies ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht und wirtschaftliche Interessen (z. B. der Wehrmacht an Facharbeitern in Rüstungsbetrieben) geschehen?« Die Antwort, die er am 18. Dezember 1941 vom Reichsministerium für die Ostgebiete erhielt, machte ihm klar, daß die Erfordernisse der Wirtschaft zu ignorieren seien, und verwies L. im übrigen an die Höheren SS- und Polizeiführer.
Trotz seiner Sorge um unersetzliche jüdische Arbeitskräfte war L. nicht der Mann, der es mit der Polizei → *Himmlers* aufgenommen hätte. Nach dem Kriege wurde er von der Spruchkammer Bielefeld 1948 zur Höchststrafe von zehn Jahren Gefängnis und Einziehung seines Vermögens verurteilt. Im Februar 1951 aus gesundheitlichen Gründen entlassen, glückte es ihm, vom Land Schleswig-Holstein eine Pension zu bekommen. Unter dem Druck des Landtages mußte diese Entscheidung jedoch revidiert werden, und zwar nicht wegen seiner Kriegsverbrechen in der Sowjetunion, sondern wegen seiner Demokratiefeindlichkeit, die er als Gauleiter Schleswig-Holsteins bewiesen hatte. Gegen den Entzug der Pension prozessierte L. vor sämtlichen Instanzen. Im Dezember 1955 wurde seine Klage schließlich vom Bundesverwaltungsgericht endgültig abgewiesen. L. starb am 25. Februar 1964 in seinem Heimatort Mühlenbarbek (unweit von Itzehoe) in Schleswig-Holstein.

Wistrich, S, 229/230

Lohse, Hinrich, * Mühlenbarbek bei Itzehoe 2.9.1896, † ebd. 25.2.1964, dt. Politiker; 1923 NSDAP-Beitritt, 1925 Gauleiter und 1933 Oberpräs. von Schleswig-Holstein, 1933 MdR, 1937 SA-Obergruppenführer, 1939 Reichsverteidigungskommissar. L. wurde im Nov. 41 Reichskommissar Ostland, das v.a. die Balt. Staaten umfaßte. Trotz wirtsch. Bedenken wehrte er sich nicht gegen das Ausrottungsprogramm der SS, sondern beteiligte sich durch die sog. Ostland-Gesellschaften an der Ausbeutung der balt. Gebiete. 1948 wurde er dafür zu 10 Jahren Haft verurteilt, im Febr. 51 aber aus Gesundheitsgründen freigelassen. Das jurist. Tauziehen um seine Pensionsberechtigung (Dez. 55 endgültig abgelehnt) führte zu heftigen öffentl. Kontroversen.

Hinrich Lohse

361

Zentner / Bedürftig, S. 361

Lohse, Hinrich 2.9.1896 Mühlenbarbek bei Itzehoe – 25.2.1964 ebd. Politiker. SA-Obergruppenführer (1937). 1923 zur NSDAP. 1925 Gauleiter, 1933 Oberpräsident von Schleswig-Holstein. 1939 Reichsverteidigungskommissar. Nov. 1941 Reichskommissariat Ostland. Durch Ostland-Gesellschaften Mitwirkung an Ausbeutung der balt. Gebiete. Bis 1945 Leiter der 1934 gleichgeschalteten Nordischen Gesellschaft. 1948 zu zehn Jahren Haft Höchststrafe durch Spruchgericht Bielefeld verurteilt, 1951 aus Gesundheitsgründen entlassen.
S. 615, 678

Benz / Graml / Weiß, S. 859

Einträge über Hinrich Lohse im Vergleich

Bibliographie

Das Dritte Reich im Überblick. Chronik. Ereignisse. Zusammenhänge. Hrg. von Martin Broszat / Norbert Frei. Piper Verlag, München / Zürich 1989, 5. Auflage 1996. Die Erstausgabe 1983 unter dem Titel *Ploetz: Das Dritte Reich* im Ploetz-Verlag, Freiburg.

Biographisches Lexikon zur Weimarer Republik. Hrg. von Wolfgang Benz / Hermann Graml. Verlag C.H. Beck, München 1988.

Das III. Reich 1933 - 1939. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Hrg.. von Manfred Overesch / Friedrich Wilhelm Saal. Unter Mitarbeit von Jork Artelt. Weltbild Verlag, Augsburg 1991. Erstausgabe: Droste Verlag, Düsseldorf 1982.

Das III. Reich 1939 - 1945. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Hrg. von Manfred Overesch. Unter Mitarbeit von Wolfgang Herda und Jork Artelt. Weltbild Verlag, Augsburg 1991. Erstausgabe: Droste Verlag, Düsseldorf 1983.

Die Weimarer Republik. Eine Tageschronik der Politik, Wirtschaft, Kultur. Hrg. von Manfred Overesch / Friedrich Wilhelm Saal. Weltbild Verlag, Augsburg 1992. Erstausgabe: Droste Verlag, Düsseldorf 1983.

Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden. Hauptherausgeber: Israel Gutman. Hrg. der deutschen Ausgabe: Eberhard Jäckel / Peter Longerich / Julius H. Schoeps. Piper Verlag, München / Zürich 1993. Erstausgabe erschienen 1989 in Israel.

Friedemann Bedürftig: Lexikon III. Reich. Carlsen Verlag, Hamburg 1994.

Enzyklopädie des Nationalsozialismus. Hrg. von Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß. dtv, München 1997. Erstausgabe: J.G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger, Nördlingen 1997.

Lexikon des deutschen Widerstandes. Hrg. von Wolfgang Benz und Walter H. Pehle. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1994.

Wolfgang Benz (Hrg.): Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte. Verlag Moos & Partner, München 1990.

Lexikon des Widerstandes 1933 - 1945. Hrg. von Peter Steinbach und Johannes Tuchel. C.H. Beck Verlag, München 1994.

Robert Wistrich: Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon. Anhänger, Mitläufer, Gegner aus Politik, Wirtschaft und Militär, Kunst und Wissenschaft. Überarbeitet und erweitert von Hermann Weiß. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1987. Erstausgabe London 1982.

Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933 - 1945. Hrg. von Hilde Kammer, Elisabet Bartsch unter Mitarbeit von Manon Eppenstein-Baukhage. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1992. Erstausgabe als *Jugendlexikon Nationalsozialismus*, 1982.

Christian Zentner / Friedemann Bedürftig: Das grosse Lexikon des Dritten Reiches. Südwest Verlag, München 1985.

VERZEICHNIS DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Hendrike van Bergen, geboren 1954; 1. Staatsexamen in Deutsch und Geschichte, arbeitet heute als Sozialpädagogin. 1992/93 Mitarbeit an der Entwicklung des Seniorenprogramms an der Volkshochschule Schleswig, seit 1993 in der Leitungsgruppe des Gesprächskreises Erzählte Geschichte in Schleswig.

Claus Heinrich Bill, geboren 1968, ist freier Historiker und arbeitet am Institut für Preußische Historiographie / Forschungsstelle für Deutsche Adelsgeschichte in Owschlag.

Dr. Frauke Dettmer, geboren 1944, Volkskundlerin und Slavistin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin des Jüdischen Museums in Rendsburg mit den Schwerpunkten Vermittlung, Ausstellungen, Veranstaltungen.

Berthold Diestel, geboren 1947 in Hamburg, studierte in Hamburg Kunstgeschichte und Architektur. Arbeitet heute freiberuflich als Bausachverständiger in Schleswig und ist mit Erich Koch befreundet.

Alfred Ebeling (Jahrgang 1952), Schmiedemeister und Maschinenbautechniker, arbeitet vor allem zu den Bereichen Antifaschismus, Antimilitarismus, Arbeiterbewegung, Sozialpolitik mit Veröffentlichungen in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften. 1994-1998 Mitglied der Schleswiger Ratsversammlung, seit 1993 in der Leitungsgruppe des Gesprächskreises Erzählte Geschichte in Schleswig.

Felicitas Glade, Jahrgang 1944, ist gelernte Redakteurin. Nach mehreren historischen Veröffentlichungen (u.a. Ortsgeschichte Hohenwestedt, 1994) arbeitet sie im Auftrag des Rendsburger Kulturkreises an der Doppelbiographie *Dr. med. Ernst Bamberger - Wilhelm Hamkens. Zwei Freunde unter dem Nationalsozialismus.*

Dr. Bettina Goldberg, geboren 1955, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeit- und Regionalgeschichte in Schleswig; Forschungsschwerpunkte: deutsch-jüdische Geschichte sowie deutsche und amerikanische Sozial- und Bildungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts.

Sigrun Jochims, geboren 1968 in Itzehoe, arbeitet zur Zeit an ihrer Dissertation über Juden in Schleswig-Holstein nach 1945.

Stephan Linck (Jahrgang 1964) arbeitet zur Zeit an einer Dissertation über die Entwicklung der Polizei von 1933 bis 1949 am Beispiel der Flensburger Polizei.

Björn Marnau, geboren 1966, ist Studienreferandar und arbeitet über gesellschaftliche Randgruppen im Nationalsozialismus (Homosexuelle, „Asoziale", Sinti und Roma) sowie über Antimilitarismus und Pazifismus in Kaiserreich und Weimarer Republik.

Ralf Mertens, Jahrgang 1967, studierte in Kiel und Berlin Geschichte und Englisch. 1996 Erstes Staats- und Magisterexamen, seit 1997 Studienreferendar. Er arbeitet über regionalgeschichtliche Aspekte im Nationalsozialismus und in der Weimarer Republik sowie über Exilpublizistik.

Frank Omland, geboren 1967, ist Sozialpädagoge und in Hamburg bzw. Kiel bei der Organisation und Durchführung antifaschistischer Stadtrundgänge aktiv. Er arbeitet im Themenbereich Nationalsozialismus vorrangig zu den Aspekten Jugend, soziale Arbeit und Wahlen sowie zum Neofaschismus der Gegenwart.

Prof. Dr. Gerhard Paul, geboren 1951, ist Professor für Geschichte und ihre Didaktik an der Bildungswissenschaftlichen Hochschule Flensburg-Universität und Direktor am IZGR in Schleswig. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte des Nationalsozialismus, zuletzt *Staatlicher Terror und gesellschaftliche Verrohung. Die Gestapo in Schleswig-Holstein 1933-1945* (Hamburg 1996). Im Herbst 1998 erscheint der von ihm und Miriam Gillis-Carlebach herausgegebene Sammelband *Menora und Hakenkreuz. Zur Geschichte der Juden in und aus Schleswig-Holstein, Lübeck und Altona.*

Bernd Philippsen, Jahrgang 1941, lebt in Flensburg und ist Leitender Redakteur beim Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag. Verschiedene zeitgeschichtliche Veröffentlichungen, vor allem zur Geschichte der Juden in Schleswig-Holstein.

Thomas Pusch, Jahrgang 1963, studierte in Göttingen Mittlere und Neuere Geschichte, Politikwissenschaften und Publizistik. 1992 Magisterexamen. Tätigkeiten bei der Geschichtswerkstatt Göttingen und am Institut für Regional- und Zeitgeschichte, Schleswig. Zur Zeit Promotion zum Thema „Schleswig-Holsteiner EmigrantInnen und das skandinavische Exil".

Christian Radtke M.A. (Jahrgang 1941), Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Archäologischen Landesmuseum. Publikationen zur mittelalterlichen Stadtgeschichte, 1976-1996 ehrenamtliche Leitung des Stadtarchivs Schleswig, seit 1993 in der Leitungsgruppe des Gesprächskreises Erzählte Geschichte in Schleswig.

Bettina Reichert (Jahrgang 1968) ist Diplom-Archivarin und beim Landesarchiv Schleswig-Holstein tätig. Sie interessiert sich besonders für die Geschichte des alten Amtes und Kreises Tondern.

Dr. med. Falk Ritter, geboren 1946 in Bamberg, Zahnarzt in Schleswig, verheiratet, zwei Söhne. 1993 Promotion über ein psychologisch-soziologisches Thema. 1996 Buchveröffentlichung *Ateliers für künstliche Zähne, (Hof-)Zahnärzte, Zahntechniker, Dentisten und Barbiere im Kreis Schleswig und ihre Behandlungsmethoden im 19. Jahrhundert.* Seit 1995 Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus.

Karin Ruppel-Diestel, geboren 1951 in Hamburg, ist Bürokauffrau. Ausbildung am Computer (DTP), seit 1994 Verwaltungsangestellte und Arbeitskollegin von Erich Koch im Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte, Schleswig.

Christoph Schaumann, Jahrgang 1963, Historiker, verdient seinen Lebensunterhalt als Pflege- und Betreuungskraft in einem Behindertenheim. Nebenher Beiträge für den „Offenen Kanal" Kiel und diverse Zeitschriften zu Themen wie Spanischer Bürgerkrieg, „braune Karrieren" im Schleswig-Holstein der Nachkriegszeit, Arbeitsbedingungen im Neoliberalismus. 1996 Konzeption der Ausstellung „Groß ist die Hilfe gewesen - Auslandshilfe für Kiel 1945 - 1949".

Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein e. V. (AKENS)

Der AKENS ist ein Zusammenschluß von Historikerinnen, Laienforschern und zeitgeschichtlich interessierten Personen. Ihm gehören über 180 Mitglieder in Schleswig-Holstein, Hamburg, dem übrigen Bundesgebiet und dem Ausland an (Stand Dezember 1997).

Der AKENS wurde 1983 von Detlef Korte in Kiel gegründet und 1994 ins Vereinsregister eingetragen. Er entstand aus dem Bedürfnis, die Erforschung der nationalsozialistischen Herrschaft in Schleswig-Holstein zu intensivieren und lokale Projekte miteinander bekannt zu machen. Der AKENS bietet allen an der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit Interessierten ein gleichberechtigtes Forum, um Arbeitsergebnisse zu präsentieren und Forschungsfragen zu diskutieren.

Der AKENS tritt für die gründliche Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein ein. Dazu gehören auch dessen Vorgeschichte und seine Konsequenzen für die Entwicklung nach 1945. Der Forschungsstand zu diesem Gebiet war lange Zeit außerordentlich schlecht, weil die politische und historische Auseinandersetzung systematisch vernachlässigt, behindert oder gar unmöglich gemacht wurde.

Der AKENS betreibt eine entgegengesetzte Politik und fordert insbesondere:

* langfristige Forschungsvorhaben zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein unter Beteiligung unabhängiger Historiker und Historikerinnen
* die Einrichtung lokaler Ausstellungen und Gedenkstätten zur NS-Zeit in Schleswig-Holstein

Der AKENS führt Veranstaltungen und Seminare zu Themen der Zeitgeschichte in Schleswig-Holstein durch. Daneben zählen auch Unterstützung, Vermittlung und Koordination bei Forschungsvorhaben zu seinen Aufgaben. Der AKENS betrachtet seine Arbeit zugleich als Beitrag gegen Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

INFORMATIONEN zur Schleswig-Holsteinischen ZEITGESCHICHTE

Diese vom AKENS herausgegebene Zeitschrift ist das Herzstück der Vereinsarbeit. Sie erscheint zweimal im Jahr mit einem Umfang von 80 bis 100 Seiten und genießt bei Forschungseinrichtungen, Bibliotheken und Archiven im In- und Ausland ein hohes Ansehen.

Themen früherer Hefte:

29 (Mai 1996) R. König: „...wohl nach Amerika oder Palästina ausgewandert". Der Exodus jüdischer Familien aus dem Kreis Steinburg nach 1933 * G. Hoch: Volksschullehrer des Dritten Reiches. Die Lehrerbildungsanstalt in Lunden/Dithmarschen

30 (Dezember 1996) Th. Scheck: Grundzüge nationalsozialistischer Kulturpolitik in Schleswig-Holstein * B. Marnau: Die Verfolgung von männlichen Homosexuellen im Landgerichtsbezirk Itzehoe 1937 - 1945

31 (Juni 1997) L. D. Stokes: „Wegbereiter des neuen nationalen Werdens". Der „Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten" in Eutin, 1923 - 1934 * F. Dettmer: Eine privilegierte Mischehe in Rendsburg * C. H. Bill: „Unser Hauptziel: Das Dritte Reich!" Der Wehrwolf in Schleswig-Holstein 1923 - 1933

32 (Dezember 1997) B. Marnau: „Im Kampf gegen den Weltfeind". Schleswig-Holstein und der Spanische Bürgerkrieg * Th. Pusch: „Spaniens Himmel..." und auch für Schleswig-Holsteiner Antifaschisten „keine Sterne": ihr Weg durch den Spanischen Bürgerkrieg * A. v. Gurp: Die Treppe, die immer steiler wurde, oder: „Was die Briefe zu erzählen haben" * G. Hoch: Jagd auf sowjetische Kriegsgefangene. Englisch-deutsche Einsatzgruppe in Hartenholm, Mai 1945